Von Gambetta bis Clémenceau

6/81

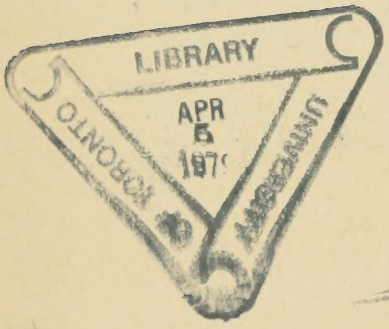
Von Gambetta bis Clémenceau

Fünfzig Jahre französischer Politik und Geschichte

Von

Fritz Roepke

Deutsche Verlags-Anstalt
Stuttgart u. Berlin
1922



DC
340
R57

*

Alle Rechte vorbehalten
Copyright 1922 by Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart
Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart

Inhaltsübersicht

Seite

I. Die provisorische Regierung und der Kampf um die Staatsform 1
1870—1877

Die Ausrufung der Republik. Die „Regierung der Landesverteidigung" und der Endkampf gegen Deutschland. Die Wahlen zur Nationalversammlung; Thiers Präsident der Exekutive. Die Pariser Kommune, ihre Wirksamkeit und ihr Sturz. Die konservative Nationalversammlung. Thiers' Sturz. Mac Mahon Präsident. Einigung der königstreuen Gruppen. Die Verhandlungen mit dem Grafen von Chambord. Der Brief vom 27. September 1873. Das Septennat. Die Verfassungsgesetze. Die monarchischen Tendenzen der französischen Verfassung und die praktische Entwicklung zum Parlamentarismus. Auflösung der Nationalversammlung und allgemeine Wahlen. Der Staatsstreich vom 16. Mai. Auflösung der Kammer, Sieg der Republikaner. Mac Mahon unterwirft sich.

Günstiger Eindruck der Ordnung des französischen Staatswesens auf das Ausland. Frankreich und Bismarck. Französische Versuche, sich Rußland zu nähern. Der französische Ultramontanismus und das Ausland. Krieg in Sicht. Isolierung Frankreichs.

II. Kulturkampf und Kolonialpolitik 24
1879—1881

Der Demokrat Grévy Präsident der Republik. Ohnmacht der monarchischen Rechten. Der Antiklerikalismus als gemeinsames Programm der Linken. Seine geistigen und geschichtlichen Grundlagen. Ferry sein Führer. Die Unterrichtsgesetze. Der Artikel 7. Freycinets Verständigung mit der Kirche. Die Ausführung der Dekrete über die Ordensgesellschaften. Verweltlichung der Schulen. Ergebnis des Kulturkampfes.

Das koloniale Erbe der dritten Republik. Tunis und der Berliner Kongreß. Der Widerstand Italiens. Der Krieg in Tunis. Sturz Ferrys.

III. Die liberale Republik 40

a) Die Herrschaft des Liberalismus.

Gambetta und das „große Ministerium". Sturz und Tod Gambettas. Seine Persönlichkeit. Ferry Ministerpräsident

und Führer des Liberalismus. Tonking. Die Kolonialgegnerschaft der Radikalen. Der Krieg mit den chinesischen Banden. Ferrys Geheimpolitik. Sein Sturz.

b) Die Zersetzung des Liberalismus.
Der Schritt nach links. Das radikale Programm. Die Niederlage der Liberalen. General Boulanger und der Boulangismus. Die „Versöhnten". Der Panamaskandal. Die schwankende Regierungsmehrheit.

IV. Frankreich wird Weltmacht 60

1882—1898

Frankreich und Ägypten. Der Aufstand in Ägypten und das englisch-französische Kondominium. Die Ausschaltung Frankreichs in Ägypten. Der Widerstand Englands gegen Frankreichs koloniale Ausbreitung. Die Mißstimmung gegen England. Die Überlegenheit der britischen Kolonisation. Die Freundschaft mit Rußland das stetige Ziel der französischen Politik. Deutsch-französische Grenzzwischenfälle. Die russischen Anleihen. Die russisch-französische Militärkonvention von 1892 und ihre Wirkung. Faschoda, der Ausgangspunkt der englisch-französischen Verständigung.

V. Die sozialistische Bewegung 75

Die soziale Frage in Frankreich und die Entwicklung des sozialen Gedankens vor 1870. Die Internationale und die Kommune. Die Gewerkschaften. Der Sieg des politischen Sozialismus. Sozialistische Spaltungen. Der Guesdismus. Der Fall Millerand und die Einigung der Sozialisten. Politische Bedeutung des Sozialismus. Die Gewerkschaftsbewegung. Die Arbeitsbörsen. Der Sieg des Syndikalismus in den Gewerkschaften. Klassenkampf und Kollektivismus. Der revolutionäre Syndikalismus. Antipatriotismus und Antimilitarismus. Der Generalstreik. Die „bewußte Minderheit". Die Reformer. Das Wachstum der Gewerkschaften.

VI. Die radikale Republik 98

1898—1905

Der Fall Dreyfus und die „zwei Frankreiche". „Es gibt keinen Fall Dreyfus." Die Beteiligung des Klerus. Das Wiederaufnahmeverfahren. Der erste Regierungssozialist. Sozialistische Straßenkundgebungen. Das Vereinsgesetz. Der Mangel an sozialen Gesetzen. Combes, der Opportunist und Liquidator des Vereinsgesetzes. Tod Leos XIII. Papst Pius X. Abbruch der diplomatischen Beziehungen zum Vatikan. Die „fiches". Sturz Combes'. Die Trennung von Kirche und Staat. Die Stellung der Kirche vor und nach dem Trennungsgesetz. Die Milderungen des Gesetzes. Das religiöse Leben.

Seite

VII. Marokko, Deutschland und die Entente cordiale 120

1904—1911

England bietet Frankreich gegen Deutschland auf. Die Politik Eduards VII. Frankreich in Marokko. Der englisch-französische Vertrag vom 8. April 1904. Kritische Stimmen. Die deutsche Auffassung. Frankreich befestigt seine Stellung in Marokko. Der Einspruch Deutschlands und die Landung in Tanger. Rücktritt Delcassés. Der deutsche und der französische Standpunkt. Die Algeciraskonferenz und ihr Ergebnis. Deutsch-französische Zwischenfälle. Englands Rolle auf der Konferenz. Die Wandlung der französischen Politik. Die deutsch-französischen Verhandlungen zur Bildung eines Konsortiums. Der „Panther" in Agadir. Das deutsch-französische Abkommen vom 4. November 1911. Seine Aufnahme in Frankreich. Wendung der persönlichen Politik Wilhelms II. Die Periode der deutsch-französischen Verständigung hört auf.

VIII. Der „neue Geist" 144

1911—1914

Das englisch-russische Abkommen von 1907 schließt die Entente cordiale. Die deutsch-russischen Beziehungen. Der Brief Greys vom 20. November 1912. Besserung des Verhältnisses zu Italien. Poincaré. Stillstand der inneren Politik. Der Neuroyalismus. Der Imperialismus in seiner kolonialen, kulturellen und wirtschaftlichen Wirksamkeit. Belgien als französische Ostmark. Die Rassentheorie und Elsaß-Lothringen. Barrès. Die Verkehrtheit der deutschen Politik in den Reichslanden. „Der Friede ist krank." Die dreijährige Dienstzeit. Nationalismus in der Schule. Die Renaissance des französischen Geistes. Die Bündnispflicht als Kriegsgefahr.

IX. Die Katastrophe 170

Juni—August 1914

Die Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers. Die österreichisch-ungarische Note an Serbien. Frankreichs Stellung dazu. Die Vermittlungsversuche. Die deutsche Kriegserklärung an Rußland und an Frankreich. Verantwortlichkeit der Regierungen. Die Katastrophe des bewaffneten Friedens. Der Pazifismus. Die Stellung der französischen Sozialisten zur Kriegsfrage im Frieden. Voraussagungen über den Ernstfall. Die sozialistischen Friedensbemühungen. Der Zusammenbruch der sozialistischen Internationale. Paris am Vorabend der Kriegserklärung.

Seite

X. Frankreich im Kriege 190

1914—1918

Die nationale Sammlung. Der gestörte Burgfriede. Der Kampf um die Exekutive. Sturz des Kabinetts Viviani. Briand Ministerpräsident. Die Geheimsitzungen. Clémenceau, der Organisator des Sieges. Der „unvermeidliche Krieg". Die „geschichtliche Sendung" des französischen Volkes. Die angebliche deutsche Spionage. Der Krieg als nationaler Aufstieg. Deutschlands „Barbarei". Die französische Stimmungspropaganda im Ausland. Die wirtschaftliche Propaganda. Die französischen Messen. Die politischen und wirtschaftlichen Kriegsziele. Die Kriegsziele der Sozialisten. Die Sozialpatrioten. Die Londoner und die Stockholmer sozialistische Konferenz. Zimmerwald und Kienthal. Warum in Frankreich keine Revolution ausbrach. Die Zurückweisung der „Friedensoffensive". Der Zusammenbruch des deutschen Heeres.

XI. Der französische Friede 215

1918—1921

Vom Waffenstillstand bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrages. Die Folgen des Krieges und die Ergebnisse des Vertrages für Frankreich. Die Konstellation des politischen Frankreichs. Ohnmacht der Opposition. Spaltung der Sozialisten. Rechtsorientierung eine Nachwirkung des Krieges und Sieges. Die Einstellung des siegreichen Frankreichs auf die Nachkriegslage: Weltpolitik und Vormachtstellung in Europa. Die Eroberung der Levante. Die Randstaatenpolitik. Die Bekämpfung des Bolschewismus. Beibehaltung der Bündnispolitik. Millerand. Briand, der Gefangene der nationalistischen Kammer. Beibehaltung der Rüstungspolitik. Die Schadloshaltung an Deutschland. Wiedergutmachung. Kohlenlieferungen. Die Niederhaltung Deutschlands: Rheinpolitik und Völkerbund. Ausblick: Deutschland und Frankreich.

XII. Anhang.

1. Texte einiger Gesetze und Verträge 245

a) Gesetz vom 25. bis 28. Februar 1875, betreffend die Organisation der öffentlichen Gewalten.
b) Gesetz vom 24. bis 28. Februar 1875, betreffend die Organisation des Senats.
c) Verfassungsgesetz vom 16. bis 18. Juli 1875 über die Beziehungen der öffentlichen Gewalten zueinander.
d) Gesetz vom 1. Juli 1901 über die Bildung von Vereinen.
e) Gesetz vom 7. Juli 1904, betreffend die Aufhebung des geistlichen Unterrichts.

Seite

f) Gesetz vom 9. Dezember 1905, betreffend die Trennung von Staat und Kirche.
g) Madrider Konvention vom 3. Juli 1880.
h) Erklärung betreffs Marokkos vom 8. April 1904.
i) Englisch-französisches Geheimabkommen vom 8. April 1904.
k) Erklärung bezüglich des spanisch-französischen Abkommens
l) Französisch-spanischer Geheimvertrag vom 3. Oktober 1904.
m) Algeciras-Akte vom 7. April 1906.
n) Deutsch-französisches Abkommen, betreffend Marokko, vom 4. November 1911.
o) Deutsch-französisches Ergänzungsabkommen vom 10. November 1911.

2. Zeittafel 260
3. Literaturübersicht 266
4. Alphabetisches Namenverzeichnis 289

I.

Die provisorische Regierung und der Kampf um die Staatsform

(1870—1877)

Schon im Sommer des Jahres 1870 fühlte selbst die nähere Umgebung Napoleons III., daß eine Niederlage Frankreich ohne weiteres der Republik wieder zuführen werde, von der das Kaisertum seinen Ausgang genommen hatte. Als nach der Gefangennahme des Kaisers seine Absetzung am 4. September 1870 in der Kammer beantragt wurde, erhob sich keiner, selbst von denen, die der amtlichen Unterstützung der Regierung ihre Wahl verdankten, zu ihrer Verteidigung. Die Abkehr vom Kaisertum war das natürliche, selbstverständliche Ergebnis der Fehler und Schwächen des Bonapartismus und des leichtsinnig herbeigeführten, unglücklichen Krieges. Die Kammer kam allerdings gar nicht zur Abstimmung. Denn wie immer in Frankreich, war auch dieser Systemwechsel mit einer revolutionären Bewegung der Pariser Bevölkerung verbunden, die ins Parlamentsgebäude eindrang, um hier und im Stadthaus kraft der Volkssouveränität die Republik zu verkünden. Eine Anzahl Abgeordneter der äußersten Linken, Gegner der Militärpartei, darunter Gambetta, Jules Favre, Jules Ferry, Jules Simon, Henri Rochefort, die die Führung der Volksmenge übernommen hatten, um sie nicht den Sozialrevolutionären zu überlassen, schloß sich zu einer neuen Regierung „der Landesverteidigung" zusammen, von der ein Teil in Paris verblieb, während der andere als Delegation in der Provinz, und zwar zuerst in Tours, dann in Bordeaux die Kräfte des Landes zur äußersten Verteidigung gegen den immer weiterdringenden Feind zusammenfassen sollte. Sie sah in voller Übereinstimmung mit der Pariser Bevölkerung in einem Kampf bis aufs Messer das Mittel, das Land vor der völligen Niederlage zu retten. „Keinen Zoll unseres Landes, keinen Stein unserer Festungen,"

hatte Favre erklärt. In Paris und in anderen großen Städten stellte sie aus allen Wehrfähigen die Nationalgarde zusammen und organisierte auch in der Provinz das Volksaufgebot. Gambetta übte, oft angefeindet von anderen Regierungsmitgliedern, eine unumschränkte und unüberwachte Macht aus. Um das zerrüttete Heer wieder kampffähig zu machen, ersetzte er schwache Befehlshaber durch energische, die durch Strenge wieder Ordnung und Manneszucht in die Truppen bringen sollten. Er setzte kaisertreue Beamte ab, befestigte die Republik, erließ Aufrufe und Verordnungen und hob Soldaten aus.

Doch entschloß man sich, auch andere Wege zu einem ehrenvollen Frieden zu versuchen. Thiers hatte die Aufgabe unternommen, die europäischen Mächte zu einer Intervention zugunsten Frankreichs zu veranlassen. Sein Versuch schlug fehl, er erntete an den europäischen Höfen nichts als unverbindliche Beileidskundgebungen. Keine Macht hatte Lust, es mit dem siegreichen Preußen zu verderben, Italien wollte außerdem die Schwäche Frankreichs ausnutzen und war im Begriff, den von Frankreich geschützten Kirchenstaat sich einzuverleiben.

Wie der diplomatische Versuch, so endete auch der militärische mit einem vollständigen Mißerfolg. Der Verzweiflungskampf wurde durch die Einnahme von Metz, durch die Vernichtung der Heere in den Provinzen und durch die Übergabe des ausgehungerten Paris beendet. Ein vorläufiger Waffenstillstand wurde geschlossen, in dem vom Feinde die allgemeine Wahl einer Nationalversammlung und die Bildung einer verhandlungsfähigen Regierung zur Bedingung gemacht wurde. Im Februar 1871 fanden unter schwierigen Verhältnissen die Wahlen statt. Eine politische Aufklärung der Massen, Aufstellung von Parteiprogrammen usw., war wegen der Besetzung eines großen Teils des Landes und der Kürze der Zeit nicht möglich gewesen. Gambettas Versuch, alle durch ihre Anhängerschaft zur alten kaiserlichen Regierung kompromittierten Persönlichkeiten von der Wählbarkeit auszuschließen, war zum Teil gelungen. Deshalb hatte sich das Volk in den meisten Fällen an die Anhänger des alten Königtums, die Gegner der napoleonischen Regierung gehalten. Politiker offenbarer republikanischer Gesinnung waren in genügender Zahl noch nicht vorhanden oder waren den Massen unsympathisch, weil sie zur Fortsetzung des Verzweiflungskampfes getrieben hatten. Das Volk aber wollte den Frieden. So kam es, daß die Nationalversammlung zum größten Teil aus Monarchisten (nicht Bonapar-

tiſten) beſtand. Sie trat ohne beſtimmte Gültigkeitsdauer am 13. Februar 1871 in Bordeaux zuſammen. Da der Abgeordnete Thiers, einer der unerbittlichſten Gegner der kaiſerlichen Politik, in 28 Wahlkreiſen zugleich gewählt war und die beſte Bürgſchaft der Unparteilichkeit gab, ernannte ihn die Verſammlung am 17. Februar zum „Oberhaupt der Exekutive“ und Präſidenten des Koalitionsminiſteriums. Das iſt der ſogenannte „Pakt von Bordeaux“, eine Art Waffenſtillſtand der Parteien, die im ſchleunigen Friedensſchluß und im Wiederaufbau des franzöſiſchen Staates zunächſt die einzig mögliche Politik ſahen. Die Verſammlung ſchloß am 1. März einen Waffenſtillſtandsvertrag, um dann — nach einer ſtürmiſchen Abrechnung mit dem Cäſarismus — nach innen und außen den Frieden vorzubereiten.

Im Innern ſah ſie ſich einem Trümmerhaufen gegenüber. Das Land war unter der Invaſion vollſtändig zuſammengebrochen, das alte Regime hatte abgewirtſchaftet, die neue Regierung verfügte keineswegs über uneingeſchränktes Anſehen. Ihre Macht wurde durch radikal-ſoziale Unruhen und örtliche Loslöſungsbeſtrebungen gefährlich beengt. Bereits im Oktober 1870, während die deutſchen Truppen die Mauern der Hauptſtadt immer enger umſchloſſen, hatten die Führer der Pariſer Arbeiterklubs Anklagen und Drohungen auf die leitenden Männer gehäuft, ihnen Feigheit, Unfähigkeit und gegenrevolutionäre Pläne vorgeworfen. Die revolutionäre Tradition von 1789 lebte wieder auf, die ſozialiſtiſchen und kollektiviſtiſchen Ideen der zehn Jahre vorher gegründeten „Internationalen Arbeiterpartei“ breiteten ſich aus und weckten Mißtrauen und Haß gegen das Bürgertum. Blanquiſten, Anhänger der direkten Aktion, riſſen die Herrſchaft der Straße an ſich. Der revolutionäre Wille dieſer Maſſen wurde durch den ſchon von Jean-Jacques Rouſſeau nach Schweizer Muſter ausgeführten Gedanken einer Vereinigung (Konföderation) freier, unabhängiger Gemeinden geeint und gefördert. Auch in der Provinz bildeten ſich zahlreiche „Ligen“ und „Konföderationen“, die zuerſt dem Zwecke der Landesverteidigung gedient hatten, nach und nach aber dezentraliſtiſche Ziele verfolgten, Auflöſung der Staatseinheit und Bildung ſelbſtändiger Freiſtaaten anſtrebten. Im Süden war eine Art loſer Republik zwiſchen Mittelmeer, Pyrenäen und Atlantiſchem Ozean im Entſtehen, die eine Drohung gegen jeden monarchiſtiſchen Putſch bilden ſollte. In Paris, von wo alle neuen politiſchen Gedanken ihren Ausgang genommen hatten, war die

Lehre von der freien Kommune in Verbindung mit sozialistischen Ideen besonders selbstbewußt und leidenschaftlich aufgegriffen worden. Bereits am 31. Oktober 1870 war die Regierung eine Zeitlang in den Händen der Aufständischen gewesen, aber durch treugebliebene Teile der Nationalgarde wieder befreit worden. Am 22. November hatte infolge des unglücklichen Ausfalls von Buzenval und der Weigerung des Kriegsrats, einen neuen aussichtslosen Ausfall zu unternehmen, ein blutiger Zusammenstoß stattgefunden. Als Jules Favre nach Abschluß der Friedensverhandlungen im Februar mit den für Frankreich schweren Bedingungen (Abtretung von Elsaß-Lothringen, fünf Milliarden Kriegskosten, Einzug der deutschen Truppen in Paris) zurückkehrte, fand er die Hauptstadt in großer Aufregung vor. „Überall bildeten sich Gruppen, in denen improvisierende Redner das Volk aufforderten, sich an den Verrätern, die die Stadt den Feinden auslieferten, zu rächen. Banden durchzogen die Straßen. In den äußeren Vierteln trommelte man zum Sammeln, regierungsfeindliche Abteilungen der Nationalgarde rotteten sich zusammen" (Reclus, Jules Favre, S. 463). Durch den Waffenstillstand, der Paris den Deutschen auslieferte und die Belagerung aufhob, fielen die Mauern der Hauptstadt. Die leidenschaftlich erregte, durch die lange Belagerung überreizte und dem Elend preisgegebene Volksmasse erhielt bedeutende Verstärkung von außen her durch Flüchtlinge, entlassene Soldaten, während die Wohlhabenderen befreit in die Provinz strömten. Das seit sieben Monaten bestehende Moratorium war plötzlich aufgehoben worden und sollte innerhalb 24 Stunden seine Wirksamkeit verlieren. Zahlreiche Familien der ärmeren Klassen kamen dadurch in eine verzweifelte Lage. Der Gegensatz zwischen der monarchisch gesinnten Nationalversammlung und dem radikal-republikanischen Paris wurde von Tag zu Tag schärfer. Die Führer der einzelnen revolutionären Gruppen, die gleich nach dem 4. September als eine Art geheimer Nebenregierung das Comité de vigilance gebildet hatten, gründeten einen gemeinsamen Ausschuß, das Zentralkomitee, das Paris zur freien Kommune erklärte und der Nationalversammlung den Krieg ansagte. Diese sah sich gezwungen, auf die Verlegung ihres Sitzes von Bordeaux nach Paris zu verzichten und Versailles zu wählen. Diesen Beschluß faßten die Klubs als eine feindselige Handlung auf und als einen Versuch, sich der Republik und der Revolution zu entziehen. Am 18. März begann der offene Aufruhr. Die Bewegung erhielt eine militärische Bedeutung durch

den geschlossenen Übertritt der Nationalgarde. Diese bestand zum großen Teil aus Arbeitern, die während der Belagerung bewaffnet worden waren und einen für die damalige Zeit ausreichenden Lohn erhalten hatten. Nach Aufhebung der Belagerung mußten sie fürchten, plötzlich entlassen zu werden und die Löhnung, oft ihre einzige Einnahmequelle, zu verlieren. An Arbeit und Verdienst war aber vorläufig noch gar nicht zu denken. Sie waren für die Idee einer sozialen Umwälzung durch Männer wie Proudhon und Blanqui bereits gewonnen oder noch zu gewinnen. Den äußeren Anlaß zu dem ersten bewaffneten Zusammenstoß bot der Regierungsbefehl, die bei Gelegenheit des deutschen Einmarsches auf den Montmartre gebrachten Kanonen aus Paris fortzuschaffen. Die Nationalgarde widersetzte sich dieser Maßregel, die ihrer Entwaffnung gleichkam. Die Truppen wichen der Gewalt und räumten die Stadt, soweit sie sich nicht, demoralisiert und in völliger Auflösung, mit den Revolutionären verbrüderten. Die Nationalgarde besetzte alle öffentlichen Gebäude. Am selben Abend wurden zwei Generale der Regierungspartei standrechtlich erschossen. Das „Zentralkomitee", republikanischer Bund der Nationalgarde, ein von der Nationalgarde gewählter Soldatenrat, vereinigt sich mit den verschiedenen revolutionären Komitees, errichtet im Namen des Volkes die Diktatur und erklärt die alten städtischen Behörden für abgesetzt. Es bereitete Neuwahlen vor, um die Pariser Regierung auf revolutionärer Grundlage neu aufzubauen.

Der Regierung blieb bei dem Mangel an zuverlässigen Truppen zunächst nichts weiter übrig, als die Ausbreitung der Bewegung zu verhindern. Sie erließ einen Aufruf an die Provinz, in dem sie vor der Bewegung warnte, weil sie Verlust des internationalen Kredits, Arbeitslosigkeit und Besetzung der Hauptstadt durch die Deutschen zur Folge haben müsse. Die Revolutionäre bezeichnete sie nie anders als eine Schar von Verbrechern und Verirrten, mit denen man gar nicht verhandeln dürfe. Im übrigen bestand sie fest auf ihrer Souveränität, und jede andere Macht neben ihr war in ihren Augen eine Ungesetzlichkeit, die Bestrafung erforderte.

Die Gemeindewahlen fanden in Paris in ziemlicher Ruhe statt. Gewählt wurden in der Hauptsache die Leute, die auf der Liste des Zentralkomitees oder der Internationale standen und die wegen ihrer revolutionären Gesinnung unter dem alten Regime verfolgt worden waren. Die Abgeordneten traten als „Kommune" die Re-

gierung von Paris an. Die rote Fahne wurde auf dem Rathause gehißt.

Aus den Erlassen und Regierungsakten dieser kurzlebigen Kommune erkennt man deutlich die eigentümliche Mischung von Föderalismus, Jakobinertum und Sozialismus, die hier zur Verwirklichung drängten. Sie verlangte vollständige Selbständigkeit aller Gemeinden und Ortschaften Frankreichs, eigene Finanzen, eigene Verwaltung, Polizei usw. Die Einheit Frankreichs sollte durch die freiwillige Gemeinschaft der Gemeinden gesichert werden. Nebenbei wird praktische, wenn auch dilettantische Sozialpolitik getrieben: den Mietern wird die Miete für drei Monate erlassen; das Höchstgehalt der städtischen Beamten wird auf jährlich 6000 Franken festgesetzt. In den alten Obrigkeitsstaat wird durch Trennung von Staat und Kirche eine wirksame Bresche gelegt. Adelstitel und Adelsvorrechte werden abgeschafft. Die Ehe wird aller kirchlichen und bureaukratischen Formen entkleidet. Die Guillotine wird feierlich verbrannt, zum Zeichen, daß die Todesstrafe abgeschafft ist. Als Beweis dafür, daß auch kommunistische Gedanken im modernen Sinne der Kommune nicht fremd waren, möge ein Erlaß angeführt werden, nach dem die von ihren Eigentümern verlassenen Werkstätten von den Gewerkschaften in Besitz zu nehmen und durch eine von ihr gewählte Arbeiterkommission zu verwalten waren.

Mit einer solchen Republik im Staate wollte die Nationalversammlung nicht verhandeln. Sie war monarchisch und zentralistisch gesinnt. Ein einheitliches und einiges Frankreich wäre bei der Selbständigkeit der Gemeinden eine politische und wirtschaftliche Unmöglichkeit, vielleicht auch dem republikanischen Gedanken gar nicht günstig gewesen, denn in den Dörfern hatten Adel und Geistlichkeit noch immer Ansehen und moralische Macht. Verschiedene Versuche waren gemacht worden, um die beiden Parteien einander zu nähern; aber stets ohne Erfolg. Die Versailler Regierung sah in den Revolutionären keine kriegführende Partei, nur eine Schar gemeiner Verbrecher, Feinde der Gesellschaft, die mit allen Mitteln ausgerottet werden müßten. Die Regierung führte ein verkürztes Kriegsgerichtsverfahren ein, um die überführten Revolutionskämpfer schnell auf standrechtlichem Wege zu beseitigen. Diese gewaltsame Maßregel war ganz dazu angetan, die Entschlossenheit der Pariser bis zum Fanatismus und zur maßlosen Wut zu steigern. Die Kommune beschloß, Mitglieder der Geistlichkeit als Geiseln zu verhaften und

jede Erschießung eines Kommunisten mit der Erschießung von drei Geiseln zu beantworten. Sie klagte die Minister Thiers, Favre, Picard des Brudermordes an, verurteilte sie in contumaciam und zerstörte ihre Pariser Häuser. Sie führte schließlich ihren Beschluß aus, die Napoleonsäule umzustürzen, angesichts dessen, daß sie „eine ständige Beleidigung der Menschheit und Negation der Völkerverbrüderung darstellt".

Die sinnlose Gewalttätigkeit, in die die Kommune im Laufe der Wochen ausartete, war aber doch ein Zeichen der Schwäche. Die Erschießung der als Geiseln Verhafteten war nicht mehr eine notwendige Verteidigungsmaßregel, sondern ein Akt der ohnmächtigen Wut. Je mehr die Versailler Regierung ihre Lage durch Zuzug von frischen Truppen, namentlich von entlassenen Kriegsgefangenen stärkt, desto gefährlichere Formen nimmt die Selbstzersetzung des Pariser Staates an. Die Kommune verläßt immer mehr den Weg der Gesetzmäßigkeit. Die Preßfreiheit wird aufgehoben, die unbequemen Zeitungen werden unterdrückt. Die nötigen Ersatzwahlen werden in den Bezirken, die unsicher sind, unterlassen, weil sie für die Kommune ungünstig ausfallen können. Die Sitzungen der Regierung sind geheim; kein Bericht wird veröffentlicht. Sie stellt so eine unverantwortliche Behörde dar, aus der sich die Gemäßigten allmählich zurückziehen. Dazu wird die Kompetenz immer unsicherer. Die Kommune gibt wieder Teile ihrer Macht an die Diktatur des anonymen Zentralkomitees ab. Es kommen einander widersprechende Erlasse heraus, und kein Mensch weiß, woran er sich halten soll. Da die Versailler Regierung alle Behörden aus Paris entfernt hat, fehlt der Beamtenapparat zum Aufbau der Organisation. Die alte Autorität ist gestürzt; aber eine neue hat sich noch nicht durchsetzen und zur Anerkennung bringen können. Paris wird schließlich von verschiedenen Seiten durch starke Regierungstruppen angegriffen; der Kommandant braucht nötig Truppen. Alle Instanzen beraten, aber keine kommt zu einem Entschluß, keiner gehorcht. Die Tatkraft der Regierung wird außerdem durch das gegenseitige Mißtrauen geschwächt. „Sobald ein Mann für 48 Stunden Autorität hat," sagt der Kommunist Rochefort, „einigen sich die Stimmen gegen ihn: Nehmt ihn fest, er ist ein Verräter."

Während Paris von den Regierungstruppen belagert und beschossen wird, ist der föderalistische Gedanke in der Provinz am Aussterben. Die kommunistischen Unternehmungen in Lyon, Pé-

rigueux, Limoges, Marseille werden, zumeist nach blutigen Kämpfen, unterdrückt. Neue Versuche wurden nicht gewagt. Der Ruf der Hauptstadt nach Hilfe verklang unerhört. Zum erstenmal in der Geschichte Frankreichs folgte die Provinz nicht gehorsam dem Pariser Beispiel. Der auf demokratischer Grundlage gewählten Nationalversammlung erkannte das Land die Entscheidung zu. Damit war das Schicksal der Kommune eigentlich schon bestimmt. Wenn sie draußen keine neuen Anhänger werben und nur in der Verteidigung bleiben konnte, mußte sie der Regierung, deren Truppen und Mittel ständig wuchsen, allmählich erliegen.

Anfang Mai war die Zahl der Versailler Soldaten mit Bismarcks Erlaubnis und Unterstützung von 40 000 auf 120 000 gestiegen. Ihre Behandlung und Ernährung war durch Thiers bedeutend verbessert worden, ihre Disziplin hatte sich infolge strengster Isolierung gehoben. Sie konnten zum Angriff übergehen. Am 10. Mai ging das Fort Issy an die Regierungstruppen verloren. Nach einer furchtbaren artilleristischen Vorbereitung ging man zum Sturm über. In der Nacht vom 21. zum 22. drangen die Versailler in Paris ein. Es wurde tapfer verteidigt. Überall waren Barrikaden errichtet; die öffentlichen Gebäude waren als Festungen ausgebaut worden. Acht Tage dauerte der blutige Straßenkampf. Jeder, der mit der Waffe in der Hand ergriffen war, wurde standrechtlich erschossen. Nach amtlichen Angaben fanden bei der Einnahme 6500 Einwohner, darunter natürlich auch Unschuldige, den Tod. Die Revolutionäre schätzen die wirkliche Zahl auf 20 000. Außerdem wurden 46 000 Gefangene gemacht. Nach einer von der Regierung aufgestellten Statistik waren 14 Prozent von ihnen ehemalige Sträflinge, die in dem Aufstand eine Gelegenheit zum Plündern und Rauben gesehen hatten; 12 Prozent bekannten offen, zur Verteidigung ihrer Ideen die Waffen ergriffen zu haben, und 74 Prozent behaupteten, gewaltsam zum Kampf gezwungen worden zu sein. Wie bei jedem mißglückten Aufruhr versuchten die meisten sich der Aburteilung durch den Sieger mit der Ausrede zu entziehen, daß sie mit der Sache eigentlich gar nichts zu tun hätten. In Wirklichkeit wird der Prozentsatz der überzeugten Kommunekämpfer viel größer gewesen sein, wenn auch der Terror mit in Rechnung zu stellen ist. Niemals hätte die Revolution eine solche Ausdehnung nehmen können, niemals hätten sich Tausende freiwillig auf den Barrikaden geopfert, wenn nicht in ihnen die Überzeugung gelebt hätte, daß sie für die Freiheit

und für die Republik kämpften. 9500 Verurteilungen fanden statt; viele hatten die Deportation nach Neukaledonien zur Folge. Erst mit dem 1. Januar 1875 wurde das Verfahren gegen die Kommunisten eingestellt. Die revolutionären Kräfte waren damit auf lange Zeit hinaus geschwächt und die Regierung war von einer großen Sorge befreit. Allerdings ließ die Grausamkeit der Unterdrückung einen stillen Haß in den Unterlegenen zurück, die den Kampf gegen die „Bürgerliche Republik" nie aufgaben.

Nachdem am 10. Mai der Friede geschlossen war, konnte die Nationalversammlung ihre Aufgabe als beendet ansehen. Sie war eigentlich nur gewählt worden, um als Vertretung des ganzen Volkes einen rechtsverbindlichen Frieden mit Deutschland abzuschließen. Da sie aber größtenteils monarchisch gesinnt war, wollte sie ihre souveräne Macht nicht aufgeben, bevor sie die republikanische Gefahr beseitigt und dem Lande eine monarchische Verfassung gegeben hätte. Die einzelnen monarchischen Parteien versuchten deshalb, sich fester zusammenzuschließen und eine Einigung der Kronprätendenten herbeizuführen. Sie machten aber dabei die Entdeckung, daß kein gemeinsames Programm sie verband. Abgesehen vom Bonapartismus, der vorläufig abgewirtschaftet hatte, schieden sich die Monarchisten in Orleanisten und Legitimisten. Diese verlangten bedingungslose Wiederherstellung des unantastbaren Gottesgnadentums und wollten die Zukunft Frankreichs wieder an das Jahr 1789 anknüpfen. Die Orleanisten machten konstitutionelle Zugeständnisse. Ihr Ideal war das Bürgerkönigtum Ludwig Philipps. Infolge dieser inneren Uneinigkeit sah sich die Rechte vor der Unmöglichkeit, den Thron der Bourbonen wieder aufzurichten. Ihr Unmut wandte sich gegen Thiers, der die Republik als die einzig mögliche Verfassung erklärt hatte. Zwar stand er in vielen seiner Ansichten der Rechten bedeutend näher als der Linken; er war konservativ durch und durch. Aber er war Realpolitiker genug, um die Abneigung des Volkes gegen Gottesgnadentum und Imperialismus herauszufühlen und die Zweckmäßigkeit der Republik zu erkennen: „La République c'est le gouvernement qui nous divise le moins". Die Rechte zögerte lange, Thiers den offenen Kampf anzusagen. Solange noch deutsche Truppen in Frankreich standen, die ungeheure Kriegsschuld noch nicht bezahlt und das Land noch nicht neuorganisiert war, schien die Tatkraft dieses unermüdlichen Siebzigers unentbehrlich. Als aber das Verhältnis zu Deutschland, hauptsächlich durch den glänzenden Ausfall der

inneren Anleihe, geregelt war und Frankreich durch neue Handelsverträge wieder Fühlung mit der Welt genommen hatte, wuchs der Rechten der Mut. Man machte Thiers zunächst verantwortlich für den leidenschaftlichen Angriff Gambettas, des Führers des radikalen linken Flügels, auf die Nationalversammlung. Als Prophet der demokratischen Republik und Tribun der neuen sozialen Schichten durchzog er das Land und verkündete das nahe Ende des monarchischen Parlaments. Ernstere Schwierigkeiten entstanden Thiers nach Verkündigung seiner Botschaft vom 13. November 1872, in der er sich gegen das Fortbestehen des Provisoriums und für eine Sicherung der republikanischen Regierungsform durch Verfassungsgesetze aussprach. Von nun an war sein Sturz innerhalb der Rechtsparteien beschlossen. Thiers hatte es bisher verstanden, die Debatte auf das persönliche Gebiet hinüberzuspielen, und hatte im Vertrauen auf seine Volkstümlichkeit und Unentbehrlichkeit, mehrmals mit der Abdankung gedroht. Jetzt aber fühlte die Rechte doch den Mut, diesen Republikaner aus dem Wege zu räumen, zumal der ungünstige Ausfall der Ersatzwahlen gezeigt hatte, wie die Gefahr für die monarchischen Pläne von Tag zu Tag wuchs. Am 24. Mai 1873 verweigerte die Kammer mit 362 gegen 348 Stimmen Thiers das Vertrauen zu seiner Politik. Der längst bereitgehaltene Kandidat der Rechten, Marschall Mac Mahon, wurde zum Präsidenten gewählt. Mit ihm glaubte man einen Mann an der Hand zu haben, der durch keine politischen Fähigkeiten wie Thiers gefährlich werden, dagegen dank seinen Grundsätzen bei der Regelung der monarchischen Verfassung behilflich oder wenigstens für die Wahrung konservativer Richtlinien so lange eintreten konnte, bis der günstige Augenblick gekommen war, den Thron von Frankreich wieder aufzurichten. Um dieses Ziel zu erreichen, entschloß man sich zu der notwendigen Einigung der beiden königstreuen Gruppen. Die Partei sah ein, daß man mit der weißen Fahne des absoluten Königtums keinen großen Anhang im Lande finden würde. Die Trikolore des konstitutionellen Königtums wurde als amtliche Fahne und als Sinnbild des Verfassungsgedankens anerkannt. Der Tod Napoleons III. — der napoleonische Kronprinz kam seiner Jugend wegen als Thronfolger nicht in Betracht — führte den Monarchisten die bonapartistische Partei zu und verbesserte ihre Aussichten. Die Behörden wurden „gereinigt", ein Verfahren, das in der dritten Republik öfters angewandt wurde; die höheren Verwaltungsstellen wurden, wo es nötig war, durch Anhänger der augenblicklichen Re-

gierung ersetzt, um deren Stellung zu stärken. Viele ehemalige kaiserliche Beamte kehrten jetzt in ihre Stellungen zurück. Eine strenge Zensur überwachte Zeitungen, Kaffeehäuser und Theater. Und gleichsam als Symbol der alten hierarchischen Ordnung wurde beschlossen, eine dem Herzen Jesu geweihte Kirche im Namen des reuigen Frankreich auf dem die Hauptstadt beherrschenden Montmartre zu errichten. Es gelang auch, eine äußerliche Versöhnung zwischen den beiden Prätendenten herbeizuführen. Der Graf von Paris, Haupt der Linie Orleans, erkannte den in Frohsdorf bei Wien lebenden Grafen von Chambord, den legitimistischen Prätendenten, als rechtmäßigen König an. Nach langen Überlegungen, Vorbereitungen und Verhandlungen hatte man einen von allen Parteien der Rechten gebilligten Verfassungsentwurf ausgearbeitet, durch den Frankreich zum erblichen Königtum erklärt wurde und dessen Billigung durch die Nationalversammlung vorauszusehen war. Die Reise des Königs bis nach Paris, der Einzug in die Hauptstadt war geregelt; die Fahnen, Teppiche und Galakutschen waren bestellt. Die Mehrheit erwartete mit vollkommener Sicherheit die Aufrichtung des Königtums. Da vernichtete der Graf von Chambord selbst durch einen Brief, in den er die ganze Starrheit seiner Grundsätze gelegt hatte, am 27. September 1873 die Hoffnungen der Royalisten. Er bestand unerschütterlich auf einer Regelung der Fahnenfrage in seinem Sinne, auf der Anerkennung der weißen Bourbonenfahne. Die Trikolore war ja das Sinnbild der Revolution; nahm er sie an, so unterwarf er sich der Souveränität des Volkes. Er aber glaubte fest an sein Gottesgnadentum, wollte keine Bedingungen unterschreiben und fühlte sich nur Gott verantwortlich. Damit beraubte sich der Prätendent selbst des Thrones. Die weiße Fahne war in Frankreich unmöglich; das Heer hätte ihr den Gehorsam verweigert. Die Rechte sah die Unmöglichkeit ein, im Augenblick ihren Plan zu verwirklichen. Sie begnügte sich jetzt damit, dem ersten Staatsamt eine gewisse Beständigkeit und einen monarchieähnlichen Charakter zu geben, indem sie am 19. November die Verlängerung der Präsidentschaft Mac Mahons auf weitere sieben Jahre (das Septennat) durchsetzte. Dadurch wollte sie unter dem Schutze der Person des ihr ergebenen Marschalls den konservativen Gedanken befestigen und der republikanischen Welle einen Damm entgegensetzen. Es blieb ihr immer noch die Hoffnung, es nach dem Tode des Grafen Chambord mit dem orleanistischen Thronkandidaten zu versuchen. Die Partei hatte

sich aber durch ihre Unfähigkeit, ein monarchisches Staatsgebilde zu schaffen und die gleichzeitige Weigerung, das Provisorium durch eine endgültige Form zu beseitigen, eine moralische Niederlage geholt. Sie zerbröckelte allmählich, und das linke Zentrum rückte immer mehr von ihr ab. Die Erkenntnis, daß jetzt die Zeit gekommen sei, die Republik anzuerkennen und durch eine Verfassung zu organisieren, ließ sich nicht mehr aufhalten. Sie brachte dem republikanisch gesinnten Teil der Nationalversammlung schließlich die Mehrheit. So wurden im Februar des Jahres 1875 die in ihren Grundzügen noch heute geltenden Verfassungsgesetze über die Organisation der öffentlichen Gewalten beschlossen, denen sich im Juli das Gesetz über die Beziehungen der öffentlichen Gewalten untereinander anschloß (s. Anhang).

Verschiedene Anschauungen und Kräfte lassen sich in dieser Verfassung nachweisen: die Grundsätze von 1791 (Erklärung der Menschenrechte, Volkssouveränität), das Vorbild des englischen Parlamentarismus, der schon unter dem Julikönigtum nachgeahmt war, und der Versuch einer gegenrevolutionären, monarchisch gesinnten Reaktion. Der Grundsatz der Volkssouveränität kommt in dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht zum Ausdruck, auf dem die Abgeordnetenkammer beruht. Die Souveränität ist allerdings insofern eingeschränkt, als Senat und Präsident der Republik aus der indirekten Wahl hervorgehen, Minderjährige, Frauen, aktive Soldaten und Unwürdige kein Wahlrecht haben und jedes imperative Mandat, das den Abgeordneten an bestimmte Vorschriften seiner Wähler bindet, nichtig ist. Auf die Verfassung von 1791 geht auch der Grundsatz von der Teilung der Gewalten, eine gesetzgebende und eine ausführende, zurück, eine Forderung, die Montesquieu zuerst entwickelt hat. Die Träger der vollziehenden Gewalt sind nach der Verfassung von 1875 Präsident und Minister, die Träger der gesetzgebenden Senat und Abgeordnetenkammer. Auch hier hat die reine Theorie insofern eine Abschwächung erfahren, als sowohl der Präsident das Recht der Gesetzesinitiative hat (Gesetz vom 25. Februar, § 3) und eine neue Lesung von der Kammer verlangen kann (Gesetz vom 16. Juli, § 7), andererseits die Kammern eine Kontrolle über die Regierung ausüben und die Zusammensetzung des Ministeriums mitbestimmen. Diese letzte Einrichtung geht auf das englische Muster zurück, d. h. auf das parlamentarische System. Das französische Ministerium ist wie das englische solidarisch und den Kammern für seine politischen Hand-

lungen verantwortlich. Es muß bei einem Mißtrauensvotum dieser zurücktreten (Gesetz vom 25. Februar, § 6). Die Rückwirkung gegen die Revolution machte sich in dem Grundsatz bemerkbar, Senat und Präsidenten aus der indirekten Wahl hervorgehen zu lassen und damit der unmittelbaren Beeinflussung durch das Volk zu entziehen. Der Präsident wird durch die absolute Mehrheit der Nationalversammlung (Vereinigung von Abgeordnetenkammer und Senat), der Senat durch aus den Gemeindevertretungen hervorgegangenen Wahlkollegien gewählt. Die indirekte Wahl ist eine Eigentümlichkeit der monarchischen Staaten ebenso wie die Unverantwortlichkeit des Staatsoberhauptes, die dem Präsidenten der Republik zugeeignet wird (Gesetz vom 25. Februar, § 6). Überhaupt zeigt die Stellung des Präsidenten in der Verfassung, wieviel monarchische Widerstandskraft und Scheu vor republikanisch-demokratischen Konsequenzen noch in dieser steckt. Der Präsident beruft die Kammern zur gewöhnlichen und außergewöhnlichen Tagung, kann die Kammern vertagen und sogar die Abgeordnetenkammer — allerdings mit Zustimmung des Senats — auflösen. In der Theorie ist also seine Stellung dieselbe wie die des deutschen Kaisers war, der den Reichstag berief, eröffnete, vertagte und schloß, zur Auflösung aber auch eines anderen Organs, des Bundesrats, bedurfte. Der Präsident besitzt das Recht der Initiative für gewöhnliche und für Verfassungsgesetze; er kann die zweite Beratung eines Gesetzantrags von den Kammern verlangen, von denen sie nicht abgelehnt werden darf; er gibt Verwaltungs- und Ausführungsverordnungen (Dekrete) zu den Gesetzen heraus, die über die Einzelheiten der Anwendung entscheiden (ein Recht, das in Preußen dem Könige, in Deutschland dem Bundesrat zustand). Er besitzt das monarchische Recht der Begnadigung. Er verfügt über die Militärgewalt. Er besetzt alle Stellen im Heere und in den Behörden sowie den Posten des Ministerpräsidenten. Alle Beamten werden rechtlich von ihm ernannt. Da die französischen Beamten keine Statuten haben, können sie von heute auf morgen entlassen werden. Von diesem Recht ist unter der dritten Republik oft genug Gebrauch gemacht worden, um das Beamtentum zu „säubern", d. h. die oppositionellen Beamten durch regierungstreue zu ersetzen. Der Präsident schließt und ratifiziert Staatsverträge, die hinterher von der Kammer genehmigt werden müssen, um Gültigkeit zu erlangen. Er kann den Inhalt von Verträgen geheimhalten, wenn es das Staatsinteresse verlangt. Er ist ebensowenig wie der Monarch

politisch verantwortlich; vor Beleidigungen ist er durch besondere Gesetze geschützt.

So hatte die Nationalversammlung, in der Mehrheit monarchisch gesinnt, aber durch die praktische Unmöglichkeit, das Königtum wiederaufzurichten zu einer republikanischen Verfassung gedrängt, einen Rest monarchischer Befugnisse hinübergerettet, allerdings nur mit sehr geringem praktischem Erfolg. Die innere Politik Frankreichs entwickelte sich im Laufe der Jahre immer mehr zum entschiedenen Parlamentarismus. So warten jetzt die Minister das Mißtrauensvotum der Kammer gar nicht mehr ab, sondern reichen sofort ihre Entlassung ein, wenn sie sich einer gegnerischen Kammermehrheit gegenübersehen. Verfassungsrechtlich sind beide Kammern gleichgestellt, nur muß der Staatshaushaltplan zuerst von der Abgeordnetenkammer erledigt sein, während der Senat sich als oberster Gerichtshof konstituieren und mit dem Präsidenten zusammen die Kammer auflösen kann. Gegenwärtig hat die auf dem allgemeinen Wahlrecht beruhende demokratischere Kammer das Übergewicht über den indirekt gewählten Senat, der sich mit der Bewilligung der von den Kammern angenommenen Gesetze begnügt und nur einmal unter Schwierigkeiten ein Ministerium zum Rücktritt gezwungen hat. Eine Auflösung der Kammer hat nur einmal, 1876, stattgefunden und ist seitdem nicht wieder gewagt worden. Die Kammer hat dagegen von Zeit zu Zeit Neigung gehabt, ihr Kontrollrecht wirksamer zu gestalten. Mehrmals ist es deshalb zu Zusammenstößen mit der Regierung, der Exekutive, gekommen; zuletzt im Kriege 1914/19. Erst nach längeren Kämpfen hat sich hier die Regierung entschlossen, ihre ganze Geschäftsführung der Kontrolle der Kammer zu unterwerfen. Der Präsident der Republik begnügt sich heute mit Repräsentation, Vorsitz beim Ministerrat und Ernennung des Ministerpräsidenten, der dann selbständig das neue Kabinett zusammensetzt. Er wird aber nur einen Politiker mit der Bildung des neuen Kabinetts betrauen, der ihm nach Rücksprache mit den einzelnen Parteiführern als der geeignetste erscheint. Die Ernennung der Beamten besteht eigentlich nur noch in der Bestätigung der ihm von den einzelnen Ministern vorgeschlagenen Kandidaten. Infolge der fortschreitenden demokratischen Gewohnheiten hat der Präsident immer mehr von den verfassungsmäßigen Rechten abgelegt, die ihn in einen Konflikt mit dem Parlament bringen könnten. Dennoch bietet die Präsidentschaft auch heute noch Raum für persönliche Initiative.

Er kann in der auswärtigen Politik, die, solange die Geheimdiplomatie herrscht, am wenigsten zu kontrollieren ist, seine eigenen Wege gehen; er kann, wenn er dazu Anlagen hat, hinter den Kulissen durch seine Persönlichkeit die Politiker beeinflussen und die öffentliche Meinung leiten. So hat z. B. Poincaré nationalistische Propaganda getrieben, ohne daß er mit irgendeinem Verfassungsparagraphen oder mit den Kompetenzen der Kammer in Konflikt geraten wäre.

Mit der Annahme der endgültigen Verfassung mußte die Nationalversammlung ihre Aufgabe und ihren Zweck als erfüllt ansehen. Sie erledigte noch einige andere dringende Gesetzesfragen und vertagte sich dann, um der verfassungsmäßigen Volksvertretung Platz zu machen. Im Januar und Februar 1876 fanden die Wahlen statt. Im Senat, der auf der indirekten Wahl beruht, hatten Monarchisten und Konservative ein geringes Übergewicht über die offenen Republikaner. Die Mitglieder der Abgeordnetenkammer wurden nach dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht gewählt, das nach dem Sturz des Kaiserreichs auch in die Hände der Arbeiter, Handwerker und Kleinbürger gefallen war, die zu den herrschenden Klassen kein Vertrauen mehr hatten. Eine kräftige republikanische Propaganda, hauptsächlich geleitet von Gambetta, hatte unaufhörlich die Massen bearbeitet und die Fehler der Monarchisten reichlich ausnutzen können. Die demokratisch-republikanischen Parteien erlangten die Mehrheit (360 gegen 180 Konservative); ihr linker radikaler Flügel erhielt 100 Sitze. Aber trotz dieser deutlichen Volkskundgebung dankte die Rechte keineswegs ab. Sie versuchte gegen die Parlamentsmehrheit ihren Willen durchzusetzen und fand dabei Unterstützung beim Marschall, der sich immer noch als ausführendes Organ der Partei der konservativen Ordnung und diese als Bollwerk gegen die Frankreich bedrohende Gefahr der „Anarchie" ansah. Er versuchte es zunächst mit einem konservativen, dann mit einem gemäßigt republikanischen Ministerium. Aber auch dieses vermochte den Ansprüchen der Republikaner nicht so entgegenzutreten, wie die Konservativen es wünschten. Mac Mahon tat jetzt einen entscheidenden Schritt. Er gab am 16. Mai 1877 dem republikanischen Ministerium seine Entlassung und berief ein konservatives unter dem Herzog von Broglie, der die Seele der monarchistisch-klerikalen Opposition war. Gleichzeitig wurden die Kammern durch Dekret des Präsidenten auf einen Monat vertagt. Die Regierung setzte sofort mit einem Druck auf die Beamten ein, verbot öffentliche Versammlungen, republikanische

Zeitungen und Flugschriften und nahm eine durchgreifende Neubesetzung der höheren Beamtenstellen vor; in zwei Monaten wurden 227 Präfekten und Unterpräfekten ersetzt. Diese Maßregeln konnten den tatsächlichen moralischen Vorteil der Republikaner nicht beseitigen. Das aus Anhängern der klerikalen Rechten zusammengesetzte Ministerium war gegen den Willen der Kammermehrheit zustandegekommen. Die Linksparteien hatten es also leicht, die Tat des Marschalls als einen Gewaltstreich gegen das parlamentarische System hinzustellen, das nur dann die Entlassung eines Ministeriums erlaubt, wenn dieses sich im Widerspruch mit der parlamentarischen Mehrheit befindet. Als nach der Vertagung die Kammern wieder zusammentraten, sah man sofort, daß an ein Zusammenarbeiten von Regierung und Parlament nicht zu denken war. „Wir haben nicht Ihr Vertrauen, Sie haben nicht das unsrige," erklärte den Abgeordneten ein Minister Broglies. Und so waren eigentlich beide Teile zufrieden, als die Auflösung vom Senat dem Ministerium zugebilligt wurde, um dem Volk die Entscheidung in die Hand zu geben. Der beginnende Wahlkampf spitzte sich immer mehr zu einem Streit zwischen dem System Mac Mahon und dem System Gambetta zu. Mac Mahon war der Vertreter des politischen Regiments, das dem Präsidenten mehr persönlichen Einfluß als dem Parlament verschaffen und immer noch durch den der Kirche ergebenen Autoritätsstaat die Monarchie vorbereiten wollte. Gambetta dagegen verkörperte das demokratisch-republikanische Prinzip; nach ihm sollte der Präsident nichts weiter sein als ein bloßer Beamter, der der Stimme des mündigen und selbstherrlichen Volkes zu gehorchen hätte; er verlangte die amtliche Anerkennung der Republik, die Durchführung demokratischer und parlamentarischer Grundsätze, die Anpassung der Ministerien an den Mehrheitswillen des Parlaments. Die Regierung dehnte das Interregnum, um Zeit zu gewinnen, auf fünf Monate aus, was verfassungsrechtlich nicht ohne Bedenken war (Gesetz vom 25. Februar, § 5). Sie konnte auf die Ergebenheit der von ihr beeinflußten und abhängigen Beamtenschaft vertrauen, der sie in einem Rundschreiben ihre Kandidaten empfahl; sie konnte auch bei einem Teil der Bevölkerung mit der Beliebtheit des Marschalls rechnen, der im ganzen Land mit großem Pomp umherreiste und für „seine" Politik sprach. Die ganze Agitation war darauf angelegt, eine Volksabstimmung für seinen Namen herbeizuführen. Gambetta aber war in der Lage, nicht nur Anhänger für das den breiten Massen entgegen-

kommende demokratische Prinzip zu werben; er wußte auch praktische Beweise für die Gefährlichkeit der monarchisch-klerikalen Politik anzuführen. Bismarck war in den Kulturkampf eingetreten; Crispi fürchtete eine Einmischung in die italienische Politik zugunsten des Papstes. Die Papstfreundlichkeit der Regierung hatte internationale Schwierigkeiten zur Folge (s. S. 20), die von Gambetta gegen das „Pfaffenkabinett" ausgenutzt wurden. Der französische Klerus, der einen Kulturkampf im eigenen Lande verhindern wollte, beging die Unvorsichtigkeit, im Wahlkampf für die Rechte Partei zu nehmen und sich an der Agitation zu beteiligen, ein Verhalten, das wieder eine Gegenwirkung erzeugte und den Antiklerikalismus stärkte. Der Ausfall der Wahlen machte die Regierung des 16. Mai unmöglich. Die Linke zog abermals siegreich in die Kammer ein. Die Mehrheit der Bevölkerung hatte sich endgültig für die demokratische Republik entschieden. Die Konservativen, von der Anhänglichkeit der Beamtenschaft und des Heeres überzeugt, versuchten einen letzten verzweifelten Widerstand. Mac Mahon hielt das Ministerium, das von der Kammermehrheit gemißbilligt wurde. Da der Senat sich aber nicht zu einer nochmaligen Auflösung entschließen wollte, war es gezwungen, abzudanken. Als die Rechte nun durch den Marschall wieder der Mehrheit ein konservatives Ministerium unter dem Vorsitz des Generals Rochebouet entgegenstellte, fühlte sich die Kammer stark genug, um auf ihrem Willen zu bestehen. Sie weigerte sich, in die Tagesordnung einzutreten, da sie „in der Zusammensetzung des Kabinetts eine Negation des parlamentarischen Systems" sah. Es schien fast, als sollte es darüber zum Bürgerkrieg kommen. Beide Parteien rechneten auf das Heer. Aber im letzten Augenblick scheute der Marschall doch vor einem Staatsstreich zurück und gab nach. Die Mitglieder des neuen Kabinetts wurden aus den Reihen der Republikaner genommen, und zwar zum erstenmal nicht vom Präsidenten der Republik, sondern vom Ministerpräsidenten Dufaure ausgewählt. Auch im Senat erwuchs den Republikanern bei der verfassungsmäßigen Erneuerung eines Drittels (Gesetz vom 24. Februar, Art. 6) eine Mehrheit von 60 Stimmen. Der Marschall mußte in seiner Botschaft an die Kammern die Verantwortlichkeit der Minister anerkennen. Das persönliche Regiment hatte ausgespielt, der parlamentarisch-republikanische Gedanke hatte gesiegt. Mac Mahon, der sich den neuen Verhältnissen nicht anpassen und sie auch nicht mehr verhindern konnte, wartete die Pariser Weltausstellung im Jahre 1878

ab und gab dann seine Entlassung. An seine Stelle trat der Demokrat Grévy.

*

Die Festsetzung der Staatsform gab nicht nur dem Lande selbst Selbstbesinnung und die Stetigkeit der Entwicklung wieder. Auch im Auslande machte die Tatsache, daß es gelungen war, das Staatswesen wieder in geordnete Bahnen zu lenken, überall einen für Frankreich günstigen Eindruck. Die royalistischen Versuche hatte Bismarck nicht ohne Sorge mit angesehen. Die diplomatischen Vertreter Frankreichs, die noch von der alten Ordnung herstammten und die Ansichten der Rechten in der Nationalversammlung teilten, versuchten den fremden Regierungen die Überzeugung beizubringen, die gegenwärtige französische Regierung sei nur eine Gelegenheits- und Verlegenheitsregierung. Besonders der Herzog von Broglie, damals Gesandter in London, betonte, die Wiederherstellung der Monarchie sei nur eine Frage der Zeit. In Berlin wirkte der Botschafter Vicomte de Gontaut-Biron im gleichen Sinne. In Bismarcks Augen wäre eine französische Monarchie in Europa sofort bündnisfähig, d. h. für Deutschland gefährlich geworden, während der Wechsel innerhalb einer republikanischen Regierung wenigstens in dem Staate, der damals für Frankreich allein in Betracht kam, in Rußland, keinen Bündniseifer erweckte. Gontaut-Biron war aber bei Kaiser Wilhelm und wohl dem ganzen Hofe gerade wegen seiner monarchischen Anschauung gern gesehen. Hohenlohe berichtet in seinen „Denkwürdigkeiten" (II, 221) über ein Gespräch mit Bismarck, in dem dieser sagt: der Kaiser erschwere die Durchführung seiner Politik Frankreich gegenüber, da er sich fortwährend von Gontaut bestimmen lasse, auf die Solidarität der konservativen Interessen, die alte Politik Arnims, Wert zu legen, statt darauf zu sehen, daß Frankreich uneinig und bündnisunfähig bleibe. Ebenso war Gontaut bei der Kaiserin sehr beliebt, die eine Aussöhnung mit Frankreich herbeisehnte. An derselben Stelle der „Denkwürdigkeiten" äußert der Kanzler: alles, was der Reichsregierung feindlich gesinnt sei, finde bei der Kaiserin Unterstützung, und seit der Anwesenheit Gontauts bestehe in Berlin eine Art Gegenregierung, gegen die er zu kämpfen habe. Hohenlohe war zwar der Ansicht, daß Bismarck den Einfluß Gontauts und die „Phrasen der Kaiserin" überschätzte. Aber der Einfluß wurde unterstützt von dem deutschen Botschafter Grafen Arnim in Paris,

der aus monarchischen Grundsätzen der royalistischen Partei wohlwollend gegenüberstand, seine Berichte in ihrem Sinne abfaßte und den alten Kaiser für die monarchische Sache in Frankreich persönlich gewonnen hatte. Diese intrigante Politik gab den Anlaß zu mehrfachen tadelnden Briefen Bismarcks und schließlich zu dem bekannten Arnimprozeß, in dem Bismarck seine Gegner besiegte. Bismarck gab sich zwar hinsichtlich der deutschfeindlichen Stimmung auch der Republik nicht den geringsten Hoffnungen hin; und so wenig er die „republikanische Anarchie", die radikale Republik, wünschte, die seiner Meinung nach geeignet war, die sozialistische Bewegung in Deutschland zu stärken, so schien ihm doch die Republik gefahrloser als die Monarchie, weniger herausfordernd und bündnisfähig. Deshalb kam ihm der Sturz Thiers' gar nicht erwünscht. „Frankreich werde durch Konsolidierung allianzfähiger, und Thiers war dies weniger, also war sein Verbleiben für uns nützlich" („Denkwürdigkeiten" II, 107). „Über Frankreich sagte er, daß wir vor allem dabei interessiert seien, daß Frankreich nicht so mächtig im Innern und so angesehen nach außen werde, um Verbündete zu gewinnen. Eine Republik und innere Wirren seien eine Garantie des Friedens. Eine starke Republik sei allerdings, das gebe er zu, für das monarchische Europa ein schlimmes Beispiel. Dennoch schien ihm, wie ich glaube verstanden zu haben, die Republik weniger gefährlich als die Monarchie, die im Ausland allerhand Unfug begünstige" („Denkwürdigkeiten" II, 119). „Gambetta," sagte er an einer anderen Stelle („Denkwürdigkeiten" II, 177), „ist uns nicht gefährlich, wenn er auch Frankreich noch so stark organisiert. Die Gefahr liegt bloß in der Koalition, und diese wird die französische Republik gegen uns nicht zustandebringen." An dieser Anschauung, die sich später durch die Mitschuld unserer Diplomatie als falsch erwies, hat Bismarck immer festgehalten. Der Monarchismus stak ihm zu fest in den Knochen, er konnte an den Expansionsdrang und die Werbekraft der Demokratie nicht glauben. Daran litten die meisten unserer Diplomaten. So sagte auch Herr von Bethmann-Hollweg im Sommer 1916 zu der sozialistischen Minderheit im Reichstag, sie sollten Gott danken, daß Deutschland keine Republik sei. Er war der Ansicht, daß die Republik das Schicksal Deutschlands bald entschieden hätte.

Solange die Nationalversammlung zwischen Monarchie und Republik noch nicht endgültig entschieden hatte, beobachtete Bismarck alle Vorgänge in Frankreich mit Mißtrauen. In Thiers glaubte er

eine Bürgschaft für ordnungsmäßige Bezahlung der Kriegsschuld zu finden. Bei Mac Mahon, den man in Deutschland vielfach als Marschall der Revanche bezeichnete, zweifelte er, ob dieser auch die Friedensbedingungen und die durch den Frieden geschaffene politische Lage als für ihn bindend anerkennen würde. Nichtsdestoweniger war seine Haltung Frankreich gegenüber — dem saturierten Zustand Deutschlands entsprechend — von der größten Friedfertigkeit. Denn obwohl durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht das französische Heer verstärkt wurde, willigte er, da die Kriegsschuld schon vorzeitig abgetragen war und infolge von Reibereien zwischen Bevölkerung und Besatzungsheer neue Unstimmigkeiten zu befürchten waren, schon im September 1873 in die Räumung des gesamten französischen Gebietes, das Deutschland laut Vertrag bis zum 2. März 1874 besetzt halten durfte.

Wie berechtigt Bismarcks Mißtrauen gegenüber der auswärtigen Politik unter der konservativen Regierung war, zeigte sich, als diese offen die Freundschaft Rußlands suchte, während die Stimmung im Lande, durch die Schrecken des Krieges dem Imperialismus abgewendet, durchaus für eine friedliche und neutrale Haltung war. Das Verhältnis zwischen Frankreich und Rußland war bis zum Frankfurter Frieden durchaus kein freundschaftliches gewesen. Rußland war durch den Krimkrieg und durch die Politik Napoleons III., der im Jahre 1863 den in Russisch-Polen ausgebrochenen Aufstand unterstützt hatte, erbittert. Während des Deutsch-Französischen Krieges bewahrte es wohlwollende Neutralität gegenüber Deutschland. In Frankreichs Niederlage sah es mit Genugtuung etwas wie Revanche. Es hatte außerdem noch Interesse an einer Ausschaltung Frankreichs, als es in der Verfolgung seiner orientalischen Pläne (Zerstückelung der Türkei) von keiner im Orient interessierten Macht gehindert sein wollte. Bald nach Friedensschluß trübte sich indes das Verhältnis zwischen Bismarck und dem russischen Kanzler Gortschakow infolge von politischen Meinungsverschiedenheiten und persönlicher Abneigung. Die konservative Rechte der Nationalversammlung, von Anfang an zu einer tätigen Auslandspolitik entschlossen, suchte diese Kanzlerfeindschaft sofort auszunutzen. Im Frühjahr 1873 richtete die französische Regierung an die russische das Ersuchen, sich für die vorzeitige Befreiung der besetzten französischen Gebiete zu interessieren. Diese nahm das Anerbieten ziemlich kühl auf und machte der deutschen Regierung davon Mitteilung, die ihrerseits unangenehm berührt

war. Den französischen Annäherungsversuchen standen vorläufig noch zwei Hindernisse im Wege: die persönliche Freundschaft zwischen den beiden Kaisern und das Mißtrauen gegen die Republik und die Unsicherheit der staatlichen Verhältnisse. Gortschakow sagte es Gontaut-Biron gelegentlich der Drei-Kaiser-Zusammenkunft im September 1872 deutlich genug: „Europa braucht ein starkes und weises (er meint konservatives) Frankreich, ich verleugne diese Äußerung nicht. Es ist wichtig, daß Frankreich stark sei, um die ihm in der Welt bestimmte Rolle durchführen zu können; es ist aber auch notwendig, daß es weise sei, um sie mit der neuen Autorität auszufüllen und seine Tätigkeit fruchtbringend zu gestalten." (Gontaut-Biron, Meine Botschafterzeit am Berliner Hofe, S. 136.) Der Zar verließ seine Reserve nicht; er lehnte die Einladung Mac Mahons nach Frankreich ab, tauschte nur mit dem orleanistischen Prätendenten, dem Grafen von Paris, Höflichkeitsbesuche aus. Damit bewies Rußland, daß es vorläufig nicht daran dachte, sich von Deutschland abzukehren oder Frankreich schon für bündnisfähig anzusehen. Bismarck aber war durch den französischen Vorstoß verstimmt und wurde es im folgenden Jahre noch mehr. Er war in den Kulturkampf eingetreten und geneigt, seine ganze Politik diesem augenblicklichen Gesichtspunkt unterzuordnen. Mit Thiers hatte er bereits über eine deutsch-französische Annäherung verhandelt; als aber mit dem 16. Mai wieder katholisch-orleanistische Einflüsse zur Herrschaft gelangten, schienen ihm alle Brücken zur friedlichen Verständigung wieder abgebrochen. „Wenn wir der Thronbesteigung des Grafen Chambord nicht besonders freundlich gesinnt waren," sagte Bismarck zu Gontaut, „so erklärt es sich damit, daß wir die unter ihm zu erwartende Herrschaft der klerikalen Partei fürchteten" (Gontaut-Biron, a. a. O., S. 343). Die französische Geistlichkeit verschärfte den Konflikt, die auf der Provinzialsynode von Bourges versammelten französischen Bischöfe schickten ihren deutschen oppositionellen Kollegen eine Dankadresse für ihre unerschrockene Haltung. Der gegen den Kulturkampf gerichteten Enzyklika Pius IX. hatten sich zehn französische Bischöfe in zum Teil sehr feindseligen Hirtenbriefen angeschlossen. Der Bischof von Nancy hatte zu Gebeten für die Wiedervereinigung von Straßburg und Metz mit Frankreich aufgefordert. Die klerikale Presse, besonders der „Univers" knüpfte an die Wiedergabe der Hirtenbriefe deutschfeindliche Bemerkungen. Im Oktober 1873 wurde daher Graf Arnim instruiert, unumwunden zu erklären, daß Deutschland diese Kund-

gebungen als eine Provokation betrachte. Die Verhandlungen, die sich bis zum Februar hinein fortsetzten, hatten das Verbot des „Univers" und ein Zirkular an die französischen Bischöfe von seiten des Kultusministers als Ergebnis.

Die klerikalen Neigungen der französischen Regierung stießen auch noch bei einem Freunde Deutschlands an. In Italien stand der ebenfalls antiklerikal gesinnte liberale Kammerpräsident Crispi bei Volk und Regierung, die eben erst den Kirchenstaat besetzt hatte, in hohem Ansehen. Die offene Werbetätigkeit in Frankreich für die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes hatte die italienische Regierung gereizt. Petitionen, die teilweise für sie beleidigend waren, liefen massenhaft in den französischen klerikalen Kreisen um. Der Bischof von Nevers veranstaltete eine Kundgebung gegen ein vom italienischen Parlament angenommenes Gesetz und schlug den Bürgermeistern seiner Diözese vor, sich daran zu beteiligen. Der Bischof von Nîmes sprach von einer „niederträchtigen und unsittlichen Überlieferung und der häßlichen Gefräßigkeit, mit der Italien sich auf das Gut der Kirche und der kirchlichen Kongregationen geworfen habe" (Gontaut, a. a. O., S. 367). Die klerikale Zeitung „Union" hoffte, daß bald „ein Heer von Kreuzfahrern die Alpen überschritte, um den Papst zu befreien und Italien zu züchtigen". Nach Civitavecchia schickte die französische Regierung das Kriegsschiff „Orénoque", das dem Papst als Zuflucht dienen sollte, falls die Sicherheit seiner Person in Rom bedroht wäre. Vergebens warnte der französische Gesandte in Rom trotz seiner kirchlichen Gesinnung davor, religiösen Kundgebungen einen politischen Charakter zu geben. Crispi war zu Bismarck nach Gastein gefahren, und man munkelte von einem deutsch-italienischen Bündnis. Im selben Monat schrieb die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung": „Die zwischen Italien und Deutschland schwebenden Verhandlungen haben ein gegenseitiges Einvernehmen zum Ziel für den Fall, daß nach den allgemeinen Wahlen die beiden Völker sich einem klerikalen, folglich angriffslustigen Frankreich gegenübersehen sollten, angriffslustig schon aus dem Grunde, weil ein klerikales Frankreich eine Drohung gegen Italien darstellt."

Die Bündnisbestrebungen Frankreichs in Rußland, seine streitbare klerikale Politik hatten eine gefährliche Spannung verursacht. Als dann noch die französische Regierung den von Deutschland als Rebellen bezeichneten, klerikal gesinnten spanischen Prätendenten Don Carlos offensichtlich begünstigte; als die Nationalversamm-

lung im März 1875 das neue Kadergesetz annahm, das nach deutschen Berechnungen einen Zuwachs von 144 000 Mann und damit ein Übergewicht über die Stärke der deutschen Truppen bedeutete, blies die „Post" am 8. April 1875 Alarm: „Krieg in Sicht?" Alldeutsche und offiziöse Blätter behaupteten, der Marschall Mac Mahon bereite aus monarchischer Absicht den Krieg vor. Die Spannung hielt nicht lange an. Kaiser Wilhelm und der Kronprinz gaben die Versicherung einer friedlichen Gesinnung ab und widersprachen den Zeitungen. Nach französischer Auffassung ging die Beruhigung auf die Einwirkung des Zaren zurück, den der Gesandte, General Leflô, für diese Aufgabe gewonnen hatte. Er überzeugte Deutschland von der geringen Bedeutung der französischen Heeresvorlage und warnte Frankreich vor allzu großer Besorgnis. Bismarck erklärte Kaiser Wilhelm, er stehe der Kriegshetze fern. In seinen „Gedanken und Erinnerungen" stellt er die Geschichte von seinen Angriffsplänen als eine von seinen Feinden (Kaiserin, Gontaut, Gortschakow) erfundene Legende hin. Der Verdacht ist nicht abzuweisen, daß einflußreiche militärische Kreise schon damals einen Vorbeugungskrieg gegen Frankreich wollten, um seine Erstarkung zu verhindern. Sicher ist auch, daß der französische Minister des Auswärtigen, der Herzog von Decazes, die tatsächliche Kriegsgefahr übertrieben hat, um die konservative Partei zu stärken. Hohenlohe nannte den ganzen Zwischenfall eine Komödie. Der ungeschickte Schritt des Herzogs, der nach beseitigter Gefahr den Zaren und Gortschakow veranlaßte, gelegentlich der Durchreise in Berlin nochmals beim Kaiser und beim Kanzler darauf zurückzukommen und den Argwohn gegen Frankreich als vollkommen nichtig hinzustellen, konnte natürlich die deutsch-französischen Beziehungen nicht freundlicher gestalten. Überhaupt war die auswärtige Politik des Herzogs, der vom November 1873 bis November 1877 das Ministerium leitete, keineswegs glücklich. Der Versuch, Rußland auf seine Seite zu ziehen, mußte in Deutschland den Argwohn erwecken, Frankreich wolle ihm einen Freund abwendig machen. Diesen Verdacht konnte sich Frankreich damals noch nicht leisten. Deutschland und Italien stieß es durch seine Parteinahme für die weltliche Macht des Papstes gleichzeitig vor den Kopf. England, das Rußlands Vorherrschaft auf dem Balkan nicht dulden wollte, arbeitete ebenfalls einer Annäherung an Rußland entgegen. Die konservative Regierung hatte es nicht vermocht, Frankreich seine Stellung unter den Mächten wiederzuerobern; es blieb isoliert.

II.

Kulturkampf und Kolonialpolitik

(1879—1881)

Mit dem Rechtsanwalt Jules Grévy, der dem Marschall Mac Mahon in der Prädentschaft folgte, war die republikanische Partei auch im höchsten Staatsamt vertreten. Grévy war Republikaner durch und durch. Er, der selbst aus dem Volk hervorgegangen war, wollte nichts anderes sein als ein Bürger der Republik. Niemals gegen den Mehrheitswillen anzukämpfen war sein Grundsatz. Ebenso setzte eine neue Reinigung der politischen Ämter ein; Präfekten, Gesandte monarchischer Gesinnung wurden durch Republikaner ersetzt. In Berlin trat Saint-Vallier an die Stelle von Gontaut-Biron. Mit der Abdankung Mac Mahons hatte die Rechte den letzten Rest ihres Übergewichts eingebüßt. Sie war von nun an eine Oppositionspartei. Ihre verhängnisvolle Zersplitterung in Orleanisten und Legitimisten nahm ihr jede unmittelbare Hoffnung und jeden praktischen Einfluß auf das Land. Dazu kam, daß der Nachfolger des 1878 verstorbenen Pius IX., Leo XIII., es trotz der kirchenfeindlichen Bewegung nicht zu einem vollständigen Bruch mit der Republik kommen lassen wollte und seine Hand von dem aussichtslosen Thronkandidaten Grafen Chambord abzog, so daß der rechtgläubige französische Katholik sich nicht unbedingt zum Royalismus verpflichtet fühlte. Der bonapartistische Kronprätendent war am 1. Juni 1879 als englischer Offizier im Kampfe gegen die Eingeborenen in Afrika gefallen. Sein „Nachfolger", Prinz Jérôme, war Freidenker und bekannte sich zu den Grundsätzen der Revolution. Der kirchlich gesinnte Teil der Partei wandte sich daher nicht ihm, sondern seinem Sohn, dem Prinzen Victor, zu, der auch von der Kaiserin-Witwe unterstützt wurde; dadurch verlor auch der Bonapartismus noch an Bedeutung.

Aber auch die Linke, die durch Verlegung des Parlaments im Juli 1879 von Versailles nach dem radikaleren Paris eine weitere

moralische Stärkung erfahren hatte, war weit davon entfernt, ein gemeinsames republikanisches Programm zu besitzen. Den linken Flügel nahmen die Radikalen ein, als deren Wortführer Clémenceau galt. Sie erstrebten die Durchführung der Demokratie und der Grundsätze von 1791 und forderten Einführung der Einkommensteuer statt der unsozialen Verbrauchssteuern, Abschaffung des indirekt gewählten Senats und aller Privilegien, wie z. B. der einjährigen Dienstzeit im Heer, Amnestie der am Kommuneaufstand Beteiligten, Trennung von Staat und Kirche, konfessionslose Schule. Unterstützung erhielten sie von der vorläufig noch kleinen Zahl der sozialistischen Abgeordneten. An die Radikalen schlossen sich die Republikanische Vereinigung mit Gambetta und die Republikanische Linke mit Jules Ferry, beides opportunistische Parteien und nur durch die Persönlichkeit ihrer Führer voneinander geschieden. Die demokratische Republik war auch ihr Ideal, doch trennten sie sich von den Radikalen in der Methode. Ihr Weg zum Ziel war die besonnene, vorsichtige Realpolitik; sie waren Anhänger einer allmählichen Entwicklung. Als halbwegs gesättigte Parteien waren sie bereit, das starre Prinzip und seine Anwendung in allen Fällen zu mildern, wo es die Übergänge zu wahren galt. Gambetta hatte wiederholt versucht, alle republikanischen Parteien zu einem Block zu vereinigen und dadurch ihre politische Wirksamkeit zu erhöhen. Doch scheiterte die Absicht an dem Mißtrauen der anderen Parteiführer gegen eine Diktatur Gambettas, dessen überragende Persönlichkeit die ihre zu verdrängen drohte, und an den sozialen Forderungen der Radikalen. Immerhin nahm die Linke die gegen die politische Tätigkeit der Geistlichkeit gerichtete Politik als gemeinsamen Arbeitsplan an, und die antiklerikale Gesetzgebung ist Jahre hindurch ein Bindemittel für die drei republikanischen Parteien gewesen.

Die konservative Nationalversammlung war gleichzeitig klerikal gesinnt gewesen. Der Klerus hatte sich unter dem streitbaren Pius IX. am Kampf gegen die republikanische Verfassung beteiligt. Pius seinerseits hatte keinen Zweifel darüber gelassen, daß ihm die Republik verhaßt war und daß er in ihren Gegnern die wahren gläubigen Katholiken sah. Der 16. Mai hatte den Machtwillen der klerikalen Partei offenbart. Die Bewegung für die Wiederherstellung des Kirchenstaates hatte Frankreich in auswärtige Schwierigkeiten verwickelt. Vielleicht hoffte die Regierung auch, in dem Kulturkampf ein Mittel gegen Kommunismus und Sozialismus zu finden und eine

Ablenkung für die sozialen Forderungen der Radikalen. Doch können diese politischen Umstände allein nicht die Gewalt des Kampfes erklären, der nun zwischen Staat und Kirche, zwischen Kirchenglauben und Freigeisterei losbrach, Jahrzehnte hindurch erbittert geführt wurde und Frankreich in zwei feindliche Lager geteilt hat. Es muß eine Stimmung im Lande gewesen sein, die dem politischen Streit die Resonanz gab. Die geistige Vorbedingung für den Kampf gegen die Stellung der Kirche und der Religion im Leben des Staates war durch eine nationalfranzösische Überlieferung, durch die Entwicklung der Naturwissenschaften und einer gewissen Richtung der Philosophie gegeben. Mit der fortschreitenden naturwissenschaftlichen Erkenntnis waren zunächst einige, wenn auch mehr äußerliche Lehrmeinungen der Bibel ins Wanken geraten. Die Entwicklungslehre stand mit der Weltschöpfung der Bibel im Widerspruch; Wunder, d. h. Durchbrechung der Naturgesetze, konnte die Wissenschaft nicht anerkennen. Auf den Ergebnissen der Naturwissenschaft fußte die rationalistische Kritik, die, als Nachfolgerin Voltaireschen Freidenkertums, die Offenbarungsreligion angriff und die biblischen Geschichten allein mit der Vernunft betrachtete. Die Bücher von David Friedrich Strauß und des französischen Skeptikers Renan „Leben Jesu" haben damals einen tiefen Eindruck auf das französische Bürgertum gemacht. Der Bibelglaube wird mehr und mehr ersetzt durch den materialistischen Glauben an die Entwicklung und den Fortschritt der Menschheit. Für Saint-Simon, einen der Begründer des Sozialismus, ist die theologische Epoche der Menschheitsgeschichte für immer abgetan; aus der Organisation der Arbeit entsteht nach ihm eine neue Welt, ein Paradies der Zukunft, Eintracht und Glück aller. Der Naturforscher Berthelot, der in den achtziger Jahren Unterrichtsminister war und von der Republik mit Ehren überhäuft wurde, ersetzt die Religion als Führerin und moralische Macht durch die Wissenschaft. Von dem Seelenzustand eines Durchschnittsbürgers dieser Zeit entwirft Romain Rolland („Jean-Christophe à Paris. Dans la maison", S. 71) folgendes Bild: „Er war durchtränkt von den verschwommenen, aber glühenden Gedanken, an denen sich die Bürger in der ersten Zeit der französischen Revolution berauschten. Er glaubte fest an die Unfehlbarkeit der Vernunft, an die Unbegrenztheit des Fortschritts — quo non ascendam? — an die nahe Ankunft des Glückes auf Erden, an die allmächtige Wissenschaft, an ein göttliches Menschentum und an Frankreich, Erstgeborene des Menschen-

tums. Er war ein begeisterter und leichtgläubiger Antiklerikaler, der in der Religion, und besonders in der katholischen, ein Werk der Dunkelmänner sieht und den Priester als den geborenen Feind des Lichtes betrachtet."

Die Wahl des Präsidenten hatte einen Wechsel des Kabinetts zur Folge gehabt, das sich von nun an aus entschieden republikanischen Elementen zusammensetzte (Waddington, Februar 1879; Freycinet Dezember 1879; Ferry September 1880). Eigentlich hätte jetzt Gambetta an die Spitze des Ministeriums berufen werden müssen; denn er hatte im Kampf gegen Monarchie und Klerikalismus das meiste geleistet und die größte Autorität erworben. Aber Grévy hatte die diktatorische Rolle, die Gambetta in der Zeit der nationalen Verteidigung gespielt hatte, noch zu sehr in der Erinnerung. Er sah in ihm immer den stürmischen Demagogen, der seiner eigenen ruhigen Persönlichkeit, die ganz im Volke aufgehen wollte, so sehr widersprach. Von diesem persönlichen Widerwillen geleitet, hielt er ihn lange von der Regierung fern. Die antiklerikale Seele der drei ersten Ministerien unter Grévys Präsidentschaft war Jules Ferry. Am einflußreichsten war die Geistlichkeit in den Schulen. Deshalb sah Ferry seine Hauptaufgabe in einer großzügigen Schulreform. Er wollte die künftige Generation für die Republik gewinnen, der geistlichen Lehre entziehen und nur der staatlichen Autorität dienstbar machen. Im März 1879 brachte Ferry zunächst zwei Gesetzentwürfe vor die Kammer: 1. Über den Oberen Rat des öffentlichen Unterrichts und die Akademischen Räte, 2. Über die Freiheit des Unterrichts.

Der Rat, der als oberste Unterrichtsbehörde über Beförderung, Disziplinarfälle und Maßregelung zu entscheiden hatte, setzte sich auf Grund eines Gesetzes von 1850 aus vier Bischöfen, zwei protestantischen und einem israelitischen Geistlichen, sowie drei weiteren Nichtfachleuten aus der Zahl der oberen Staatsbeamten zusammen. Die Vertreter des Lehrkörpers (drei für den „freien" Unterricht, d. h. die von den Geistlichen geleiteten Schulen, acht für den staatlichen) wurden nicht gewählt, sondern auf dem Verordnungswege ernannt. In den akademischen Räten gab es nur Ministerialbeamte und Geistliche. Ferrys Entwurf, der im Februar 1880 Gesetz wurde, setzte an die Stelle der bisherigen Behörden Fachausschüsse ein unter Ausschließung der Geistlichen. Zu 2. verlangte Ferry, daß die Verleihung von akademischen Graden den Gemischten Kommissionen, in denen auch Vertreter der „freien" Ordenshochschulen saßen, ge-

nommen und wieder Staatsmonopol werde. Den freien Hochschulen sollte das Recht aberkannt werden, sich „Hochschulen" zu nennen; jede Anstalt sollte zu ihrer staatlichen Anerkennung eines Spezialgesetzes bedürfen. Die Regierung wollte durch diese beiden Gesetze die Oberhoheit des Staates über die Kirche und sein Aufsichtsrecht über Schule und Lehrer festlegen. Der heftigste Parteikampf entbrannte um den Artikel 7 der Regierungsvorlage, über die Freiheit des Unterrichts, in dem es Ferry besonders auf die Jesuiten absah; der Gymnasialunterricht war zum großen Teil in ihren Händen. Er hatte folgenden Wortlaut: „Es ist den Mitgliedern der nicht anerkannten Orden verboten, im öffentlichen Unterricht zu wirken oder eine Unterrichtsanstalt irgendeiner Art zu leiten." Auf diese Weise wollte man ein Mittel in die Hand bekommen, den Jesuitenorden, den man für den gefährlichsten hielt, an jeder unterrichtlichen Tätigkeit zu hindern. „Der Jesuitenschüler," sagt Paul Bert, ein Anhänger und Mitarbeiter Ferrys, in seinem 1880 erschienen Buche „Die Moral der Jesuiten", „besitzt in seinem Lehrbuch einen Lehrmeister und Leitfaden für das ganze Leben. In jeder Lage und auf jede Frage findet er eine fertige Antwort. Der Staat, die Gesellschaft können nicht mehr auf ihn wirken." Ein so gedrillter Zögling, blind gegen alle Fortschritte der Kultur und Wissenschaft, könne niemals ein guter Bürger der demokratischen Republik werden. Die Aufregung über die Absichten der Regierung war im Klerus und in der klerikalen Partei ungeheuer; die Rechte verteidigte die Stellung der geistlichen Lehrer im Namen der Freiheit und der christlichen Religion. Es regnete Hirtenbriefe, Reden, Zeitungsaufsätze, Flugschriften. Der Widerstand innerhalb der katholischen Bevölkerung beschränkte sich im allgemeinen auf den weiblichen Teil, während der männliche sich neutral verhielt. Von der Million Unterschriften, die unter dem Protest der Klerikalen standen, kamen zwei Drittel auf die Frauen. Nur wenige Geistliche begriffen schon damals die biegsame Diplomatenkunst Leos XIII. so gut wie der Bischof Guibert, der in einer Broschüre die kluge Bemerkung machte, die Kirche habe sich bisher allen politischen Formen angepaßt. Der Kampf wurde in der Kammer fortgesetzt. Die Rechte verlangte völlige Unterrichtsfreiheit für die Orden und lehnte jede staatliche Aufsicht ab, Ferry und das ganze Ministerium waren in ihren Augen die „Infamen", die „Antichristen", das Werkzeug der teuflischen Freimaurerei. Die Regierung, die den Radikalen noch lange nicht weit genug ging, erklärte den klerikalen

Vorwürfen gegenüber, Unterrichtsfreiheit sei keine Freiheit des Naturrechts, wie z. B. die persönliche Freiheit des einzelnen, sondern sie müsse immer in Einklang gebracht werden mit dem höchsten Gesetz, der Sicherheit des Staates. Ferry zitierte in der Begründung der Vorlage mehrere Lehrbücher der Jesuiten, um den Haß dieses Ordens gegen den modernen Staat zu beweisen. Der Staat habe das Recht und die Pflicht, eine gegen seine Existenz gerichtete Unterweisung zu überwachen. Nicht dem katholischen Christentum, auf dessen Boden er selber stehe, erkläre er den Krieg, wohl aber der politischen Wirksamkeit der katholischen Kirche. Im Juli 1879 wurden die einzelnen Teile der Vorlage (Verleihung von akademischen Würden und der Anstellungsberechtigung nur durch den Staat, Zwang für die Schüler der nichtstaatlichen Anstalten, sich von einer staatlichen Prüfungskommission examinieren zu lassen, Bezeichnung der nichtstaatlichen Anstalten als „freie" Schulen, Entfernung der Geistlichen aus der obersten Unterrichtsbehörde) mit großer Mehrheit von der Kammer angenommen, und zwar einschließlich des Paragraphen 7. Nachdem am 27. Dezember das Ministerium Waddington, das infolge seines unsicheren Auftretens und seiner geringen Entschlossenheit, die einmal eingeschlagene Politik geradenwegs zum Ziel zu leiten, nur noch eine schwache, unwillige Mehrheit fand, abgetreten war, trat das Kabinett Freycinet an seine Stelle. In diesem behielt Ferry seinen Platz, und im Februar 1880 kam nun das Gesetz mit dem Artikel 7 vor den Senat. Hier hatte die konservative Rechte (infolge der seiner Zeit von der Nationalversammlung auf Lebenszeit gewählten Mitglieder, der sogenannten „inamovibles") noch eine schwache Mehrheit. So wurde hier der Artikel 7 mit 148 gegen 129 Stimmen verworfen. Die Regierung war jedoch entschlossen, ihren Willen durchzusetzen und nahm zum Verwaltungswege ihre Zuflucht. Sie griff auf Gesetze[1]) aus der Zeit der ersten Republik und des ersten Kaiserreichs, die im Konkordat enthalten waren, zurück und erließ in Übereinstimmung mit ihnen Ende März zwei Dekrete, die erstens dem Jesuitenorden befahlen, sich innerhalb dreier Monate aufzulösen

[1]) Zwei dieser Gesetze lauten: „Die Erzbischöfe und Bischöfe sollen mit Genehmigung des Staates innerhalb ihrer Diözesen geistliche Stifte und Priesterseminare errichten können. Alle anderen geistlichen Anstalten sind aufgehoben." — „Kein Männer- oder Frauenorden kann sich fürderhin zu religiösen Zwecken bilden, der nicht nach Prüfung der Statuten und Regeln ausdrücklich durch ein kaiserliches Dekret genehmigt ist."

und die von ihm geleiteten Schulen aufzugeben, zweitens jedem bisher nicht amtlich anerkannten Orden aufgab, die staatliche Anerkennung nachzusuchen. Während der diplomatische Leo XIII. schwieg und nicht gesonnen war, die Sache der Kirche an das Schicksal einer politischen Partei zu ketten, deren Aussichten immer geringer wurden, ging die Rechte und ihre Presse zum Angriff gegen die „verbrecherischen" Gesetze über und forderte die Orden zum passiven Widerstande auf, in dem Glauben, die Regierung werde es dann nicht wagen, ihre Drohungen wahr zu machen. Der Protestant Freycinet war persönlich für eine Verständigung mit der Kirche, erklärte die Maßnahmen der Regierung nur für Vorbeugungsmittel und suchte in häufigen Besprechungen mit kirchlichen Würdenträgern nach einem Ausgleich. Als das erste Dekret ausgeführt und die Jesuiten geopfert waren, knüpfte er ohne Wissen seiner Kabinettsmitglieder unter Vermittlung französischer Bischöfe Verhandlungen mit Rom an. Er machte der Kirche einige Zugeständnisse, versprach den Orden Duldung und milde Auslegung der Dekrete unter der Bedingung, daß sie die staatliche Zulassung nachsuchten, um sich damit wenigstens formell der republikanischen Staatsform zu unterwerfen. Der Papst hatte daraufhin den Orden geraten, diese Bedingung zu unterschreiben. Die Verhandlungen kamen jedoch durch den Vertrauensbruch eines Bischofs, der von einer Versöhnung mit der Republik nichts wissen wollte, an die Öffentlichkeit. Von seinen Kollegen verleugnet, gab Freycinet seine Entlassung. Nun wurde Ferry, der geistige Vater der antiklerikalen Gesetze, Ministerpräsident und brachte die beiden Dekrete im Oktober und November 1880 zur Ausführung. 261 Ordensgesellschaften, die der Aufforderung der Regierung, sich anzumelden, nicht nachgekommen waren, wurden aufgehoben; an einigen Orten hatten sich die Ordensbrüder verschanzt und mußten von der Polizei mit Gewalt herausgetrieben werden. Eine größere Gegenwirkung im Volke, auf die der Klerikalismus gehofft hatte, zeigte sich nicht. Die Regierung blieb unbestrittener Sieger.

Der Kampf zwischen Kirche und Staat ging weiter. Die Regierung dehnte die Verweltlichung der Schule auf die höheren Mädchenschulen aus, die ausschließlich in den Händen der Geistlichkeit waren. Im Dezember 1879 wurde ein Vorschlag Ferrys Gesetz, nach dem unter staatlicher Aufsicht ein höherer Mädchenschulunterricht ins Leben zu rufen war, dessen Unterhaltung den Gemeinden oder Departements zustand und in denen der Unterricht von staatlich geprüften Lehrern

und Lehrerinnen erteilt werden sollte. Vor allem aber schien es Ferry wichtig und nötig, die große Masse der Zukunft im Sinne des neuen Staates zu erziehen und nicht der Beeinflussung durch die Geistlichkeit zu überlassen. Die allgemeine Volksschule mußte vom Staate aufgebaut und mit dem neuen Geiste erfüllt werden. Er wollte die kostenlose Pflichtvolksschule, um alle Volksgenossen an den Elementen der weltlichen Bildung teilnehmen zu lassen. Er verteilte die Vorlagen über die einzelnen Sessionen und verlangte zunächst eine gleichmäßige Vorbildung und eine Staatsprüfung für alle Volksschullehrer, sowie Aufhebung der „lettres d'obédiance", die bisher für die geistlichen Lehrer die Zeugnisse über die pädagogischen Fähigkeiten ersetzt hatten. Dies wurde im Juni 1881 Gesetz. Ein härterer Kampf wurde um drei weitere Regierungsvorschläge ausgefochten: die kostenlose, die obligatorische und die konfessionslose Volksschule. Gegen die Kostenfreiheit wurde von der Rechten ins Feld geführt, sie bringe der Gemeinde ungeheure Lasten; sie schade ferner den Fortschritten des Elementarunterrichts (!) und sei in politischer und sozialer Hinsicht verhängnisvoll. Denn im Sinne der Konservativen bedeutete jeder Versuch, die alte Ständeordnung zu durchbrechen und die Macht des Besitzes anzutasten, eine Lebensgefahr für den Staat. Die Regierung wußte allen Bedenken zu entgegnen, und die Kostenfreiheit ging auch durch. Die konfessionslose Pflichtschule bekämpfte die Rechte als den ersten Schritt zum staatszerstörenden Sozialismus und zur Gottlosigkeit und als einen Eingriff in die Rechte des Familienvaters. Dieser letzte Grund hatte selbstverständlich nur einen agitatorischen Zweck. Die Regierung machte dagegen geltend: Volksbildung sei eine Stärkung der ganzen Nation; der deutsche Schulmeister habe die deutschen Siege vorbereitet; unter den französischen Rekruten gebe es 15 Prozent Analphabeten, in Preußen nur 3 Prozent; der allgemeine Volksunterricht bedeute nicht eine geistige Gefahr, sondern das Werkzeug der geistigen Befreiung, der Weg zur notwendigen Demokratie; die Beibehaltung des katholischen Religionsunterrichts in der Staatsschule würde die Abhängigkeit der Lehrerschaft von der Kirche bedingen, was der souveräne Staat nicht dulden dürfe; der Religionsunterricht müsse durch einen neutralen moral- und bürgerkundlichen Unterricht ersetzt werden. In der Kammer angenommen, wurde das Gesetz von dem vorsichtigeren Senat so weitgehend abgeschwächt und abgeändert, daß es die Kammer in dieser Fassung zurückwies. Erst im März 1882, nach der verfassungsmäßigen Erneuerung eines Senats-

drittels, unter dem zweiten Ministerium Ferry nochmals zur Beratung gebracht, fand es endlich genügend Anhänger, wenn es auch in seiner Kompromißgestalt dem demokratischen Ideal der Demokraten nicht behagte.

Damit war der antiklerikale Wille der Mehrheitsparteien, schon aus Furcht, eine klerikale Gegenwirkung hervorzurufen, zunächst erschöpft. Als Ergebnis des Kulturkampfes von 1879 bis 1882 konnte der republikanische Staat zu seinem Vorteil buchen: Die Verbannung der Jesuiten und die Auflösung der widerspenstigen Orden war durchgesetzt. Der Widerstand der Geistlichkeit war gebrochen. Die wichtigste und folgenreichste Neuordnung aber war sicherlich die staatliche Volksschule, die nun neben die von der Geistlichkeit geleitete konfessionelle Schule trat. Sie wurde ganz mit republikanisch-demokratischem Geist erfüllt, und in ihr zog der Staat sich die neuen Generationen groß. Zwar hat man in Frankreich den Schulzwang nie so streng wie in Deutschland durchführen können. Denn „das Gesetz sieht einerseits keine ernsthafte Strafe vor, andererseits überläßt es seine Anwendung den Abgeordneten des allgemeinen Stimmrechts, die, um sich ihre Beliebtheit zu erhalten, sich nicht dazu hergeben wollen, die vom Gesetzgeber geschmiedeten schwachen Waffen zu gebrauchen" (Jules Huret, En Allemagne, I, 35). Doch ist die überwältigende Mehrheit im Bewußtsein der staatlichen Autorität und in der republikanischen Weltanschauung erzogen. Die Kirche ist aus dieser Laienschule vollkommen verbannt. Die Aufsicht führt der Präfekt, ein Staatsbeamter, der unmittelbar dem Minister des Innern untersteht. Der Religionsunterricht ist durch den moral- und bürgerkundlichen Unterricht ersetzt, durch den eine Beeinflussung des Willens zum Guten, Kenntnis der staatlichen Einrichtungen und Erweckung der nationalen Idee erzielt werden soll. Die unmittelbare Abhängigkeit der Schule vom Staat, d. h. der Regierung, spiegelt sich in der Entwicklung der staatlichen Erziehung wider. Die Religionsfeindlichkeit ist von der Regierung Ferrys stets geleugnet worden; sie lag nicht in ihrer Absicht. Was man mit dem Moralunterricht wollte, hat der Kommissionsberichterstatter Paul Bert so erläutert: Er glaube an das Bestehen einer allgemeinen Moral, die sich stets gleich bleibe trotz aller unzähligen Umgestaltungen, die Zeit, Ort, Rasse an ihr bewirken; sie sei ewig und unabhängig von jedem religiösen Glauben, weil ihre Wurzeln bis in das menschliche Gewissen hineinreichen. Diesen neutralen Standpunkt hat aber die Schule im Laufe der Jahre verlassen, je mehr die innere Politik

in das Fahrwasser der Radikalen hineingeriet. Sie wurde als eine Unternehmung des Staates in eine Kampfstellung hinübergedrängt. Das Freimaurertum, die Feindschaft gegen alle christlichen Religionen siegten schließlich in der Masse der Lehrer, die in den staatlichen Lehrerbildungsanstalten alle in den Machtkampf mithineingezogen wurden. Den endgültigen Triumph des Freidenkertums bedeutete das Gesetz über Trennung von Kirche und Staat im Jahre 1904, das Ergebnis eines heftigen, ganz Frankreich erregenden Kampfes. Heute ist der Name „Gott" aus fast allen Schulbüchern gestrichen, die Kirchengeschichte wird als eine Summe religiöser Verfolgungen gelehrt.

Eine weitere, von der Regierung beeinflußte pädagogische Richtung, die Deutschfeindlichkeit, muß uns später noch beschäftigen.

Bald nach Annahme des beschränkten Schulgesetzes, im August und September 1881, fanden die Kammerwahlen statt, die den republikanischen Stimmen einen Zuwachs von 20 Prozent brachten. Die Rechte, mehr und mehr entmutigt, verlor 60 Sitze. Für sie wurden nur 170 000 Stimmen abgegeben, während den Republikanern 5 Millionen Stimmen zufielen. Auch dem Senat erwuchs aus der verfassungsmäßigen Drittelerneuerung eine sichere republikanische Mehrheit (zwei Drittel gegen ein Drittel). Damit war die antiklerikale Politik von der Mehrheit des Volkes gebilligt. Der Ausfall der Wahlen erregte am meisten im Auslande Aufsehen und zum Teil Verwunderung. In den monarchischen Staaten hörte man noch allzu gern auf die royalistischen Agenten und rechnete nicht mit einem so deutlichen und überwältigenden Siege der Republikaner. Auch war das Dogma von dem wankelmütigen und unbeständigen Frankreich besonders in Deutschland schon eine politische Überzeugung geworden, so daß man an die Stetigkeit der einmal eingeschlagenen Richtung nicht glauben wollte. Die Entwicklung der Weltpolitik hat allerdings gezeigt, daß eine Republik ihre Politik unter Umständen stetiger und zielsicherer führen kann als eine Monarchie.

Trotz aller Maßregeln und Gesetze gegen die politisierende Geistlichkeit war es nicht zu einem offenen Bruch mit Rom gekommen. Weder wurde das Konkordat aufgehoben, noch die Zivilehe und die Trennung von Staat und Kirche verkündet, noch der französische Gesandte vom Päpstlichen Stuhl abberufen, wie es die Radikalen gefordert hatten. Das hatte seinen Grund in der geschickten und biegsamen Politik Leos XIII., der sich nicht wie sein Vorgänger als grundsätz-

licher Gegner der Republik gebärdete, wie in dem Bedürfnis der Regierung, das französische Protektorat über die Christen im Orient nicht zu verlieren. Um seinen politischen Einfluß im fernen Osten zu bewahren, glaubte Frankreich diese von der Kirche verliehene Mission nicht entbehren zu können. Nach dem Orient, der in der Geschichte Europas oft den Unruhestifter gespielt hatte, blickte jetzt auch Frankreich hin. Und hatte das Ministerium Ferry durch seinen entschiedenen Antiklerikalismus der inneren Politik eine für lange Zeit bestimmte Richtung gegeben, so leitete es auch in der äußeren Politik einen neuen Abschnitt ein: die Zeit der kolonialen Ausbreitung.

Die dritte Republik hatte das koloniale Erbe der früheren Regierungen angetreten. Frankreich war schon im 16. Jahrhundert eine Kolonialmacht geworden. Zwar war Kanada, das die Franzosen wegen seines Pelzreichtums ausgebeutet und besiedelt hatten, im Laufe des Siebenjährigen Krieges an England, den Bundesgenossen Friedrich II., verlorengegangen. Während der großen Revolution wurde San Domingo, eine der reichsten Kolonien, durch einen Negeraufstand Frankreich entrissen. Aber im 19. Jahrhundert wurden neue Gebiete unter französische Herrschaft gebracht. Die Piraterei der nordafrikanischen Beys gab den Anlaß zum Vorgehen gegen die Stadt Algier, die 1830 genommen wurde. Von da aus drang man langsam ins Innere des Landes ein. Jeder Aufruhr der Eingeborenen gegen die Eindringlinge war das Vorspiel neuer militärischer Expeditionen und einer weiteren Ausdehnung der Herrschaft nach Süden. 1857 konnte Algerien als erobert und gesichert gelten. So war vor den Toren Frankreichs eine große, zukunftsreiche Kolonie entstanden.

Das zweite Kaiserreich verwirklichte die lange gehegte Absicht auf Kotschinchina. Die Feindschaft des Königs von Annam gegen die Tätigkeit der Missionen gab hier den erwünschten Anlaß zur Einmischung in die Politik des Königreichs. Nach längeren Kämpfen erhielt Frankreich durch Vertrag mit dem König drei annamitische Provinzen. Auch dieser Besitz wurde noch im Laufe des 19. Jahrhunderts ausgedehnt.

Nach dem Deutsch-Französischen Kriege stand Frankreich noch zu sehr unter dem Eindruck der Niederlage und der Besetzung des eigenen Landes, um seine Kraft nach außen wenden zu können. Es verharrte im Zustande der inneren Sammlung. Waddington, der lange Zeit Leiter der auswärtigen Politik gewesen war, vermied es als Vertreter Frankreichs auf dem Berliner Kongreß 1878, sich in die orienta-

lische Frage verwickeln zu lassen. Zur Unterstützung der serbisch-bulgarischen Aufstände hatte Rußland der Türkei den Krieg erklärt. Die Türkei unterlag und mußte im Vorfrieden von San Stefano 1878 in die Unabhängigkeit der Balkanstaaten und in Landabtrennung willigen. Der Erfolg Rußlands beunruhigte die Großmächte, die durch Bismarck zu einer freien Aussprache über die Friedensbestimmungen von San Stefano nach Berlin geladen waren. Mit Ausnahme eines leisen Anschlusses an Rußland (der Versuch, sich Deutschlands gefährlichstem Nachbar anzuschließen, wurde behutsam fortgesetzt) hatte Waddington eine sehr vorsichtige und neutrale Haltung angenommen. Trotzdem fiel ihm aus Zufall ein wichtiges Zugeständnis in den Schoß, das die Republik auf koloniale Gedanken brachte. England hatte der Türkei nach dem Frieden von San Stefano ihren asiatischen Besitzstand verbürgt und sich als Preis dafür Zypern aushändigen lassen. Der Besitz dieser Insel bedrohte unmittelbar den französischen Einfluß in Syrien. Als Waddington von dem Handel erfuhr, gab er seinem Unmut darüber Ausdruck, und Salisbury sah sich im Einverständnis mit Bismarck genötigt, Frankreich ein Recht auf Tunis einzuräumen, das vorher Italien ausgeschlagen hatte, weil ihm mehr an einer Grenzberichtigung nach Triest und Trient zu gelegen war. Bismarck seinerseits glaubte Frankreich mit der Möglichkeit kolonialer Betätigung beschäftigen und entschädigen zu müssen. Er war von der Spannkraft des nationalen Willens auch innerhalb der Republik so fest überzeugt, daß er das neugegründete Deutsche Reich gegen europäische Großmachtpolitik Frankreichs sichern wollte. Waddington hatte, vom Berliner Kongreß zurückgekehrt, keinen praktischen Gebrauch von dem erhaltenen Versprechen gemacht und sich damit begnügt, Italien vor Eroberungsabsichten auf Tunis zu warnen. Italien war überzeugt, bedeutende und alte Rechte auf Tunis zu haben, das Sizilien gegenüberliegt. 20 000 Italiener waren dort als Arbeiter, Handwerker und Gewerbetreibende ansässig. Wenn es auch kein Gewicht auf eine politische Beherrschung legte, so suchte es doch die wirtschaftliche Durchdringung des Landes von französischer Seite zu verhindern und sah sich dabei von dem englischen Konsul in Tunis unterstützt. 1880 gelang es einem Italiener, die französische Gesellschaft, der der Bau einer Eisenbahn übertragen werden sollte, zu überbieten und sich die Konzession zu verschaffen. Das italienische Parlament ratifizierte auf Betreiben der Regierung den Kauf und übernahm die Bürgschaft für die Summe. Der italienische Konsul

verstand es gleichzeitig, das Vertrauen des Bey von Tunis zu gewinnen; er machte ihn gegen die Franzosen mißtrauisch, deren Plan die Vernichtung der staatlichen Selbständigkeit seines Landes sei. Ein in Cagliari gedrucktes Blatt „Mostakel" („Der Unabhängige") in arabischer Sprache vermehrte das Mißtrauen gegen die französische Kolonisation. Nun erfolgte im Frühjahr 1881 ein Überfall tunesischer Stämme auf französische Soldaten an der algerischen Grenze, wobei ein Franzose getötet und einer verwundet wurde; größere Mengen aufrührerischer Eingeborenen hielten sich in der Nähe der Grenze auf, und die Franzosen befürchteten von ihnen eine Bedrohung ihrer algerischen Herrschaft. Die Grenzkämpfe gegen noch nicht unterworfene Stämme bilden ja in der Kolonialgeschichte eine wichtige Rolle und gaben oft den ersehnten Anlaß zu weiteren Eroberungen. Jetzt hielt Ferry die Zeit für gekommen, das an Waddington gegebene englische Versprechen auszugraben. Im April forderte er von der Kammer einen Kredit von 6 Millionen zur Bildung eines Expeditionskorps, die bewilligt wurden. Die französische Regierung verlangte vom Bey von Tunis Unterstützung dieser Truppen gegen die Banden, wenigstens aber die militärische Tätigkeit innerhalb seines Gebietes nicht zu stören. Der Bey erwiderte, in seinem Lande könne er allein Ordnung schaffen, und verwahrte sich in einer Protestnote an die Mächte gegen die französischen Drohungen. Er hoffte auf ein Einschreiten Italiens, Englands oder Deutschlands. Doch sein Ruf verhallte ungehört. Deutschland weigerte sich, Frankreich in den Arm zu fallen, das ja offenbar nur von seinem vertragsmäßigen Recht Gebrauch machte. Bismarck selbst hatte diese koloniale Ablenkung von dem Revanchegedanken gewünscht; der französisch-italienische Gegensatz paßte in seine Dreibundpläne. Salisbury, der englische Minister, der Frankreich auf dem Berliner Kongreß das tunesische Angebot gemacht hatte, war auf einen entscheidenden Schritt Frankreichs vorbereitet. Er hatte Waddington gegenüber erklärt, Frankreich könne dort machen, was es wolle; England werde sich nicht einmischen. Es betrachtete zwar Italien als ein nützliches Gegengewicht gegen die französische Seeherrschaft im Mittelmeer und war deshalb den italienischen Ansprüchen an sich nicht feindlich, wollte aber auch nicht, daß Italien beide gegenüberliegende Küsten besaß und die Schiffahrt überwachen konnte. An eine ernsthafte englische Einmischung zugunsten der tunesischen Selbständigkeit war also nicht zu denken. Italien blieb allein. Kurz vor Beginn des Feldzuges hatte der als

franzosenfreundlich geltende italienische Ministerpräsident Cairoli erklärt, der Status quo mit dem Grundsatz der Gleichberechtigung beider Staaten sei für ihn das Maß der italienisch-französischen Beziehungen. Er rechnete mit militärischen und diplomatischen Schwierigkeiten der Franzosen. Die schnelle Besetzung des Landes und die Zurückhaltung der Mächte brachten den Italienern eine schwere Enttäuschung. In wenigen Wochen war das ganze Land von den französischen Truppen besetzt, die Hauptstadt Tunis erobert. Bereits im Mai sah sich der Bey zu dem Vertrag von Bardo gezwungen, der unter dem Deckmantel des „Schutzes" und der „Reformen" sein Reich politisch und wirtschaftlich dem französischen Einfluß auslieferte und das Protektorat begründete. Die mißgestimmte italienische Presse griff die französische Regierung heftig an. In Marseille wurden Italiener und Franzosen handgreiflich. Nie war die Stimmung der italienischen Bevölkerung so franzosenfeindlich wie damals. Die italienische Regierung, die bisher immer zwischen einer franzosenfreundlichen (und irredentistischen) und einer Österreich freundlichen Politik geschwankt hatte, wandte sich jetzt entschlossen dem Zweibund Deutschland-Österreich zu, unter Verzicht auf die irredentistischen Forderungen (Trient und Triest). Im Oktober 1881 traf König Humbert in Wien zum Besuche des österreichischen Kaisers ein und im Mai 1882 wurde der Dreibundvertrag ebendort unterzeichnet.

Diese Entwicklung der auswärtigen Politik hatte schon die alte Abgeordnetenkammer beunruhigt. Die Kredite waren zwar von der Regierungsmehrheit bewilligt worden, aber mit der Ausdehnung des Unternehmens wuchsen die Angriffe der Konservativen und der Radikalen auf die Kolonialpolitik der Regierung. Die Rechte sah in ihr eine Ablenkung von dem Rachegedanken; sie klagte den Ministerpräsidenten an, die Interessen Frankreichs zugunsten Deutschlands verraten zu haben, ein demütiger Diener des Herrn von Bismarck zu sein. Die Linke verwarf die koloniale Tätigkeit Ferrys als ein soziales und demokratisches Verbrechen. Clémenceau behauptete, das ganze Unternehmen sei nur zum Profit einiger kapitalistischer Gesellschaften begonnen worden; Ferry habe ohne Ermächtigung des Parlaments einen bedeutenden Krieg angefangen, ohne demokratische Kontrolle regiert und weit über die von der Volksvertretung bewilligte Summe ausgegeben. Clémenceau gab auch den Anlaß zur spöttischen Heiterkeit, die den ganzen tunesischen Feldzug begleiten sollte, als er in seinem Blatte schrieb, es gäbe überhaupt keinen aufständischen

Krumir; das Kabinett Ferry verspreche demjenigen eine Belohnung von 30 000 Franken, der ihm einen Krumir verschaffen könne, um ihn dem Heere zu zeigen. „Den Krumir suchen" wurde ein lustiges Gesellschaftsspiel der Pariser. Ein Teil des Expeditionskorps mußte auf Verlangen der Kammer heimbefördert werden, besonders da die Verluste durch Typhuserkrankungen große Besorgnis erregten. Der Gang der Ereignisse schien der Kritik der Radikalen recht zu geben. Kaum war die Besetzung vollendet und der Vertrag unterschrieben, so brach im Süden des Landes ein Aufstand aus, der nicht nur Tunis sondern auch Algerien bedrohte. Die französische Marine mußte in Tätigkeit treten, die Städte fielen erst nach erbittertem Straßenkampf wieder in die Hände der Franzosen. Nach und nach wurden wieder größere Truppenmassen nach Afrika geschafft — allmählich brachte man es auf 106 000 Mann —, ohne daß die Regierung den Mut fand, den ganzen Umfang der Unternehmung einzugestehen. Doch trotz der planmäßigen Vertuschung begann dem französischen Publikum vor der Ausdehnung des Feldzuges bange zu werden. Die Erregung über das „koloniale Abenteuer" fiel gerade mit den Wahlkämpfen zusammen, die dadurch einen außerordentlich heftigen Charakter annahmen. Die Wahlen ergaben zwar, wie wir oben sahen, eine starke republikanische Mehrheit. Aber das Losungswort der neuen Kammer, die im Oktober 1881 zum erstenmal zusammentrat, hieß: die Kolonialpolitik der Regierung auf alle Weise lächerlich zu machen. Vergebens suchte Ferry die Bedeutung der militärischen Vorgänge abzuschwächen und durch die Beschwörung der nationalen Ehre die alte Mehrheit zusammenzuhalten. Je größer Frankreichs Verwicklung in Tunis wurde, desto mehr Abgeordnete bröckelten ab. Alle Erklärungen der Regierung wurden mit Lärm und schallender Heiterkeit aufgenommen. Die Presse schrieb von „ministeriellem Kretinismus und diktatorischer Politik, von Banditen, Dummköpfen, Komödianten, Börsenkoups". Die Wiener Reise König Humberts und sein Versuch, beim Zweibund Anschluß zu finden, schien die Ansicht zu beweisen, daß die Besetzung von Tunis nur die Entzweiung mit anderen Mächten zur Folge habe. Allein dem Ansehen Gambettas gelang es, einen Antrag durchzubringen, der unter Zugrundelegung des Vertrages von Bardo zur Tagesordnung überging. Nachdem Ferry, der den Sinn dieser Abstimmung wohl verstand und in ihm den Willen des Parlaments erkannte, den befähigtsten Führer der republikanischen Mehrheit nun endlich an der Spitze der Regierung zu sehen, zurückgetreten war,

wurde Gambetta am 1. Dezember 1881 Ministerpräsident. Er übernahm Ferrys koloniale Erbschaft und setzte die Bewilligung neuer Kredite mit großer Stimmenmehrheit durch.

Die Entwicklung der französischen Herrschaft in Tunis gestaltete sich als Protektorat unter dem Titel „Regentschaft". Der Bey und der ministerielle Regierungsapparat sowie die altgewohnte Verwaltung unter den eingeborenen Kaids und Scheichs blieben dem Namen nach erhalten, während sie in Wirklichkeit durch die vertragsmäßige französische Aufsicht außer Kraft gesetzt sind. Durch diese Ordnung erreichte Frankreich bald die Beruhigung des Landes und die Möglichkeit, die Kolonie schnell wirtschaftlich zu durchdringen. Der Bey nahm in Frankreich eine Anleihe auf, um sein Land dem Verkehr zu erschließen und die Kulturfähigkeit des Bodens zu erhöhen. 1884 verzichteten die Mächte auf die Kapitulationen zugunsten der französischen Gerichtshöfe, 1896 auf die früher mit dem Bey geschlossenen Handelsverträge. Damit war das Protektorat unumschränkt. Der ursprüngliche Widerstand der äußeren Parteien, der noch nach dem ersten Kabinett Ferry die Verwendung französischer Staatsgelder in Tunis zur Stärkung des französischen Einflusses verhindern wollte, schwand, je mehr sich das Mutterland imperialistischen Gedanken überließ.

III.

Die liberale Republik

a) Die Herrschaft des Liberalismus (Opportunismus)

(1882—1885)

Nach Ferrys Sturz mußte sich Grévy, der zwar sein Amt ohne Prunk, als einfacher, fast namenloser Vertreter des Volkes führte, aber doch gern seinen persönlichen Neigungen folgte, sich bequemen, endlich Gambetta, den Führer der Mehrheit, an die Spitze der Regierung zu rufen. Der Diktator der Landesverteidigung und Wortführer der „neuen sozialen Schichten" war ihm immer zuwider gewesen; das starke Hervortreten einer politischen Persönlichkeit behagte dem Demokraten nicht. Er berief ihn auch erst in einem Augenblick, als die Zersetzung der liberalen Partei bereits begonnen hatte und nur noch durch die Bedeutung einiger Führer verdeckt wurde. Nach der Verankerung der Republik hatte sich die Partei damit begnügt, die politischen Kräfte durch den Kampf gegen die klerikale Gefahr zu hypnotisieren und war bei der Behandlung innerer Reformen auf halbem Wege stehengeblieben. Diese Wandlung zum Opportunismus, zur Kompromißpolitik hatten radikalere Republikaner Gambetta sehr übelgenommen, und ihrer Anfeindung war es zu verdanken, wenn weite Kreise des Arbeiter- und des Kleinbürgerstandes in ihm einen Verräter sahen. Bei einer Wahlversammlung im Jahre 1881 in Paris mußte er es erleben, daß ihn die Massen mit den Rufen niederschrien: „Steckt ihm einen Knebel in den Mund! Nieder mit dem Diktator!" Und er nannte die, die er zur Höhe zu führen versprochen hatte, „betrunkene Sklaven".

Gambetta nahm die Berufung Grévys an. Man erwartete in republikanischen Kreisen von ihm das große Ministerium, in dem man die Führer der Mehrheitsparteien, Say, Freycinet, Ferry zu sehen hoffte. Aber da es ihm nicht gelang, diese zum Eintritt zu veranlassen, stellte er es ausschließlich aus jüngeren Männern seiner Gruppe, der

Republikanischen Vereinigung, zusammen. Dies so gebildete Kabinett, in der er der treibende und leitende Geist war, entsprach allerdings auch mehr seinen persönlichen Anschauungen über den demokratischen Staat als den Forderungen des parlamentarischen Systems, das wegen der Parteispaltungen in Frankreich anders als in England oft eine schwierige Aufgabe bot. Gambetta verlegte den Schwerpunkt des politischen Lebens, wenn einmal das „souveräne Volk" durch die Wahlen seinen Willen kundgegeben hatte, in die Regierung, die er stark, selbsttätig wollte und ihrer Verantwortung bewußt. An ihrer Spitze sollte ein wirklicher Führer stehen, eine willensstarke Persönlichkeit, um eine einheitliche politische Wirkung zu erzielen. Dem Parlament dachte er nur die Rolle des Kritikers zu. Neben dieser grundsätzlichen Anschauung bedeutete sein Parteistandpunkt für seine Stellung als Ministerpräsident weniger. Außer der Erneuerung einiger Verwaltungszweige beabsichtigte er die allmähliche Verstaatlichung der Eisenbahnen und eine Schmälerung der Rechte des Senats vorzuschlagen; der Kammer sollte das Vorberatungsrecht des Staatshaushalts vorbehalten bleiben. Invalidenversicherung und Einkommensteuer sollten die soziale Frage lösen helfen. Am nächsten aber lag ihm die Einführung der Listenwahl für das Abgeordnetenhaus, dessen Mitglieder bisher auf Grund der Bezirkswahlen vom Volke abgeordnet wurden. Seine Forderungen waren weder großzügig noch neu; es war das Programm der mittleren Linie, das von seinem früheren Kampfprogramm erheblich abwich und keinen starken Eindruck machte.

Von Anfang an hatte er mit einer heftigen Gegnerschaft der Radikalen zu kämpfen. Sein Programm ging ihnen nicht weit genug. Sie warfen ihm diktatorische Absichten vor, die seiner persönlichen Art nicht abzusprechen waren. Sie hatten auch eine andere Auffassung von Demokratie und Volkssouveränität, die sie nach jakobinischer Überlieferung bis in die höchsten Spitzen des Staates rein durchführen wollten. Sie verlangten deshalb vollständige Abschaffung des indirekt gewählten Senats und der Präsidentenwürde, Miliz statt stehendes Heer. Als Vertreter der niederen Volksschichten traten sie für weitgehende soziale Umgestaltungen ein und schließlich forderten sie, getreu den Gedanken der großen Revolution, Fortführung der antiklerikalen Gesetzgebung und Trennung von Kirche und Staat. Alle diese Forderungen hielt Gambetta für nicht opportun. Er versuchte vergeblich, durch kleine Zugeständnisse, wie

Amnestie der am Kommuneaufstand Beteiligten, sich die Radikalen zu gewinnen; sie blieben in erbitterter Opposition. Die Feindschaft der Rechten war dem Republikaner Gambetta selbstverständlich sicher. Aber auch die gemäßigten Republikaner, das linke Zentrum, waren durch sein selbstherrliches Auftreten, den Triumpheinzug in seine Vaterstadt Cahors und seine Neigung, sich mit persönlichen Anhängern zu umgeben, verstimmt. Die Unzufriedenen verbanden sich gegen ihn und erhielten noch Unterstützung aus Gambettas eigener Partei, als es zur Abstimmung über die Listenwahl kam.

Das System der Listenwahl war bei den Abgeordneten nicht beliebt, weil sie dadurch ihren unmittelbaren Einfluß auf die Wählerschaft und ihre die Autorität der Regierungsorgane oft durchkreuzende lokale Macht zu verlieren fürchteten. Der Antrag auf Einführung der Listenwahl wurde mit großer Stimmenmehrheit abgelehnt. Gambetta zog sich von der Regierung zurück, nachdem er in drei Monaten fast seine ganze Volkstümlichkeit verloren hatte. Er starb noch in demselben Jahre (Dezember 1882) an den Folgen eines Unglücksfalles.

Gambetta wurde mit königlichen Ehren und unter großer Beteiligung des Bürgertums beigesetzt. Er war der meistgenannte Politiker der jungen Republik gewesen. Seine Persönlichkeit, zusammengesetzt aus südfranzösischem Temperament, grenzenlosem Selbstvertrauen und bis zum Chauvinismus gesteigerter Vaterlandsliebe, hatte ein ganzes Geschlecht mit fortgerissen, begeistert, fanatisiert, in den Tod fürs Vaterland getrieben oder zu leidenschaftlichen Republikanern gemacht. In der Nachwelt lebt er fort als Organisator der „levée en masse", als Retter der französischen Ehre und als Präger des Wortes „der Klerikalismus, das ist der Feind!" In den französischen Städten, wo sein Standbild oft die größten öffentlichen Plätze beherrscht, wird er gern dargestellt mit fliegendem Haar und mit zum Befehl erhobenem Arm, als wenn er das Land zur letzten Kraftanstrengung gegen den deutschen Eindringling aufrufen wollte. Eine Kampfnatur, ein Redner von einem Sturm der Leidenschaft und einer Plastik des Wortes, die mehr in Massenversammlungen als bei der nachträglichen Lektüre wirkten, ein Bildner von glücklichen Schlagworten, hat er jahrelang das republikanische Frankreich mit seiner lebhaften Persönlichkeit beherrscht. Ob Gambetta, wenn ihn nicht ein früher Tod betroffen hätte, noch seine glänzende politische Laufbahn fortsetzen konnte, ist zweifelhaft. Das

Erlebnis in der Pariser Wahlversammlung 1881 zeigt, daß die „neuen Schichten", die er ans Licht und zur Herrschaft führen wollte, ihm, dem Opportunisten, allmählich über den Kopf wuchsen.

Auf Gambettas Sturz waren drei Ministerien gefolgt (Freycinet Januar bis Juli 1882, Duclerc-Fallières August 1882 bis Januar 1883), deren einzelne Mitglieder wohl sachverständige Männer waren, aber deren unentschlossene, farblose und überzeugungsarme Politik wieder die Sehnsucht nach einer entschlossenen Persönlichkeit wachriefen, die der politischen Zerrissenheit abhelfen könnte. Gambetta war, der Diktatur verdächtig, gefallen. Und doch erwachte wieder nach dieser Zeit allzu großer Rücksichtnahme, der Furcht, Mißfallen zu erregen, und der Neigung, sich vom Parlament leiten zu lassen, im Parlament selbst das Bedürfnis nach einem wirklichen Führer. Gerade in einer scheinbaren Demokratie, wie Frankreich sie darstellt, kann man den Abstand einer eng und dogmatisch gedachten von dem oligarchischen Charakter einer praktischen Demokratie am klarsten erkennen. Nicht nur, daß die moderne Verzweigung des wirtschaftlichen und politischen Lebens eine Anzahl sachlich und formal überlegener Männer zur Leitung der Organisation bedarf und daß diese sachkundige Begabung in der Vielköpfigkeit einer Volksvertretung ein Hindernis findet. Es entsteht von Zeit zu Zeit die Sehnsucht nach einem Willen, mit dem man entweder kämpft oder dem man blindlings folgt, nach einer überlegenen, selbstsicheren Persönlichkeit, die wirklich regiert und vor allem die Verantwortung auf sich nimmt. Denn die Abgeordneten in der Kammer werden in der Gesamtheit zu demselben Massenbrei wie die Durchschnittsbürger und nehmen auch die Eigenschaften der Masse, so das Führungsbedürfnis, in gewissem Maße an.

Als solcher Führer galt Jules Ferry, der nach Gambettas Tod als Haupt der republikanischen Mehrheit auch besonders deshalb anerkannt wurde, weil er eine Kampfnatur war. Nach seiner Ansicht sollte die Regierung nicht bloß einen „Gendarm, einen Friedensrichter", sondern eine starke, moralische Kraft darstellen. Es ist begreiflich, daß unter einem so willensstarken Minister das Verhältnis zwischen Kammer und Regierung mitunter in stürmischen Szenen zum Ausdruck kam. Andererseits aber wurde die parlamentarische Arbeit auch durch ihn in Schwung gebracht und neu belebt. Die ziellose Debatte, die das Parlament unter den beiden vorhergehenden Kabinetten getrieben hatte und die oft bei der Ratlosigkeit der Abgeordneten zu aufeinanderfolgenden widersprechenden Beschlüssen

geführt hatte, wich einem von der Regierung angeregten Plan. Über alle Fragen, die zur Beratung kamen, hatte die Regierung eine Überzeugung, die keine Erörterung scheute.

In der Sache beschränkte sich Ferry auf den sehr gemäßigten Liberalismus, ohne der radikalen Linken ein Zugeständnis zu machen. Er verzichtete auf große Umgestaltungen. Statt der Wahl der richterlichen Beamten, von der Partei grundsätzlich im Jahre 1882 beschlossen, wurde nur die Aufhebung der Unabsetzbarkeit gefordert, um die konservativ gesinnten Richter entfernen zu können. Anstatt die Eisenbahnen zu verstaatlichen, machte man mit den Gesellschaften „Verträge". Von dem alten liberalen Programm wurde die Durchbildung der neuen Volksschule und die Verweltlichung der Eheschließung und des Begräbnisses beibehalten. Die Verfassungsrevision, die Ferry 1884 annehmen ließ, war nur eine teilweise und beschränkte: Ausschluß der Frage der Regierungsform von den Anträgen auf Änderung der Verfassung; Abschaffung der unabsetzbaren Senatoren; Budgetvorrecht des Abgeordnetenhauses (s. Anhang I). Damit war die Frage der Verfassungsrevision für lange Zeit im Sinne des Liberalismus entschieden. Die Revisionsklausel, die von den Monarchisten 1875 in die Verfassung gefügt war, um eine Rückkehr zur Monarchie zu ermöglichen, war der Festigung der Republik zugute gekommen. Und die radikalen Forderungen waren ebenfalls abgeschlagen worden. Die Listenwahl, das Vermächtnis Gambettas, von dessen Verwirklichung seine Anhänger eine Hebung des geistigen und nationalen Standes im Parlament erhofften, fand ebenfalls unter Ferry eine Mehrheit. Dagegen wurde ein anderer Gesetzentwurf, die Beseitigung des einjährig-freiwilligen Dienstes und die Befreiung der Lehrer und Geistlichen vom Militärdienst, vom Senat abgelehnt und erst einige Jahre später (1889) beschlossen.

Die lange Dauer der Ministerpräsidentschaft Ferrys (Februar 1883 bis März 1885) bewies, daß seine Regierung im wesentlichen den Anschauungen der republikanischen Mehrheit entsprach. Er war derjenige Politiker, der es trotz der Gegnerschaft von rechts und links verstand, den Liberalismus ins Praktische zu übersetzen. Mit ihm waren die liberalen Parteien auf der Höhe ihrer Macht.

So wenig es gelang, auf dem Gebiet der inneren Politik die Regierung um das Vertrauen zu bringen, so sollte doch ein Ereignis der auswärtigen Politik den Radikalen zu Hilfe kommen, denen sich die Rechte aus Abneigung gegen die Republik anschloß.

Schon die Reise des jungen Spanierkönigs Alphons XII. nach Paris hatten beide gegen Ferry ausgenutzt. Der König war in Berlin und Wien gewesen und hatte, um die französische Empfindlichkeit zu schonen, sich noch zu einer Pariser Reise entschlossen. Kurz vorher war er von Kaiser Wilhelm I. zum Chef eines Straßburger Husarenregiments ernannt worden. Diese Ernennung wirkte in nationalistischen Kreisen wie eine Herausforderung, und als der König durch die Straßen von Paris fuhr, wurde er mit dem Ruf „Ulanenkönig" und feindlichen Kundgebungen empfangen. Grévy mußte sich bei seinem Gast entschuldigen. Dem Ministerium erwuchsen daraus Schwierigkeiten, weil der Kriegsminister Thibaudin mit den Demonstranten gemeinsame Sache machte und sich weigerte, den König zu empfangen. Ferry befreite sich aus seiner Lage, indem er die sofortige Abdankung des Kriegsministers durchsetzte.

Mehr Erfolg hatte die Opposition in der Kolonialfrage. Zwar wurden die Kredite für Madagaskar fast widerspruchslos bewilligt; aber der Gang der Ereignisse in Hinterindien wurde gefährlicher. Hier ließ sich die Regierung durch die Geschehnisse überraschen. Es fehlte entgegen der Geschlossenheit und Sicherheit in der inneren Politik Ferry hier an einem weitausschauenden Plan, einem von vornherein feststehenden Ziel. Ferry mußte im Laufe des Tonkinfeldzuges schließlich bedeutende kriegerische Unternehmungen verteidigen, die ursprünglich gar nicht in seiner Absicht gelegen hatten.

In Hinterindien hatte Frankreich seit langem wichtige Interessen. Bereits im 18. Jahrhundert hatten sich französische Missionare dort festgesetzt. Die Ermordung einiger Missionare im 19. Jahrhundert veranlaßte die französische Regierung zu verschiedenen Straferpeditionen in das Königreich Annam. In ihrem Verlauf kamen die Mündung des Mekong und die unteren Provinzen des Landes in französischen Besitz; die Häfen wurden dem Handel mit Frankreich geöffnet. Das durch den Deutsch-Französischen Krieg geschwächte Frankreich begnügte sich nach Unterdrückung des Versuches der einheimischen Regierung, mit Hilfe chinesischer Truppen sich der französischen Herrschaft zu entledigen, mit einem neuen Vertrag im Jahre 1874, nach dem die auswärtige Politik Annams den Wünschen Frankreichs zu entsprechen hatte. Dieser Vertrag brachte Frankreich wenig Erfolg; China, unter dessen Schutz sich gleichsam der König von Annam gestellt hatte, um den Franzosen Schwierigkeiten zu bereiten, und chinesische Räuberbanden gefährdeten immer mehr die Ausnutzung

der Verträge. Seit Juni 1880 war es der Regierung klar, daß sie zwischen einer völligen Aufgabe von Tonking und einer militärischen Maßregel zum Schutze der französischen Kolonisten wählen müsse. Und eine militärische Expedition bedeutete die Besetzung, vielleicht die endgültige Besitznahme des Landes.

Bei der Bedeutung und dem Reichtum des Landes schien ein Verzicht sich nicht rechtfertigen zu lassen. Schon 1865 hatte der Gesamthandel Französisch-Hinterindiens einen Wert von 80 Millionen Franken gehabt. Tonking zählt 10 Millionen Einwohner und kommt einem Drittel Frankreichs an Größe gleich. Es kann reichlich Baumwolle und Reis ausführen. Sein Klima ist, einige Küstenpunkte ausgenommen, im Verhältnis gemäßigt und für Europäer erträglich. Die reichen südlichen Provinzen Chinas sind von Britisch-Indien durch natürliche und schwer zu überwindende Hindernisse getrennt, Nepal und Birma bilden nach dieser Seite eine fast undurchdringliche Schranke. Dagegen bildet der Rote Fluß, der durch Tonking fließt, einen günstigen Handelsweg zwischen China und den unter französischem Schutze stehenden annamitischen Provinzen. Nach dem Vertrage von Saigon (1874) war den Franzosen freie Schiffahrt auf dem Roten Fluß und das Recht zugestanden worden, in drei Städten Tonkings Konsulate zu errichten. Doch blieb dieser Erfolg wegen der Unsicherheit der Schiffahrt sehr zweifelhaft. Irreguläre chinesische Truppen, die sogenannten „Schwarzen Flaggen", waren eine ständige Gefahr. Eine weitere Schwierigkeit erwuchs den Franzosen dadurch, daß der König von Annam, wie erwähnt, Anschluß an China suchte, das nominell Hoheitsrechte in Annam besaß und bei der Pariser Regierung Verwahrung gegen den Vertrag von 1874 einlegte und mit kriegerischem Eingreifen drohte. Der gewaltsame Tod einiger Franzosen in Tonking und der Amtsantritt Ferrys als Ministerpräsident, trieben zu einem gewaltsamen Ausgang.

Ferry, der den Franzosen Tunis gewonnen hatte, war selbstverständlich für ein energisches Einschreiten. Er hielt eine großzügige französische Kolonialpolitik aus zwei Gründen für eine Notwendigkeit.[1]) Frankreich besitzt ja keinen Überschuß an Menschen, den es in eigene Kolonien hätte leiten können. Aber für seine Industrie konnte es neue Absatzgebiete brauchen. Nordamerika umgab sich mit hohen Zöllen. Südamerika fing an, sich industriell zu organisieren. An anderen Punkten war die französische Industrie der englischen oder

[1]) S. Ferry, Le Tonkin et la mère patrie, Paris.

der deutschen unterlegen. Es blieben ihr also nur geringer entwickelte Länder übrig. Ferry ist aber auch der Begründer des neufranzösischen Imperialismus. Er wollte Frankreich wieder seine Großmachtstellung verschaffen und Weltpolitik treiben. In Tunis, Madagaskar und Tonking wollte er Etappen errichten, um die französischen Handelsschiffe verproviantieren und schützen zu können. Er hatte vorläufig noch mit der Gegnerschaft Englands zu rechnen und war überzeugt, daß Frankreich seine Machtprobe nicht nur im Mittelmeer oder im Kanal, sondern auch im Ozean zu bestehen hätte.

Ferry hatte es zunächst leicht, seine Forderungen durchzubringen. Die Kammer stimmte einmütig für die Kredite, als es galt, den Tod überfallener Franzosen zu rächen. Bei der Besprechung der Vorlage mußte Ferry allerdings ausdrücklich erklären, daß man sich bei dem militärischen Unternehmen in engen Grenzen halten wollte und keine Eroberung Tonkings beabsichtigte. Genau wie in Tunis blieb der Erfolg zuerst nicht aus. Im Jahre 1884 unterwarf sich das Land der französischen Herrschaft, und die Fürsten versprachen, der französischen Durchdringung keine weiteren Schwierigkeiten zu machen. Auch China schien seine Ansprüche auf Annam fallen zu lassen. Als ungefähr gleichzeitig die Debatten über die Madagaskarfrage in der Kammer begannen, zeigte sich, daß die Rechte ihre Gegnerschaft gegen die kolonialen Pläne mehr und mehr aufgab. Ferry hatte es verstanden, dadurch, daß er die nationale Ehre anrief und dem Großmachtsgedanken schmeichelte, die Rechte für Kolonialpolitik zu erwärmen. Genau so sind in Deutschland die Liberalen als Oppositionspartei gegen die Kolonialpläne der Regierung gewesen; und später, als mit dem industriellen Aufschwung Deutschlands der Weltmachtgedanke erwachte, befreundeten sie sich durchaus mit der „uferlosen Kolonialpolitik", die sie früher bekämpft hatten. Ferry beglückwünschte sich bei Beratung der Madagaskarfrage zu der veränderten Haltung der Rechten. „Auf dem Gebiete der Kolonialpolitik, das ein Schlachtfeld aller Regierungsgegner war," sagte er, „begegnen wir heute keinem Widerspruch mehr. Nicht unseren Abenteurergeist kritisiert man, sondern unsere übertriebene Zurückhaltung. Ich spreche diesen Vergleich ohne Ironie aus und stelle fest, daß sich der Standpunkt unserer verehrten Gegner, die dort (rechts) sitzen, geändert hat" (Rede Ferrys am 27. März 1884).

Kolonialgegner blieben zunächst noch die Radikalen. Sie sahen in der wirtschaftlichen Ausbreitung, die Ferry anstrebte, eine Ab-

lenkung von einer wirksamen Sozialpolitik. Bei jeder Beratung setzte ihre grundsätzliche Kritik ein. Sie mißbilligten z. B. bei der Unternehmung gegen Madagaskar, daß die geplante Besetzung eines Teils der Insel wieder neue Unruhen hervorrufen werde, dadurch wieder eine Vermehrung der Truppen und Ausgaben bedingt sei. Sie waren aber auch Kolonialgegner, weil der Gedanke an Völkerfrieden und Humanität damals noch in ihrem Programm zu finden waren. Sie verwarfen deshalb jede Bekämpfung schwächerer Völker und jede Eroberungspolitik.

Solange die militärische Lage in Tonking noch verhältnismäßig günstig für die Franzosen blieb, hatte der radikale Widerstand nicht viel zu bedeuten. Als aber, hauptsächlich durch die zweideutige Haltung Chinas, die Verhältnisse immer verwickelter und die Lage der Truppen unsicher wurde, kam das Kabinett in ernstliche Gefahr.

Allmählich wurde es immer klarer, daß die militärischen Maßnahmen, die man bisher getroffen hatte, nicht ausreichten. Man mußte fürchten, daß die schwache Truppenmacht von den Chinesen überrascht und erdrückt würde, wenn es zum Abbruch der Verhandlungen kam. Es mußten wiederholt Nachtragskredite gefordert werden, um die Truppenstärke zu erhöhen. Man ging nun an die vollständige Unterwerfung von Annam und an eine energische Säuberung des Landes von den Schwarzen Flaggen, die durch reguläre chinesische Truppen verstärkt waren. Auch die chinesische Insel Hainan wurde von den Franzosen besetzt, um China gefügiger zu machen. Es kam auch zu Verhandlungen mit China, Annam und Kambodscha. China wollte seine Truppen zurückziehen und seine Häfen Frankreich öffnen, Annam stellte sich unter den Schutz Frankreichs und auch Kambodscha gab seine Selbständigkeit auf und lieferte sich dem französischen Einfluß aus. Aber China zog die Verhandlungen hin. Die Beziehungen wurden bald wieder unfreundlich, es ergaben sich neue Schwierigkeiten, die zu offenem Krieg mit China führten, ohne daß die Verhandlungen amtlich abgebrochen wurden. In Paris liefen die widersprechendsten Nachrichten ein, die Regierung und Parlament im unklaren ließen und deren Tragweite auf so große Entfernung vom Mutterlande nicht geschätzt werden konnte. Die Tonkingexpedition hatte eine unbeabsichtigte Ausdehnung erfahren, und das Ergebnis war zweifelhaft. Ferry zeigte während des ganzen tonkinesischen Feldzuges der Kammer gegenüber eine zweideutige Haltung. In dem Bewußtsein, daß eine Kolonialpolitik auf breiter

Grundlage (für deren Notwendigkeit, selbst, wenn sie Opfer kostete, er überzeugt war) in der Kammer nicht genügend Anhänger finden würde, gab er nie eine deutliche Antwort auf die Frage der Abgeordneten, ob es sich um einen wirklichen völkerrechtlichen Krieg oder um eine einfache Sicherheitsmaßregel zum Schutze der bereits vorhandenen französischen Besitzungen handelte. Je verwickelter und unsicherer die politische Lage im fernen Osten wurde, um so schweigsamer verhielt sich Ferry. In einem parlamentarisch eingerichteten Staate kann man mit Geheimnissen nur regieren, wenn man unmittelbaren Erfolg hat. Wie ungünstig sein Verhalten auf das Parlament wirkte, zeigen die Mehrheitsziffern, mit denen die einzelnen Vertrauenskundgebungen der Kammer angenommen wurden: 10. Juli 1883 362 Stimmen gegen 78; 31. Oktober 1883 325 gegen 115; 10. Dezember 1883 308 gegen 201.

Je zweifelhafter der Ausgang des tonkinesischen Feldzuges wurde, desto bestimmtere Gestalt nahm die Opposition der äußersten Linken in der Kammer an. Ihre Vorwürfe waren dieselben wie zur Zeit des tunesischen Feldzuges geblieben: die Regierung habe absichtlich versäumt, die Kammer rechtzeitig zusammenzurufen, habe die Verfassung verletzt, dunkle Schiebungen gemacht, um das Geld zu den Truppensendungen zu bekommen und sich trotz der von der Kammer abgenommenen Verpflichtung auf Eroberungen und Annexionen eingelassen. Clémenceau brachte eine Interpellation „betreffs der Ereignisse gelegentlich des Feldzuges in Tonking" ein mit der Begründung, die Kredite seien für die Bekämpfung der Schwarzen Flaggen bewilligt worden; jetzt finde man sich aber plötzlich der chinesischen Regierung gegenüber; er verlange Veröffentlichung der diplomatischen Aktenstücke.

Der radikale Widerstand und die Ungunst der militärischen Lage hatten die Stellung des Kabinetts Ferry stark erschüttert. Ferrys eigenmächtige Entschlüsse hinter dem Rücken des Parlaments hatten auch in den Kreisen der liberalen Parteien schlecht gewirkt, die, wie immer in den Zeiten der Krise, auch jetzt immer mehr abbröckelten. Da kam am 29. März 1885 die Nachricht von einer bedeutenden Niederlage der französischen Truppen in Tonking durch chinesische Truppen, die eine solche Erregung in der Kammer hervorrief, daß Ferry, mit Schmähworten überhäuft, sich zurückziehen mußte (30. März 1885). Das Kabinett war an seiner eigenen Mehrheit zugrunde gegangen. Ungefähr 100 Mitglieder des Regierungsblocks

hatten im entscheidenden Augenblick den Mut verloren, für die Regierung zu stimmen. Die einen zeigten Neigung, sich dem Radikalismus zuzuwenden, die anderen schlossen sich mehr den Konservativen an. Die gemäßigte republikanische Partei hatte das Vertrauen zu sich selbst eingebüßt und erwies sich von nun an unfähig, von sich aus eine Regierungsmehrheit zu bilden. Mit dem Ministerium Ferry, das vorläufig das letzte von einer geschlossenen Mehrheit gestützte Kabinett blieb, fiel auch die Herrschaft des Liberalismus.

Nach dem Sturze Ferrys stellte es sich heraus, daß die Schlappe der Franzosen in Tonking nicht so bedeutend war, wie man nach den ersten Nachrichten annehmen mußte. Die Truppen wurden auch bald Herr der Lage, die Chinesen gaben nach, und in den nächsten Jahren konnte mit der Organisation und Ausbeutung des Landes begonnen werden.

b) Die Auflösung des Liberalismus

Die Ernennung Brissons zum Nachfolger Ferrys kündigte einen kleinen Schritt nach links an; denn der neue Ministerpräsident stand den Radikalen nicht mehr allzufern. Aber dafür waren auch die anderen Minister um so farbloser, und der Gesamtheit fehlte der innere Zusammenhang. Brisson mußte vorläufig noch mit der Ferry-Gruppe regieren, da eine andere Mehrheit sich erst im Laufe der Zeit bilden konnte. Aber an der Zielloſigkeit des parlamentarischen Lebens zeigte sich bald, daß die Regierungspartei innerlich zermürbt war. Es war den Liberalen wie oft einer Partei gegangen, die lange Zeit hindurch eine herrschende Stellung eingenommen hat. Sie war schließlich nur noch darauf bedacht, ihre Herrschaft zu behalten und hütete sich, auf Wagnisse sich einzulassen, die sie in Konflikte bringen und dadurch ihre Stellung irgendwie gefährden könnte. So hatte sie nach und nach die großen Verbesserungen und demokratischen Forderungen, die sie, als sie noch mit der Rechten um ihr Bestehen kämpfte, versprochen hatte, gemildert und zum Teil dem Programm der äußersten Linken überlassen, die jetzt als radikale Partei galt. Durch Jules Ferrys starke Persönlichkeit war die Schwäche der Partei verdeckt worden; als aber Männer von blasserer Färbung, wie Freycinet und Duclerc, die Geschäfte in die Hand nahmen, wurde eine Anzahl Abgeordneter der Regierungsparteien von den entschiedenen Fraktionen der Rechten und Linken angezogen und bröckelten ab.

Inmitten dieser ziellosen Zeit rückten die Parlamentswahlen heran. Die Rechte begnügte sich zwar mit einem negativen Programm, um die positiven Gegensätze innerhalb ihrer Gruppe zu verbergen; aber im Angriff gingen sie mit äußerster Schärfe und Entschiedenheit der Regierungspartei zu Leibe. Die Liberalen hatten während ihrer Regierungsdauer die Finanzpolitik der Konservativen verlassen: Budgetgleichgewicht, stufenweise Amortisation der Staatsschuld, Sparsamkeit in den Ausgaben. Für neue Eisenbahnen, für Schulbauten hatten sie über den Budgetanschlag hinausgehende Ausgaben übernommen. Die Rechte klagten sie an, durch eine leichtsinnige Finanzwirtschaft das für damalige Zeiten ungeheuere Defizit im Staatshaushalt geschaffen und durch eine unnütze und kostspielige Kolonialpolitik das französische Volk auf einen falschen Weg geführt zu haben. Die Radikalen, ebenfalls Gegner der Kolonialpolitik, forderten statt ihrer weitgehende demokratische Verbesserungen im Innern: durchgreifende Verfassungsänderung zum Vorteil der unmittelbar vom Volke gewählten Abgeordnetenkammer, Einkommensteuer, Abschaffung des Einjährigenvorrechts und Arbeiterschutzgesetzgebung. In der Demokratisierung gingen die Radikalsozialisten noch weiter; unter Verfassungsänderung verstanden sie vollständige Abschaffung des Senats, der Präsidentenwürde und der Ministerposten. Alle Gewalt sollte bei der Kammer liegen, die Gemeinden sollten Selbstverwaltung erhalten, die Richter vom Volk gewählt werden. Daneben beeinflußten sozialistische Gedanken ihr Programm: Abschaffung des stehenden Heeres, Befestigung und Unterhalt aller Schulkinder durch den Staat, Pflicht der Gemeinden, die wirtschaftlich Unfähigen zu unterstützen, Grundsätze, die bereits die emporkommende neue, soziale Partei andeuten. Den Oppositionsparteien gegenüber bildeten die Liberalen keine geschlossene Einheit. Sie hatten in den ersten Jahren des neuen Staates den Schutz der Republik gegen Monarchismus und die mit ihm verbündete Kirche übernommen. Und jetzt, da die Republik gesichert schien, vermochten sie kein festes Programm mehr aufzubringen. Sie begnügten sich mit einem lauen Eklektizismus, der im Wahlkampf das Alleraussichtsloseste ist; denn der Wähler verlangt von dem zu Wählenden entschiedene, kampflustige Überzeugung, um sich selbst überzeugen zu lassen. Die Wahlen im Oktober 1885 brachten denn auch die Liberalen in eine gefährliche Lage: den 300 gemäßigten Republikanern als Regierungspartei standen 170 Konservative und 120 Radikale gegenüber. Vereinte

sich wie vorher die Rechte mit der äußersten Linken, so war überhaupt jede gradlinige und bestimmte Politik unmöglich.

Die Liberalen hatten sich ihre Niederlage selbst zuzuschreiben. Daß die Konservativen so glänzend abschnitten, das hatte wohl auch in dem neuen Wahlsystem seinen Grund, das diesmal zum erstenmal angewandt war. Die Listenwahl, an der Gambetta so sehr gehangen hatte, setzte als Wahleinheit das Departement voraus; jeder Wähler kann auf seinen Wahlzettel so viel Namen schreiben, wie Abgeordnete im Departement zu wählen sind. Im gegenteiligen Verfahren, der einnamigen Wahl, gilt das Arrondissement als Einheit. Da auf jedes Arrondissement ein Abgeordneter kommt, kann hier immer nur für einen Kandidaten gestimmt werden. Im ersten Falle wird mehr die Partei, im zweiten mehr die Persönlichkeit des zu Wählenden den Ausschlag geben. Die Listenwahl mußte die liberalen Parteien mit ihren verschwommenen Programmen ins Hintertreffen bringen. Außerdem waren die monarchisch und die republikanisch Gesinnten fast regional über das Land verteilt. Im Osten und Süden, wo ihre Aussichten am günstigsten waren, standen die republikanischen Kandidaten auf zwei feindlichen Listen. Im Westen und Norden, die konservativer gesinnt waren, waren alle Vertreter der Rechten auf einer Liste vereint; ihre Wähler waren infolge der Departementswahl in kompaktere Gruppen als bei den früheren Wahlen verteilt und deshalb wirksamer in den Kampf zu führen.

In der neuen Kammer war der Liberalismus fast zu der Rolle des Zuschauers verurteilt. Regierungspartei konnten sie allein nicht mehr bilden. Um regieren zu können, war eine zweifache Politik möglich. Die eine bestand darin, daß man die beiden republikanischen Gruppen gegen die Rechte ausspielte; das war die Politik der republikanischen Konzentration, von den ersten Ministerien nach den Wahlen verkündet (Freycinet und Goblet). Die andere wollte die Regierungspolitik durch die Konservativen gegen die Radikalen stützen lassen; das nannte man „Beruhigungspolitik", weil man damit aufhörte, die Konservativen und die Geistlichkeit zu bekriegen; sie wurde vom Ministerium Rouvier (1887) versucht, aber nach der Abdankung Grévys in demselben Jahre wieder verlassen.

Die Minister, die nach den Wahlen die Leitung des Staatsgeschäftes übernahmen, verzichteten, um ihren Platz zu behalten, auf jede Reformpolitik; bei der Zusammensetzung der Kammer hätte die Verkündung entschiedener Grundsätze ihre Stellung gefährdet. Die Ka-

binette beschränkten sich auf Abwicklung der von Ferry begonnenen Kolonialunternehmungen (die Kredite für Tonkin wurden unter großen Schwierigkeiten mit knapper Mehrheit durchgebracht), mühten sich ab, das Gleichgewicht im Staatshaushalt herzustellen und sich zwischen unsicheren Vertrauenskundgebungen der Kammer hindurchzuwinden. Der Mann, der sich auf diesen politischen Seiltanz am besten verstand, war Freycinet. Seiner Geschicklichkeit, mit Hilfe der Rechten oder Linken Eintagsmehrheiten zusammenzustellen und Konflikten geschmeidig aus dem Wege zu gehen, verdankte er die lange Dauer seines Kabinetts. Aber ein Mann, der sich nur durch Zugeständnisse und Halbheiten hielt, war natürlich nicht imstande, eine dauernde Regierungsmehrheit zu bilden oder der liberalen Partei zu einem neuen Aufschwung zu verhelfen. Deren Ansehen erlitt gerade in dieser Zeit einen neuen schweren Stoß durch den Skandal im Hause ihres Führers Grévy und durch die Treibereien des Generals Boulanger, die einen Augenblick die ganze Republik zu untergraben drohten.

Der ursprünglich klerikale General Boulanger verdankte einer vorübergehenden Verbindung der beiden Oppositionsparteien, der Konservativen und der Radikalen, seinen Ministerposten. Beide Parteien sahen in dem ehemaligen Militärgouverneur von Tunesien die geeignete Persönlichkeit, um eine Verfassungsänderung, jede in ihrem Sinne, in die Wege zu leiten. In dieser Absicht wurde der General, der einen Anschluß an die radikale Partei gesucht hatte, von Clémenceau, dem radikalen Führer, dringend empfohlen, im Januar 1886 Kriegsminister. Während seiner Amtszeit bemühte er sich, beiden Parteien zu gefallen. Er tat sich gleichmäßig durch demokratische Äußerungen wie durch nationalistische und kriegerische Reden hervor. In kurzer Zeit bildete sich um ihn eine zunächst persönliche Anhängerschaft, deren Kern die Patriotenliga war, ein Verein, der von einer deutschfeindlichen Rachestimmung beherrscht war. Gerade in diesem Augenblick gab es einen ernsteren deutsch-französischen Zwischenfall, der den französischen Chauvinisten sehr gelegen kam und die Volkstümlichkeit des revanchelustigen Generals außerordentlich stärkte: den Fall Schnäbele. Der französische Polizeibeamte Schnäbele, von der deutschen Regierung beschuldigt, in Elsaß-Lothringen Spionage zu treiben, wurde auf deutsches Gebiet gelockt und dort verhaftet (20. April 1887). Der Zwischenfall rief große Aufregung in Frankreich hervor, und die Kriegsgefahr drohte. Bismarck ließ Schnäbele

auf Einspruch der französischen Regierung am 29. wieder frei und gab das Unrecht zu, aber der Augenblick hatte genügt, um eine nationalistische Bewegung in Frankreich hervorzurufen, aus welcher der General seinen Nutzen zog. Überall wurden seine Photographien verteilt, Lieder wurden auf ihn gedichtet und alle möglichen Reklamemittel zu seinen Gunsten angewandt. Obwohl Freycinet sich seine eigene Anhängerschaft zu verscherzen drohte, trennte er sich nicht von Boulanger, und auch sein Nachfolger Goblet wagte nicht, den General auszusetzen. Schließlich wurde dem Parlament vor seiner Volkstümlichkeit bange. Es stürzte das Ministerium am 17. Mai 1887. Ein Ministerium der Ordnung Rouvier wurde zusammengestellt, an dem Männer verschiedener republikanischer Gruppen teilnahmen. Um Boulanger von dem gefährlichen Mittelpunkt Paris zu entfernen, wurde er im Juni zum Befehlshaber des XIII. Armeekorps in Clermont-Ferrand ernannt. In dieser Eigenschaft knüpfte er bald mit dem Haupt der Bonapartisten, dem Prinzen Viktor Napoleon, Beziehungen an, während auch die Royalisten und Klerikalen auf ihn als den Mann der rettenden Tat sahen. Sie versuchten, den General ins Parlament zu bringen. Da allgemeine Wahlen vorläufig nicht in Aussicht standen, stellte die Boulanger-Partei den General überall als Kandidaten auf, wo ein erledigter Abgeordnetensitz wieder zu besetzen war.

Der General selbst wurde zuerst wegen einiger beleidigender Äußerungen gegen den Kriegsminister mit drei Tagen Arrest bestraft; dann, als er sich wiederholt ohne Urlaub von seiner Garnison entfernte, um sich mit seinen Wählern zu besprechen, durch Amtsenthebung in die Nichtaktivität versetzt. Inzwischen war es seinen Anhängern tatsächlich gelungen, ihn in die Kammer zu wählen. Hier trat er sehr selbstbewußt auf und entwickelte ein umstürzlerisches Programm, das er mit drei Worten ausdrückte: Dissolution, Revision, Konstituante. Er wollte die Kammer auflösen und eine neue Nationalversammlung an ihre Stelle setzen, die eine neue Verfassung ausarbeiten sollte. In dieser war, um die Macht des Parlaments zu schwächen, nach dem Muster der Verfassung von 1848 eine von der Kammer ganz unabhängige ausübende Gewalt vorgesehen. Er warf der parlamentarischen Republik Verdorbenheit und Bestechlichkeit vor und nutzte zur Beweisführung die Wilsonaffaire. Wilson, der Schwiegersohn des Präsidenten Grévy, hatte das Kreuz der Ehrenlegion einem Industriellen verschafft, der für die von Wilson geleitete Zeitung einen

bedeutenden Betrag hergegeben hatte. Dieser Ordensschacher hatte einen ungeheuren Skandal hervorgerufen. Zuerst nahm die Kammer einen Antrag auf gerichtliche Verfolgung Wilsons, der Abgeordneter war, an. Dann hatte man das Kabinett zum Rücktritt genötigt (November 1886), um den Präsidenten zu treffen. Schließlich legte man Grévy, der eben erst wegen seiner zurückhaltenden und schlichten Amtsführung zum zweitenmal zum Präsidenten der Republik gewählt worden war, die Abdankung nahe, in die er nach langem, hartnäckigem Widerstand willigen mußte. Als dann bekannt wurde, daß man Ferry für die Präsidentenwürde in Aussicht hatte, schlossen sich die Radikalen aus Haß gegen den „Tonkinesen" der Patriotenliga an. Man fand zwar zuletzt einen würdigen Nachfolger Grévys in Sadi Carnot, der im Dezember 1887 Präsident wurde; aber alle diese peinlichen Vorgänge hatten die politische Verwirrung vermehrt, dem Ansehen der Republik geschadet und schienen Boulangers Wort von der Verdorbenheit der Republik recht zu geben. Der General hielt die Gelegenheit für gekommen, im Juni 1888 einen förmlichen Antrag auf Änderung der Verfassung in der Kammer einzubringen, allerdings ohne Erfolg. Die Kammer, über seine Ziele im klaren, verhängte über ihn die Zensur, um ihn in seiner bedrohlichen parlamentarischen Tätigkeit zu hindern. Um so erfolgreicher war er im Lande, wo sich ihm die Schar der Unzufriedenen mit dem Rufe „Vive Boulanger" anschloß. Im August wurde er gleichzeitig in drei Wahlkreisen gewählt, im Januar 1889 sogar in Paris, wo die Radikalen aus Feindschaft gegen die Liberalen für ihn stimmten. Das Buch des Generals „Die deutsche Invasion" und die Schrift seines Schwiegersohnes Driant „Der Krieg von morgen" erregten großes Aufsehen und verschafften dem Revanchegedanken und ihrem Propheten Boulanger Anhänger. Die Bonapartisten vereinigten sich schließlich mit den Boulangisten. Jetzt hätte Boulanger handeln können. Aber er war nicht der Mann dazu. Im entscheidenden Augenblick fehlte es ihm an der nötigen Entschlossenheit. Dieses Zögern entspannte die allgemeine Erwartung und gab der Regierung wieder die Autorität zurück. Dem Antrag auf Verfolgung der Patriotenliga wurde stattgegeben, und der General wurde vom Senat auf Grund des Artikels 9 des Verfassungsgesetzes vom 24. Februar 1875 in Anklagezustand versetzt. Boulanger wartete den Spruch nicht ab, sondern flüchtete nach Brüssel. Er wurde in contumaciam wegen Gefährdung der Sicherheit des Staates zur Deportation verurteilt.

Seine Partei spielte als Revisionistengruppe noch bei den allgemeinen Wahlen von 1889 eine gewisse Rolle, wo sie sich teils mit den Monarchisten und mit den Radikalen verband. Aber schon vor dem Selbstmord des fast ganz vergessenen Boulangers 1891 in Brüssel fiel sie der Auflösung anheim.

Die Boulanger-Bewegung hatte die Entwicklung einer Partei stark beeinflußt, die den tätigsten Anteil an ihr genommen hatte: die Konservativen. Der Graf von Paris hatte, im Gegensatz zu den Orleanisten alten Schlags, die Taktik der parallelen Aktion mit der Boulanger-Partei angenommen. Er hatte den Boden der royalistischen Überlieferung verlassen und erklärte, die Monarchie müsse durch einen Aufruf an das Volk und durch Volksabstimmung wiederhergestellt werden. Damit hatte auch die monarchische Partei wie die Bonapartisten, deren wirksamstes Agitationsmittel der „Appell an das Volk" war, sich zu der Volkssouveränität, dem revolutionären Grundsatz von 1789, bekannt. Den starren Legitimisten und Orleanisten, die noch die Kämpfe bei Begründung der Republik mitgemacht hatten, war diese Entwicklung natürlich zuwider, aber ein neues konservatives Geschlecht wuchs allmählich heran. Die Jungen hatten den Gedanken auf Wiederherstellung der Monarchie fast ganz aufgegeben und bekannten sich zu einer konstitutionellen Opposition. Sie griffen nicht mehr die republikanische Staatsform an (ohne sie jemals offen anzuerkennen); aber ihr Kampf galt nur den Männern, die an der Spitze der Republik standen, und der von ihnen betriebenen Politik. Ein Teil der Partei versöhnte sich sogar mit der Republik, um damit besser auf die republikanischen Wähler einwirken zu können. Diese Entwicklung wurde durch den Papst Leo XIII. beschleunigt, der Thron von Altar trennte und den Katholiken die Anerkennung der Republik empfahl, um durch positive Mitarbeit einen größeren Einfluß auf die Politik zu gewinnen und die Gesetzgebung im Sinne der Kirche mitzubestimmen. Ein Teil der ultramontanen Presse erklärte deutlich, die Kirche könne ihr Schicksal nicht an die oder jene Staatsform oder Dynastie knüpfen. So bildete sich als ein Zweig der konservativen Partei die katholische Gruppe der „Versöhnten" (ralliés).

Auf diese Wandlung der konservativen Partei hatte Grévy einen Augenblick seinen Plan gebaut. Er wollte die Rechte mit den Liberalen zusammenarbeiten lassen, um so den radikalen Forderungen Schach zu bieten. Er verpflichtete sich, sich jeder antiklerikalen Politik

zu enthalten und erhielt dafür von der Rechten die Zusicherung, daß sie ihre Opposition aufgeben wolle. Der Mann, der dieses Programm verwirklichen sollte, hieß Rouvier, einer der bedeutendsten Finanzkenner Frankreichs, der von da an immer wieder als geschäftstüchtiger Intrigant auf der politischen Bühne erscheint. Aber dieser Versuch Grévys schuf nichts Dauerhaftes. Das Mißtrauen eines Teils der Republikaner den Klerikalen gegenüber, die Unvorsichtigkeit der ultramontanen Presse und einiger kirchlichen Würdenträger, die immer wieder den Kampf gegen die Schulgesetze erneuerten, zwang die Liberalen immer wieder zu der Politik der republikanischen Konzentration, die noch Jahre hindurch die amtliche Politik blieb, wenn auch insgeheim der Kampf zwischen den republikanischen Gruppen, namentlich von seiten der Radikalen, betrieben wurde. Aber wenn auch noch die Liberalen die meisten Ministerposten und wichtigsten Staatsämter besetzten, mit ihrer überragenden Macht war es ein für allemal aus, weil es ihnen an innerer Kraft gebrach. Dazu wurde ihnen als Regierungspartei alles zur Last gelegt, was als faul und krank am Staatskörper gefunden wurde. So wurde der Panamaskandal (Ende 1892), der wieder eine Zeit der Angebereien, Verleumdungsprozesse und gerichtlichen Verfolgungen einleitete, von den äußeren Parteien benutzt, um den Ruf des leitenden Liberalismus noch übler zu machen. Die Gesellschaft zum Bau des Panamakanals, von der Kammer zur Ausgabe von Aktien ermächtigt, hatte Bankerott gemacht und dadurch gerade viele kleine Sparer um ihr Geld gebracht. Nach dem Krach wurde festgestellt, daß hunderte von Millionen verbraucht waren, über deren Verwendung man keinen Aufschluß bekommen konnte. Die weitere Untersuchung ergab, daß diese Summen Bestechungsgelder darstellten, mit denen eine ganze Reihe von Politikern und einflußreichen Persönlichkeiten für die Panamagesellschaft gekauft waren. Es konnte also die Beschuldigung mit Recht erhoben werden, die Abgeordneten hätten damals nur für die Aktien der Panamagesellschaft gestimmt, weil ihnen vorher die Taschen gefüllt waren. Ja, es ging sogar das Gerücht, die Regierung habe die Verteilung der Bestechungsgelder überwacht und so an der Begaunerung des französischen Publikums teilgenommen. Die Rechte sah in dem Fall den Beweis für die Fäulnis der parlamentarischen Republik und die Sozialisten hatten eine Waffe im Kampf gegen das „niederträchtige" Kapital. Inmitten dieser Angriffe wechselte mehrmals das Kabinett. Es regnete Enthüllungen und Beschuldigungen.

Die politischen Folgen des Panamakrachs traten im nächsten Jahre bei den Parlamentswahlen (August und September 1893) zutage. Die Hälfte aller Abgeordneten war neu; die Wählerschaft traute keinem der beim Skandal genannten Persönlichkeiten. Die Zahl der radikalen Abgeordneten stieg von 120 auf 155. Auf der äußersten Linken hatte die „Sozialistische Vereinigung" durch Sammlung der alten zertrümmerten Revisionspartei 55 Radikal-Sozialisten durchgebracht. Zum erstenmal war eine parlamentarische sozialistische Partei gebildet, die zahlreich genug war, auf die Politik einzuwirken. Die Taktik der „Versöhnten", die den Kampf gegen die republikanische Staatsform aufgegeben hatten, war erfolglos geblieben: nur 35 von ihnen waren durchgekommen. Dagegen waren 60 unversöhnliche Konservative gewählt. Dennoch war die Rechte von 170 auf 95 Stimmen gefallen.

Die Regierung hatte wieder zwischen zwei Lösungen zu wählen: Konzentration, d. h. Einigung zwischen Liberalen und Radikalen, oder ein einheitliches Ministerium, Bildung des Kabinetts durch eine der beiden großen republikanischen Gruppen. Die Konzentration versprach eine sichere Mehrheit, aber sie bedingte auch eine passive Politik, denn die Liberalen hatten ihr Programm erschöpft und nahmen keinen einzigen Teil des radikalen Programms an. Ein einheitliches Ministerium mit den Liberalen zu bilden schien nicht möglich, weil es zweifelhaft blieb, ob es ohne Unterstützung eines Teiles der Rechten eine Mehrheit zusammenbringen konnte, was ihm wieder den einheitlichen Charakter genommen und eine Rückkehr zur Versöhnungspolitik bedeutet hätte, die seit den Wahlen schwierig geworden war. Ein radikales Kabinett hätte zu wenig der Zusammensetzung des Parlaments entsprochen.

Amtlich bekannten sich alle Regierungen von 1889 bis 1895 zu der Politik der Konzentration, d. h. das Ministerium setzte sich in der Mehrheit aus Gemäßigten (wie die Kammer) zusammen und versuchte durch eine von demokratischen Erklärungen begleitete Beharrungspolitik zwischen den Parteiklippen hindurchzulavieren. Diese Unsicherheit und Unklarheit, die mehrere Jahre zum normalen parlamentarischen Leben gehörten, wurden durch die Bildung einer flutenden, schwankenden Masse unterstützt. Sie bestand aus ungefähr hundert Abgeordneten, die geneigt waren, für jedes Kabinett zu stimmen, wofern sie ihre Haltung mit der Rücksicht auf ihre Wählerschaft in Einklang bringen konnten. Sie genügte, um die Abstimmung immer

unsicherer zu machen und brachte drei Kabinette in die Minderheit (Périer, August 1894; Dupuy, Januar 1895; Ribot, Oktober 1895). Inmitten dieses ziellosen Hin und Her verschob sich aber das Machtverhältnis allmählich. Die nicht feste Masse zog sich mehr und mehr zur radikalen Partei hin. Nachdem die Minister, die eine Kampfpolitik gegen die Radikalen versucht hatten, nach und nach entfernt waren, zum Kammerpräsidenten der Radikale Brisson gewählt worden, sah man sich genötigt, beim Sturz des dritten Ministeriums einen Radikalen zu wählen. Es war Léon Bourgeois, der Theoretiker der Partei, der Führer und Liebling des Kleinbürgertums. Seine Absicht war, ein Konzentrationskabinett zu bilden; aber da er mit einer Hand voll wirtschaftlicher und sozialer Reformen antrat, fand er keinen Kollegen unter den Gemäßigten und bildete schließlich ein einheitliches, also radikales Ministerium. Er versprach auch, in die Finanzoperationen der Regierung hineinzuleuchten, bei denen es, wie das Publikum annahm, unter dem gemäßigten Regierungspersonal nicht immer ganz sauber zugegangen war. Auf dieses Programm bildete sich eine neue Gruppierung der Parteien nach den beiden Flügeln hin. Die Liberalen, mit der Rechten vereinigt, um die geplante progressive Einkommensteuer zu bekämpfen, bildeten eine Partei der sozialen Beharrung, gestützt auf das wohlhabendere Bürgertum, den Adel und das Beamtentum. Die Radikalen schlossen sich mit den Sozialisten zu einer Partei sozialer Verbesserungen zusammen, die als demokratische Parteien mit den Wählermassen stets in enger Berührung standen. Dadurch, daß die Radikalen die Masse der unsicheren Abgeordneten mit sich rissen, gaben sie dem Ministerium eine wesentliche Stütze, und so konnte der Grundsatz der progressiven Steuer durchgebracht werden (1896). Aber der Senat, der immer etwas konservativer gesinnt war, machte den Radikalen noch einmal einen Strich durch die Rechnung. Er griff das Kabinett an, verweigerte ihm die Kredite und führte so seinen Sturz herbei. Auf diese Weise kam noch einmal ein einheitliches liberales Kabinett zustande (Méline), das sich mit Hilfe der Rechten eine Zeitlang hielt. Um Schlimmeres zu verhüten, mußte allerdings die Rechte dabei ihre Opposition gegen die Verfassung aufgeben, und zum ersten Male seit 1814 gab es in Frankreich nur konstitutionelle Parteien. Aber dieser Freundschaftsbund mit den Konservativen, die sie ehemals so erbittert bekämpft hatten, half den Liberalen nicht mehr. Ihre Zeit war zu Ende.

IV.

Frankreich wird Weltmacht

(1882—1898)

Durch die Niederlage im Jahre 1871 war Frankreichs Machtpolitik zunächst gebrochen. Bismarck, der seinen nationalen Ausdehnungsdrang fürchtete, hatte es auf den kolonialen Weg gewiesen, um sich in Europa vor ihm zu schützen. Unter großen parlamentarischen Schwierigkeiten war es Ferry gelungen, die Franzosen zur Kolonialpolitik zu zwingen. Beschimpft, verhöhnt und verlassen hatte er zweimal die Regierung niederlegen und seine Arbeit aufgeben müssen. Aber seine Bemühungen waren doch nicht ohne Erfolg geblieben. Der koloniale Gedanke gewann allmählich auch die nationalistisch gesinnten Konservativen (die zuerst nur aus Haß gegen die Republik sich widersetzt hatten), und die Gegnerschaft blieb auf die Radikalen beschränkt, bis auch diese in den neunziger Jahren zur Machtpolitik bekehrt wurden und die Opposition an die Sozialisten abgaben.

In vorhergehenden Abschnitten war die Rede von der Eroberung Tunesiens und Indochinas gewesen. Die Besitzergreifung war zwar unter schweren materiellen Opfern, aber ohne erhebliche diplomatische Schwierigkeiten vonstatten gegangen, ja zum Teil von anderer Seite, wie von Deutschland, ausdrücklich gefördert worden. Dagegen bot die Durchdringung eines anderen Landes schwere internationale Hindernisse. Ich meine Ägypten. Frankreich besaß alte Ansprüche auf Ägypten, das es wirtschaftlich und kulturell gefördert hatte. Nachdem Napoleon 1798 Ägypten besetzt hatte, um damit einen Schlag gegen England auszuführen, 1839 die Pariser Regierung den aufständischen Mehmed Ali gegen den Sultan in Konstantinopel unterstützt hatte, mußte Frankreich 1840 dem Druck der Großmächte nachgeben und sich der weiteren Einmischung enthalten. Unter dem Kaiserreich bot sich aber eine Gelegenheit zu wirtschaftlicher Beeinflussung. Im

Jahre 1858 wurde die Suezkanal-Gesellschaft gegründet, die 1862 ihre Arbeit in Angriff nahm, vorherrschend aus französischen Aktionären bestand und französische Ingenieure beschäftigte. An dem neuen Weg hatte aber England ein besonderes Interesse, da er der kürzeste und deshalb wichtigste nach der indischen Herrschaft war. Um den französischen Einfluß zu durchkreuzen, benutzte es die ständige Geldverlegenheit des ägyptischen Khediven und kaufte in aller Stille im Jahre 1875 dessen Kanalaktien auf (176 000 Stück), dessen Erwerb die französische Regierung ausgeschlagen hatte. Die finanzielle Zerrüttung und Zahlungsunfähigkeit gab auch hier, wie oft bei halbkultivierten Staaten, die Möglichkeit, das Land im Mai 1876 unter die Kontrolle von Großmächten zu nehmen, die im Jahre 1878 zum englisch-französischen Kondominium führte. Diese Bevormundung rief ihrerseits wieder Unzufriedenheit unter den Eingeborenen hervor, die in ihrem Widerstand durch den im Russisch-Türkischen Krieg (1877 bis 1878) angefachten mohammedanischen Nationalismus bestärkt wurden. Besonders die ägyptische Militärpartei unter Arabi Pascha stand dem fremden Einfluß feindlich gegenüber und verlangte staatliche Selbständigkeit und Bildung einer Nationalversammlung, der allein das Budgetrecht zustehen sollte. Damit wäre den Engländern und Franzosen das Aufsichtsrecht entzogen worden, das beide in gemeinsamer Übereinstimmung geschaffen hatten. England hielt die Zeit für gekommen, die bestehende ägyptische Regierung und die bevorzugte Stellung der beiden Mächte nötigenfalls mit Gewalt aufrechtzuerhalten und eine offizielle Schutzherrschaft zu begründen. Dieser Entschluß wurde den Parteien durch eine Note vom 7. Januar 1882 angekündigt, die sich auch gegen die Einmischungspläne und ihre Begünstigung der Militärpartei richtete. Das Kabinett Gambetta (November 1881 bis Januar 1882) war durchaus zu einem kräftigen Einschreiten mit England bereit. Es kam auch eine gemeinsame Note zustande. Aber der Nachfolger Freycinet sah, seiner unentschlossenen Natur gemäß, das Heil mehr in einer europäischen Konferenz, die auch eingerichtet wurde, aber nur zu einem tatenlosen Scheinleben gedieh. Inzwischen hatte die nationalistische Bewegung Feuer gefangen, Alexandria war in vollem Aufruhr, und man sah sich so ernsten Verwicklungen gegenüber, daß die damals noch ängstliche französische Kammer die Kredite für ein bewaffnetes Einschreiten versagte und die Tätigkeit Frankreichs auf den Fall beschränkt wissen wollte, wo seine Interessen unmittelbar bedroht wären. Damit war

das Kabinett gefallen. Das neue Ministerium Duclerc, dem durch den Beschluß der Kammer die Hände gebunden waren, mußte die Engländer selbständig handeln lassen. England brauchte die französischen Bedenken nicht zu teilen. Unter dem Vorwand, die Nationalisten hätten Befestigungswerke in Alexandria angelegt, bombardierte es die Stadt, reizte aber die Erbitterung der Eingeborenen und machte den Feldzug immer schwieriger. Es gelang ihm endlich, nach großen Opfern und blutigen Verlusten, Herr von Ägypten zu werden. Wie sollte sich nun das Verhältnis Englands gegenüber Ägyptens gestalten? Die englische Presse hielt eine Rückkehr der früheren Verhältnisse nach Englands Opfern für ausgeschlossen. Der liberale Premierminister Gladstone versprach als Annexionsgegner die Räumung des Landes. Doch der Aufstand des Mahdi, eines mohammedanischen Propheten, im ägyptischen Sudan, ermöglichte es der englischen Regierung, das Versprechen unerfüllt zu lassen. Man einigte sich zunächst auf die Neutralisierung Ägyptens, und England schlug dann Frankreich die Einsetzung eines englischen Residenten vor, der als politischer Ratgeber dem Khedive zur Seite stehen, während Frankreich den Präsidenten der ägyptischen Staatsschuldenkommission stellen sollte. Frankreich, das diese offene Verleugnung des Kondominiums nicht hindern konnte, rückte grollend zur Seite; es „behielt sich seine Aktionsfreiheit vor", d. h. es ließ England freie Hand. Das Ende vom Lied war also, daß England Frankreich vollständig aus Ägypten verdrängte. Seitdem machte die Anglisierung des Landes stetige Fortschritte. Die französische Regierung, die doch ihre moralischen Ansprüche nicht völlig aufgeben wollte, sah sich außerstande, diese Entwicklung zu hintertreiben. Sie begnügte sich, in Ägypten selbst der britischen Kolonisation Hindernisse in den Weg zu legen, zum großen Ärger des Residenten, Lord Cromers. Erst viel später, als Frankreich und England sich einander genähert hatten, erfolgte eine Regelung, von der die Franzosen befriedigt sein konnten.

Die ägyptische Enttäuschung war der Auftakt zu vielen anderen, die dem französischen Ausdehnungswillen von der britischen Weltmacht bereitet wurden. Auf der Suche nach einem Ersatz für die beiden verlorengegangenen Provinzen hatte Frankreich seine Augen auch besonders auf Afrika gerichtet, von dem damals noch große Gebiete herrenlos waren. Auch hier konnte es auf ältere Versuche zurückgehen. Im Jahre 1839 war ein erster Vertrag mit den Eingeborenen im Gebiet von Gabun zustande gekommen, 1849 die Niederlassung

Libreville gegründet worden. Um 1880 durchzog der französische Forschungsreisende Brazza in zwei Reisen das Land bis zur Mündung des Kongo. Nach Paris zurückgekehrt, bat er die Kammer um Bestätigung seines Vertrages mit den Eingeborenen und um Gewährung von Vorschüssen für eine Reise, die das Hinterland geographisch und wirtschaftlich erforschen sollte. Im November 1882 wurde der Vertrag von der Kammer genehmigt, im Januar 1882 ein Vorschuß von 1 275 000 Franken bewilligt, der im Juni 1884 durch einen weiteren von 780 000 Franken vermehrt wurde. Diese Summen sollten dazu dienen, Niederlassungen einzurichten, zu erhalten und zu verpflegen, Waffen und Geschenke für die Eingeborenen anzukaufen. Diese Reise fand in den Jahren 1883/85 statt. Dabei stießen die Franzosen mehrmals mit der 1876 von König Leopold von Belgien gegründeten internationalen afrikanischen Gesellschaft zusammen, die unter Leitung des Entdeckungsreisenden Stanley zur Errichtung des Kongostaates schritt. Beide Bildungen, die französische Kolonie und der Stanley-belgische Staat bereiteten England Unruhe. Zwecks einer Gegenwirkung setzte es sich mit Portugal in Verbindung, dessen Besitzungen an die Gebiete grenzten, und beide Mächte übertrugen sich durch Vertrag die Strompolizei auf dem Kongo. Jetzt fanden sich das angegriffene Frankreich und Deutschland, das in dieser Zeit ebenfalls anfing, Kolonialpolitik zu treiben und in Afrika festen Fuß zu fassen, zu gemeinsamem Handeln zusammen, um der britischen Vorherrschaft in Afrika in den Weg zu treten. Deutschland schlug eine zwischenstaatliche Konferenz vor, und England, das noch in ägyptische Schwierigkeiten verstrickt war, mußte sich fügen. Auf dem Berliner Kongreß des Jahres 1885 wurde der Besitz Frankreichs bestätigt bis auf die Mündung des Kongo, die dem neugeschaffenen Kongostaat zugewiesen wurde. Im Laufe der Jahre wurde dann das französische Kongogebiet bis zum Tschadsee ausgedehnt.

War hier der englische Widerstand mit Hilfe Deutschlands ziemlich schnell beseitigt worden, verspürte Frankreich in Madagaskar die englische Eifersucht weit stärker und empfindlicher. Hier hatten die Franzosen schon im Jahre 1642 eine Niederlassung gegründet. Nachdem sie jahrhundertelang nichts mehr für die Kolonisation der Insel getan hatten, versuchten die Engländer nach dem Sturz des ersten Kaiserreichs die Eingeborenen ganz dem Einfluß der Franzosen zu entziehen. Der englische Resident der Mauritiusinsel hatte den Plan, die Franzosen aus den Handelskonzessionen zu verdrängen und die

Insel als unabhängiges Gebiet erklären zu lassen, auf den kein Staat Anspruch erheben dürfe. Er verband sich zu diesem Zweck mit dem Eingeborenenstamm der Howa, die er zum Widerstand trieb und denen er Englands Unterstützung an Geld, Munition, sogar an Soldaten versprach. Die damalige französische Regierung machte keine ernsthaften Gegenanstrengungen, und bald hatten die Howa die Herrschaft auf der Insel und setzten von nun an dem französischen Eindringling kräftigeren Widerstand entgegen. Sie monopolisierten den Handel und betrachteten sich als freien Staat. Friedliche Verhandlungen mit den Howas und Drohungen blieben ohne Ergebnis, während die englische Regierung teils sich selbst Vorteile zu kaufen, teils die Bevölkerung gegen die Franzosen aufzuhetzen verstand. Die dritte Republik gelangte endlich nach mannigfachen Opfern und Hindernissen in den Besitz der Insel. Übergriffe der Howas gegen französische Missionare (vgl. Tonking!) und gegen französisches Eigentum bildeten den Grund zum militärischen Einschreiten. Die Howas mußten sich jetzt zum Nachgeben entschließen. Am 17. Dezember 1885 wurde ein Vertrag unterzeichnet, der Frankreich das Protektorat der Insel und wesentliche wirtschaftliche Vorteile, wie Zollerhebung, Bergwerksbetrieb, einbrachte. Die Engländer erkannten den Vertrag nur unter der Bedingung an, daß Frankreich dafür alle Ansprüche auf Sansibar fallen ließ. Aber erst im April 1895, als die französische Regierung sich zu einem neuen Feldzuge entschloß, um die Howa-Herrschaft zu vernichten, verließen die im Dienst der Howa stehenden englischen Offiziere das Land. Seitdem machte die Unterwerfung der Insel ständig Fortschritte. Heute ist sie eine französische Provinz.

Der Kampf um Madagaskar hatte von neuem den drohenden Gegensatz zwischen Frankreich und England aufgedeckt. Immer, wenn die Republik nach neuen kolonialen Erwerbungen ausschaute, stand England mißtrauisch, eifersüchtig, herrisch, ein zäher Wächter seiner Weltrolle, davor. Zeigte sie Siam gegenüber Eroberungsgelüste (1893), schickte es einen europäischen Ratgeber an den Hof des Königs, der die Siamesen zum Widerstand gegen die Franzosen reizte. Tauchten am Ende der achtziger Jahre französische Kaufleute und Kolonisten am unteren Niger auf, schickte die englische Regierung die Royal Niger Company vor, um die Franzosen zu verdrängen. Die Verbitterung im französischen Publikum gegen England nahm an Schärfe zu, je mehr die Franzosen nach ihrer anfänglichen Zurückhaltung ins Weite strebten. Schon Gambetta sprach von dem „egoistischen Eng-

land", das „niemals etwas aus Verlangen nach reiner Dankbarkeit tue". Allerdings sah er die Dinge nüchtern genug an, um vor der üblichen französischen gefühlsmäßigen Auffassung der Politik und vor einer schmollenden Haltung England gegenüber zu warnen. Ja, er dachte sogar schon an ein englisches Bündnis, das erst viel später, nach einem Umschwung der öffentlichen Stimmung, verwirklicht werden konnte. „Ich habe genug gesehen, um Ihnen sagen zu können, den Bruch mit England können wir nur mit den schwersten Opfern bezahlen ... Nicht um die französischen Interessen zu demütigen, zu erniedrigen und abzuschwächen, bin ich ein Anhänger des englischen Bündnisses; sondern, meine Herren, weil ich glaube, daß wir uns nur durch die Einigkeit und das Zusammenarbeiten mit dieser Macht verteidigen können. Ein Bruch kann alles verderben" (Rede in der Kammer am 18. Juli 1882). Das war aber nicht die Ansicht der großen Masse, noch der meisten Politiker. Die kommt viel besser in den Worten des französischen Botschafters in Konstantinopel, Fournier, zum Ausdruck, die er an den langjährigen Berichterstatter der „Times" und späteren Präsidenten der britischen Handelskammer, Sir Thomas Barclay, richtete: die englische Diplomatie befolge eine unfreundliche und selbstsüchtige Methode; mit den Gefühlen und Wünschen aller derer, die unglücklicherweise seinen Weg kreuzten, gehe es allzu hochfahrend um (Barclay, L'Entente cordiale, S. 53). Andere Politiker drückten sich noch viel schärfer aus, stellten England als ein barbarisches, habgieriges, von unversöhnlichem Franzosenhasse verblendetes Volk an den Pranger (Coubertin). Hippeau äußert in seiner „Histoire diplomatique", der koloniale Grundsatz der Engländer sei nicht Zivilisation und Beruhigung des Landes, sondern Unterdrückung und Ausrottung der Bevölkerung. Ihre Menschenfreundlichkeit sei Geschäftsgeist. „Zwischen Pitt und Palmerston, zwischen Disraeli und Gladstone besteht nur der Unterschied, der zwischen Höflichkeit und Brutalität, Offenheit und Doppelzüngigkeit besteht: die Eifersucht gegen Frankreich ist der einzige Beweggrund der britischen Politik. Wenn wir jemals ein Bündnis auf jener Seite zu suchen haben, müssen wir es auf einer unerschütterlichen Grundlage errichten: der Habgier" (S. 523).

Es ist keine Frage, daß die Franzosen zum Teil übertrieben. Es sprach aus ihnen der Ärger über die Hindernisse, die den französischen Weltmachtplänen sich entgegenstellten. Die Hindernisse bestanden keineswegs allein in dem Widerstand und dem Neid Englands. Die

britische Überlegenheit gründete sich nicht nur auf Brutalität. Der Engländer hat weit bedeutendere kolonisatorische Fähigkeiten als der Franzose. Zum Teil hat man das auch in Frankreich anerkannt. So gesteht Coubertin (L'Evolution française, S. 111): „Das Ideal des französischen Konsuls ist meistenteils negativ. Sein Bestreben geht nur darauf aus, sich und seiner Regierung keine Unannehmlichkeiten zu bereiten, und seine Vorgesetzten ermuntern ihn in dieser Haltung, aus Angst, sie müßten eine unvorhergesehene Verantwortung auf sich nehmen oder könnten einen heiklen Fall zu behandeln haben. England dagegen sichert seinen Vertretern, die es auf ferne Posten schickt, eine Unabhängigkeit und Beständigkeit, daß sie frei handeln können, ohne unaufhörlich von London ins einzelne gehende Anweisungen zu verlangen. Das Auswärtige Amt hat seine Freude an ihrer Selbstständigkeit und hütet sich, ihre Tätigkeit zu durchkreuzen. Und wenn die Umstände es nötig machen, den übermäßigen Eifer eines Beamten zu verleugnen, so kann er sicher sein, daß diese Verleugnung glänzend wieder gutgemacht wird. Wir sind oft im Laufe unserer Ausbreitung auf allen Plätzen der Erde solchen Männern begegnet, und wir müssen gestehen, daß sie es verstanden haben, unserer Politik manchen Verdruß und manche Niederlage zu bereiten." Man kann hinzufügen, daß die dritte Republik den Brauch eingeführt hat, die Stellen gerade in den Kolonien nach parlamentarischen Grundsätzen zu besetzen und Parteipolitiker damit zu versorgen. So wurde seiner Zeit Wilson, der Schwiegersohn Grévys, als Generalgouverneur nach Algerien geschickt, und so haben namentlich die Radikalen ihre Freunde in einer kolonialen Versorgungsanstalt untergebracht.

Die Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Engländers sind es, die fast überall, wo beide Völker in der Welt zusammenstießen, den Gegner überwunden haben. Schon die englische Erziehung geht im Gegensatz zur französischen herdenhaften Internatsdressur darauf aus, Willen und Selbstvertrauen zu stärken. Der Franzose arbeitet, um Examina zu bestehen und muß sich dabei ständig von einem Heer amtlicher Vorschriften begleiten lassen. Der Engländer erhält eine Ausbildung, die ihn befähigt, sich allein zurechtzufinden. Der Durchschnittsfranzose erwartet alles von den Vorgesetzten, von der Behörde und fühlt sich als ausführender Beamter am wohlsten. Der Engländer hat sich von der Anbetung der Staatsgewalt freigemacht und vertraut seiner eigenen Kraft. Das Ergebnis dieses Mangels ist, daß Frankreich trotz seiner Weltstellung, die es sich im Laufe der Jahr-

zehnte langsam erkämpft hat, in Industrie und Handel, die besondere persönliche Initiative verlangen, hinter anderen Völkern zurückgeblieben ist. Bei wirtschaftlicher Ausdehnung stieß man immer wieder auf die englische Rasse, die zuerst da war und für andere wenig Raum ließ. Charakteristisch für die damalige Stimmung ist das Buch von Demolins „Worin die Überlegenheit der Angelsachsen besteht", das Ende der neunziger Jahre unter großem Aufsehen erschien. „Wenn man die Überlegenheit der Angelsachsen nicht laut verkündet," sagt der Verfasser, „so erduldet und fürchtet man sie doch; die Besorgnis, das Mißtrauen und manchmal auch der Haß, den der Engländer erregt, bezeugen es deutlich genug." „Die ernste Gefahr, der bedeutende Gegner ist nicht, wie wir glauben, auf dem anderen Ufer des Rheins zu suchen ... sie sind auf der anderen Seite des Kanals, sie sind überall, wo ein angelsächsischer Pionier, Settler oder Squattler ist." „Und tatsächlich hat uns diese furchtbare angelsächsische Rasse bereits aus der Mehrzahl der Stellungen gedrängt, die wir innehatten. Noch vor kaum einem Jahrhundert spielten wir in Amerika, Asien und Afrika die erste Rolle. Überall sind wir vor ihr zurückgewichen: Sie ist der Erbgegner." Dieses Mißverhältnis hat Frankreich durch geistigen Imperialismus (seit 1900 ungefähr) auszugleichen versucht.

Die Verbitterung gegen die englische Politik ließ Frankreich in England immer mehr seinen eigentlichen Gegner sehen und trieb es, seine Bemühungen zu verdoppeln, um mit Rußland, dem asiatischen Feind des britischen Weltreichs, zu einem Bündnis zu gelangen. Die russische Freundschaft, nach der Frankreich zunächst nur verlangt hatte, um ein Gegengewicht gegen den deutschen Druck zu schaffen, wurde jetzt ohne Rücksicht auf England betrieben. Schon auf dem Berliner Kongreß 1878, der die Abrechnung des Russisch-Türkischen Krieges und des Friedens von San Stefano brachte, ergab sich eine Annäherung. England hatte Widerspruch gegen die durch den Frieden geschaffene Vormachtstellung Rußlands auf dem Balkan erhoben; Österreich hatte sich dem angeschlossen. Von Bismarck, der den Vorsitz führte und den Vermittler abgab, erwartete Rußland eine russenfreundliche Tätigkeit. Als der russische Kanzler Gortschakow sich in seinen Erwartungen getäuscht sah, stellte er in einem Interview im Herbst 1879 die Möglichkeit eines russisch-französischen Bündnisses in Aussicht. Bismarck seinerseits reiste nach Wien, und am 7. Oktober 1879 wurde das Schutzbündnis zwischen Deutschland und Österreich geschlossen.

Doch mußte sich Frankreich vorläufig noch bequemen, mit Deutschland auf gutem Fuß zu stehen, denn die französische Kolonialpolitik, die Bismarck im deutschen Interesse förderte, bedurfte noch des deutschen Wohlwollens. Rußland wieder sah sich durch die englische Konkurrenz in Afghanistan zu einem Neutralitätsvertrag mit Deutschland und Österreich genötigt (Fürstenzusammenkunft in Skierniewice, September 1884). Die bulgarische Frage führte eine Meinungsverschiedenheit zwischen Deutschland und Rußland herbei und begünstigte wieder die französischen Pläne. Besonders die französischen Konservativen strebten unter allen Umständen nach Rußland hin und hätten mit der Aussicht auf Revanche gern auf die koloniale Ausbreitung verzichtet, die sie doch immer von der Freundlichkeit Deutschlands abhängig machte. Die französische Diplomatie hat das Ziel am klarsten erfaßt und unbeirrt verfolgt. So urteilt Hohenlohe („Denkwürdigkeiten" II, 401) über den Botschafter in Berlin, Herbette: er „ist ein gefährlicher Mann, der einen gewissen diplomatischen Tatendrang hat. Er soll nach Berlin gegangen sein in der Überzeugung, daß es ihm gelingen werde, das Rapprochement zwischen Rußland und Frankreich als etwas Harmloses erscheinen zu lassen." Die bulgarischen Sondergesandten, die von den Mächten Anerkennung der Vereinigung mit Rumelien und der Thronbesteigung Ferdinands von Koburg gegen Rußland durchsetzen wollten, fanden nur bei Frankreich keine Unterstützung, das sie zu einer Verständigung mit Rußland, d. h. also zur Nachgiebigkeit, aufforderte. Bismarck tat dies nicht, und dafür wurde er von der russischen Presse heftig angegriffen (1886). Gleichzeitig erschien eine Erklärung höherer russischer Offiziere in den „Daily News" und ein Interview des Panslawisten Ignatieff, die beide über die österreichische Regierung (und mittelbar über den deutschen Bundesgenossen) lebhaft Klage führten. Als dann noch der Großfürst Nikolaus im französischen Hafen Dunkerque einen Trinkspruch auf Frankreich ausbrachte (Oktober 1887), war man über die Stimmung in Rußland im klaren. Sie traf zusammen mit den deutsch-französischen Grenzzwischenfällen: Verhaftung des französischen Polizeikommissars Schnäbele (s. Kap. III); Zwischenfall von Laon (September 1887; der Teilnehmer einer französischen Jagdgesellschaft wird von einem deutschen Förster als Wilderer erschossen), dem Boulangismus und der erhöhten Tätigkeit der Patriotenliga. In Rußland und Frankreich sprach man offen von einem Bündnis. Bismarcks Antwort war die Veröffentlichung des deutsch-öster-

reichischen Bündnisvertrages und eine neue Heeresvorlage (Erhöhung der Friedenspräsenzstärke und Verlängerung der Dienstpflicht, die er ausdrücklich mit der Möglichkeit eines Zweifrontenkrieges begründete). Der Rückversicherungsvertrag (der Rußland als Gegenwert für freie Hand gegen die Türkei und Bulgarien Neutralität im Falle eines deutsch-französischen Krieges auferlegte) lief zwar noch zwei Jahre, bis 1890, und der Boulangismus verlief schließlich im Sande. Der Zar begnügte sich damit, den Einsamen zu spielen und gelegentlich eines Trinkspruches den Fürsten von Montenegro „Rußlands einzigen aufrichtigen und treuen Freund zu nennen" (1889). Als aber unter Bismarcks Nachfolger und unter englischem Einfluß der Rückversicherungsvertrag im Sommer 1890 stillschweigend ablief, ohne erneuert zu werden, und die preußische Polenpolitik in einem versöhnlichen Kurs steuerte, der den Zaren die Gefahr einer Sympathie auch der russischen Polen mit sich zu führen schien, begann Rußland ernstlich daran zu denken, in Frankreichs dargebotene Hand zu schlagen.

Gleichzeitig begann Frankreich den Vorteil des russischen Geldbedürfnisses, das bisher vielfach an deutschen Märkten befriedigt worden war, aber durch Bismarcks Verbot, russische Werte in Deutschland zu lombardieren, zu anderen Quellen geführt werden mußte, wahrzunehmen und auszunutzen. Im Juni 1888 hatte Hoskier, ein französischer Bankier dänischer Abkunft, die ersten Besprechungen mit dem russischen Finanzminister. Im Dezember wurde die erste Anleihe in Frankreich ausgegeben: 500 Millionen Franken zu 4 Prozent. Darauf folgten eine ganze Reihe weiterer Anleihen, die Rußland Frankreich gegenüber immer mehr verpflichteten. Mit diesem Vorteil in der Hand begann Frankreich seine Werbungen mit Nachdruck zu betreiben. Ribot, von 1890 bis 1893 Leiter des Auswärtigen, war einer der eifrigsten Anhänger des Bündnisses. Constans, Minister des Innern, ließ 1890 russische Nihilisten verhaften, deren Auslieferung die französische Regierung in früheren Jahren immer verweigert hatte. Der Kriegsminister Freycinet nahm Bestellungen der russischen Regierung für die staatlichen Waffenfabriken an. Gerade wurde auch der zwar nicht anti-, aber doch arussische Dreibundvertrag erneuert. Da bringt der französische Gesandte de Laboulaye den ersten Flottenbesuch zustande. Admiral Gervais geht mit französischen Kriegsschiffen nach Kronstadt. Der Zar hört stehend die Marseillaise an. Nach Besprechungen in Paris zwischen Ribot

und dem russischen Gesandten Baron von Mohrenheim stellten der Souschef des französischen Generalstabes Boisdeffre und der russische Generaladjutant Obrutschew am 17. August 1892 in Sankt Petersburg die Einzelheiten einer Militärkonvention fest. Sie wurde, durch das Zögern des Zaren und den Panamaskandal aufgehalten, erst im Jahre 1894 unter Casimir Périer unterzeichnet. Der Text, der bis in den Krieg hinein nicht veröffentlicht wurde, verpflichtete jede von beiden Mächten, im Falle eine von ihnen von Deutschland oder von einer Dreibundmacht mit Unterstützung Deutschlands angegriffen werden sollte, der anderen mit allen ihren verfügbaren Kräften zu helfen. Auch die Mobilmachung einer der Dreibundmächte sollte auf der anderen Seite sofortige Mobilmachung sämtlicher Streitkräfte bedingen. Die wichtigste und folgenschwerste Bestimmung war die des zweiten Artikels, welche forderte, daß die Streitkräfte unmittelbar nach der Mobilmachung zum entscheidenden Angriff einzusetzen seien (s. Anhang I). Sie hat automatisch den Ausbruch des Weltkrieges mit herbeigeführt.

Nach Artikel 6 sollte die Militärkonvention dieselbe Dauer wie der Dreibund haben, als dessen Gegengewicht sie ursprünglich gedacht war. Mit dem Bündnis war eine neue Lage geschaffen. Frankreich war nicht mehr allein. Es konnte auf die Freundschaft, das moralische Ansehen und auf die militärische Unterstützung eines bedeutenden Staates rechnen. Frankreich konnte jetzt als Teil der neuen Mächtegruppe bestimmend auf die europäische Politik einwirken. Und damit hatte die französische Diplomatie, die ihr Ziel sicher und zähe wie keine andere verfolgt hat, die erste Station auf ihrem vorbezeichneten Wege erreicht.

Die Wirkung auf das französische Publikum war stärker, als den Diplomaten damals vielleicht erwünscht. Denn das französische Volk sah in dem Vertrag, von dessen Einzelheiten die Allgemeinheit noch keine Kenntnis hatte, „gleichsam das Vorspiel zur nationalen Rache, die es leidenschaftlich nach zwanzig Jahren herbeisehnte. Man glaubte nur zu leicht, der Zar habe damit, daß er die Marseillaise anhörte, gegen den Frankfurter Frieden Einspruch erhoben und seine Bereitwilligkeit zeigen wollen, ihn zu zerreißen“ (Debidour, Histoire diplomatique, I, 178).

Dem Abschluß der Vereinbarung folgten fast ohne Unterbrechung demonstrative politische Besuche. Großfürsten, Admirale, Generale, Präsidenten, Minister, Gesandte überbrachten die Grüße und die

Treuversicherungen des Verbündeten und sorgten für die nötige Volksbegeisterung. 1896 und 1902 begab sich das Zarenpaar nach Frankreich. Von besonderer Bedeutung für die Erweiterung des Bündnisses waren die Besuche Delcassés 1901 in Sankt Petersburg (wo er kurz vor dem Kriege Gesandter wurde) und Iswolskis in Paris (1906 und 1907); beide waren als Minister des Auswärtigen die eifrigsten Anhänger und Förderer der russisch-französischen Freundschaft.

Es gab neben Deutschland in Europa noch eine Macht, der diese Entwicklung unangenehm war: England. Wie ihm der deutsch-russische Rückversicherungsvertrag unbequem gewesen und wie es Caprivi durch die Einflüsterung, der Vertrag sei gegen den deutschen Bundesgenossen Österreich illoyal, zur Abkehr von Rußland bewogen hatte, so sah es auch jetzt seiner fortschreitenden Isolierung und der Stärkung Rußlands mit Besorgnis zu. Es warf deshalb die Angel nach den französischen Diplomaten aus. Der britische Gesandte Lord Dufferin regte 1903, wie Barclay in dem bereits angeführten Buch berichtet, die Regelung aller schwebenden Fragen der beiden Staaten an. Aber der Preis, den Frankreich bezahlen sollte (Anerkennung der englischen Vorherrschaft in Ägypten und im oberen Niltal), erschien ihm damals noch zu hoch. Auch war es noch zu sehr verärgert, um einer freundschaftlichen Auseinandersetzung mit London geneigt zu sein. Es war sich seines Gegensatzes zu England noch zu bewußt. Als die englische Regierung mit dem Kongostaat ein Abkommen treffen wollte, um durch Gebietsaustausch sich die Möglichkeit zu schaffen, das transafrikanische Eisenbahnprojekt, die Kap—Kairobahn, auszuführen, erhob die französische Einspruch (1894). Die beiden Minister Hanotaux (Äußeres) und Delcassé (Kolonien) bestanden nachdrücklich auf der Wahrung der französischen Kongointeressen. Sie erreichten vom Kongostaat eine vorteilhafte Grenzberichtigung, und die Ausführung der englischen Pläne wurde dadurch wenigstens aufgehalten. Sir Edward Grey rief den Franzosen im März 1895 ein Noli me tangere zu.

Der Burenkrieg ließ, wie im übrigen Europa, auch innerhalb der öffentlichen Meinung Frankreichs eine offene und lebhafte Sympathie für die südafrikanischen Republiken entstehen. Andererseits wirkte die Beurteilung des Dreyfußprozesses jenseits des Kanals weiter verbitternd; die Londoner Presse stellte die Franzosen als ein entartetes Volk dar, das unfähig sei, sich selbst zu regieren. Und es fehlte nicht

viel, so hätte ein koloniales Ereignis die bestehende Spannung in einem Kriegsausbruch zur Entladung gebracht: die moralische Niederlage der Franzosen bei Faschoda. Frankreich, das ja seine Ansprüche auf Ägypten niemals aufgegeben hatte, schickte im Jahre 1897 den Hauptmann Marchand auf eine Expedition nach dem oberen Nil. Trotz englischer Warnungen rückte Marchand seinem Plan gemäß vor. Er erreichte bei Faschoda den Nil. Da ließ am 19. September 1898 General Kitchener, der auf seinem Eroberungszuge durch das obere Niltal und den Sudan die Anhänger des fremdenfeindlichen Mahdi bei Omdurman geschlagen hatte, in Faschoda die englische Flagge neben der französischen hissen, um so das englische Recht zu betonen. Der englische Ministerpräsident Lord Salisbury beeilte sich, die öffentliche Meinung sofort durch Veröffentlichung eines Weißbuches für sich zu gewinnen, bevor die französische Regierung genau unterrichtet war. Frankreich war in keiner Weise zu einem Kriege mit England gerüstet; seine Flotte war in einem völlig unzureichenden Zustand. England hatte sofort seine Flotte im Kanal und im Mittelmeer, Toulon gegenüber, verteilt. So sah sich die Pariser Regierung gezwungen, da sie vor der äußersten Entscheidung zurückschreckte, nachzugeben und den Hauptmann zurückzurufen, um sich eine sichere größere Demütigung zu ersparen.

Die französische Regierung wurde auch noch durch andere Gründe als durch ihre mangelnde Kriegsbereitschaft zur Unterwerfung veranlaßt. Sie wußte von dem Vorrücken Kitcheners nach dem Sudan, sie wußte auch, daß der Zusammenstoß mit Marchand unvermeidlich war. Sie hatte aber auf die russische Freundschaft und Unterstützung vertraut. Da wurde im August des Jahres 1898 dem diplomatischen Korps in Sankt Petersburg der Vorschlag des Zaren mitgeteilt, in einer internationalen Konferenz die Mittel zur Erhaltung des Friedens zu prüfen, und wenn möglich eine Beschränkung der Heeresrüstungen herbeizuführen. Das war ein deutlicher Wink für Frankreich, daß man in Sankt Petersburg nicht alle Kühnheiten seiner Weltpolitik mitmachen wollte. Diese Absage ist ein weiterer zwingender Grund für die Rückberufung des Obersten Marchand gewesen. Sie lag auch wohl der Petersburger Reise Delcassés im folgenden Jahre zugrunde. Sei es, daß Delcassé schon damals von England gewonnen war, sei es, was wahrscheinlicher ist, das empfindliche Frankreich wollte Rußland die Kränkung wiedergeben; jedenfalls gab er, wie Barclay vermutet, der russischen Regierung zu verstehen, daß

Frankreich seinerseits die antienglische Politik nicht mehr unterstützen wolle. Rußland beabsichtigte nämlich die Auffaugung der Burenrepubliken durch England zu hintertreiben und die Notlage Englands zur Stärkung seiner eigenen Machtstellung in Asien auszunutzen. Bei dieser Gelegenheit nahm Frankreich seine Revanche.

So ernst der Faschoda-Zwischenfall auch war, und so nachhaltig er auf die Stimmung des französischen Publikums zurückwirkte, so war er doch gerade der Ausgangspunkt der schon 1894 von England angestrebten Verständigung und damit der Entente cordiale. „Faschoda," sagt Bülow (Deutsche Politik, S. 111/112), „ließ die französische Nation die britische Macht unerbittlich fühlen. Einen Augenblick brauste in Frankreich die öffentliche Meinung elementar auf und wandte sich gegen England. Man war in Paris enttäuscht, daß England für die französische Freundschaft ein Opfer an Interessen im Sudan und am Nil nicht hatte bringen wollen, aber Frankreich selbst war unter allen Umständen, wenn auch mit zusammengebissenen Zähnen bereit, den gleichen und höheren Preis für die englische Freundschaft zu zahlen. Die Niederlage im Faschodastreit wurde auf das Unkostenkonto der französischen Revanchepolitik gebucht und wirkte im letzten Erfolge weniger verstimmend gegen England als aufs neue erbitternd gegen Deutschland. Achtundvierzig Stunden nach dem Zurückweichen Frankreichs im Faschodastreit wurde ein französischer Botschafter ... von seinem italienischen Kollegen nach dem Stand der französisch-englischen Beziehungen angesprochen. Der Italiener fragte, welche Rückwirkung das Ereignis auf die französische Stellung zu England haben werde. Der Franzose erwiderte: „Eine günstige. Nachdem die Differenz über den Sudan erledigt ist, steht einer vollen Entente mit England gar nichts mehr im Wege." Faschoda hatte Frankreich gezeigt, daß es *gegen* England seine Weltmachtpläne nicht erreichen konnte. Wollte es nicht auf sie verzichten, so mußte es sich jetzt entschließen, sie *mit* England zu verwirklichen.

Dieser Entschluß, so widersinnig und unbequem er der großen Masse in Frankreich erscheinen mußte, reifte in den Köpfen der Politiker und tat sich ihnen als zweiter Weg neben dem russischen zum Imperialismus auf. Delcassés Warnung in Sankt Petersburg, Englands bedrängte Lage nicht allzu sehr auszunutzen, ist der erste Schritt dazu. Es muß hier um so stärker die Tätigkeit und Verantwortlichkeit der Diplomaten betont werden, als der Dreiverband immer so gern und so bedeutsam der Welt die Legende von der öffentlichen Meinung und

der Freundschaft der Völker aufgetischt hatte. Die Stimmung war so offenbar gegen England, daß die privaten Annäherungsversuche, wie die Sir Thomas Barclays im Jahre 1897, weder Politiker von Ruf für sich gewannen (die fürchteten, sich bloßzustellen) noch eine öffentliche Werbung wagten, aus Angst, ausgepfiffen zu werden. Die Fäden zur Entente wurden geknüpft, als die englandfeindliche Stimmung auf dem Höhepunkt stand. Noch zu Beginn der Pariser Weltausstellung 1900 kamen wenig Engländer nach Paris; man besorgte, schlecht aufgenommen zu werden. Die gegenteilige Stimmung haben Männer wie Delcassé, Ribot, der französische Botschafter in London Paul Cambon, König Eduard, Chamberlain u. a. in langer, zäher Arbeit geschaffen und mit Hilfe einer mächtigen Presseorganisation durchgesetzt. „Der Dreiverband," sagt Hanotaux in seiner „Politik des Gleichgewichts" (S. 297), „ist hauptsächlich Stimmungsmache. In der Kunst, die Meinung zu leiten, kennt England keinen Rivalen. Die stärkste Kraft des Dreiverbandes besteht in dieser Geschicklichkeit, die Gemüter mit fortzureißen und Vertrauen einzuflößen." Die öffentliche Meinung hat also nicht die Politik bestimmt, sondern ist umgekehrt von der Politik geführt und gestaltet worden. Und wir wissen ja seit dem Kriege, wie leicht ein Volk zu führen und wie leicht seine Leidenschaften zu entfesseln sind.

V.

Die sozialistische Bewegung

Die soziale Frage ist in Frankreich anfänglich eine reine Agrarfrage gewesen, hervorgerufen durch die Vereinigung von Macht und Grundbesitz in den Händen des feudalen Adels und durch die Güterlosigkeit des leibeigenen Bauern. Der Reiche ist der Gutsbesitzer, der andere in seinen Dienst stellt, um die Nutznießung aus seinem Acker zu ziehen; der Arme arbeitet für andere, ohne ein Eigentumsrecht auf das Land zu haben, das er bebaut.

Für Rousseau war die Aneignung des Bodens das geschichtliche Ergebnis eines Vertrages innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, und eines verderblichen, denn den Gesellschaftszustand verabscheute er, um den Naturzustand der Menschheit zu verherrlichen. „Wenn ihr vergeßt, daß die Früchte der Erde allen und die Erde selbst niemandem gehört, seid ihr verloren!" Alle Übel, alle Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten leitet er von diesem Vertrag ab. Die Eigentümer sind also nur durch Betrug, durch Unnatur in den Besitz des Eigentums gelangt.

Zur Zeit der großen Revolution verfolgte Babeuf den Gedanken Rousseaus weiter: „Wir erstreben ein gerechtes und erhabenes Ziel: das Gemeingut oder die Gemeinsamkeit der Güter. Weg mit dem Privateigentum des Bodens! Niemandem gehört die Erde! Wir fordern die gemeinsame Nutznießung der Bodenerzeugnisse; die Frucht gehört allen!" Der Gemeinbesitz, den Rousseau in die Anfänge der menschlichen Gesellschaft setzt und als vorbildlichen Zustand verehrt, stellt Babeuf als Ideal an das Ende der menschlichen Entwicklung. Die Revolution von 1789 drang nicht bis zu diesem Kommunismus vor. Aus der Bourgeoisie hervorgegangen, dachten die Jakobiner weniger an die Aufrichtung der sozialen als der politischen Gleichheit. Der Verfassungsentwurf von 1795 gründete die Staatsregierung geradezu auf das Übergewicht der Besitzenden und stellte das

Privateigentum als einen wichtigen Staatsgrundsatz hin, an dem nicht zu rütteln sei.

Die Reaktion gegen die Revolution nahm dem Rousseauschen Gedanken noch mehr von seiner umstürzlerischen Kraft. Man wollte nicht mehr gewaltsam, wie es die Revolution versucht hatte, den Menschen in seinen ursprünglichen Zustand zurückbringen. Man wollte aus den offenbar unvollkommenen Verhältnissen heraus durch geeignete Erziehung und durch technische Verbesserung der Gesellschaft zu einem künftigen Glückszustand gelangen. An die Stelle der Revolution trat die Evolution, die langsame, planmäßige Entwicklung. „Das goldene Zeitalter des Menschengeschlechts," sagt Saint-Simon, der Prophet des neuen Glaubens, „liegt nicht hinter uns; es ist vor uns, in der Vervollkommnung der menschlichen Ordnung."

Saint-Simon spricht es zuerst klar aus, daß dem Proletarier nicht so viel an der politischen Gleichheit gelegen sei wie an der sozialen. Er zuerst erkennt den Wert der „Industriellen", des industriellen Proletariats, die Wichtigkeit der wirtschaftlichen Fragen. Die Vervollkommnung der Gesellschaft ahnt Saint-Simon daher in der Erschaffung einer neuen sozialen Welt, in der Befreiung des Arbeiters von den auferlegten Arbeitsbedingungen, die ihn zeitweilig zum Sklaven des Besitzenden machen; in einer gleichmäßigen, gerechten Verteilung der Berufe nach den Fähigkeiten der Persönlichkeiten; alle Arbeit muß ihr Ziel haben in dem Nutzen der Gesellschaft, der Allgemeinheit, damit allen Menschen Gerechtigkeit und Glück gebracht werden könne.

Gegen die mangelhafte Organisation und die Verschwendung der Kräfte wandte sich auch ein anderer Kritiker der gesellschaftlichen Ordnung: Fourier. Die Organisation der Zukunft dachte er sich als eine Art kollektiven Zustand, wenn er auch den Ausdruck selbst nicht gebrauchte. Und von seinen Schülern wurde eine Produzenten- und Konsumentengenossenschaft gegründet, deren Statuten Lohnminima, abgestufte Tarifsätze, Arbeitsvermittlung, Anteil jedes Genossenschafters an dem Verdienst der Gesellschaft, gemeinsame Haftung für die Ausgaben gewährleisteten.

Das 19. Jahrhundert war der Entwicklung der wirtschaftlichen Theorien außerordentlich günstig. Der maschinelle Betrieb der Industrien hatte ungeheure Umwälzungen hervorgerufen, die Arbeitslosigkeit nahm infolge der technischen Fortschritte und der Verdrängung des Handbetriebs zu, die Preissteigerungen für Lebensmittel und Miete,

selbst von der offiziellen Statistik anerkannt, drückten das Proletariat. Das kommunistische Manifest, das Marx und Engels im Jahre 1847 aufgestellt hatten, blieb allerdings vorläufig und besonders in Frankreich fast ohne Widerhall.

Die Erhebung von 1848 hatte im Gegensatz zu der großen Revolution nicht nur einen politischen, sondern nebenbei einen sozialen Charakter. Besonders das Recht auf Arbeit, die Verpflichtung des Staats, allen Bürgern Arbeit zu verschaffen, war unter ihr zur allgemeinen Überzeugung geworden. Aber da die Masse weder einflußreiche Führer, noch Organisation, noch ein Programm besaß, war an eine Änderung der wirtschaftlichen Ordnung zugunsten der Arbeiterklasse nicht zu denken.

In der Entwicklungsgeschichte der sozialen Theorien vor der dritten Republik ist ein anderer Denker nicht zu vergessen, der alle Überbleibsel religiöser und mystischer Vorstellungen seiner Vorgänger über Bord warf: Proudhon. Er sah das moderne soziale Problem in nacktester Wirklichkeit. Dem künftigen Proletariat weist er den Weg, der nach ihm von der Politik wegführt. Ja, in seinem letzten Buche „Die politischen Fähigkeiten der Arbeiterklassen" zeigt er sich geradezu als Prophet des Klassenkampfes. Zwei Klassen unterscheidet er darin, die nur durch das lose Band des Gesetzbuches miteinander verbunden seien: die bürgerliche und die Arbeiterklasse. Die Arbeiter scheinen ihm infolge des Arbeitsverhältnisses in ihrer Unabhängigkeit beeinträchtigt und Bürger zweiter Klasse geworden zu sein. Proudhon hat das Klassenbewußtsein gestärkt. Seine Idee des Zukunftsstaates, den er sich von dem Grundsatz des freiwilligen, aber organisierten Austausches von Leistung und Gegenleistung unter Ausschaltung des Kapitals und möglichster Einschränkung staatlicher Eingriffe beherrscht denkt, ist nur für die Syndikalisten unter den Sozialisten von größerer Bedeutung geworden.

Das Kaiserreich hat, da es seinen Ursprung einer Volksabstimmung verdankte, immer versucht, die breiten Massen zufriedenzustellen. Napoleon sorgte für reichliche Arbeitsgelegenheit durch öffentliche Bauten, Vermehrung der Eisenbahnen usw. Er begünstigte auch zunächst die Arbeiterbewegung. So konnten sich die Arbeitervereine in aller Ruhe in Frankreich ausbreiten. Marx' Gedanke der internationalen Arbeitervereinigung führte 1864 zur Geburt der Internationale. Die Franzosen standen damals noch stark unter dem Einfluß Proudhons: sie wollten den Arbeiter selbständig machen, das

Genossenschaftssystem mit Stellen- und Kreditvermittlung ins Leben rufen, während von den Deutschen und Engländern der Kollektivismus angenommen war. Auf allen internationalen Kongressen trat dieser Gegensatz zutage. Und so hätte der französische Teil der Internationale verkümmern müssen, wenn er nicht durch Aufnahme kollektivistischer Gedanken neues Leben bekommen hätte. Allmählich verdrängte die marxistische Forderung auf Kollektivierung von Grund und Boden und der industriellen Anlagen den Genossenschaftsgedanken.

Das Kaiserreich sah erst gegen Ende seines Bestehens die Gefahr ein, die ihm aus der Internationalität der Arbeiterbewegung erwuchs. Sie versuchte durch Verurteilung einiger Führer die Bewegung zu unterdrücken, als es schon zu spät war.

Der Deutsch-Französische Krieg unterbrach das Leben der Internationale viel wirksamer. Alle revolutionären Kräfte und Feinde der bestehenden sozialen Ordnung retteten sich später in der Kommune. Die Kommune hatte zuerst keine unmittelbaren Beziehungen zum Sozialismus. Der Geist von 1789, die Jakobinertradition wühlte die Massen auf, unterstützt von dem Nationalismus, der den Waffenstillstand der Versailler Regierung als Vaterlandsverrat brandmarkte und an den Deutschen für die Invasion Rache nehmen wollte. Erst nach und nach drangen internationale und kommunistische Gedanken ein; besonders der föderalistische Plan der freien Kommune verbunden mit gemeinschaftlichem Eigentum innerhalb der Gemeinde, also Kommunalsozialismus. Aber wir haben an einer anderen Stelle gesehen, wie unklar und uneinig dieser Sozialismus war. Nur in seinen geschichtlichen Folgen ist die Kommune für den Sozialismus von Bedeutung geworden; sie hat Hoffnungen im Proletariat und bei ihrem Zusammenbruch einen Haß gegen das herrschende Bürgertum zurückgelassen, der später dem Sozialismus Anhänger zuführte.

Mit der Kommune waren die zielbewußten Wortführer der Auflehnung umgekommen, waren verbannt oder eingekerkert. Nach dem Gesetz vom 4. März 1872 der konservativen Nationalversammlung zog die Teilnahme an der Internationale Geldstrafe, Gefängnis, Verlust der bürgerlichen Rechte und Polizeiaufsicht nach sich. In den großen Prozessen des Jahres 1873 fanden zahlreiche Verhaftungen und Verurteilungen statt. Die Propaganda für die Internationale mußte infolgedessen heimlich geschehen und konnte auch deshalb nicht wirksam durchgeführt werden, weil die revolutionären Persönlichkeiten, die den Kampf gegen die herrschende Gesellschaft aufnehmen

und die Massen aus der Gleichgültigkeit herausreißen sollten, wenn sie noch in Freiheit waren, in der Fremde lebten. Der Sammelpunkt der französischen Internationale war in dieser Zeit in der Schweiz, wo die Sektion „Fédération jurassienne" sehr rührig war. Hier machten sich unter dem Einfluß von Bakunin, der die vollständige Vernichtung des politischen Staates predigte, starke anarchistische Strömungen geltend, denen die Franzosen unterlagen. Die Erinnerung an die Pariser Kommune war noch zu stark in ihnen; sie träumten immer noch von dem Bündnis der freien Kommunen Frankreichs ohne Zentralgewalt. Die Gegensätze zwischen dem revolutionären Anarchismus französischer Richtung und dem rein materialistischen und wirtschaftlichen System von Karl Marx wurden auf dem Kongreß zu Haag 1872 ausgetragen, der aber keine Entscheidung, nur eine dauernde Spaltung brachte. Der französische Sozialismus konnte keinen Anschluß an die Internationale finden. Er war noch zu sehr in einem durch die eigene Rasse bedingten Gedankengang befangen, und es fehlte ihm vor allem die Grundlage einer nationalen Organisation, auf der sie die internationale erbauen konnten.

Diese nationale Grundlage mußte erst geschaffen werden. Sie wurde von den nationalen Arbeiterverbänden, den Gewerkschaften, aufgebaut, die in Frankreich eine eigentümliche, vom Volkscharakter bedingte Entwicklung genommen haben. Wie die Internationale, so sahen sich auch die Gewerkvereine zunächst durch den Belagerungszustand beengt, der seit dem Deutsch-Französischen Krieg aus Angst vor der Kommune bis zum Jahre 1876 aufrechterhalten wurde. Die Neuordnung begann allmählich und schüchtern. Was diese Gewerkvereine verlangten, war durchaus nichts Revolutionäres: Fachunterricht, Ausbildung des Genossenschafts- und Kreditwesens nach dem Vorschlag Proudhons. In der Begrenzung auf wirtschaftliche und genossenschaftliche Fragen liegt etwas für Frankreich Charakteristisches, das trotz aller Beeinflussungen von außen immer wieder zur Geltung kommt und für die Geschichte des Sozialismus in Frankreich von großer Bedeutung wurde.

Der erste französische Arbeiterkongreß im Jahre 1876 steht zwar in einem gewissen ursächlichen Zusammenhang mit dem Gothaer Parteitag (Mai 1875), auf dem sich die deutsche Sozialdemokratie unter der Fahne des Marxismus organisierte; aber seine Verhandlungen nahmen eine ganz andere Richtung. Sie befaßten sich mit der Frauenarbeit, den gewerblichen Schiedsgerichten und besonders

dem Genossenschaftswesen, in dem man ein Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse sah. Die Erörterungen blieben aufs Praktische beschränkt, alles rein Theoretische und Politische wurde absichtlich beiseite gelassen. Wenn man ein Verlangen nach einer Arbeitervertretung im Parlament trug, so geschah das nicht in der Absicht, die politische Macht auf diese Weise im Staat zu erobern, sondern lediglich, um die Beschwerden der Arbeiter vorzubringen und ihre Interessen zu verteidigen.

Diese maßvolle Beschränkung auf die Standesbedürfnisse mißfiel den Revolutionären, die nach der Erdrosselung der Kommune in der Verbannung in London lebten. Sie ließen ein Manifest los, in dem der leidenschaftliche Haß gegen die Bourgeoisie und der unerschütterliche Glaube an die Revolution hervortritt. Auch die Bakunisten und Anarchisten der Fédération jurassienne warfen den Gewerklern „blindes Herumtappen" und Furcht vor der Macht der Reaktion und dem Schicksal der Kommune vor.

Die folgenden Jahre schienen dem revolutionären Proletariat recht zu geben. Die „Verbürgerlichung" und „Verbrüderung mit dem Kapital" schienen die Entwicklung der Gewerkvereine zu hemmen. Denn da die Gewerkvereine keine Trennungslinie zwischen sich und den übrigen Staatsbürgern zogen und friedlich mit der Bourgeoisie unterhandeln wollten, wurden sie auch in alle politischen Konflikte mithineingezogen. In der Zeit der Wahlkämpfe und der letzten Anstrengungen des konservativen Ministeriums Broglie stand die Gewerkschaftsbewegung nach dem verheißungsvollen Anfang vollkommen still. Dieses Verharren war um so gefährlicher, als gerade jetzt, im Jahre 1877, die Propaganda der sozialistischen Theorien von neuem begann und mit Energie betrieben wurde. Jules Guesde, der sich jüngst vom Bakunismus zum Kollektivismus bekehrt hatte, gründete die Zeitschrift „Égalité", die von der ersten Nummer an sich zum Marxistischen Kollektivismus bekannte. Und der nächste sozialistische Kongreß in Lyon im Februar 1878 gab den Auftakt für die folgende Entwicklung der Gewerkvereine: Positivisten, Kollektivisten und gemäßigte Sozialisten stritten um Prinzipien, bedrohten die Lebens- und Aktionsfähigkeit der Vereine, ohne vorläufig diese durch eine neue, für das Proletariat bedeutsame Organisation zu ersetzen. Zwar wurde der kollektivistische Angriff, der die Inbesitznahme der Produktionsmittel durch die Arbeiter forderte, noch mit großer Mehrheit abgeschlagen. Und der nächste Kongreß zu Lyon,

1879, hatte dasselbe Ergebnis, wenn auch hier schon der Gegensatz zur Bourgeoisie sich schärfer zuspitzt. Aber die Zersplitterung, die für die französische Parteientwicklung überhaupt bezeichnend ist, übertrug sich unter dem Einfluß der kollektivistischen Agitation auch auf die Gewerkler. Jules Guesde benutzte gelegentlich der Pariser Weltausstellung 1878 einen verunglückten internationalen Arbeiterkongreß, um mit den ausländischen Organisationen in Verbindung zu treten. Er wurde verhaftet und hatte nun vor Gericht Gelegenheit, seine Theorien, die er bisher einem kleinen Kreis Getreuer gelehrt hatte, in aller Öffentlichkeit, unterstützt von der Berichterstattung der gesamten Presse, vorzutragen. Die Rede wurde dann in Tausenden von Exemplaren als Flugschrift verbreitet. Gleichzeitig verfaßte er mit einigen anderen Verurteilten im Gefängnis einen kollektivistischen Aufruf ab, der sich nicht allein an das Proletariat der Fabriken, auch an Landarbeiter, Handwerker, Gewerbetreibende und Angestellte wandte, um allen diesen Berufen die marxistischen Gedankengänge näherzubringen. Infolge dieser Propaganda fing der Glaube an die Wirksamkeit des gewerkschaftlichen Systems an zu wanken; und Guesde gewann eine Anzahl Mitarbeiter, welche die Genossen in den Betrieben und Gewerkschaften weiter bearbeiteten und die Andersdenkenden hinausdrängelten. Nach diesen Vorbereitungen ging der Marxismus, jetzt weit besser ausgerüstet, auf dem Kongreß zu Marseille 1879, zum erstenmal „sozialistischer Arbeiterkongreß" genannt, zum umfassenden Angriff gegen den Proudhonismus vor. Die Stimmung der Mehrzahl war von Anfang an gegen die Gewerkschaften und Genossenschaften. Sie hätten, behauptete man, die Hoffnung, durch lange angehäufte Ersparnisse das Kapital zu unterwerfen, enttäuscht. Denn die Genossenschaften würden durch Anhäufung von Kapital selbst Bourgeois und Kapitalisten und dadurch von reinen Arbeiterfragen, wie Verminderung der Arbeitszeit usw., abgelenkt. Den Höhepunkt der Verhandlungen bildete die Diskussion über das Eigentum. Die Ansicht der Proudhonisten, daß man die soziale Frage durch Aufklärung, Unterricht und eine wissenschaftliche Vorbereitung des Proletariats, also durch Angleichung an das bürgerliche Ideal lösen könne, wurde von der Mehrheit nicht geteilt. Dagegen ging folgende Resolution durch: „Die Arbeiter können durch keine Ersparnisse in die Lage kommen, die Produktionsmittel durch Ankauf in ihre Hand zu bekommen. Die Genossenschaften können nur das Los einer kleinen Anzahl Arbeiter bessern und das

Proletariat nicht befreien; sie sind allerdings wertvoll als Propagandamittel zur Verbreitung revolutionärer Ideen. In der Erwägung, daß das individuelle System den Gleichheitsrechten und damit der zukünftigen Gesellschaft nicht entspricht und von der bevorrechteten Klasse nicht geändert werden wird, sieht der Kongreß das Ziel in dem gemeinsamen Besitz des Bodens, der Bergwerke, der Produktionsmittel, der Rohstoffe, die an die Gesellschaft unveräußerlich zurückzugeben sind."

Der Kongreß von Marseille hatte für den französischen Sozialismus dieselbe Bedeutung wie der Gothaer Parteitag für die deutsche Sozialdemokratie. Der Marxismus hatte gesiegt und war zum Glaubenssatz des Proletariats geworden; eine besondere Arbeiterpartei war entstanden, entschlossen, in die politischen Wahlen einzugreifen und eigene, unmittelbare Vertreter der Arbeiterschaft ins Parlament zu senden. Die Genossenschaften waren als bloßes Anhängsel des Sozialismus von der organisierten politischen Partei abgestoßen. Wir werden auf sie zurückkommen, wenn sie durch ihre Taktik wieder in das sozialistische Leben tätig eingreifen.

Nachdem man sich dann noch auf dem Kongreß zu Havre (1880) von denen getrennt hatte, die Gegner der parlamentarischen Aktion und der Wahlbeteiligung waren, folgte eine Reihe weiterer Spaltungen. Zuerst lösten sich diejenigen los, die im Parlament auch mit den Bürgerlichen unter Milderung einiger sozialistischer Grundsätze zusammengehen wollten; Clémenceau und Pelletan bildeten mit ihnen die radikal-sozialistische Partei. Dann spalteten sich die Marxisten wieder in zwei Gruppen (seit 1881); die einen, die Unentwegten, die sich nach ihrem Führer Guesdisten nannten, waren für eine straffe Zentralisation, für ein einheitliches, streng marxistisches Programm; die anderen, die Broussisten, von ihren Gegnern spottweise Kompromißler (Possibilisten) genannt, wollten vom starren Dogmatismus nicht viel wissen (wir könnten sie nach einer ähnlichen Erscheinung in der deutschen Sozialdemokratie Reformisten nennen); sie erhofften von der Biegsamkeit der sozialistischen Parteiorganisation die besten Wahlerfolge. Zu diesem Zweck sollten die einzelnen Ortsgruppen eine weitgehende Selbständigkeit erhalten, um unter Vernachlässigung aller nicht unmittelbar zu erreichenden Reformen, sich dem praktischen Bedürfnissen des politischen Kampfes anpassen zu können. Beide Gruppen bekämpften sich bald aufs äußerste. Die Broussisten behaupteten, Guesde gebärde sich wie ein unfehlbarer Papst, die

Guesdisten fürchteten von dem Verhalten der Possibilisten die Abbröckelung des marxistischen Programms, die Verbürgerlichung des Sozialismus und Verwässerung des Klassenkampfs, den sie so scharf wie möglich durchführen wollten.

Jede von beiden Gruppen hatte nun ihre eigene Entwicklung. Die Possibilisten warfen zunächst das Beiwort „revolutionär", das ihnen noch von der Zeit der Internationale her anhaftete, hinaus und nannten sich „Verband sozialistischer Arbeiter Frankreichs" (Fédération des travailleurs socialistes de France). Ihre Abneigung gegen revolutionäre Neigungen bekundeten sie auch durch ihre Auffassung vom Kollektivismus. Sie wollten seine Herrschaft nicht gewaltsam durch eine Revolution herbeiführen, sondern durch allmähliche Übergänge unter Benutzung bereits vorhandener Ansätze. Es ist die Lehre von der Staatsintervention, die Brousse seinem Programm zugrunde legte. Ausgehend von den Erzeugersyndikaten, in dem verschiedene gleich starke Konkurrenten, statt sich zu bekämpfen, sich zusammentun und so mächtig werden, daß schließlich der Staat dazwischentritt, um sie aufzusaugen und zum Nutzen der Allgemeinheit zu verwalten, versuchten sie nachzuweisen, daß die Entwicklung zum Staatsmonopol in vielen Wirtschaftszweigen bereits vollzogen ist und zur Verbilligung geführt hat. Schulen, Straßen, Beleuchtung, Eisenbahnen (Deutschland), Gruben (Preußen), Post usw. sind bereits verstaatlicht. Die staatliche Aufsicht und Haftung soll weiter ausgedehnt, der Zwischenhandel muß beseitigt werden, um bessere Arbeitsbedingungen und billigere Erzeugnisse zu schaffen.

Besonderen Wert legten daher die Broussisten auf den Besitz der staatlichen Macht, d. h. auf Erlangung möglichst vieler Mandate. Sie strichen den Artikel in ihren Statuten, der den Abgeordneten und Stadtverordneten den Vorsitz in der Partei nahm; sie befaßten sich mehr mit Aufstellung von Wahlprogrammen als mit Verbesserung der Propaganda. In die parlamentarischen Kämpfe, wie Ordensgesetze, Dreyfusprozeß, ließen sie sich verwickeln, während die Guesdisten darin nur Streitereien zwischen bürgerlichen Parteien sahen, die sie nichts angehen.

Die Guesdisten, die den amtlichen Titel „Französische Arbeiterpartei" (Parti ouvrier français) angenommen hatten, erklärten, der Besitz der staatlichen Macht könne nicht das Ziel des klassenbewußten Proletariats sein. Selbst wenn der Sozialismus im Parlament und in den Stadtverwaltungen gut vertreten wäre, so könnte er niemals

seine Forderungen verwirklichen, solange er den Gesetzen des Kapitalismus untergeordnet sei. Der Staat soll nicht erobert werden des Staates wegen, um diesen mit Sozialisten zu besetzen, sondern um eine sozialistische Zentralgewalt zu schaffen, die den Kapitalismus enteignen und die bürgerliche Staatsform zerstören könnte. Nur die Besitzergreifung der Produktionsmittel durch das Proletariat, die Enteignung der Enteigner könne helfen, der die politische Enteignung vorangehen muß und die nur durch rücksichtslosen Klassenkampf, nicht durch Reformen erreicht werden kann. Damit die Masse des Proletariats die notwendigen Umwandlungen kennenlernen kann, ist ein einheitliches, möglichst dauerndes Programm und eine einheitliche, feste Leitung nötig.

Der Unterschied der beiden Gruppen bestand also hauptsächlich in der Taktik: bei den Guesdisten überwog der Gedanke an die Katastrophe, an den großen „Kladderadatsch", hervorgerufen durch die Gewalt des arbeitenden Volkes; bei den Broussisten die Idee der allmählichen Umwälzung. Das Ziel: die Herbeiführung der sozialistischen Gesellschaft, in der ein jeder nach seiner Kraft gibt und nach seinen Bedürfnissen empfängt, behielten beide Gruppen bei.

Die Stellung der Broussisten wurde bald durch eine neue Spaltung geschwächt. Die Parteileitung hatte die Abhaltung von Landestagungen von Jahr zu Jahr hinausgeschoben und sich so der Kritik seiner Amtsführung entzogen. So war ein Teil der Partei argwöhnisch geworden, da er mit Recht vermuten mußte, es komme den Führern nur darauf an, Sitze im Parlament oder in einer Stadtverwaltung zu ergattern. Der Mißmut wurde schließlich so groß, daß die Mehrheit eines Pariser Parteitages den Gewählten das fernere Verbleiben in der Parteileitung untersagte, die von nun an in die Hände eines allgemeinen Parteiausschusses übergehen sollte. Die Getroffenen wollten sich dieser „Tyrannei" nicht unterwerfen und schlossen sich zu einer neuen Partei zusammen. So finden wir im Frühjahr 1891 drei sozialistische Parteien vor: Guesdisten, Broussisten und Allemanisten.

Dagegen hob sich das Ansehen der Guesdisten unter den Arbeitern. Sie wurden von den deutschen Sozialdemokraten bevorzugt, die strenge Marxisten waren. Auf sie fiel auch der Ruhm, die Maifeier in Frankreich eingeführt zu haben, wo sie in Anlehnung an die amerikanischen Maidemonstrationen die Massen für den Achtstundentag in Bewegung setzten. Die Regierung ließ zwar überall Militär

aufbieten, und es gelang den Demonstranten nicht, bis zu den Behörden vorzudringen. Aber die Kundgebung wirkte doch als eine mächtige Propaganda für den Guesdismus. Sie gaben sich außerdem auf dem Kongreß zu Lille (1890) eine straffe allgemeine Parteiverfassung. „Jeder Genosse, der sich den Beschlüssen des Parteitags nicht fügt," heißt es darin, „tritt damit aus der Partei aus." Schließlich begannen sie in Erwartung der Kammerwahlen mit der Werbearbeit auf dem Lande, wo der Sozialismus genau wie in Deutschland noch keine nennenswerten Erfolge erzielt hatte. In den Augen der Bauern, die sich schwer an etwas Neues gewöhnen und im Denken überall konservativ sind, war der Sozialismus ein fremdes Schreckgespenst, das sie nicht begriffen. Die Guesdisten versuchten zuerst, in die Lebensverhältnisse des flachen Landes einzudringen und legten den landwirtschaftlichen Arbeitergruppen einen Fragebogen mit 26 Fragen vor über: Löhne, Länge des Arbeitstages, Heimarbeit, Zahl und Art der ländlichen Fabriken, Landflucht, Prozentsatz der ausländischen Arbeiter, Preise der Lebensmittel usw. Auf Grund der Auskünfte wurde 1892 ein Agrarprogramm ausgearbeitet. Das Interessante daran ist die notwendige Umgehung einer allgemeinen sozialistischen Forderung. Der Marxismus war auf das städtische Proletariat zugeschnitten. Den Guesdisten lag aber daran, nicht nur die ländlichen Lohnarbeiter, die Tagelöhner, für sich zu gewinnen; sie wollten auch die Kleinbauern, die eigenen Grund und Boden haben, also Eigentümer und Produzenten sind, zu sich herüberziehen. Da aber diese die Vergesellschaftung des Eigentums abgestoßen hätte, sah man sich angesichts der besonderen ländlichen Verhältnisse zu einer praktischen Einschränkung der sozialistischen Lehre genötigt. Dieselbe Rücksichtnahme können wir bei der Stellungnahme der Guesdisten zur Fischereifrage beobachten; sie forderten Verstaatlichung des Fischfangs, machen aber bei den Eigentümern Halt, die ihr eigenes Schiff besteigen.

Verschiedene Anläufe waren inzwischen gemacht worden, um die beiden sozialistischen Hauptgruppen zu einigen. Der Einigung stand aber ein schweres Hindernis im Wege: der Fall Millerand, der von neuem den Zwiespalt aufbrechen ließ. In das 1899 gebildete Kabinett Waldeck-Rousseau war der sozialistische Abgeordnete Millerand als Handelsminister eingetreten. Die Frage, ob ein Sozialist ein Regierungsamt übernehmen und Mitglied einer kapitalistischen Verwaltung sein könnte, ohne von seiner Partei unmittelbar einen Auftrag erhalten

zu haben, erregte einen lebhaften Streit. Aus den Millerandanhängern bildete sich wieder eine neue Partei. Aber auch in dieser wuchs der Widerstand gegen Millerand und führte schließlich zum Ausschluß des Genossen aus der Partei (1904). Damit war nun endlich die Möglichkeit gegeben, daß sich die einzelnen sozialistischen Organisationen, die im Wahlkampf unter der Spaltung sehr gelitten hatten, miteinander verständigten. Von dem internationalen Sozialistentag zu Amsterdam zur Einigung ermahnt, überwanden die französischen Genossen endlich ihre Gegensätze und schlossen sich auf dem Pariser Parteitag 1905 zur Vereinigten Sozialistischen Partei zusammen (Parti socialiste unifié). Nur einige „unabhängige Sozialisten", zu denen die Parlamentarier und ständigen „ministrables" Millerand, Briand und Viviani gehören, blieben außerhalb der geeinigten Partei. Die Possibilisten bildeten von nun an den rechten Flügel der Partei; ihr Wortführer war Jean Jaurès, eine der sympathischsten und redebegabtesten Persönlichkeiten des französischen Sozialismus. Die Mitte wurde von den Guesdisten eingenommen. Der linke Flügel stand unter dem Einfluß des Antimilitaristen Gustave Hervé.

Von dem Augenblick ihrer ersten Beteiligung an den Kammerwahlen bis zum Ausbruch des Weltkrieges hat der französische Sozialismus ähnlich der deutschen Sozialdemokratie und entsprechend der Industrialisierung Europas einen ungeheuren Aufschwung genommen. Im Jahre 1881 wurden 60 000 sozialistische Stimmen abgegeben, und 4 Abgeordnete bekannten sich zum Sozialismus. 1906 (kurz nach der Einigung) waren es: 888 000 Stimmen und 54 Abgeordnete, 1901 1 106 000 Stimmen mit 76 Sitzen. Die Zahl der organisierten Sozialisten betrug 1905 35 000, im Mai 1914 77 000. Man muß dabei berücksichtigen, daß der Franzose sich äußerst schwer in eine feste Organisation, noch dazu mit laufenden Beitragskosten, einreihen läßt.

Trotz dieses gewaltigen Wachstums ist die politische Macht des französischen Sozialismus natürlich nur eine beschränkte. Denn seine Stimmenzahl bildet nur einen Bruchteil aller französischen Wähler. Die Gewalt dieser Tatsache hat die Mehrheit der Partei (von den Syndikalisten wird gleich die Rede sein) praktisch zur Politik der Possibilisten geführt, deren geschicktester Vertreter Jaurès war. Hätte die Partei jede politische Frage im Parlament vom Standpunkt des reinen Kollektivismus behandelt, wären sie als Außenseiter

ohne Einfluß auf die Gesetzgebung geblieben. An die Stelle des Kollektivismus ist praktisch der Etatismus getreten, die Forderung auf Verstaatlichung und Verstadtlichung von Industrien und gemeinnützigen Betrieben. Daß der Etatismus unbedingt zum Kollektivismus führt, ist eine unbewiesene Behauptung; denn wenn der Staat oder die Gemeinde Kapitalist wird, unterwirft sie sich nur den geltenden wirtschaftlichen Gesetzen; vor allem behalten sie immer noch zwei Hauptmerkmale des kapitalistischen Systems bei: das Eigentum und die Lohnarbeit. Der Kollektivismus blieb gleichsam in Reserve, um den Gläubigen nur von Zeit zu Zeit als Ideal vorgehalten zu werden. Daneben setzten sich die Sozialisten für zwei durchaus bürgerliche Ideale ein: Demokratie und Völkerfrieden. Das erste Ziel hatten sie mit den Radikalen gemeinsam, mit denen sie im Parlament fast immer zusammengingen. Das zweite, das einen Teil der Partei bis in den Antimilitarismus hineinführte, ist ebenfalls bürgerlicher Herkunft und stand besonders in den Jahren vor Ausbruch des Krieges im Kampfe gegen den immer stärker werdenden nationalistischen Geist.

Die revolutionäre Gesinnung des französischen Marxismus war immer platonischer geworden, je mehr sich die Sozialisten in den politischen Parteikampf einließen und sich am parlamentarischen Leben beteiligten. Nun ist aber der Revolutionismus, wie Sombart den Glauben an die Revolution genannt hat, ein charakteristischer Zug der Franzosen. Er hat nach der Parlamentarisierung des Marxismus sich in eine andere Bewegung geflüchtet, die stärker die Eigenheiten des französischen Volkscharakters zum Ausdruck bringt als die politische sozialistische Partei: das ist der Syndikalismus, der Geist der französischen Gewerkschaftsbewegung.

Nach dem Siege der Marxisten über den Genossenschaftsgedanken machte der politische Sozialismus in den Gewerkschaften zunächst immer größere Fortschritte. Diese waren schließlich nur noch Filialen des Marxismus, erwarteten von der Ausbreitung ihrer Lehre, von der wissenschaftlichen Diskussion und der Eroberung der staatlichen Macht die Besiegung des Bürgertums und den Aufstieg des Proletariats. Damit drohte die gewerkschaftliche Bewegung vom Sozialismus aufgesogen und das Schwergewicht der proletarischen Selbstbefreiung nach der politischen Seite verschoben zu werden. Aber die alte syndikalistische Idee, die zur Gründung von Gewerkschaften nach englischem Muster zum Schutz rein wirtschaftlicher Interessen geführt

hatte, empfing neues Leben von einer verwandten Bewegung, die das Proletariat wieder zur politisch neutralen Betätigung herüberzuziehen suchte: den Arbeitsbörsen. Die Arbeitsbörsen waren mit städtischer oder staatlicher Geldunterstützung vom Proletariat Ende der achtziger Jahre gegründet worden (1887 die erste). Sie waren ursprünglich als Arbeitsnachweise gedacht. Allmählich wurden Kassen zur Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, Invalidität und Ausständen, Fachbibliotheken, Archive für wirtschaftliche Statistik, Kurse für Fachunterricht usw. angegliedert. Sie wurden in ihrer organisatorischen und erzieherischen Aufgabe eine eigentümliche französische Einrichtung. Der Vorstand erweiterte sich durch Hinzutritt von Delegierten einzelner Gewerkschaften. Je mehr der alte Gewerkschaftsbund (Fédération des syndicats) von den sozialistischen Parteien in Anspruch genommen wurde, desto kräftiger strebten die Börsen über ihre ursprüngliche Bestimmung, die Arbeitsvermittlung, hinaus.

Arbeitsbörsen und sozialistische Partei mußten im Laufe ihrer Entwicklung unweigerlich einmal zusammenstoßen. Beider Ziel war die Befreiung des Proletariats. Aber der französische Sozialismus neigte immer mehr dazu, es durch Eroberung der staatlichen und städtischen Behörden, d. h. auf politischem Wege zu erreichen, während die Börsen durch Organisation der Lohnarbeiter dem Proletariat zur Selbsthilfe verhelfen und es als gleichwertige Macht den anderen wirtschaftlichen Interesseneinheiten gegenüberstellen wollten.

Schon mehrfach waren die Parteigänger der Arbeitsbörsen dem triumphierenden Kollektivismus hindernd in den Weg getreten, bis sich beide Teile auf dem Gewerkschaftskongreß zu Nantes 1894 die Schlacht lieferten. Die von den Börsen geforderte Anerkennung des Generalstreiks als Mittel zur Befreiung war bisher von den Sozialisten abgelehnt worden. Auf dieser Tagung wurde die Frage der Prüfstein. Aristide Briand, der später ein so ehrgeiziger und geschickter Regierungspolitiker wurde, sprach für den Generalstreik: „Man behauptet, er sei eine Utopie, ein Schwindel. Nein, er ist eine Fahne, die zum Siege führt" (Seilhac, II, S. 33). Die Guesdisten unter den Gewerklern blieben in der Minderheit; sie verließen den Kongreß und schlugen sich endgültig zum politischen Sozialismus. Damit war der alte Gewerkschaftsbund vollständig zertrümmert.

Die neue gewerkschaftliche Bewegung, die wir heute als Syndikalismus bezeichnen, wurde aus dem Geist der Arbeitsbörsen heraus

geboren. Gereinigt von den politischen Elementen, die mit dem Wachstum des Guesdismus sich hineingedrängt hatten, konnte sie an ihre durch Parteikämpfe unterbrochenen Bestrebungen wieder anknüpfen. Aber sie hatte den Sozialismus erlebt. Sie verzichtete darauf, nach dem Beispiel der vorsozialistischen Gewerkschaften, die Lebensbedingungen des Proletariats durch gewerbliche Hilfskassen und Genossenschaftswesen zu verbessern. Der Klassenkampfgedanke und die Besitznahme der Produktionsmittel waren Glaubensartikel der Proletarier geworden. Sie wollten nicht mehr friedlich mit dem Bürgertum verhandeln. Seine besondere Note erhielt der Syndikalismus durch seinen revolutionären Charakter und den Gegensatz, der sich im Laufe der Jahre immer klarer zu den demokratischen und politischen Tendenzen der sozialistischen Parteien herausbildete.

Der Abzug der Guesdisten hatte den Arbeitsbörsen den Weg freigemacht, die sich unter der Leitung von Pelloutier kräftig entwickeln und in immer stärkerem Maße auf die Gewerkschaften bestimmend einwirken konnten. Einige Jahre vorher waren gerade die Gewerkschaften von den hemmenden behördlichen Fesseln befreit worden. Das Gesetz Lokroy, das vom Parlament 1884 angenommen wurde, ließ den Gewerkschaften endlich eine gesetzliche Regelung zuteil werden, gab die Vereinsbildung von Berufsgenossen „zum Studium und zur Verteidigung wirtschaftlicher Interessen" unter der Bedingung frei, die Statuten und die Namen der Vereinsleiter und der Beamten bei den städtischen Behörden anzuzeigen. Dieses Gesetz war dem Wachstum der Gewerkschaften außerordentlich förderlich geworden und unterstützte auch die Tätigkeit der Arbeitsbörsen, welche die Gründung neuer Gewerkschaften mit allen Mitteln betrieben. In welchem Umfang diese im Anschluß an die Börsen gewachsen sind, geht aus einer vom Annuaire des syndicats professionnels aufgestellten Statistik hervor; danach gab es 1901 (kurz vor der Einigung) 588 000 organisierte Gewerkler, 1911 über eine Million. „Von dort (den Börsen) aus wurden sozusagen verschanzte Lager errichtet, die über ganz Frankreich verstreut sind und die Verbindung zwischen den einzelnen Landesteilen aufrecht erhalten ... Sie bieten den rudimentären Organisationen, die sich in den benachbarten Ortschaften bilden, sofort feste Stützen und zaubern den Zaghaften, die sich nur in der großen Masse sicher fühlen, das Bild einer großen und mächtigen Organisation vor" (Louis, Geschichte der Gewerkschaftsbewegung, S. 239). Um so mehr mußte sich das Selbstbewußtsein der Börsen

steigern, das sich in einem Zweifrontenkampf, gegen den bürgerlichen Staat und den parlamentarischen Sozialismus, entlud.

Von der Führung zur vollständigen Auffaugung der Gewerkschaften war nur ein Schritt. Im Jahre 1902 auf der Tagung von Montpellier verbanden sich die Börsen nach anfänglichen Bedenken und persönlichen Zänkereien zu einer festeren Organisation, zu dem noch heute bestehenden „Allgemeinen Arbeitsverband" (Confédération Générale du Travail, abgekürzt C. G. T.), der dem Lohnschutz dienen und einen unpolitischen, rein wirtschaftlichen Charakter tragen sollte. Vergebens versuchte der internationale Marxismus unter Guesdes Führung auf dem Arbeiterkongreß in London 1896 sich der „Anarchisten" zu entledigen und ihnen die Resonanz der internationalen Tagungen zu nehmen. Sie waren eine Macht geworden.

Auch im Lande selbst wurden die Gegensätze zwischen Sozialisten und Gewerklern immer schärfer. So leidenschaftlich auf den Kongressen der Sozialisten um Grundsätze gekämpft wurde, so sachlich und eingehend erörterte man auf den Gewerkschaftskongressen Berufs- und Organisationsfragen. Die Verbindung von Börsen und Syndikaten, auf der die Macht der Bewegung beruhte, stärkte den Ausdehnungsdrang. Ähnlich dem Sozialismus versuchte man das flache Land zu bearbeiten. Für die Matrosen der Handelsmarine sollten Hotels gebaut werden, in denen sie mit syndikalistischen Ideen bekannt würden. Bis hinein in die Kasernen wurde die syndikalistische Propaganda getragen. Schließlich meldeten sich auch die Beamten und erstrebten den Anschluß an die Gewerkschaften. Der französische Staat hat sehr lange gezögert, ehe er seinen Beamten und Angestellten das Koalitionsrecht gewährte. Um jede einzelne Berufsorganisation wurde heftig und lange gekämpft. Der Widerstand des Staates gegen die gewerkschaftlichen Versuche seiner Besoldeten füllt einen großen Teil der Geschichte der Syndikate aus. Da die Regierung die Bildung von Genossenschaften aus ihrer Mitte nicht verhindern konnte, versuchte sie wenigstens, ihnen das Recht zu nehmen, sich mit den Gewerkschaften im Zentralverband zu vereinigen; oder sie versagte für gewisse vom Staat erhaltene Betriebe das Streikrecht, wie es Clémenceau als Minister 1907 tat. Die Lehrer und Postbeamten haben sich schließlich im Jahre 1909 zu einem Landesverband der Staatsbeamten (Fédération nationale des fonctionnaires) zusammengetan. Eine Minderheit drängt noch immer zum Anschluß

an die Gewerkschaften, so daß die weitere Entwicklung dieses Teils der gewerkschaftlichen Bewegung noch nicht abzusehen ist.

Eine wichtige Entscheidung in dem Verhältnis zwischen Staat und Gewerkschaft brachte das Jahr 1910. Damals waren die gewerkschaftlich organisierten Eisenbahner der Nordbahn in den Ausstand getreten, der den Erfolg hatte, daß die Regierung zwischen den Streikenden und der Gesellschaft vermittelte. Das war ein offenbarer Sieg der Gewerkschaften, in dem sich ihre Machtstellung innerhalb der Wirtschaftsordnung ausprägte. Aber eine weitere Folge des Streiks, insbesondere der von den Ausständigen verübten Gewalttaten war die Lex Briand vom Jahre 1911. Dieses Gesetz bedrohte mit Entlassung und Gefängnisstrafen die Sabotage und Arbeitsverweigerung in den Eisenbahnbetrieben; es ordnete dafür aber auch die Einführung von obligatorischen Schiedsgerichten an und erweiterte die Pensionsberechtigung der Eisenbahner.

Mit diesem Jahre trat allerdings ein gewisser Stillstand in der politischen Wirksamkeit der Gewerkschaften ein. Der Grund hierfür liegt in dem inneren Zwiespalt der Organisation. Auch in ihnen bildeten sich wie fast in allen politischen Parteien zwei Gruppen heraus, eine gemäßigte und eine radikale. Diese Spaltung nötigt uns, auf die Theorie der Gewerkschaften etwas einzugehen.

Die beiden leitenden Gedanken des Syndikalismus sind der Klassenkampf und die politische Neutralität. Beide hängen logisch miteinander zusammen.

Dem Klassenkampfgedanken liegt die Überzeugung zugrunde, daß die Befreiung des Proletariats aus dem wirtschaftlichen Verhältnis nur durch das Proletariat selbst im Kampf gegen das Bürgertum geschehen kann. Um den Kampf wirksam zu gestalten, muß das Proletariat vollständig von den anderen Bevölkerungsschichten isoliert und ein Klassenbewußtsein in ihm erzeugt werden, in dem es sich selber findet, seine Fähigkeiten und seinen Wert entdeckt, um sich von jeder bürgerlichen Autorität loszureißen. Obwohl vom Marxismus entlehnt, erfährt der Grundsatz des Klassenkampfes im Syndikalismus eine reinere und folgerichtigere Entwicklung. Die Syndikalisten sind außerordentlich mißtrauisch gegen die Intellektuellen, die im politischen Sozialismus einen großen Prozentsatz der Führerschaft ausmachen. Sie haben für das demokratische Regierungssystem nichts übrig, weil es die Klassenunterschiede verwischt. Sie halten es für unmöglich, den Klassenkampf auf der Grundlage von

Wahlen und parlamentarischen Verhandlungen zu führen: denn hier werden alle Klassen ohne Rücksicht auf die Verschiedenheit der wirtschaftlichen Lage einander genähert und die Proletarier durch die gemeinsame Arbeit mit den Bürgerlichen zu Kompromissen verleitet. In einem antiparlamentarischen Flugblatt, das gelegentlich von Stadtverordnetenwahlen verbreitet wurde, wird ein Gespräch zwischen einem Syndikalisten und Jean Prolo, der Personifikation des Proletariats, erdacht. Zum Schluß wird Jean Prolo, der lange zweifelnd vor den vielversprechenden Wahlplakaten gestanden hat, ermahnt: „Also, anstatt Stadtverordnete zu wählen, die dir unausführbare Systeme versprechen, um beim zweiten Wahlgang mit den radikalen und reaktionären Bürgerlichen zu kokettieren und schließlich in den Verwaltungsräten der Gas- und Bahngesellschaften unterzukommen, greife zu dem eigentlich wirksamen Kampf, dem wirtschaftlichen ... wache streng über deine Zugehörigkeit zur großen proletarischen Familie ..., dann wirst du, vereint mit deinen Brüdern, den Erzeugern, die kapitalistischen Aussauger durch den Generalstreik enteignen: als Bauer wirst du den Grund und Boden nehmen; als Arbeiter die Maschine erobern; und künftig Herr der Produktion, kannst du das Reich der Freiheit und des Rechts errichten."

Die Besitznahme der Produktionsmittel steht also auch hier am Schluß des Kampfes. Aber das Zukunftsideal der Syndikalisten ist praktischer und mehr ausgearbeitet als das sozialistische. Die Gesellschaft ist beruflich geordnet. Alle Berufsgenossen sind zu einer Gewerkschaft vereinigt, jede Gewerkschaft wählt einen Berufsarbeitsrat (conseil professionnel du travail). Die Gewerkschaften sind national und auch international zusammengeschlossen. Alles Eigentum ist sozialisiert, der Geldverkehr ist aufgehoben. Die Waren werden nach dem Bedürfnis der Bevölkerung erzeugt und ausgetauscht. Die Gesellschaft braucht so und so viel Getreide und Kleidung, die Bauern und Schneider erhalten als Gegenwert dafür die von den anderen Arbeitern hergestellten Erzeugnisse. Die Arbeitsbörsen setzen die Menge der zu liefernden Erzeugnisse fest, benachrichtigen die Arbeiterräte jeder Gewerkschaft, welche die zu leistende Arbeit unter die Mitglieder verteilen. An der Hand ihrer Statistik können die Börsen jederzeit den Überschuß oder den Fehlbetrag der Produktion in ihrem Wirkungskreise feststellen und das Gleichgewicht für die Verteilung der Arbeit schaffen. (Vgl. Seilhac, Les congrès ouvriers, II, 69.)

In diesem Ziel des Syndikalismus sind seine Anhänger einig. Nur bei der Wahl der Mittel zerfallen sie in zwei Gruppen: Reformisten und Revolutionäre. Der Gegensatz zwischen beiden hat die Machtentwicklung des Syndikalismus sichtlich gehemmt. Die Revolutionären haben den syndikalistischen Gedankengang reiner und beharrlicher ausgebildet. Ihr Programm entspricht der Geistesrichtung, die wir im engeren Sinne als Syndikalismus bezeichnen.

Das Mittel, die kollektivistische Gesellschaft aufzurichten, ist der Generalstreik, auf den die Teilstreiks vorbereiten sollen. Auf der Tagung von Amiens 1906 wurde der Feldzugsplan entworfen. Er beginnt mit dem Generalstreik nach Berufen, vergleichbar den Regimentsmanövern; dann wird die Arbeit allgemein an festbestimmten Tagen eingestellt; das sind die großen Manöver. Ein vollständiger allgemeiner Stillstand als Drohung stellt die Kriegserklärung dar, die schließlich zum Kriegsausbruch, dem revolutionären Generalstreik, führt. Der Generalstreik muß unbedingt in die Revolution münden, weil sonst das Bürgertum, dem größere Reserven zur Verfügung stehen, den Streik besser aushielte als das Proletariat. Zur siegreichen Durchführung des Streiks ist natürlich die Mitwirkung des Bauern, der das Brot liefert, eine zwingende Notwendigkeit. Deshalb muß der Generalstreikgedanke aufs Land getragen werden.

Die Gewalttätigkeit, die in dem Streik liegt, ist der Ausfluß eines syndikalistischen Grundsatzes, der als „unmittelbare Aktion" bezeichnet wird. Sie bedeutet soviel wie Selbsthilfe des Proletariats, Verzicht auf Verhandlungen mit dem kapitalistischen Unternehmer, Durchsetzung der Forderungen ohne Vermittlung des Parlaments. Unmittelbare Aktion z. B. ist es, wenn die Arbeiter, statt die Maifeier durch Verhandlungen mit dem Unternehmertum oder auf dem parlamentarischen Wege der Gesetzgebung durchzuführen versuchen, einfach am 1. Mai zur Arbeit nicht zurückkehren und auf diese Weise den Feiertag verwirklichen. Mittel der unmittelbaren Aktion sind ferner Boykott und Sabotage, die beide aus dem Arsenal der Trade-Unions stammen. Mit dem Boykott wurden z. B. alle Parteiwirte gezwungen, ihren Bedarf an Flaschen und Gläsern einem genossenschaftlichen Hüttenwerk zu entnehmen. Die Sabotage, d. h. die absichtlich minderwertige Arbeit wurde auf dem Kongreß zu Toulouse so begründet: die Arbeit ist nach dem Ausspruch der Unternehmer wie jeder andere Gegenstand „Handelsware", der gegen Geld zu haben ist. Für geringes Geld kann man eben nur

geringwertige Ware bekommen; für schlechte Löhne schlechte Arbeit. Sobald man erst zu der Anschauung gelangt war, daß der Arbeiter ein moralisches Recht auf die Hemmung der Produktion im Kampf gegen den Kapitalismus hat, brauchte man nicht mehr lange, um bis zur gewaltsamen Zerstörung von Maschinen, Anlagen usw. zu schreiten. Der Sabotage gliederte sich später ein ähnliches Verfahren an, „la grève des bras croisés", der passive Widerstand: die Arbeiter verlangsamen ihre Tätigkeit, sie verrichten weniger Arbeit als sonst.

Die Kapitalisten haben sich in der Form des Staates zusammengeschlossen. Deshalb darf der bewußte Proletarier keine Gemeinschaft mit diesem Staat der Ausbeuter haben. Er kann den Staat nicht lieben, der Patriotismus ist nicht seine Sache. Ein Krieg führt immer nur zu seiner Unterdrückung. „In jedem europäischen Konflikt ist die Arbeiterklasse immer der Betrogene und wird zugunsten der Parasiten, der bürgerlichen Klasse, geopfert" (Vœtot auf der Tagung von Amiens, 1906). Die Feindschaft gegen den Krieg entspringt hier nicht derselben Quelle wie der bürgerliche Pazifismus und Völkerverbrüderungsgedanke; sie beruht auf rein sozialen und innerpolitischen Anschauungen. Mit dem Antipatriotismus ist der Antimilitarismus verbunden. Die Arbeiter hassen das Heer, weil es Staat und Kapital gegen die Angriffe des Proletariats schützen soll und ihnen dabei in allen Streiks als Feind gegenübertritt. Dieser Gefahr muß durch eine moralische Auflösung des Heeres entgegengewirkt werden. „Man zwingt uniformierte Arbeiter, die Bewegung der Streikenden zu durchkreuzen. Diese müssen also Propaganda machen und die von den Führern mißbrauchten Soldaten zu sich herüberziehen" (Kongreß zu Amiens, 1906). Die Gewerkschaften richteten den „Sou du soldat" ein, eine Unterstützungskasse für eingezogene Mitglieder, die dadurch mit ihrer Organisation in ständiger Fühlung blieben. Die Arbeitsbörsen in den Garnisonsstädten versuchten, aus den Organisierten Werber für den Antimilitarismus in den Kasernen zu machen. Einigen „Militants" gelang es, bis an die Soldaten heranzukommen und sie durch Vorträge zu bearbeiten. Es tauchte ein Vorschlag auf, die einrückenden Gewerkler mit Erkennungsmarken zu versehen. Ferner gab man ein „Soldatenhandbuch" heraus, das in weniger als einem Jahr in 100 000 Exemplaren verteilt wurde. Es sollte die Lehren des Syndikalismus und antimilitaristische Gedanken den jungen Soldaten

einprägen. Die antimilitaristische Propaganda hat in Frankreich oft viel Staub aufgewirbelt; Yvetot und Gustav Hervé haben sie mit einer ganzen Reihe von Gefängnisjahren bezahlen müssen.

Das Proletariat, das unablässig zu so revolutionären Mitteln entschlossen ist, muß natürlich zweckentsprechend geleitet werden. Die unmittelbare Aktion schließt die Vertretung durch parlamentarische Abgeordnete aus. Diese werden von ihren Auftraggebern unabhängig, arbeiten mit den bürgerlichen Parteien zusammen, lassen sich in Kuhhandel und Vergleiche ein; das Klassenbewußtsein geht ihnen verloren, das Kompromiß, die Geschäftspolitik verdrängt den Klassenkampf. „Wenn wir auf Eroberung der staatlichen Macht warten wollen, um die Gesellschaft umzubilden, so werden wir und unsere Kinder längst gestorben sein, es wird viele Abgeordnete gegeben haben, und die Gesellschaft wird immer dieselbe sein ... Wie unsicher auch der Ausgang des Kampfes sei, die Gewerkschaft wird bestehen bleiben, während der Abgeordnete, als Revolutionär gewählt, in vier Jahren zum vollkommenen Rückschrittler geworden ist" (Briat im Kongreß zu Paris, 1900). Das Proletariat kann deshalb nur klassenbewußte, wirkliche Proletarier als Führer brauchen. Und die Führer sind in der syndikalistischen Organisation um so notwendiger, da sie die Träger der revolutionären Gesinnung und der unmittelbaren Aktion sind. Der Kampfgeist verläuft in der Menge. Die Masse ist unwissend und träge, sie muß belehrt und geführt werden. Die revolutionäre Gruppe des Syndikalismus blickt mit Verachtung auf die demokratischen Vorurteile, sie tritt für die „bewußte Minderheit" ein. Das demokratische Recht ist der Ausdruck der unbewußten Mehrheiten, die sich vereinigen, um die bewußten Minderheiten zu unterdrücken; sie ersticken den denkenden, freien Menschen. Der freie Mensch, wenn auch ganz allein, behält gegenüber der sklavischen Masse recht. Um die Lage aller Arbeiter, auch der Nichtorganisierten, zu verbessern, geben die Gewerkschaftler ihr Geld, ihre Zeit und ihre Kraft her. Sie kämpfen gegen den Kapitalismus im Namen und im Interesse der gesamten Arbeiterklasse; es ist nur billig, daß sie mit der Verantwortlichkeit des Kampfes auch den Befehl über die Truppen bekommen. Die gewerkschaftliche Organisation schafft eine neue Aristokratie, eine Auslese von Arbeitern, die durch Lektüre, Diskussion und Kampf erzogen sind, eine Elite starker Persönlichkeiten, die würdig zum Verwalten und Leiten sind.

Die Aristokratie der tätigen und bewußten Minderheit hat es auch verstanden, in der Organisation ihre Grundsätze durchzusetzen und dem Syndikalismus einen oligarchischen Charakter zu geben. Der Zentralausschuß der Börsen (Comité fédéral) erweitert sich dadurch, daß seine Mitglieder diejenigen Militants, die sie für geeignet halten, auf eine Liste schreiben, aus der die neuhinzutretenden Börsen ihre Vertreter auszuwählen haben. In Streitigkeiten zwischen mehreren Börsen oder zwischen Börse und Gewerkschaft liegt die Entscheidung beim Zentralausschuß, der in seiner Selbstherrlichkeit sich auch über Beschlüsse der Kongresse hinwegsetzt. Auf einem Kongreß wurde der Ausspruch geprägt: auf einen Militant kommen neun Egoisten.

Es ist von den Revolutionären oft betont worden, daß der Syndikalismus im engeren Sinne ein rein französisches Gewächs ist. Tatsächlich unterscheidet er sich ja auch gerade durch den Drang zum unmittelbaren Handeln von dem Charakter der deutschen Gewerkschaftsbewegung, die mehr auf Methode und Zähigkeit eingestellt ist. Der Franzose vermag aus dem Stegreif zu schaffen und verläßt sich oft auf diese Gabe, die ihm auch im Weltkriege über die mangelhafte Bereitschaft hinweggeholfen hat. Eigentümlich französisch ist auch die Neigung zum Individualismus, zu dem der Anarchismus, aus der Zeit Bakunins und den Anfängen der Internationale hinübergerettet bis in die Gewerkschaftsbewegung, eine Parallelerscheinung ist. Wenn wir aber eine scharfe Entwicklung zur Oligarchie im revolutionären Syndikalismus beobachten, so erkennen wir, daß sie sich nicht auf Frankreich beschränkt, sondern eine internationale Tatsache ist, die vielleicht in Frankreich am auffälligsten in Erscheinung tritt, weil Frankreich ein ausgesprochen demokratisches Land sein will. „Die Demokratie," sagt Michels in seinem berühmten Buch „Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie", „ist ein Ideal, das keinen Realitätswert beanspruchen kann; nur ein ethisches Maß, mit dem der Grad der jeder Gesellschaftsordnung immanenten Oligarchie auf seine leichten Schwankungen und Nuancen hin gemessen werden kann." Der revolutionäre Syndikalismus ist auch über den notwendig oligarchischen Charakter jeder Organisation völlig im klaren.

Ein Wort über die Reformer unter den Syndikalisten, die wir von der Tätigkeit unserer Gewerkschaften her besser verstehen können. Sie wollen die politische Neutralität der Syndikate; Anarchie,

Antipatriotismus und Antimilitarismus sind nach ihrer Meinung auch Politik. Sie sind apolitisch, weil das Syndikat nichts weiter sein soll als eine Berufsvereinigung Gleichgestellter, die eine Besserstellung ihrer Mitglieder betreibt. Sie lehnen auch die Unterstützung des Staates nicht ab, im Falle sie genügende Geldmittel nicht selbst aufbringen können. Für den Streik treten sie nur ein, wenn die paritätischen Ausschüsse zu keinem Ergebnis gelangt sind und wenn die Mehrheit für ihn stimmt.

Nach den französischen Statistikern verteilen sich die Revolutionäre auf die mechanischen Berufe (Landarbeiter, Nahrungsmittel, Transportarbeiter), während solche, deren Tätigkeit auch eine geistige Anstrengung erfordert (Eisenbahner, Drucker, Mechaniker, Postbeamte) Reformer sind. Neben diesen beiden Gruppen existieren noch die „gelben Gewerkschaften" (Jaunes), die mit unseren Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen verglichen werden können. Sie bekennen sich nicht zu dem Grundsatz des Klassenkampfes und streben stets nach einer gütlichen Einigung mit den Arbeitgebern. Infolge ihrer versöhnlichen Gesinnung haben sie auf den Gang der innerpolitischen Kämpfe sehr geringen Einfluß gehabt.

Um einen Begriff von der zahlenmäßigen Bedeutung und dem Wachstum der französischen Gewerkschaften zu geben, sei erwähnt, daß die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten im Jahre 1894 400 000, 1913 über eine Million und 1919 zwei Millionen betrug. Davon sind ungefähr anderthalb Millionen dem Allgemeinen Arbeitsverband (C. G. T.) angegliedert. Den größten Prozentsatz an Organisierten finden wir bei den Grubenarbeitern, den geringsten bei den Landarbeitern. Die Gewerkschaften sind zunächst beruflich zum Fachverband und dann zum Landesverband zusammengefaßt, aus den Landesverbänden und dem Verband der Arbeitsbörsen bildet sich der Allgemeine Arbeitsverband (C. G. T.). Die Leitung der Konföderation steht den alle zwei Jahre stattfindenden Kongressen und dem Ausschuß zu. Mit dem Wachstum der Zentralisation und des Bureaukratismus geht die tatsächliche Macht immer mehr auf den Ausschuß über.

VI.

Die radikale Republik

Das Ministerium Méline, das am Ende der liberalen Republik steht, verschwand nicht klanglos in der Versenkung. Es war die Zeit des „Falls Dreyfus". Dieser Hochverratsprozeß wuchs sich zu einem politischen Ereignis großen Stils aus, spaltete das ganze, tief erregte Land in zwei feindliche Lager und gebar „zwei Frankreiche".

Der Hauptmann Dreyfus, angeklagt, für die Landesverteidigung wichtige Schriftstücke einer fremden Macht (Deutschland) ausgeliefert zu haben, war im Dezember 1894 wegen Hochverrats zur Deportation auf Lebenszeit verurteilt worden.

Vom Augenblick seiner Verurteilung an waren ihm Verteidiger entstanden, die an seine Unschuld glaubten und das Urteil als einen Justizirrtum bezeichneten. Sie erhielten eine wertvolle Verstärkung durch den Obersten im Kriegsministerium Picquart, der Beweise für Dreyfus' Unschuld in der Hand zu haben behauptete. Picquart wurde zunächst nach Tunis versetzt, aber da er Gelegenheit gehabt hatte, vor seiner Abreise politische Persönlichkeiten für seine Ansicht zu gewinnen, sah sich die Regierung gezwungen, eine Untersuchung einzuleiten und Picquart zu diesem Zweck zurückzurufen. Die Regierung war der Unterstützung durch die Mehrheit des Parlaments und des Publikums noch so sicher, daß Méline in der Kammer erklärte: „Es gibt keinen Fall Dreyfus!" Im Januar 1898 erschien Esterhazy, der von Picquart beschuldigt war, eine Dreyfus belastende Unterschrift gefälscht zu haben, vor dem Kriegsgericht. Der Beweis konnte nicht erbracht werden, und Esterhazy wurde freigesprochen.

Aber der Stein war ins Rollen gekommen. Emile Zola ließ eine glühende Anklage aufflammen: Sein berühmtes „J'accuse", den offenen Brief an den Präsidenten der Republik. Er beschuldigte das Gericht, sein Urteil auf Befehl einer der Reaktion ergebenen

Regierung gefällt zu haben und stellte die wahren Schuldigen bloß, allerdings noch ohne Beweise erbringen zu können. Zola wurde verurteilt. Aber inzwischen breitete sich die Erregung über das gesamte Land bis in die Kolonien aus. Ein offener, tatendurstiger Antisemitismus drängte auf die Straßen. In Bordeaux, Nantes, Nancy und anderen Städten wurden Geschäfte jüdischer Inhaber zerstört, in Paris verbrannten organisierte Banden die revisionsfreundlichen Zeitungen und machten die Setzmaschinen unbrauchbar. Die „Libre Parole", das Blatt des Radau-Antisemitismus, forderte ihre Leser auf, die Juden ins Wasser zu werfen oder sie zu verbrennen. Antisemitismus ist fast immer mit Nationalismus und in Frankreich mit Klerikalismus verknüpft. Das Eintreten für Dreyfus war in den Augen jener Kreise ein Angriff vaterlandsloser Gesellen auf das Heer, ein Versuch, die Landesverteidigung zu untergraben. Und ein großer Teil der Geistlichkeit, derjenige, dem noch die alte Zugehörigkeit zu Königtum und Adel in den Knochen steckte, hieb in dieselbe Kerbe und freute sich des Stücks Gegenrevolution, zu der man beitragen konnte. Man donnerte von den Kanzeln gegen die Aufrührer, die Recht und Vaterland nicht mehr achteten, weil sie keine Religion mehr hätten. Die Scheidewand, die man in der Zeit des Liberalismus langsam abgebaut hatte (ohne recht zu wissen, was man nun anfangen sollte), erhob sich von neuem und trennte scharf zwei Parteien, die sich nicht mehr verstanden und sich Feindschaft geschworen hatten. Was an Wut, Haß und Verleumdung damals aufgebracht wurde, hat hingereicht, um das Volk für mehrere Jahre moralisch zu zermürben.

Wie aufreizend gerade die Beteiligung des Klerus auf den Teil der Bevölkerung wirkte, der auf der anderen Seite der Barrikade stand, das möge eine Stelle aus Zolas Roman „Die Wahrheit" zeigen, in dem die Dreyfusaffäre mehr politisch als künstlerisch gestaltet ist. „Die ganze unterirdische Arbeit der Kirche seit einem halben Jahrhundert stand ihm klar vor Augen; zuerst der schlaue Kunstgriff mit dem Schulunterricht durch die Mönchsorden, die Eroberung der Zukunft durch das Kind, dann die Politik Leos XIII., der die alte Republik anerkannte, um sie zu durchsetzen und zu bändigen. Aber wenn das Frankreich Voltaires und Diderots, das Frankreich der Revolution und der drei Republiken jetzt das arme gärende, irregeleitete, verstörte Frankreich geworden war, nahe daran, sich zur Vergangenheit zurückzuwenden, statt auf die Zukunft

loszumarschieren, so war das hauptsächlich das Werk der Jesuiten und der anderen Ordensgesellschaften, die ihre Hand auf das Kind gelegt hatten, die Zahl ihrer Schüler in dreißig Jahren verdoppelten und ihre mächtigen Niederlassungen über das ganze Land ausbreiteten. Schon hielt sich die Kirche, von den Ereignissen gedrängt und genötigt, Farbe zu bekennen, für die Siegerin. Jetzt nahm sie die Hülle von ihrem Werk, bekannte, trotzte, und wollte die allmächtige Herrin der Nation sein. Die ganze Größe des Sieges tat sich überwältigend vor den erschreckten Augen auf: die höchsten gesellschaftlichen Stellungen im Heer, in der Justiz, Verwaltung und Politik waren in Händen von Männern, deren Bildung und Erziehung sie geleitet hatte. Das liberale Bürgertum, einst zur Ketzerei und Kritik aufgelegt, war nun dem rückschrittlichen Geist zurückgewonnen, weil es Angst hatte, enteignet zu werden und vor der anflutenden Volkswelle seinen Platz an der Sonne aufgeben zu müssen; die Volksmassen selbst waren mit grobem Aberglauben vergiftet, in krasser Unwissenheit und Lüge gehalten, um immer nur wie das Vieh geschoren und zur Schlachtbank geführt zu werden. Und die Kirche blieb in ihrer Schamlosigkeit nicht mehr im Dunkeln, sie krönte ihren Sieg am hellen lichten Tage, vermehrte überall die dem hl. Antonius von Padua geweihten Opferstöcke unter reklamehafter Aufmachung, verteilte öffentlich an die Gemeinden Fahnen mit dem Bilde des blutenden Herzen Jesu, eröffnete geistliche Schulen gegenüber von konfessionslosen, in die sie auch eindrang und in denen Lehrer und Lehrerinnen häufig ihre Geschöpfe waren und aus Feigheit oder Eigennutz für sie arbeiteten ... Ordensgesellschaften waren industrielle und Handelsbetriebe geworden; eine einzige, die „Gesellschaft zum guten Hirten", hatte einen jährlichen Reinverdienst von 12 Millionen, beschäftigte in ihren 210 Werkstätten 47 000 Arbeiterinnen. Sie verkaufte alles mögliche, Schnäpse und Schuhe, Heilmittel und Möbel, wunderkräftige Wasser und gestickte Nachthemden ... Sie wurde Milliardärin, Besitzerin ausgedehnter Güter und hatte Geld genug in ihrer Kasse, um die Parteien zu kaufen, sie gegeneinander zu hetzen und mitten unter Trümmern und im Blut des Bürgerkrieges zu triumphieren" (Zola, La Vérité, S. 189).

Wir müssen uns dieses Haßgesanges noch erinnern, wenn wir auf die gesetzliche Lösung des Streites zwischen Kirche und Republik stoßen.

Die Unruhen griffen in die verfassungsmäßige Änderung der Regierung hinein. Die Mandatsdauer des Parlaments war abge-

laufen. Die Neuwahlen im Mai 1898 brachten eine fast gleiche Zusammensetzung der Kammer zustande; nur die Sozialisten konnten sich eines bemerkenswerten Zuwachses erfreuen. Im ersten Augenblick schienen die Liberalen über eine ganz gute Stellung zu verfügen. Aber der Auflösungsprozeß war schon zu weit vorgeschritten, als daß sie die Zügel der Regierung mit fester Hand hätten ergreifen können. Als sich das Kabinett der neuen Kammer vorstellte, erfolgte ein Vorstoß der Linken, die ihm seine Liebäugelei mit der Reaktion vorwarf. Der Kammer lag die Unruhe im Lande, der Fall Dreyfus, den Méline nicht hatte lösen können, schwer im Magen. Nur von einem lahmen Ausdruck des Vertrauens unterstützt, innerlich hilf- und haltlos, reichte das Kabinett seine Entlassung ein. Nach mehreren vergeblichen Versuchen, eins aus der Reihe der Liberalen zusammenzustellen oder ein Koalitionsministerium zu bilden, entschließt sich Felix Faure zu dem Radikalen Henri Brisson, dem es gelingt, eine Anzahl seiner Parteifreunde zu einem Kabinett zu vereinigen; nur der Kriegsminister Cavaignac war ein Zugeständnis an die Rechte. Die Herrschaft der Radikalen kündigte sich an.

In diesem Augenblick stellte sich der Oberst Henry dem Gericht mit dem Geständnis, einen Brief, der allgemein als ein Beweisstück gegen Dreyfus gehalten wurde, gefälscht zu haben. Er wurde verhaftet, und noch am selben Tage verübte er Selbstmord im Gefängnis.

Jetzt wendete sich das Blatt. Ein Gefühl des Unbehagens ging durch das Land. Die Kammer wurde unruhig. Die Radikalen, die bisher aus Angst, sie könnten für schlechtere Patrioten gehalten werden, nicht für Dreyfus Partei genommen hatten, begannen sich für die Revision des Prozesses einzusetzen. Brisson selbst erwirkt die Zulassung des Wiederaufnahmeverfahrens. In der Stadt nehmen Massenversammlungen einen stürmischen Verlauf. Die sozialistisch gestimmten Erdarbeiter und Untergrundbahner treten in den Streik; Material wird zerstört, es kommt zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei. Zwei unbeugsame Kriegsminister, von Dreyfus' Schuld überzeugt, waren schon gegangen; die Demission des dritten verursacht eine unglaubliche Erregung in der Kammer, von der überflutet das an sich revisionsfreundliche Kabinett weichen muß. Das folgende, ein Konzentrationsministerium mit radikaler Färbung, wartete zunächst die Entwicklung der Stimmung ab, die sich immer mehr zu Dreyfus' Gunsten gestaltete. Poincaré und Barthou wiesen

als ehemalige Minister jede Verantwortung für die Verurteilung von sich. Urbain Gohier schrieb ein Buch „Das Heer gegen das Volk". Der Kassationshof erklärte, den Antrag der Frau Dreyfus auf Wiederaufnahme des Verfahrens zuzulassen. In diesem Augenblick, am 16. Februar, starb der Präsident der Republik, Felix Faure, dessen Tod den Revisionisten erwünscht kam. Am 18. wurde Loubet zu seinem Nachfolger gewählt, der als leichter zu beeinflussen galt. Bei der feierlichen Beisetzung Faures kam es zu einem Staatsstreichversuch. Déroulède zog mit seiner Patriotenliga dem General Roget entgegen, der die Ehrenwache kommandierte, und versuchte ihn mit Gewalt zum Elysee hinzuziehen, um dort das Heer gegen Loubet auszuspielen. Der Versuch mißlang. Déroulède konnte aber ungehindert alle kompromittierenden Papiere verbrennen, die den Plan des Staatsstreich enthielten. Nach Schluß der Beweisaufnahme verordnete das Gericht das Wiederaufnahmeverfahren, um in erneuter Verhandlung die Frage zu entscheiden, ob Dreyfus die ihm zur Last gelegten Schriftstücke tatsächlich zum Zwecke des Verrates an eine fremde Macht verfaßt hätte. Dieser Beschluß löste bei den Nationalisten neue heftige Kundgebungen aus. Gelegentlich eines Rennens bei Auteuil drangen die eleganten Patriotenbündler in die Tribüne des Präsidenten der Republik; ein Stockschlag streifte diesen, es kam zu einem Handgemenge mit der Polizei, und 43 Angehörige der Pariser Aristokratie wurden verhaftet. Das Kabinett, in dem Bestreben, sich zu halten, versteifte sich auf die Methode einerseits — andererseits und verteilte Lob und Tadel mit ausgleichender Gerechtigkeit nach rechts und links. Das konnte auf die Dauer keiner Partei gefallen, und der Wirrwarr drängte doch schließlich zu einer tatkräftigen Lösung. So fiel das Kabinett unter den vereinten Anstrengungen der Rechten und Linken. Und jetzt kam das Ministerium Waldeck-Rousseau zur Regierung, das sich fast drei Jahre lang in einer innerpolitisch erregten Zeit fest behauptet hat. Es wurde das Liquidationsministerium für den Fall Dreyfus genannt und erklärte es selbst für seine Aufgabe, die republikanischen Staatseinrichtungen gegen jede Reaktion sicherzustellen. Mit ihm traten die Radikalen ihre Herrschaft an, die sich nicht nur in der Zusammensetzung des Kabinetts ausdrückte; auch die innere Politik entsprach den radikalen Grundsätzen. Überraschend wirkte das Erscheinen des ersten ministeriellen Sozialisten: Millerand. Waldeck-Rousseau war zwar ein offener Gegner des kollektiven

Sozialismus, aber er war auch Realpolitiker, verschloß vor dem Anwachsen der sozialistischen Stimmen nicht die Augen und sah in der Partei einen sicheren Bundesgenossen für die Regelung des Dreyfus-Prozesses in seinem Sinne. Wie der Versuch der Sozialisten, einen mitbestimmenden, persönlichen Einfluß auf die Regierung zu gewinnen, von der Masse der Partei aufgenommen wurde, ist an einer anderen Stelle besprochen. Was die Kritik eines Teils der Sozialisten am meisten herausforderte, war die merkwürdige Tatsache, daß neben Millerand General Gallifet im Kabinett saß, der wegen seiner Roheit bei der Unterdrückung des Kommuneaufstandes 1871 den revolutionär Gesinnten besonders verhaßt war. Mit Waldeck-Rousseau bekam das Parlament endlich wieder einmal einen Führer, der sich nicht bloß schlecht und recht durch die Hindernisse hindurchzuwinden suchte, sondern seine eigene, feste Auffassung hatte und durchzusetzen wußte. Zu Beginn seiner Tätigkeit nur von einer ganz schwachen Mehrheit gestützt, hat er nach und nach sich eine Gefolgschaft erzwungen und einen festen Regierungsblock im Parlament zusammengeschmiedet.

Eine feste Hand war jetzt um so notwendiger, als die Erregung mit Beginn des Wiederaufnahmeverfahrens ihren Höhepunkt erreichte und sich in tragischen und komischen Ausbrüchen Luft machte. Guérin, der Redakteur des „Antijuif", verschanzte sich in einem Hause der Chabrolstraße, um sich seiner Verhaftung wegen Preßvergehen zu widersetzen, und leistete in diesem „Fort Chabrol" der Polizei fünf Wochen lang bewaffneten Widerstand, bis er zur Ergebung gezwungen wurde — eine Szene aus dem Wild-West. Gegen den Verteidiger von Dreyfus wurde ein Attentat verübt. Auf der Straße lieferten sich die Parteien wahre Schlachten; in einer gab es 27 Verwundete.

Die Verhandlungen in Rennes waren kurz. Der Gerichtshof, um sich mit Anstand aus der Verlegenheit zu ziehen, gab beiden Parteien recht: Dreyfus wurde für schuldig befunden und, unter Zubilligung mildernder Umstände, zu zehn Jahren Zuchthaus und Degradation verurteilt. Das Urteil war ein offenbares politisches Kompromiß; denn wenn Dreyfus wirklich Vaterlandsverrat begangen hatte, konnten auch keine mildernden Umstände geltend gemacht werden. Einige Wochen später wurde er unter Berücksichtigung der bereits verbüßten Strafe vom Präsidenten der Republik begnadigt. Einige höhere Offiziere, die allzu öffentlich an den Kund-

gebungen teilgenommen hatten, waren verabschiedet worden, die Hauptkrakehler, wie Déroulède, für einige Zeit aus Frankreich verbannt. Damit schien der Fall Dreyfus gelöst und aus der Welt geschafft zu sein.

Aber der Fall Dreyfus war nur ein akuter Ausbruch des dauernden Gegensatzes zwischen Aufklärung und Glauben, den das französische Bürgertum seit Voltaires und Diderots Zeiten mit überzeugungstreuer Hartnäckigkeit ausgekämpft hat. Der Haß der „beiden Frankreiche" gegeneinander, der jahrelang infolge einer zurückhaltenden und im wesentlichen negativen Politik nur im Verborgenen geglimmt hatte, war jetzt wieder ewporgeflammt. Nationalisten, militaristisch bis in die Knochen, waren mit den Feinden jedes imperialistischen Gedankens aneinander geraten; die gläubigen Katholiken, soweit sie nicht überhaupt in nationalen und militärischen Kreisen zu suchen waren, entsannen sich der alten Feindschaft zwischen Republik und Kirche, die Radikalen wiederum fühlten in dem Widerstand der Dreyfusgegner geistliche und ultramontane Einflüsse. Das Ergebnis aller Versöhnungs- und Vertuschungsversuche der letzten Jahre war dahin.

Das Hereingreifen der sozialistischen Bewegung vermochte die Ausfechtung des Kampfes keineswegs zu hindern oder hintanzuhalten, höchstens zeitweise aus dem gewöhnlichen Geleise herauszureißen und zu verwirren. Die sozialistische Partei hatte den Eintritt eines Genossen in die Regierung mit übertriebenen Hoffnungen begrüßt. Sie hielt jetzt den Augenblick für gekommen, um wenigstens einen Teil ihrer Wünsche der Erfüllung näherzubringen. Die Führer erkannten bald, daß der Minister Millerand dem Genossen Millerand das Programm gehörig beschnitten hatte, und in den Beschlüssen der Parteitage tobte der Unwille über das Drängen nach dem Ministersessel. Die Massen begriffen noch weniger und hielten unter einem demokratisch-sozialistischen Regiment die Zeit für gekommen, ihre Forderungen mit gewaltsamem Nachdruck zu vertreten; Forderungen, die uns heute ganz selbstverständlich und bescheiden vorkommen: Achtstundentag, Minimaltarif und Invalidengeld in Höhe von zwei Franken täglich nach fünfundzwanzigjähriger Arbeitszeit. Durch umfangreiche Streiks, von denen ein großer Teil zu blutigen Zusammenstößen führte und militärisch unterdrückt wurde, versuchten die Proletarier ihren Willen durchzusetzen. Soziales Kampfgeschrei tönte durch die Straßen. Als in Paris das Standbild „Triumph

der Republik" enthüllt wurde, entfalteten revolutionäre Sozialisten rote und schwarze Fahnen unter dem Rufe: „Hoch die Soziale! Nieder mit den Bourgeois! Nieder mit der Armee!"

Während der soziale Kampf auf der Straße zwischen den bürgerlichen Klassen und dem zu größerer Macht drängenden Proletariat, zwischen kapitalistischer und kommunistischer Anschauung so handgreifliche Formen annahm, nahm die parlamentarisch-politische Entwicklung einen ganz anderen Verlauf. Man kann der Rechten nicht unrecht geben, wenn sie dem Regierungsblock vorwirft, er habe, um die Massen von dem sozialen Problem abzulenken und ihre Forderungen los zu werden, sie mit dem Antiklerikalismus hypnotisieren wollen. Denn wir beobachten jetzt genau so wie zur Zeit der ersten Regungen des Proletariats einen plötzlichen Ruck zur antiklerikalen Gesetzgebung hin, die unter Ausnutzung der kirchlichen Übergriffe und der während der Dreyfußaffäre gesteigerten Erregung, nur von einigen wenigen sozialen Gesetzen, Konzessionen an den sozialistischen Teil des Blocks, unterbrochen, fast die ganze innere Politik sechs Jahre hindurch beherrscht hat.

Im Januar des Jahres 1901 begann die Beratung in der Kammer über das Vereinsgesetz, durch das die Rechte der Ordensgesellschaften zugunsten des Staates weiter eingeengt werden sollten. Durch dieses Gesetz sollten die religiösen Gesellschaften aus der Zahl der anderen Vereine herausgelöst werden, um dem Staat ein stärkeres Aufsichtsrecht zu schaffen. Die Regierungsvorlage begründete diese Sonderbehandlung damit, daß nur d e n Vereinen die Rechte einer juristischen Person verliehen werden könnten, deren sämtliche Mitglieder rechtsfähig sind. Der Verein bestehe nur durch den Zusammenschluß einzelner Personen. Die Mitglieder religiöser Genossenschaften seien aber von seiten ihres Ordens bestimmten privatrechtlichen Beschränkungen unterworfen, hätten sich durch ihre Gelübde ihrer vollen Rechtsfähigkeit begeben. Deshalb müßten diese Gesellschaften auch eine besondere Stellung in der Gesetzgebung einnehmen. Auf der Rechten bestritt man die Notwenigkeit des Gesetzes, man sah in ihm nur ein Werk des Hasses, ein Kampfmittel gegen die Kirche, den Beginn eines Religionskrieges, eine Undankbarkeit für das, was die Orden an Liebestätigkeit und die Missionen an Kolonisation für Frankreich geleistet hätten. Die Regierung führte dagegen die allzu tätige Einmischung einiger Orden in politische Kämpfe an. Ein weiterer, faßlicherer Grund war die Ausdehnung der toten Hand.

„Die Milliarde der Ordensbrüder" war eine oft gebrauchte wirksame Waffe. Der Grund- und Immobilienbesitz der Orden, ihre industriellen Betriebe, die mit ihrer Billigkeit den französischen Arbeiter mittelbar schädigten, boten einen handgreiflichen Stoff zum Ärgernis. Daneben arbeiteten die Radikalen mit dem Grundsatz der „moralischen Einheit" des Landes. Es sei nicht zuzulassen, daß einen Teil des Volkes ein Gelübde für die Ewigkeit binde, das die Willensfreiheit des einzelnen aufhebe und seine Persönlichkeit verleugne. Die moralische Einheit verlange eine einheitliche moralische Grundlage für alle Staatsbürger, d. h. eine einheitliche Erziehung nach allgemeinen moralischen Grundsätzen, wie sie nur unter staatlicher Aufsicht durchgeführt werden können. Dahinter steckt die jakobinische Lehre von der Allgewalt des Staates und der Glaube an die von den Jakobinern zur Göttin erhobenen Vernunft, wie ja auch die Radikalen sich immer als die Hüter der Grundsätze von 1789 und der großen Revolution gefühlt und ausgegeben haben. Einigen Sozialisten ging die Regierungsvorlage noch nicht weit genug; sie meinten, die Ordensmitglieder seien Drückeberger des Kampfes ums Dasein, gegen die sich die bürgerliche Gesellschaft nicht kräftig genug wehren könnte; ihre Ordensfeindschaft beruhte im Grunde auf einer Ablehnung der christlichen Religion. Der Ausschuß ging noch über die Absichten der Regierung hinaus, ließ Ferrys berühmten Artikel 7 wieder aufleben und bezog die Lehrtätigkeit der Orden in das Gesetz mit hinein. Die Debatten verliefen außerordentlich heftig; jede Partei schickte ihre größten Redner vor. Schließlich wurde das Gesetz mit 303 gegen 224 Stimmen angenommen. Für das Schicksal der Orden waren folgende Punkte von Bedeutung: der Staat erweitert sein Aufsichtsrecht über sie; ohne seine Genehmigung kann keine religiöse Genossenschaft gegründet werden. Kein Mitglied eines nicht genehmigten Ordens durfte eine Schule leiten oder an ihr unterrichten. Damit wurden weitere Kreise gerade der gebildeten Schichten der Bevölkerung der geistlichen Beeinflussung entzogen. Die Ordensgesellschaften waren zu einer jährlichen Rechnungslegung verpflichtet, und alle ihre materiellen Veränderungen bedurften der amtlichen Bestätigung.

Bei der ausgesprochen antiklerikalen Stimmung der Kammer kam die soziale Gesetzgebung zu kurz. Sie wurde auffallend nebensächlich behandelt. Der Antrag auf Einführung der Einkommensteuer wurde vertagt. Zum Trost beschloß die Kammer, den Antrag gleich hinter dem Invalidenversicherungsgesetz zu beraten. Aber erst die Drohung

der Bergleute mit dem Generalstreik veranlaßte die Kammer, dies Gesetz auf die Tagesordnung zu setzen. Beschlossen wurde aber nur der Grundsatz der Versicherung, ohne daß praktische Maßregeln vorgesehen wurden. Erst im Jahre 1906 kam man aus Angst vor den Wahlen wieder darauf zurück, um es nach einer platonischen Beratung wieder verschwinden zu lassen. Damit wurde auch wieder die von dem Versicherungsgesetz abhängige Einkommensteuer hinfällig. Eine andere Forderung der Bergleute, der Achtstundentag, wurde im Januar 1902 mit erdrückender Mehrheit verworfen.

Als einzige demokratische Tat des demokratischen Parlaments ist die Aufhebung der einjährigen Dienstzeit zu erwähnen, die mit Herabsetzung der Militärdienstzeit im allgemeinen verknüpft war. Von nun an gab es in der Theorie keine Vorrechte mehr für die gebildeten Stände, wenn auch das akademische Studium in der Praxis einige Freiheiten mit sich brachte.

Im Jahre 1902 ging die Legislaturperiode der Kammer zu Ende. Die Neuwahlen waren ein Prüfstein für die antiklerikale Politik. Trotz der kräftigen Werbearbeit der Rechten, die den Volksparteien das Verfahren abgesehen hatten und sich immer mehr an die Massen wandten, Straßenkundgebungen in Szene setzten und Schlagwörter auf die Straße warfen, konnten die Radikalen überall ihre Stellungen behaupten. Die Wahlen brachten der Regierung eine sichere Mehrheit (338 gegen 251), die sich aus 43 Sozialisten, 238 Radikalen und 62 Linksrepublikanern zusammensetzte. Die Stimmung im Lande war also dem Antiklerikalismus günstig. Der Radikalismus insbesondere ging damit als stärkste politische Richtung durchs Ziel.

Trotz dieser offensichtlichen Billigung seiner Politik trat Waldeck-Rousseau von der Regierung zurück. Er begründete seine Demission damit, daß sein Programm jetzt erschöpft sei und daß sein Amt nun einen Mann erfordere, dessen Spannkraft den täglichen Debatten besser gewachsen sei. In Wahrheit wird er sich vor der Ausführung seiner Gesetze gescheut haben. Die Wahl des Präsidenten Loubet fiel auf den gemeinsamen Fraktionsvorsitzenden der Regierungsparteien, den Senator Emil Combes. Combes, ein ehemaliger katholischer Geistlicher, dann, ähnlich dem Grafen Hoensbroech, ein erbitterter Gegner des Ultramontanismus, gehörte der radikalen Partei an. Er umgab sich mit Mitgliedern des Blocks und war fest entschlossen, das Vereinsgesetz tatkräftig durchzuführen und den Feldzug gegen den politischen Katholizismus fortzusetzen. „Ein Teil der

Geistlichkeit," hieß es in seiner ministeriellen Erklärung, „hat einer sträflichen Eingebung nachgegeben und die Sache der Kirche mit der der Ordensgesellschaften verwechselt; dem Geist der Gesetzgebung zuwider, ist er in den politischen Kampfplatz hinabgestiegen. Derartige Seitensprünge dürfen nicht geduldet werden; wir werden mit Ihnen zu prüfen haben, ob die Mittel, über die die Regierung heute verfügt, genügen, um eine Wiederholung zu verhindern. Das Vereinsgesetz ist jetzt zu einem Zeitpunkt gelangt, wo es in Recht und Verwaltung verwirklicht werden soll. Die Regierung wird streng darauf achten, daß keine von ihren Anordnungen unwirksam bleibt."

Combes versprach auch zwei Maßregeln, die von der alten Kammer nicht erfüllt waren: die Einkommensteuer und die Invalidenversicherung. Allerdings hat auch das Ministerium Combes trotz der großen Worte von demokratischer Gerechtigkeit sein Versprechen nicht wahrgemacht. Die Sozialisten beruhigten sich auch nicht mehr bei den sozialen Erklärungen der Radikalen. Sie warfen der Regierung vor, ihre Verpflichtungen nicht einzulösen und ihr eigenes Programm zu vernachlässigen. Um so schärfer wird das sozialistische Programm von ihnen entwickelt, in immer bewußterem Gegensatz zu den Bürgerlichen: Jaurès forderte die allgemeine und sofortige Abrüstung und bemängelte die Haager Konferenz, deren lahme Ergebnisse seine Partei keineswegs befriedigen könnte. In der Entgegnung, die Combes dem Drängen der Sozialisten zuteil werden ließ, kommt die Entwicklung deutlich zum Ausdruck, die der Radikalismus bis dahin genommen hatte. Es ist dieselbe Antwort, die Gambetta, der erfolgreiche, gesättigte Gambetta, der nachdrängenden Linken gab und die ihm den Vorwurf des Opportunismus einbrachte. „Wir sind einfach Männer von der Regierung," sagte Combes, „die die Umstände berücksichtigen müssen, in denen sie leben, die Bedingungen, die den Menschen und Dingen unserer Zeit anhaften. Ohne im geringsten die Anschauungen und Leitsätze zu verleugnen, zu denen wir uns bekannt haben, sind wir doch gezwungen, nur das zu verwirklichen, was unmittelbar zu verwirklichen ist." Die Radikalen, die einst Gambetta vorwärts zu treiben suchten, waren eben jetzt auch Regierungspartei geworden und damit genügsamer und friedlicher. Nur von einem Punkt wollte Combes sich nichts abhandeln lassen; in seinem Kampf gegen den lärmenden Chauvinismus der Straße und gegen Klerikalismus hat er keine Zugeständnisse gemacht. Und auf diesen Kampf hat sich seine Tätigkeit als Ministerpräsident und die radikale Politik überhaupt

beschränkt. Die sozialen Sorgen überließ man mehr und mehr den Sozialisten, die in der Gewinnung der unteren Bevölkerungsschichten die Radikalen ablösten.

Combes zeigte sich alsbald als der starke Mann den Ordensgesellschaften gegenüber. In Ausführung des Vereinsgesetzes schloß er im Juni 1902 125 von Ordensschwestern geleitete, nicht genehmigte Volksschulen. Im Juli kamen 2500 weitere Anstalten hinzu. In der Provinz, hauptsächlich in der stark unter dem Einfluß der Geistlichkeit stehenden Bretagne ging die Versiegelung der Schulgebäude nicht ohne Schwierigkeiten vonstatten. Die mit der Durchführung betrauten Polizei- oder Militäraufgebote wurden von den Bauern recht unfreundlich empfangen, entledigten sich aber ihres Auftrags. Bischöfe und Erzbischöfe, die zugunsten der Orden eine Bittschrift an die Volksvertretung gerichtet hatten, wurden zum Teil mit Entziehung des Gehalts bestraft.

Jetzt kamen die Einrichtungen an die Reihe, für die die Ordensgesellschaften entsprechend den gesetzlichen Vorschriften die Zulassung nachgesucht hatten, die nur auf Gesetz erfolgen konnte. Die Kammer ging noch über Combes' Absichten hinaus, lehnte die Einzelberatung der Anträge ab, ließ nur einigen Genossenschaften die Unterrichtserlaubnis und versagte dann sowohl den predigenden Orden, trotz ihrer zur Verteidigung vorgebrachten Missionstätigkeit, die im Interesse der Ausbreitung der französischen Sprache und des französischen Handels betrieben werde, die erbetene Genehmigung, ebenso wie den Karthäusermönchen, die am wenigsten Gnade zu erwarten hatten. Die Auflösung der nicht genehmigten Einrichtungen erfolgte sofort, wiederum nicht ohne Hindernisse. Die Ordensangehörigen leisteten, von fanatischen Laien unterstützt, hier und dort Widerstand, der mit Gewalt gebrochen werden mußte. Das Karthäuserkloster wurde vom Militär regelrecht belagert und eingenommen. Ein antiklerikaler Redakteur wurde bei dieser Gelegenheit von den empörten Bauern windelweich geschlagen. Nach den männlichen Orden wurden die weiblichen dem Gesetz unterworfen. Sie waren in drei Gruppen eingeteilt: lehrende, barmherzige und beschauliche. Den lehrenden wurde der Unterricht verboten. Eine Frist von zehn Jahren vom 1. Januar ab gerechnet war allen von ihnen geleiteten Schulen gelassen, um sich aufzulösen. Von diesem Zeitpunkt an durften nur noch diejenigen geistlichen Seminare bestehen, die ihre Zöglinge in die Diaspora schickten, in französische Schutzgebiete oder Kolonien; dort

war man auf den Unterricht durch die religiösen Orden angewiesen, wenn die Kinder der Eingeborenen nicht fremdem Einfluß verfallen sollten.

Unter Combes wurde auch die Frage der Trennung von Staat und Kirche zum erstenmal nicht ohne weiteres vertagt, sondern einem Ausschuß überwiesen. Combes selbst hielt sie noch nicht für opportun; wenigstens äußerte er bei Beratung des Kultusetats im Januar 1903: „Unsere Gesellschaft könne die Kirche noch nicht entbehren der Moral zuliebe, die sie allein imstande sei, den Massen beizubringen." Eine oft gehörte Einwendung, die sich auch kirchlich liberale Kreise gern zu eigen machen. Man vergleiche damit den bekannten Brief Wilhelms II. an Admiral Hollmann gelegentlich der Vorträge von Professor Delitzsch über Babel und Bibel. Da aber die noch kirchenfeindlicheren Sozialisten drohten, ihm die Gefolgschaft zu kündigen, sprach er sich zwei Monate später im Senat schon entschiedener aus und bezeichnete die Lösung des Konkordats als eine Forderung der nahen Zukunft und eine Frage der Zeit. Ein Ereignis von großer Bedeutung sollte die Entscheidung beschleunigen. Nach einer fünfundzwanzigjährigen Regierungsdauer war Papst Leo XIII. im Juli 1903 gestorben. Er war ein geborener Diplomat gewesen, der die fremden Regierungen zu behandeln wußte. Wie er von Deutschland eine Milderung der Kulturkampfgesetze erreicht hatte, so verstand er es auch, unbeschadet seiner Anschauung vom politischen und sozialen Recht der Kirche, sich der französischen Republik gefällig zu zeigen und sie zu Vergleichen zu veranlassen. Er gab oft genug zu verstehen, daß es ihm fernlag, das Schicksal der katholischen Kirche von dem Bestehen einer bestimmten politischen Partei abhängig zu machen. Der Kardinal Lavigerie, Erzbischof von Algier, handelte in seinem Sinne, wenn er gelegentlich einer Bewirtung von Marineoffizieren des Mittelmeergeschwaders die Marseillaise spielen ließ und in seinem Trinkspruch erklärte: in die Republik müßten sich jetzt alle ohne Hintergedanken fügen. Der Grundsatz der gegenseitigen Duldung, der eine Zeitlang das Verhältnis zwischen Kirche und Staat beherrschte, hätte noch lange andauern können, wenn alle Geistlichen und Gläubigen die Haltung ihres Kirchenfürsten verstanden und befolgt hätten. Aber der Fall Dreyfuß und die Ereignisse, die sich um ihn herum kristallisierten, zeigten nur zu deutlich, daß die klerikale Partei nicht abgerüstet hatte und für die Republik noch nicht gewonnen war. Immerhin wäre es unter Leo XIII. wahrscheinlich nicht zum äußersten gekommen.

Viel kam in einer kirchenpolitisch so bewegten Zeit auf seinen Nachfolger an. Kardinal Rampolla, der Staatssekretär und Mitarbeiter des verstorbenen Papstes, wäre Frankreich sehr willkommen gewesen. Aber Österreich, dem Rampolla wegen seiner Dreibundfeindschaft nicht behagte, legte auf Grund eines vom Papst stets bestrittenen Rechts der katholischen Nationen gegen seine Wahl Einspruch ein. Infolgedessen wurde ein Kardinal gewählt, der von keinem Staat bevorzugt wurde, der Kardinal Sarto aus Venedig. Er nannte sich in Erinnerung an den streitbaren Vorgänger Leos XIII. Papst Pius X. War Leo XIII. vorsichtig und geschickt gewesen, so lag die Stärke des neuen Papstes im Draufgängertum und in Unversöhnlichkeit. Der Zusammenstoß ließ nicht lange auf sich warten.

Im Jahre 1904 begann nach langen Jahren gegenseitigen Mißtrauens eine Annäherung zwischen Frankreich und Italien sich fühlbar zu machen. Um sie zu bekräftigen, unternahm König Viktor Emanuel eine Reise nach Paris, die durch eine Romreise Loubets erwidert werden sollte. Die Päpste hatten trotz der Einverleibung Roms in den italienischen Staat die Theorie ihrer weltlichen Macht immer aufrecht erhalten und als Einspruch dagegen sich geweigert, katholische Fürsten, die dem König von Italien einen Besuch abstatteten, zu empfangen. Dieses Verfahren wollte der Papst Pius auch auf Loubet anwenden. Er griff sogar nach schärferen Maßregeln. Er versuchte zunächst, ihn überhaupt von der Reise abzubringen. Als ihm dies nicht gelang und der Besuch doch ausgeführt wurde, richtete der Vatikan einen Protest gegen den Besuch an den Minister des Auswärtigen, zählte alle Frankreich von der Kirche gewährten Vorteile auf und nannte den Besuch eine Beleidigung des Heiligen Stuhls. Die Note wurde im Ministerrat zurückgewiesen. Der Zwischenfall wäre für die französische Regierung damit erledigt gewesen, wenn nicht die gleiche Note auch allen anderen Mächten zugegangen wäre, mit dem Zusatz: bliebe trotzdem der päpstliche Nuntius in Paris, so geschehe dies aus ganz besonderen, gewichtigen Gründen der Ordnung. Der Minister des Äußeren, Delcassé, rief daraufhin den französischen Gesandten am päpstlichen Hofe ab und ließ die Geschäfte durch den ersten Sekretär weiterführen. Die Abberufung wurde von dem weitaus größten Teil des Parlaments gebilligt; die unnötige Schärfe des päpstlichen Protestes veranlaßte sogar die Liberalen, sich der Regierungsansicht anzuschließen. Die Spannung verstärkte sich, als der Papst zwei französischen Bischöfen

gegenüber eine Haltung einnahm, die der Regierung mit den Grundsätzen des Konkordats nicht in Einklang zu stehen schien. Die beiden Geistlichen waren des Modernismus verdächtigt und vom Papst nach Rom befohlen, um sich dort zu verantworten. Im Falle der Weigerung wurde ihnen mit der Absetzung gedroht. Da der Regierung nach dem Konkordat das Recht der Ernennung zustand, mußte sie auch bei der Absetzung ihre Zustimmung geben. Combes erblickte also in der Übergehung der französischen Regierung einen Bruch der diplomatischen Beziehungen und löste seinerseits die französische Gesandtschaft am Vatikan in ihrer Gesamtheit im Juli 1904 auf. Der päpstliche Nuntius verließ einige Tage später Paris. Um jeden Versuch, die Beziehungen zur Kurie ohne das Mitbestimmungsrecht der Kammer wieder aufzunehmen, zu verhindern, faßte diese den Beschluß, den Kredit für die Gesandtschaft am Vatikan abzusetzen. Man war auf dem besten Wege, sich zu trennen.

In der Zwischenzeit hatte auch der vorher erwähnte Ausschuß unter Führung seines Vorsitzenden Briand einen Gesetzentwurf zur Trennung von Staat und Kirche ausgearbeitet. Combes zögerte, die Beratung auf die Tagesordnung zu setzen, weil er wußte, daß innerhalb seines Kabinetts die Begeisterung dafür nicht groß war, und er keine Krise herbeiführen wollte. Es war ihm schwer, aus dieser Verlegenheit einen Ausweg zu finden, als ihn weitere innere Schwierigkeiten doch zum Rückzug zwangen.

Den Zusammenstoß mit der Sozialdemokratie hatte er immer zu vermeiden verstanden. Trotzdem die proletarische Bewegung stark im Wachsen war und an Haß gegen Kapitalismus und Unternehmertum gewann, hatte er sich als Blockpolitiker immer mit Anstand aus dem Handel gezogen. Ausstände lösten einander ab: Bergarbeiter, Dockarbeiter, Metallarbeiter, Bäcker, Seeleute, Arsenalarbeiter der Staatswerften traten nacheinander in den Jahren 1902/04 in den Streik. Aber letzten Endes gab die Regierung immer nach oder führte einen Schiedsspruch herbei; ausgesperrte Arbeiter wurden wieder eingestellt. Eine Verbeugung vor den Sozialisten war auch die Annahme des Invalidenversicherungsgesetzes (die Einkommensteuer blieb weiter noch ein frommer Wunsch). Das Gesetz bestimmte: jeder Franzose, der persönlich mittellos und entweder 70 Jahre alt oder an Körperschwäche oder einer unheilbaren Krankheit leidet, hat Anspruch auf staatliche Unterstützung.

Die Gefahr kam für Combes von einer ganz anderen Seite. Der leidenschaftliche Parteihaß, der durch den Dreyfusprozeß entfacht war, drohte auch aufs Heer überzugreifen. Die politische Verhetzung nistete sich im Offizierskorps ein. Die Offizierslaufbahn galt immer noch den alten Adelsfamilien und den konservativ und kirchlich gesinnten Kreisen als der standeswürdigste Beruf. Das mittlere Bürgertum war nicht allzu stark vertreten. Im Offizierkorps besaß die Rechte einen mächtigen Schutzwall gegen die von der Regierung geplante Demokratisierung und Republikanisierung des Heeres. „Die Parteien der Rechten," sagte Combes in der Kammer, „haben eine solche Stellung im Heere, daß wir sie nur mit Hilfe der linken Parteien heraustreiben können." Diese Arbeit besorgte — anfangs vielleicht ohne Wissen des Kriegsministers André — das in Frankreich politisch und zwar stark radikal gerichtete Freimaurertum. Mit seiner Hilfe wurden Beobachtungen auf politische Reinlichkeit angestellt und ein Angebeverfahren eingerichtet, nach dem alle Offiziere auf besonderen Zetteln (fiches) nach ihrem parteipolitischen Glaubensbekenntnis eingeteilt wurden. Die Angeber waren Kameraden, Beamte, Ärzte usw. Die Zettel wurden dann zu Sammellisten verarbeitet. Durch Verrat kamen die belastenden Schriftstücke in die Hände eines konservativen Abgeordneten. Die Zeitungen brachten weitere Enthüllungen, die auch den Minister mit hineinzogen. In der Kammer wurde von einem Teil der Linken der Versuch gemacht, das Verfahren zu rechtfertigen als eine Handlung rechtmäßiger republikanischer Verteidigung und Aufsicht. Die Angeberei als Regierungsgrundsatz fand aber nur bei einer so geringen Mehrheit Billigung, daß Combes' Stellung stark erschüttert war. Er glaubte sich dadurch zu halten, daß er den Kriegsminister fallen ließ und durch Berteaux, einen ehemaligen Börsenmakler, seit einer Reihe von Jahren Berichterstatter für den Heeresetat, ersetzte. Aber er mußte bald die Nutzlosigkeit seines Kampfes gegen die öffentliche Meinung einsehen und verschwand freiwillig aus seinem Amt.

Combes war dem Ungeschick eines seiner Minister zum Opfer gefallen. Der Antiklerikalismus war nicht mit ihm gefallen. Der erlebte in dem Nachfolger Rouvier eher eine Stärkung. Denn dieser war weit eher geneigt, den Beschluß des Ausschusses der Kammer als Tagesordnung zu unterbreiten. Für die Radikalen war es von einem gewissen Vorteil, daß Rouvier im Gegensatz zu dem schroffen Combes das Urbild eines mit allen Wassern gewaschenen, aber stets liebens-

würdigen Parlamentariers war, der hier und dort ein paar Konzessiönchen machte, von seinem Ziel aber nicht abwich: fortiter in re, suaviter in modo.

Kaum hatte das neue Kabinett seine Sitze eingenommen, so drängten die Anhänger der Trennung auf Beschleunigung. Im Februar 1905 nahm dann die Mehrheit folgende Tagesordnung an: „Die Kammer stellt fest, daß die Haltung des Vatikans die Trennung von Staat und Kirche notwendig gemacht hat. Sie erwartet von der Regierung, sofort nach Beratung des Staatshaushalts und des Militärbudgets die Verhandlungen zu Ende zu führen." Im Juni kam das Trennungsgesetz vor die Kammer. Die Abstimmung konnte nicht überraschen; es wurde mit 341 gegen 233 Stimmen angenommen, nachdem die Liberalen noch einige Milderungen erwirkt hatten. Am 6. Dezember ging es im Senat mit 181 gegen 102 Stimmen durch; am 9. Dezember 1905 wurde es veröffentlicht (s. Anhang I).

Um Inhalt und Bedeutung des Gesetzes würdigen zu können, ist es zweckmäßig, sich die Stellung der Kirche vor dem 9. Dezember klarzumachen. Das Verhältnis der römisch-katholischen Kirche zum französischen Staat (die anderen Konfessionen bleiben hier wegen ihrer geringen Bedeutung für Frankreich und wegen ihres sehr geringen Einflusses auf die Politik unberücksichtigt) war durch das Konkordat geregelt, das Napoleon I. mit dem Papst abgeschlossen hatte. Der Staat bezahlte allen Geistlichen Gehälter. Außerdem hatte die Kirche Nebeneinnahmen aus den sogenannten öffentlichen Anstalten: kirchlichen Gütern, Schenkungen, Vermächtnissen, Gebühren für kirchliche Handlungen, Zuschüssen der Gemeinden für umfangreiche Ausbesserungen. Der Staat überließ dauernd und unentgeltlich der Kirche die für den Gottesdienst bestimmten Gebäude sowie die Wohnungen der Geistlichen. Die Bischöfe wurden von der Regierung ernannt, die Pfarrer mit Genehmigung der Regierung. Der Staat besaß ein Disziplinarrecht gegenüber Geistlichen, die gegen Gesetze oder Verordnungen verstoßen hatten; zu den Disziplinarstrafen gehörte die Entziehung des Gehalts.

Das Trennungsgesetz schaffte jede Gehaltszahlung und jeden Zuschuß von seiten des Staats, der Departements und der Gemeinden (Art. 2) ab. Von nun an ist es Sache der Kirche selbst, die Geistlichen zu bezahlen. Die staatlichen Ausgaben für Kirchenzwecke hatten im Jahre 1905 41 Millionen Franken betragen. Die öffentlichen Anstalten gelten als aufgehoben. Das Vermögen bleibt aber

in der Gestalt bei der Kirche, daß besondere gesetzliche Körperschaften gegründet werden sollen, denen die Verwaltung zu übertragen ist; diese Körperschaften heißen Kultvereine. Bei der Bildung dieser Vereine sah das Gesetz die Anzeigepflicht vor, eine Bestimmung, die, wie wir nachher sehen werden, mehrfach geändert und schließlich ganz aufgegeben wurde. Ferner waren die Vereine an die Bedingung gebunden, sich nur zum Zweck der Kultausübung aufzutun, damit die kirchlichen Geldsammlungen nicht für andere Zwecke verwendet werden konnten.

Die Bildung der Kultvereine sollte innerhalb des auf die Veröffentlichung folgenden Jahres vor sich gehen. Wurde diese Frist versäumt, so sollten alle kirchliche Güter in Staatsverwaltung übernommen werden. Die Kultusgebäude, die sowieso Eigentum des Staates oder Departements oder der Gemeinden waren, sollten, falls sie nicht von einem Kultverein beansprucht wurden, nach Ablauf von zwei Jahren auf Grund eines Dekrets zu anderen Zwecken verwendet werden.

Der Kultverein hat für die Miete aller Gebäude aufzukommen, die nicht unmittelbar dem Gottesdienst dienen, wie: bischöfliche und erzbischöfliche Paläste, Pfarrhäuser, Seminare.

Die Kultvereine sind gesetzlich befreit von allen direkten Steuern für Kultusgebäude, dagegen sollen sie alle gewöhnlichen Steuern für die Güter der toten Hand und die Wohnungen der Geistlichen tragen.

Die Kultvereine unterliegen einer gewissen staatlichen Aufsicht. Sie sollen über ihre Einnahmen und Ausgaben regelrecht Buch führen und angeben können, wie sie zustande kommen. Alljährlich hat ein Rechnungsabschluß stattzufinden. Ferner ist eine vollständige Bestandsliste über alle beweglichen und unbeweglichen Gegenstände zu führen. Alle Bücher und Verzeichnisse sind den Behörden auf Verlangen zur Verfügung zu stellen.

Diejenigen Gebäude, die vor dem 18. Germinal des Jahres X (Tag, an dem das Konkordat in Kraft trat) bereits bestanden, werden Eigentum des Staates. Von den nachher entstandenen werden die auf Gemeindeboden errichteten Eigentum der Gemeinden; den Kultvereinen steht die Nutznießung dauernd und unentgeltlich zu.

Die Wohngebäude der Bischöfe und Pfarrer werden zwei bis fünf Jahre lang vom Staat weiter unentgeltlich geliehen. Sodann werden Staat, Departement oder Gemeinde frei darüber verfügen, entweder sie an die Kultvereine vermieten oder zu anderen Zwecken verwenden.

Die Ernennung der Geistlichen steht natürlich von jetzt ab nur der Kirche zu. Auch die Disziplinargewalt des Staates über die Geistlichen fällt fort; diese sind wie alle anderen Bürger dem geltenden bürgerlichen Recht unterworfen.

Die sofortige Anwendung des Gesetzes hätte die ganze Kirchenverwaltung in ungeheure Schwierigkeiten gestürzt. Deshalb waren Bestimmungen eingefügt, die den Übergang herstellen sollten. Der Staat übernimmt es, für eine Reihe von Jahren den Geistlichen, die schon längere Zeit im Amt sind, ein Ruhegehalt zu zahlen, deren Höhe von Jahr zu Jahr abnimmt.

Das Trennungsgesetz war der Schlußstein eines fünfundzwanzigjährigen Kulturkampfes zwischen Staat und Kirche. Der erste Zeitabschnitt wird durch Ferry eingeleitet, der den Einfluß der Geistlichkeit aus der obersten Unterrichtsbehörde entfernt und staatliche höhere Mädchenschulen gründet (1880), die Schule verweltlicht und die Ausbildung der Volksschullehrer verstaatlicht (1882 und 1886). Darauf ebbt der Antiklerikalismus etwas ab. Die Einführung der bürgerlichen Ehescheidung (1884), das Gesetz über den Schutz des kirchenlosen Begräbnisses (1887) und die Einführung des Militärdienstes für Geistliche (1889) sind notwendige Ergänzungen der Ferryschen Gesetze. Dann bahnt sich eine „Versöhnung" (ralliement) an; in der Kammer herrscht eine Politik des Zentrums, die Kirche schöpft wieder Atem und nutzt die Zeit durch Ausbau ihrer Organisation aus, bis durch den Fall Dreyfus die alte Feindschaft wieder aufflackert. Es setzt der Kampf gegen die Ordensgesellschaften ein, der zugunsten des Staates entschieden wird (Gesetze vom 1. Juli 1901, 4. Dezember 1902 und 7. Juli 1904). Der Eingriff des Papstes führt endlich zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen und zum Trennungsgesetz.

Äußerlich gesehen erscheint die Trennung als die Krönung des Ganzen und der endgültige Triumph des Staates. Aber abgesehen davon, daß die moralische Kraft der Kirche fast ungebrochen aus dem Ringen hervorging, hat auch der Staat von seinem Rechtsstandpunkt wieder etwas abgehen müssen, um das Gesetz praktisch ausführen zu können.

Nach Artikel 2 galten alle dem Gottesdienst und der Ausübung kirchlicher Handlungen dienenden Gebäude als gelöscht. Diese Bestimmung erforderte eine Bestandsaufnahme des gesamten kirchlichen Eigentums (Artikel 3). Dabei wiederholten sich die Szenen,

die sich bei Austreibung der widerspenstigen Ordensgesellschaften abgespielt hatten. In Paris leiteten die kirchlichen Kreise lärmende Kundgebungen gegen die Kirchenfeindlichkeit der Republik ein. In der Provinz, besonders wieder in den bretonischen Dörfern, errichteten übereifrige Schwärmer Barrikaden um ihre Kirchen und bedrohten die beauftragten Beamten. Kaum war die Regierung dieser Feindseligkeiten Herr geworden, da geriet sie infolge eines anderen, vom Papst empfohlenen Verfahrens in noch größere Bedrängnis. Gemäß Artikel 18 des Gesetzes mußten innerhalb einer bestimmten Frist Vereine gegründet werden, denen die Ausübung des Gottesdienstes und das kirchliche Eigentum zu übertragen war. Der Papst verbot die Bildung solcher Vereine mit der Begründung, daß dadurch die Laienschaft ein Mitbestimmungsrecht über die Kirchenverwaltung bekäme. Als die Frist abgelaufen war, hütete sich die Regierung wohl, die Kirchen für den Gottesdienst zu schließen; sie beschlagnahmte nur die bischöflichen Paläste und die Seminare. Die Geistlichkeit beharrte auf höheren Befehl auf ihrer Obstruktion. Die Regierung, um nicht durch schärfere Maßregeln die Gläubigen gegen sich aufzureizen und Märtyrer zu schaffen, kam der Kirche noch einen Schritt weiter entgegen durch das Gesetz vom 2. Januar 1907. Darin wurde der betreffende Artikel dahin abgeändert, daß der Kultverein sich auf vereinfachte Weise mit Hilfe des Vereinsgesetzes von 1901 oder sogar nur auf Grund der bloßen Anmeldung einer Versammlung bilden konnte. Der Papst war sich seines Vorteils und der Unmöglichkeit wohl bewußt, dem Gesetz auf gewaltsame Weise Geltung zu verschaffen; er untersagte deshalb auch die Abgabe einer einfachen Erklärung. Schließlich mußte sich die Kammer dazu bequemen, auch auf jegliche Anmeldung zu verzichten. Es blieb ihr weiter nichts übrig, als die volle Durchführung des Gesetzes aufzugeben und die Ausübung kirchlicher Handlungen durch die von der Kirche eingesetzten Geistlichen in den dem Staate oder der Gemeinde verfallenen Gebäuden stillschweigend zu dulden. Es war klar, daß sie in Zukunft, wenn diese Duldung erst längere Zeit gedauert hatte, erst recht nicht den Mut und die Macht aufbringen könnte, von ihrem gesetzlichen Recht Gebrauch zu machen. Der Sieg des Staates über die Kirche war durch eine teilweise Kapitulation erheblich abgeschwächt.

Es liegt nahe, hier Bismarcks Kulturkampf zum Vergleich heranzuziehen. Auch der deutsche Kanzler mußte schließlich den halben Weg nach Kanossa gehen und einen großen Teil seiner Eroberungen der

Kirche wieder herausgeben. Hier wie dort hatte man einen überspannten Begriff von der Macht des Staates und der Gesetze und einen zu geringen von der festgefügten, dem modernen Staat an innerer Disziplin weit überlegenen Organisation der Kirche und ihrem atavistischen Einfluß auf die Massen.

Auf das religiöse Leben haben die Kulturkampfgesetze kaum einen merkbaren Einfluß ausgeübt. Der Antiklerikalismus stützte sich weder auf eine bestimmte philosophische Lehre noch auf eine festgefügte Organisation, er war mehr der Ausfluß einer politischen Stimmung. Die katholische Kirche dagegen blieb in ihrer Stetigkeit und Einheit die Zuflucht der vielen, die ihr Leben nicht auf eigene Verantwortung übernehmen wollten. Keineswegs gehen nun alle Katholiken noch in die Messe. „Auf dem Lande," wird von einem höheren Beamten der Stadt Paris berichtet, „wird die katholische Religion seit ungefähr einem Jahrzehnt in den meisten Orten fast nicht mehr praktiziert, ausgenommen einige Gegenden des Nordens und Westens. Man geht noch in die Kirche zur Taufe, bei der ersten Kommunion, zum Heiraten und zum Begräbnisgottesdienste, und das ist alles" („Köln. Volkszeitung", 1913, Nr. 116). In einem Aufsatz vom Jahre 1913 (Brival-Gaillard in der Zeitschrift „La Revue") ist unter Zugrundelegung amtlicher Mitteilungen der Kirchenvorstände der Versuch gemacht worden, die Zahl der praktizierenden Gläubigen genau zu bestimmen. Sie beträgt in Paris 4,5 Prozent. In der Provinz ist das Ergebnis günstiger, je abgeschlossener vom Verkehr und je weiter von Paris entfernt die Gegend ist. Sie schwankt dort zwischen 10 und 25 Prozent. Insgesamt praktizieren gegen 5 380 000 Katholiken oder 14 Prozent der französischen Bevölkerung. Der Rest der Katholiken geht zwar nicht mehr in die Messe, hält aber als Tradition die Verbindung mit der Kirche äußerlich aufrecht. Zola erzählt in seinem Roman „Die Wahrheit" von der Frau eines kleinstädtischen Arbeiters: „Sie ging niemals in die Kirche, aber sie hatte ihre Kinder taufen lassen und war entschlossen, sie auch zur ersten Kommunion zu schicken. Das gehört sich so" (S. 67). Ebendort (S. 71) trägt ein kleiner Beamter seine religiöse Überzeugung vor: „In der religiösen Frage ist meine Meinung einfach die: die Pfaffen haben unter sich zu bleiben. Ich bin als Republikaner auch antiklerikal gesinnt. Aber, das muß ich gleich dabei sagen, wir brauchen eine Religion für unsere Kinder und Frauen; und solange der Katholizismus die Landesreligion ist, wahrhaftigen Gott! lieber die, als

eine andere!" Und um noch einen Modernsten als Zeugen anzuführen: „Innerhalb 24 Stunden war er in eine andere Welt abgegangen, an die er kaum glaubte. Als ein guter Freigeist der Provinz, der sich zum Schluß doch noch herumkriegen läßt, hatte er natürlich die Sterbesakramente empfangen. Er wollte Ruhe haben vor den Frauen, und es war ihm auch ganz gleich ... Man kann ja schließlich nie wissen ..." (Romain Rolland, Jean Christophe: Antoinette, S. 8).

Eine klare Unterscheidung zwischen Gläubigen und Freidenkern ist eben nicht möglich. Es gibt zahllose Übergänge, und eine offene Stellungnahme für oder wider ist seltener, als die Parteipolitik ahnen läßt. Die Mehrheit der Katholiken beachtet noch die Form, eine herkömmliche Pflicht, die ihnen vielleicht weniger schwerfällt als zweifelnden Protestanten. Denn die katholische Kirche ist gegen die Skeptiker, die nicht widersprechen, nachsichtiger; und in den Formalitäten fühlt sich der Katholik nicht wie der Protestant als einzelner, Gott selbst verantwortlicher Gläubiger, sondern als ein Glied einer großen Gemeinschaft, in der ihm die Last der eigenen Rechtfertigung leichter gemacht wird.

VII.

Marokko, Deutschland und die Entente Cordiale

Wir haben die Betrachtung der auswärtigen Politik Frankreichs mit dem Bemerken verlassen, daß Faschoda in leitenden Köpfen die Überzeugung aufkommen ließ, ohne oder gegen England sei eine imperialistische französische Politik eine Unmöglichkeit. Diese Erkenntnis traf zeitlich mit einer Wendung der englischen Politik zusammen. Wiederholt hatte die britische Regierung versucht, dem deutsch-englischen Verhältnis festere Formen zu geben. An der Haltung Bülows, der jede internationale Bindung vermied und immer um Deutschlands „freie Hand" besorgt war, scheiterte die englische Annäherung. Um auf die festländischen Verhältnisse einen maßgebenden Einfluß zu behalten, hatte England immer an der Überlieferung festgehalten, auf eine Festlandsmacht als Verbündete zählen zu können. Ein Bündnis mit Deutschland war um so unwahrscheinlicher, da Deutschland keine Neigung zeigte, sein gutes Verhältnis zu Rußland, dem Gegner Englands im fernen Osten, aufzugeben, und durch seine ungeheure wirtschaftliche Entwicklung mit Großbritannien in einen gefährlichen Wettbewerb trat. „England hat es immer verstanden," führt Erich Marcks in einem Vortrage „Die Einheitlichkeit der englischen Auslandspolitik" aus, „gegen eine es bedrohende Macht andere Mächte in seine Dienste zu ziehen; es hat 1815 die Verbündeten gegen Frankreich vorgetrieben, im Krimkriege durch Napoleon einen Sieg gegen Rußland errungen, vergeblich in Deutschland eine Hilfe gegen den Zweibund gesucht und durch den Vertrag mit Japan den Russisch-Japanischen Krieg und die russische Niederlage ermöglicht. Nun bedrohte seine Ruhe eine neue Militär- und Weltmacht: Deutschland, gegen das es Frankreich aufbot, dessen schlummernde Revanchegelüste man wecken und stärken wollte." Und um noch zwei französische Zeugen anzuführen: „Die Furcht vor Deutschland hat England, und zwar nicht nur seinen König und

seine Regierung, selbst sein ganzes Volk veranlaßt, sich Frankreich zu nähern" (Tardieu, La France et les alliances, S. 51); „Aus wirtschaftlichen Gründen hat London die geschichtliche Freundschaft, die es mit Berlin verband, gebrochen" (Lémonon, L'Europe et la politique britannique, S. 214). Nach Englands Absicht sollte Frankreich zu Deutschland das festländische Gegengewicht bilden. Es sollte vermöge der „Erbfeindschaft" die Gegnerschaft Deutschlands auffangen.

Die englische Lockung an Frankreichs Adresse wurde offensichtlich, sobald nach dem Tode der alten Königin der Prinz von Wales im Januar 1901 als König Eduard VII. den Thron bestieg und bestimmend auf die Politik einzuwirken begann. Im Frühjahr 1903 äußerte er die Absicht, nach Paris zu gehen. Der bereits mehrfach erwähnte Barclay ging daraufhin zu Loubet und stellte ihm die besorgte Frage, ob der Besuch angesichts der öffentlichen Stimmung in Frankreich noch nicht zu früh wäre. Loubet erwidert, ein persönlicher Freund des Königs habe alle Vorbereitungen für den Besuch getroffen, dessen Zustandekommen der König selbst lebhaft wünsche. Er fügte hinzu, er, Loubet, wolle persönlich alle Parteiführer bearbeiten und ihnen klarmachen, daß der König von England für die Ungerechtigkeiten einer Regierung nicht verantwortlich gemacht werden kann. Am 1. Mai trifft König Eduard in Paris ein, und am folgenden Tage fand eine Besprechung statt, die für die englisch-französische Verständigung von großer Bedeutung wurde: es gelang dem König, Loubet und Delcassé für seinen Plan zu gewinnen. Im Juli machte Loubet seinen Gegenbesuch; nach der Rückreise telegraphiert ihm der König: „Es ist mein heißester Wunsch, daß die Annäherung zwischen beiden Ländern von Dauer sein möge." Im selben Monat reisen französische Parlamentarier nach London und hier spricht Chamberlain zum erstenmal das Wort „Entente cordiale" aus. Der bekannte französische Friedensprophet d'Estournelles de Constant beeilte sich, seiner Regierung die Ententepolitik als Schutz gegen Deutschland in einer öffentlichen Eingabe zu empfehlen.

Die erste Aufgabe einer Verständigung bestand darin, alle Reibungen zu beseitigen und alle Hemmnisse zu überwinden, die dem freundschaftlichen Verkehr der beiden Mächte bisher im Wege gelegen hatten. Diese hatten hauptsächlich in den kolonialen Gegensätzen bestanden. Bei allen überseeischen Erwerbungen hatte Frankreich Englands

hindernde Hand gefühlt. Jetzt war der Augenblick gekommen, wo man reinen Tisch machen und sich über die gegenseitigen Ansprüche einigen konnte. Englands Plan, jedem sein Einflußgebiet zu begrenzen und z. B. Marokko gegen Ägypten auszuspielen, tauchte wieder auf.

Die Stellung der Mächte zu dem Sultanat Marokko war durch die Madrider Konvention vom Jahre 1880 geregelt. Darin waren, um das Schutzgenossenschaftsverhältnis zu klären, die Rechte der unter dem Schutz der fremden Mächte stehenden Eingeborenen festgesetzt und allen unterzeichnenden Staaten die Vorteile der meistbegünstigtsten Nation zugestanden. An dem Vertrag waren u. a. Deutschland, Frankreich, England, Spanien, Marokko beteiligt (s. Anhang I).

Für Frankreich spielte Marokko schon lange eine bedeutende Rolle. Jules Ferry hatte Tunis den Schlüssel zum französischen Hause genannt, weil es an die wichtigste französische Kolonie, Algerien, grenzte. In demselben Maße, wie Tunis erobert und in die militärische und wirtschaftliche Kolonisation Frankreichs eingeordnet wurde, übernahm Marokko im Westen die Rolle, die Tunis im Osten gespielt hatte. Frankreich hatte schon im Westen Afrikas Besitzungen, die von Algier durch Marokko getrennt waren. Frankreich mußte also viel daran liegen, die Brücke zu Westafrika zu schlagen und die Hand auf Marokko zu legen. Der Sultan selbst hatte wenig Autorität, mußte sich seine Rechte oft erst gegen widerspenstige Stämme erkämpfen, und so war das Land häufigen Unruhen ausgesetzt. Das mußte seine Grenznachbarn, die Franzosen, oft einladen, ihre Grenze gegen innere Unruhen abzuschließen oder dem Sultan gegen seine Untertanen zu helfen und ihn so zu verpflichten. In mehreren Abkommen aus den Jahren 1901 und 1902, in denen die Notwendigkeit betont wurde, „infolge der Nachbarschaft durch Abmachungen das gegenseitige Verhältnis zu verbessern," verpflichtete sich die französische Regierung, der marokkanischen im Bedarfsfalle ihre Unterstützung zu leihen. Dem Geldbedürfnis des Sultans kam Frankreich mit einer aus französischem Kapital gespeisten Anleihe entgegen. Die Truppen des Sultans wurden durch französische Instruktoren ausgebildet und gegen die Aufständischen kämpfte französische Artillerie (1903). In dieser Stellung gegenüber Marokko fühlte sich Frankreich so sicher, daß es dem ebenfalls an der Durchdringung des Landes beteiligten Spanien eine Teilung vorschlug.

Doch da meldete sich England. Die militärische Beherrschung der marokkanischen Küste durch eine fremde Macht war eine Gefahr für den englischen Mittelmeerposten auf Gibraltar. Um sich dort seine Stellung zu erhalten, mußte es sich ein Mitbestimmungsrecht auf die Verhandlungen sichern. Es kleidete seine Beteiligung in die Form einer Vermittlung zwischen Frankreich und Spanien und benutzte die Gelegenheit, um die angestrebte Verständigung mit Frankreich in die Wege zu leiten. Frankreich und England einigten sich in dem Vertrage vom 8. April 1904. Darauf folgten die Auseinandersetzungen mit Spanien, die durch die Erklärung vom 6. Oktober 1904 beschlossen wurden; in dieser trat Spanien dem Abkommen vom 8. April 1904 bei. Beide Abmachungen waren von geheimen Klauseln begleitet, deren Bestehen zwar bald bekannt wurde, deren Wortlaut aber erst viel später in die Öffentlichkeit drang (s. Anhang I).

Das englisch-französische Abkommen enthielt die Erklärung, daß Frankreich die englische Aktion in Ägypten nicht hindern, England dagegen Frankreich das Recht einräumen werde, über die Ruhe Marokkos zu wachen und der marokkanischen Regierung den etwa erforderlichen Beistand bei der Umgestaltung der Staatsverwaltung, Finanzen und Armee zu leisten.

Die Zeit der allgemeinen Englandbegeisterung war noch nicht da, und es fehlte nicht an kritischen Stimmen. Deschanel, der jetzige Präsident der Republik, meinte damals, England mache ein goldenes Geschäft. Die heftigste Kritik hat wohl Hanotaux geübt, der, einst Minister des Auswärtigen, als Archivar der diplomatischen Urkunden sich reiche Kenntnisse erworben hatte. Er ist zwar als einer der Wortführer und Förderer des russischen Bündnisses bekannt; aber England gegenüber drang seine diplomatische Erfahrung auf Zurückhaltung und Wahrung der freien Entschließung. Er hat die auswärtige Politik Frankreichs in ständigen Aufsätzen glossiert, die er dann später gesammelt herausgab unter dem Tittel „Die Politik des Gleichgewichts" und „Der Balkankrieg". Seiner Meinung nach hatte England folgendes Interesse an dem Marrokkovertrag: Es fürchtete für seine Mittelmeerinteressen und wollte verhindern, daß infolge der Befestigung von Tanger durch irgendeine Macht der strategische Wert von Gibraltar vermindert werde. Deshalb „vermittelte" es zwischen Spanien und Frankreich. Zweitens stärke es Frankreich das Rückgrat in einem vorauszusehenden Konflikt mit Deutschland, in dem England nur gewinnen konnte. Diese Auffassung

des Diplomaten Hanotaux deckt sich übrigens vollkommen mit der Ansicht einiger deutscher Historiker und Politiker. So hebt z. B. auch der erwähnte Marcks die wunderbare Geschicklichkeit der englischen Staatsmänner hervor, immer einen Staat gegen den anderen auszuspielen. Es sollte ja auch nicht lange dauern, bis das ebenfalls in Marokko wirtschaftlich interessierte Deutschland auf den Plan trat.

Vom deutschen Standpunkt ist darauf aufmerksam gemacht worden, daß die beiden Gegenstände, die hier in den Verträgen gleichgesetzt sind, vom internationalen Recht aus verschieden zu beurteilen sind. Ägypten war kein selbständiger Staat mehr; die Verwaltung war englisch, an ihrer Spitze stand ein englischer Resident. Marokkos staatliche Selbständigkeit stand aber immer noch unter dem Schutz der Garantiemächte. Es war also von vornherein klar, daß diese Verträge Frankreich über Marrokko Rechte sicherte, wie sie England über Ägypten besaß; eine Möglichkeit, die auch durch die Erklärung „Frankreich habe nicht die Absicht, den politischen Zustand Marokkos zu ändern" (Art. 2), keineswegs ausgeschlossen wurde. Frankreich begründete seine besondere Stellung in Marokko mit seiner Eigenschaft als Grenzmacht. In dem öffentlichen Abkommen erkannte England aus diesem Grunde es als Aufgabe Frankreichs an, über die Ruhe Marokkos zu wachen und ihm in allen notwendigen Reformen beizustehen (Art. 2). Das Geheimabkommen erweitert aber die Rechte Frankreichs ganz erheblich und spricht sich über seine Absichten schon deutlicher aus. Es setzt den Fall voraus, daß Frankreich eines Tages seine Politik gegenüber Marokko ändern könne (Art. 1) und legt für Änderungen verfassungsmäßiger Art die Genehmigung Englands fest (Art. 2). Die Änderung der Gesetze wäre nach deutscher Auffassung einem Bruch der Madrider Konvention gleichgekommen, eine Verletzung der Souveränität des Sultans gewesen; ein Wort, das im englisch-französischen Vertrage sorgfältig vermieden und durch farblosere Begriffe wie „politischer Zustand" usw. ersetzt worden ist. Weil Frankreich praktisch im Sinne des Geheimabkommens verfuhr, kam es dann im nächsten Jahr zu dem Zusammenstoß mit Deutschland. Der französisch-spanische Geheimvertrag schließlich läßt keinen Zweifel mehr über die Bedeutung der geplanten „Reformen" bestehen (während in dem öffentlichen nur von der Zustimmung Spaniens zu dem englisch-französischen Vertrag die Rede war). Es wird hier der Augenblick, in dem man an die Änderung des

bestehenden Zustandes gehen könne, näher erörtert (Art. 3). Der Augenblick wäre gekommen, wenn die marokkanische Regierung nicht die Macht besäße, Ruhe und Ordnung im eigenen Lande zu sichern, ja bereits schon, wenn irgendein anderer Grund nach Ansicht der drei Mächte die Aufrechterhaltung des Status quo unmöglich mache. Damit wird Frankreich und Spanien ein weiter Spielraum gelassen und angesichts der bekannten geringen Autorität des Sultans der Zeitpunkt des Eingreifens in faßbare Nähe gerückt. Der Gegensatz zu der Madrider Konvention tritt am schärfsten im Artikel 8 hervor: Wenn Spanien oder Frankreich sich zu einem militärischen Vorgehen entschließen, so soll zwar der andere vertragschließende Teil davon benachrichtigt werden, aber es darf in keinem Fall die Hilfe einer fremden Macht angerufen werden; d. h. die anderen Signatarmächte der Madrider Konvention waren auszuschalten. Aus dem Wortlaut der beiden Geheimverträge, so vorsichtig sie gefaßt sind, muß man unbedingt die Überzeugung gewinnen, daß Frankreich sich darauf vorbereitet, ohne Rücksicht auf die in ihnen nicht genannten Mächte seine Hand auf Marokko zu legen. Solche Absicht entspricht dem sich damals kräftig entwickelnden Drang Frankreichs nach kolonialer Ausbreitung, insbesondere auch der unternehmenden Politik Delcassés, der mit allen Mitteln das Übergewicht Frankreichs über Deutschland erstrebte.

Das Jahr 1904 verlief noch friedlich. Eine amtliche Mitteilung von den Verträgen war zwar an die deutsche Regierung nicht ergangen. Einige Tage vor der Unterzeichnung war der deutsche Botschafter an Delcassé mit der Frage herangetreten, ob ein englisch-französischer Vertrag vor dem Abschluß stände. Delcassé hatte erwidert, Frankreich wolle den gegenwärtigen politischen Zustand aufrechterhalten, aber daran arbeiten, ihn zu festigen und zu verbessern; der Grundsatz des freien Handels würde streng gewahrt werden (Weißbuch, S. 4). Vierzehn Tage nach der Unterzeichnung wies Delcassé den französischen Gesandten in Berlin an, er möge die dem deutschen Gesandten gegebenen Versicherungen dem deutschen Staatssekretär wiederholen (Livre jaune, S. 129). Kurz zuvor hatte Bülow im Reichstage erklärt: „Unsere merkantilen Interessen in Marokko müssen und werden wir schützen. Wir haben keinen Grund zu befürchten, daß diese unsere Interessen in Marokko von irgendeiner Macht mißachtet oder verletzt werden könnten." Offenbar begnügte sich Deutschland mit Delcassés Versicherungen.

Frankreich ging zunächst daran, seine wirtschaftliche Stellung in Marokko zu befestigen. Im Juni 1904 unterzeichnete der Sultan ein Kreditabkommen mit einem Konsortium französischer Banken in Höhe von 62½ Millionen Franken. Die Zolleinnahmen dienten als Pfand. Bald aber drückte den Sultan die französische Hilfe. Im Dezember will er sich der französischen Aufsicht etwas entledigen und die Militärmission verabschieden. Auf kräftigen Einspruch Frankreichs unterbleibt der Versuch des Sultans, seine Selbständigkeit zu wahren.

Im Januar 1905 geht der französische Bevollmächtigte Saint-René-Taillandier nach Fez ab, um ihm einen Reformplan zu unterbreiten: Gründung einer Staatsbank unter französischer Leitung, Vergebung der öffentlichen Arbeiten an französische Firmen, Neuorganisierung des marokkanischen Heeres unter französischer Leitung, Reformen der Verwaltung usw. Die Entwicklung beginnt der deutschen Regierung bedenklich zu werden. Die deutschen Interessen schienen ihr durch das Vorgehen Frankreichs gefährdet. Seit 1890 war die Beteiligung Deutschlands am marokkanischen Handel immer lebhafter geworden. Infolge der privaten Tätigkeit deutscher Kaufleute, welche die Gesamtausfuhr von Hamburg in einigen Jahren vervielfachte, war es am 10. Juni 1890 zu einem deutsch-marokkanischen Handelsvertrag gekommen. „Zu diesem Zweck," heißt es darin, „verpflichtet sich ein jeder der Hohen vertragschließenden Teile, den Untertanen des anderen Teiles alle Rechte, Vorteile und Privilegien zuzusichern und zu gewähren, welche seitens des einen wie des anderen Teiles den Angehörigen der meistbegünstigtsten Nation zugestanden sind oder künftig zugestanden werden." Damit konnte die deutsche Ware mit der französischen und englischen, die bisher eine Art Monopol hatten, erfolgreich in Wettbewerb treten. Im Jahre 1903, also kurz vor den englisch-französisch-spanischen Verträgen, hatte der Warenumsatz Marokkos mit den wichtigsten Ausfuhrländern folgenden Wert: England = 45 036 094 Fr., Frankreich = 24 321 035 Fr., Deutschland = 10 522 183 Fr., Spanien = 7 903 076 Fr. usw. Deutschland stand bereits an dritter Stelle. Sah sich der Sultan gezwungen, das französische Reformprojekt anzunehmen, so wäre die Folge davon gewesen, daß Frankreich dem Sultan die nötigen Summen vorschießen mußte. Da die scherifische Regierung außerstande gewesen wäre, die Zinszahlungen einzuhalten, wäre Marokko wirtschaftlich Frankreich in Kürze verfallen.

Aus diesen Erwägungen und aus dem eifersüchtigen Wunsche heraus, sich nirgends in der Welt „auf die Füße treten zu lassen" (Bülow), teilte Anfang Februar 1905 der deutsche Gesandtschaftssekretär in Marokko, von Kühlmann, dem französischen Geschäftsträger mit, die kaiserliche Regierung habe ihm die Mitteilung zugehen lassen, daß sie vom Inhalt des Marokkoabkommens nichts wisse und sich durch sie in keiner Weise für gebunden halte. Der französische Gesandte Bihourd will darüber keine weiteren Erklärungen in Berlin erlangt haben (Livre jaune, S. 198). Marokko merkt, daß es bei Deutschland Unterstützung in seinem Widerstand gegen Frankreich findet, und im Lauf des Februars äußert ein Mitglied der marokkanischen Regierung während eines Gesprächs zum deutschen Konsul: Frankreich maße sich das Mandat Europas an. Die deutsche Diplomatie hielt jetzt den Augenblick für gekommen, gegen den Ausschluß des Reiches durch das Abkommen von 1904 Einspruch zu erheben und „Deutschlands Forderung auf Mitentscheidung der marokkanischen Angelegenheiten vor der Welt anzumelden". Am 31. März 1905 legte Kaiser Wilhelm auf Bülows Rat in Tanger an und begrüßte den Sultan als „freien, unabhängigen Herrscher". Von französischer Seite wurde die schwere Niederlage des russischen Bundesgenossen im Kriege gegen Japan und die dadurch bedingte Schwächung des französischen Ansehens als Beweggrund für den plötzlichen deutschen Vorstoß angesehen. Es ist wahrscheinlicher, daß die deutsche Regierung den Warnungen des deutschen Botschafters in Konstantinopel, Freiherrn von Marschall, Gehör schenkte, der erklärte, man dürfe Marokko nicht preisgeben, um das Vertrauen des Islams nicht zu verlieren. Hatte doch der Kaiser 1898 in Damaskus die Worte gesprochen: „Mögen die dreihundert Millionen Mohammedaner, welche auf der Erde verstreut leben, dessen versichert sein, daß zu allen Zeiten der deutsche Kaiser ihr Freund sein wird." Die Landung in Tanger löst in Frankreich lärmende Erregung aus. Delcassé verteidigt sich in der Kammer, bleibt bei der Behauptung, daß durch die Verträge niemandes Rechte verletzt würden. Der Ministerpräsident Rouvier erklärt sich zu Verhandlungen bereit. Von marokkanisch-deutscher Seite ging ein Vorschlag zur Beschickung einer internationalen Konferenz aus. Delcassé bekämpfte energisch den Gedanken an eine Konferenz. Seine Gründe legte er in einem Ministerrat vom 4. Juni dar, der wegen der Marokkokrise berufen wurde und dessen Verlauf später der „Matin" veröffentlicht hat. Delcassé erklärte dort, er habe von englischer Seite

die vorläufige mündliche Zusicherung erhalten, daß es Frankreich in einem Kriege gegen das angreifende Deutschland durch Beschlagnahme des Kaiser-Wilhelm-Kanals und Besetzung von Schleswig-Holstein mit 100 000 Mann beistehen wolle. Dieses Versprechen sei später mit dem Anerbieten schriftlicher Fixierung erneuert worden. Aus Enthüllungen des „Figaro" ist zu entnehmen, daß England in der Zeit seit Abschluß des französisch-englischen Abkommens über Marokko vom April 1904 bis zum Erscheinen Kaiser Wilhelms in Tanger dreimal in Paris hat anfragen lassen, ob ein abwehrender englisch-französischer Allianzvertrag willkommen sei. Darauf sei keine bestimmte Antwort erfolgt. Als aber das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich kritisch zu werden drohte, hätte der französische Botschafter Cambon in London die Verhandlungen aufgenommen und von Lansdowne die mündliche Zusage der effektiven Unterstützung Englands im Kriegsfalle erlangt, mit dem Bemerken, daß eine schriftliche Abmachung folgen solle, sobald der Kriegsfall gegeben sei. Delcassé hatte also, ohne seine Kollegen ins Vertrauen zu ziehen, eine auf englischen Beistand gegründete Politik getrieben, und seine Hoffnung auf England war so groß, daß er eine Verständigung mit Deutschland mittels einer Konferenz ablehnen zu können glaubte. Der Ministerrat ließ sich aber nicht überzeugen, hielt das persönliche Vorgehen Delcassés eher für eine unnötige Angriffspolitik gegen Deutschland, mit dem man sich lieber auf gütlichem Wege einigen wollte. Das Ministerium opferte zu diesem Zweck Delcassé, was dem Wunsche der deutschen Regierung entsprach.

Nach Delcassés Weggang war der Weg zur Konferenz frei. Frankreich willigt jetzt in den deutschen Vorschlag ein, nachdem die deutsche Regierung sich zu der Erklärung entschließt, sie wolle nicht Frankreichs besondere Lage, sein besonderes Interesse an der Aufrechterhaltung der Ordnung und die bisherigen Vereinbarungen zwischen Marokko, Frankreich, Spanien und England zur Erörterung stellen, noch die Nützlichkeit von Reformen, die auf Grund einer internationalen Verständigung festgesetzt werden sollten. Deutschland sah sich zu dieser Erklärung gezwungen, um die Konferenz durchzusetzen. Dadurch wurden ihm natürlich etwas die Hände gebunden, aber auch Frankreichs Mißtrauen gegen deutsche Sonderpläne gemildert. Am 16. Januar 1906 wurde die Konferenz in Algeciras, an der spanischen Küste, gegenüber Marrokko, eröffnet.

Bevor ich auf die Verhandlungen selbst eingehe, will ich noch einmal die Streitpunkte einander gegenüberstellen:

Nach Auffassung der Deutschen lag 1. ein Verstoß gegen die internationale Madrider Konvention vor, nach der allen Staaten das Recht der meistbegünstigten Nation zustand. Die Konferenz sollte den Zweck haben, die internationale Grundlage der wirtschaftlichen Verhältnisse Marokkos wiederherzustellen. 2. machte man Frankreich den Vorwurf der Tunifizierung, d. h. der allmählichen politisch-militärischen Durchdringung Marokkos. Man fand dafür neben den militärischen Ereignissen an der algerisch-marokkanischen Grenze auch Zeugnisse in den Äußerungen der öffentlichen Meinung. So erwähnt das Weißbuch der deutschen Regierung einen Aufsatz von Alcide Ebray im „Journal des Débats" vom 25. März 1905, in dem es heißt: „In den Augen der Kolonialen wie aller Franzosen, die nicht ausschließlich für das Wohl der Menschheit arbeiten wollen, muß Marokko so etwas wie das Gegenstück von Tunis werden."

Gegen den Vorwurf, die Madrider Konvention verletzt zu haben, machten die Franzosen geltend, daß der in ihrem Artikel 17 festgelegte Begriff der meistbegünstigten Nation sich nur auf das Recht der fremden Mächte, Eingeborene unter ihren Schutz zu nehmen, bezieht, keineswegs aber auf die Gleichberechtigung aller Staaten in den Handelsbeziehungen mit Marokko. Diese Auffassung des Madrider Textes wurde auch von einigen deutschen Staatsrechtslehrern, so z. B. von dem Kieler Professor Niemeyer, geteilt. Zu Punkt 2 der Anschuldigungen gab Frankreich nur die Versicherung ab, daß es keine Annexionspläne auf Marokko habe.

Das waren die Kernpunkte der amtlichen Äußerungen. Die Pressekundgebungen gaben in den meisten Fällen nur die Begleitung dazu ab. Der größte Teil der französischen Presse hatte Delcassés Vorgehen gemißbilligt und sich Rouviers Grundsatz zu eigen gemacht, die Meinungsverschiedenheiten mit Deutschland auf gütlichem Wege zu schlichten. Aber ebensosehr pochte sie auf Frankreichs Vorrecht als Grenzmacht und erwartete von der Konferenz nur die Bekräftigung und Bestätigung der bisherigen französischen Politik. Ein weitergehendes, ganz vorurteilsloses Entgegenkommen zeigte der Sozialist Jaurès, der schon bei der Besprechung einer Marokkointerpellation im November 1904 Verwahrung dagegen eingelegt hatte, daß die englisch-französische Annäherung sich mittelbar oder unmittelbar gegen eine fremde Macht richte, und immer wieder auf dem Posten war, wenn es galt, für Völkerfrieden und -versöhnung einzutreten und vor Kriegsgefahren zu warnen. Er ist ja auch schließlich als

Vorkämpfer für eine deutsch-französische Annäherung in aufgeregter Zeit gefallen. Sein Blatt „L'Humanité" war die einzige Zeitung, die sich nicht auf das Übergewicht Frankreichs in Marokko versteifte und eine internationale Regelung befürwortete.

Fast die ganze deutsche Presse vertrat den Regierungsstandpunkt: Deutschland könne Marokkos wegen keinen Krieg anfangen, es habe aber dort unten wesentliche wirtschaftliche Interessen, um die man sich durch Frankreich nicht bringen lassen wollte. Die sozialdemokratischen Zeitungen enthielten sich fast aller Randbemerkungen. Am lautesten gebärdeten sich die Alldeutschen: Die Deutschen seien bei einer Auseinandersetzung der Mächte über Marokko in erster Reihe berufen, Ansprüche anzumelden und durchzusetzen. Wir hätten auf den Besitz Marokkos ebenso große Ansprüche wie Frankreich. Die Deutschen müßten die ganze atlantische Küste und das Hinterland haben wegen ihres großen Geburtenüberschusses, „kraft des sittlichen Rechts der Notwendigkeit, die am letzten Ende allein der richtige Maßstab im Völkerleben ist und bleiben wird" (Claß, Marokko verloren?). „Wir sind von des Hammergotts Geschlecht und es ziemt uns, mit dem Hammer Land zu erwerben. Lange zu bei der Aufteilung Marokkos!" (Graf von Pfeil, Warum brauchen wir Marokko?).

Auf das große Publikum hat die ganze Marokkoangelegenheit — vom Beginn der Krise abgesehen — keinen gewaltigen Eindruck gemacht. Die Masse begriff nicht, warum es wegen Marokko zum Kriege kommen könne; das war zu hohe Politik für sie. (Man erinnere sich des Gedichts „An das Volk" von Ludwig Thoma im „Simplizissimus".) Sie hatte auch kein Verständnis für das Vorgehen des Reichskanzlers gegen Jean Jaurès, der doch seit der Erstarkung der französischen Weltpolitik immer vor einer feindseligen Haltung gegen Deutschland gewarnt hatte; er verbot diesem, in einer politischen Versammlung in Berlin für den Frieden das Wort zu ergreifen.

So war der Eröffnungstag der Konferenz gekommen. Die deutschen Vertreter suchten sie in der Absicht auf, Polizei und Militär in Marokko möglichst zu internationalisieren, das Übergewicht Frankreichs wieder auszugleichen und sich vollständige wirtschaftliche Gleichberechtigung zu sichern. Die Franzosen glaubten infolge der alldeutschen Propaganda deutsche Annexionspläne abwehren zu müssen. Sie waren fest entschlossen, Frankreichs Sonderstellung als Nachbar Marokkos und seinen bereits errungenen Einfluß nicht antasten zu lassen.

Bei der Fühlungnahme der Diplomaten untereinander stellte sich bald heraus, daß der deutsche Plan, Marokkos Verwaltung zu internationalisieren, nicht genügend Anhänger fand. Frankreichs Auffassung fand selbstverständlich Unterstützung bei seinen Vertragsfreunden England und Spanien und bei seinem Bundesgenossen Rußland. Aber auch Italien, dessen Annäherung an Frankreich wir bereits an anderer Stelle festgestellt haben, und die Vereinigten Staaten sahen Frankreichs Vormachtstellung in Marokko als etwas geschichtlich und geographisch Gegebenes an, und der deutschen Diplomatie gelang es weder in Algeciras noch bei den Regierungen der einzelnen Mächte, einen anderen auf seine Seite zu ziehen als seinen Bundesgenossen Österreich-Ungarn. Bei einer Abstimmung über die Frage, ob die Polizei- oder die Bankorganisation den Vorrang bei der Beratung haben sollte, ergab sich folgende Gruppierung: Deutschland, Österreich, Marokko einerseits, Frankreich, England, Spanien, Amerika, Portugal, Holland andererseits. Schließlich wurde Österreich vorgeschickt, um mit einem Vermittlungsvorschlag den Rückzug Deutschlands zu decken. Der Versuch endete mit einem Kompromiß, in dem von den deutschen Internationalisierungsplänen fast nichts mehr übrig blieb.

Es hat keinen Wert, auf die Einzelheiten der Verhandlungen und der Beschlüsse einzugehen, die für die Folgezeit doch von keiner großen Bedeutung waren. Es soll hier die Konferenz nur in die Entwicklung der europäischen Politik eingeordnet werden. Ihr tatsächliches Ergebnis gemäß dem Inhalt der Algecirasakte ist in den Hauptpunkten folgendes (s. Anhang I):

1. Schaffung einer französisch-spanischen Polizeitruppe mit internationaler Spitze;
2. Gründung einer Staatsbank unter finanzieller Beteiligung der europäischen Mächte;
3. Bestimmungen über Unterdrückung des Waffenschmuggels;
4. Ausbau des Zollwesens und Regelung der Vergebung öffentlicher Arbeiten.

Im großen und ganzen hatte Frankreich, unterstützt von der Mehrheit der anderen Mächte, den deutschen Versuchen auf Internationalisierung die Stange gehalten und hatte nur in der Bankfrage einige Zugeständnisse gemacht. Noch weniger hatte Deutschland auf diplomatischem Gebiete Erfolge erreicht: Frankreichs Freundschaft mit England und Rußland hatte eine Probe überstanden und ging

gestärkt aus der gemeinsamen Arbeit hervor. Italien hatte auf der Konferenz gezeigt, daß es sich selbständig machen und es nicht bloß bei einer „Extratour" bewenden lassen wollte. Deutschland war zwar mit dem Grundsatz der „offenen Tür" durchgedrungen; aber es ging isolierter als je aus der Konferenz hervor, noch dazu mit dem Odium des Friedensstörers. Frankreich hatte, trotz des Ausgleichs, zu dem es durch die Algecirasakte gezwungen war, einen diplomatischen Sieg errungen; die Entente cordiale hatte sich fester geknüpft und weitere Kreise gezogen. Die Pariser Presse war über den Ausgang der Konferenz, die am 7. April 1906 ihr Ende erreichte, ganz befriedigt; man fühlte sich dem ehemaligen Sieger ebenbürtig, wenn nicht überlegen. Am richtigsten hat wohl die „Nowoje Wremja" den Erfolg der Konferenz als „einen fünfjährigen Waffenstillstand" beurteilt. Der Weltkrieg, der durch einen grundsätzlichen Konflikt in gefährliche Nähe gerückt schien, war zunächst vertagt. Die Marokkofrage war ebensowenig wie der Gegensatz zwischen den einzelnen Mächtegruppen aus der Welt geschafft.

Zahlreiche beunruhigende Zwischenfälle bewiesen, daß die Kompromißakte von Algeciras nur einen Waffenstillstand darstellten. Als infolge marokkanischer Unruhen in Marokko einige Franzosen ums Leben kamen, beschossen die Franzosen Casablanca, eine Maßregel, die man in Deutschland als ein unnötiges militärisches Vorgehen scharf tadelte. Thronstreitigkeiten, die schließlich die Anerkennung des siegreichen Muley Hafid nötig machten, fanden Deutschland und Frankreich in voller Uneinigkeit. Im September 1908 versuchten sechs Soldaten der französischen Fremdenlegion, darunter drei Deutsche, im Hafen von Casablanca zu entlaufen. Französische Offiziere verhafteten sie und brachten sie trotz des Einspruchs und des tätlichen Widerstandes deutscher Konsulatsbeamten zu ihrem Truppenteil zurück, wo sie eingesperrt wurden. Die deutsche Regierung protestiert wegen Verletzung ihrer Konsulatsrechte; die französische bestreitet den deutschen Rechtsstandpunkt. Den ganzen Oktober über ziehen sich die Verhandlungen hin, ohne daß beide Teile einander näherkommen. Deutschland verlangt die Freilassung der deutschen Deserteure, eine Forderung, die diesmal fast vom gesamten deutschen Publikum unterstützt wird, das immer gegen die Fremdenlegion feindlich gestimmt war. Die Lage war so ernst, daß der deutsche Botschafter durchblicken ließ, wenn die deutschen Forderungen unerfüllt blieben, bestände die Gefahr eines Abbruchs der diplomatischen

Beziehungen. Vor der Rücksichtslosigkeit des Ministerpräsidenten Clémenceau wich aber alsbald die deutsche Regierung zurück, und die Schlichtung des Streites wurde schließlich dem Schiedsgerichtshof im Haag übertragen, der beide Regierungen zu gegenseitigen Entschuldigungen bewog.

Man darf, um das Andauern der deutsch-französischen Spannung zu erklären, nicht die englischen Einflüsse vergessen, die seit Eduards VII. Thronbesteigung die Franzosen zu einer deutschfeindlichen Politik zu verleiten suchten. Im März 1906 war der König inkognito nach Paris gekommen, hatte hier eine Zusammenkunft mit dem Präsidenten der Republik, Fallières, und dem Ministerpräsidenten Rouvier und ließ in deutlicher Absicht dem gestürzten Delcassé eine Einladung in die englische Botschaft zukommen. Am 7. März schrieb der „Eclair": „Der König kam wieder mal als Versucher, um das Herz der Republik zu versuchen, um ihren Staatsmännern den Pakt anzubieten, den Delcassé im Frühjahr 1905 schon angenommen hatte, der aber in dessen ungeschickten Händen so arg seinen Zweck verfehlte." Der belgische Gesandte Leghait schrieb damals aus Paris nach Brüssel: „Bei den Franzosen ist die Kundgebung lau aufgenommen worden, da man sich durch sie wider Willen in die englische Politik hineingezogen fühlt, deren Folgen man fürchtet und die man durch Bloßstellung Delcassés gemißbilligt hat" (Belgische Aktenstücke, Nr. 16). Über die Haltung Englands während der Algeciraskonferenz urteilt der belgische Baron Greindl in einem Bericht an seine Regierung: „Die englische Presse hat alles Erdenkliche getan, um zu verhindern, daß die Konferenz von Algeciras zum Ziele führe ... Augenscheinlich hat der englische Botschafter in Algeciras nicht die geringsten Anstrengungen gemacht, um eine für Deutschland und Frankreich gleich annehmbare Lösung zu finden" (B. A., Nr. 17).

Das Jahr 1907 zeigt aber bereits eine deutliche Wandlung der französischen Stimmung. Das amtliche Frankreich hielt sich von einer herausfordernden Politik gegen Deutschland fern. Doch als mit Hilfe französischer Vermittlung durch den Vertrag von 1907 betreffend das Interessengebiet in Afghanistan, Persien und Tibet der Gegensatz England-Rußland beseitigt schien (eine Möglichkeit, an die deutsche Diplomaten nicht geglaubt hatten), da fingen viele Franzosen an, sich an der Einkreisungspolitik zu berauschen, die ihnen die Verwirklichung der Vergeltung versprach. Die Worte, die der Imperialist Delafosse schon 1903 in der Kammer ausgesprochen hatte,

fanden jetzt ein Echo: „Ein Dreibund zwischen Frankreich, England und Rußland würde die Weltherrschaft bedeuten." Der Same, den König Eduard gesät hatte, ging auf. Um seine französischen Mithelfer scharten sich immer mehr Anhänger. Delcassé feierte Triumphe. „Seine Rede hat auf mich einen peinlichen Eindruck gemacht," schreibt der Baron Greindl; „aber nicht etwa deshalb, weil Delcassé nach dreijährigem Schweigen seine eigene Politik lobte, sondern wegen des großen Beifalls, den er dabei fand ... Die Abgeordneten, die ihm jetzt Beifall gespendet haben, sind dieselben, die ihn vor drei Jahren fallen ließen, weil sie ihn für unbesonnen hielten." Deschanel, der vor gar nicht langer Zeit vor England gewarnt hatte, wies auf die Notwendigkeit hin, daß Frankreich seine Bündnisse und Ententen verstärken müsse. Die Hand, die England dargeboten hatte, ergriff man jetzt kräftiger und lebhafter als ihm vielleicht lieb war. England wollte Frankreichs alten Groll gegen Deutschland ausnutzen, selbst aber als stiller Leiter des Spiels im Hintergrund bleiben. Die Franzosen haben zuerst das Wort „Bündnis" in den Mund genommen, das die englischen Staatsmänner als zu sehr verpflichtend wohlweislich vermieden hatten. „Für das sentimentale Frankreich," sagt Hanotaux, „war die Entente cordiale eine Kameradschaft, eine zärtliche und vertrauliche Freundschaft, für das positive England war sie ein Geschäft." Frankreich verglich die Festigkeit und die militärischen Hilfsquellen des Dreibundes mit denen der Entente und fand, daß die Machtverteilung gut sei, daß man aber auf die sichere Hilfe des Freundes rechnen müsse, um Paris zu schützen. Man erwartete von England die Änderung seiner Heeresorganisation. „Ein französisch-englisches Bündnis würde für Frankreich in militärischer Hinsicht nur äußerst geringfügigen Nutzen haben," sagte der „Temps" am 26. Mai 1908, „es wäre indessen ganz anders, wenn das englische Heer nicht nur in der Organisation, sondern auch in der Rekrutierung gründlich umgestaltet und eines tatkräftigen Krieges auf dem Festlande fähig wäre." Die Vorsichtigen erinnerten an das Schicksal Napoleons, der, ohne schriftliche Abmachungen in Händen zu haben, 1870 auf Österreich gehofft hatte und sich in ihm getäuscht sah. Die englischen Zeitungen gaben offen zu erkennen, daß England die Umwandlung der Entente in ein festes Bündnis nicht wünsche. Dagegen blieben die Mahnungen nach größerer militärischer Hilfe nicht ohne Erfolg. Im November 1908 nahm das englische Oberhaus den von Feldmarschall Roberts eingebrachten Antrag an, in dem unter Be-

rufung auf die von Deutschland her drohende Invasionsgefahr die Schaffung eines Heeres von einer Million Köpfen gefordert wurde.

Das Verhältnis zu England, das auf der Gegnerschaft zu Deutschland begründet war, mußte hemmend auf das Einvernehmen zu diesem Staate wirken. Wir haben oben gesehen, daß Konfliktstoffe vorhanden waren. Ein verhältnismäßig unbedeutendes Ereignis konnte leicht den Abbruch der diplomatischen Beziehungen und die schwersten Folgen für beide Völker nach sich ziehen. Wir müssen feststellen, daß beide Regierungen, die französische sowohl wie die deutsche, bestrebt waren, den Frieden, der an einem so zarten Faden hing, zu hüten. Eine Besserung der diplomatischen Beziehungen war nur möglich, wenn einerseits Deutschland Frankreichs politische Vormacht in Marokko uneingeschränkt anerkannte. Das vertrug sich ganz gut mit den Zielen der deutschen Politik; hatte doch Fürst Bülow am 5. April 1906 im Reichstag kurz vor Schluß der Algeciras-Konferenz eingestanden: „Wir haben in Marokko keine direkten politischen Interessen, wir haben dort keine politischen Aspirationen. Wir haben keine, mit großen Opfern erworbenen historischen oder militärischen Rechte wie diese beiden europäischen Kulturländer" (Frankreich und Spanien). Andererseits durfte Frankreich dem wirtschaftlichen Ausdehnungsdrang Deutschlands, der der Vermehrung seiner Bevölkerung und seiner industriellen Entwicklung entsprach, in Marokko keine Hindernisse in den Weg legen. Die ungenügende und keine von beiden Teilen befriedigende Fassung der Algecirasakte mußte nach dieser Richtung genauer erklärt werden. Deutschland mußte auch bei der durch die Einverleibung Bosniens (Oktober 1908) herbeigeführten Orientkrise und zur Ausführung der Bagdadbahnpläne an der Zustimmung Frankreichs gelegen sein. Dieser angedeutete Weg wurde von beiden Regierungen in einer Vereinbarung beschritten, die am 8. Februar 1909 in Berlin unterzeichnet wurde und folgenden Inhalt hat: Es erklären die Regierung der französischen Republik in voller Hingabe an die Integrität und die Unabhängigkeit des Scherifischen Reichs und in dem Entschlusse, dort die wirtschaftliche Gleichheit zu erhalten und infolgedessen die kaufmännischen und industriellen Interessen Deutschlands dort nicht zu beeinträchtigen, und die deutsche Reichsregierung, da sie in Marrokko nur wirtschaftliche Interessen verfolgt und andererseits anerkennt, daß die besonderen politischen Interessen Frankreichs dort auch mit der Festigung der Ordnung und des Friedens im Innern verbunden sind

und diese Interessen nicht zu beeinträchtigen entschlossen ist: daß sie keinerlei Maßregeln verfolgen oder fördern werden, die geeignet wären, zu ihren Gunsten oder zugunsten einer anderen Macht ein wirtschaftliches Vorzugsrecht zu schaffen, und daß sie trachten werden, ihre Staatsangehörigen in den Geschäften, deren Ausführung ihnen übertragen werden könnte, zu gemeinschaftlichem Vorgehen zu verbinden.

Die Zugeständnisse Deutschlands, die mit Rücksicht auf die Alldeutschen nicht klar als Verzicht auf die politische Gestaltung Marokkos ausgesprochen waren, erfuhren eine noch deutlichere Fassung in einem Brief, der zwischen Cambon, dem französischen Botschafter in Berlin, und dem Auswärtigen Amt gewechselt wurde. Nach dem „Écho de Paris" vom 8. Dezember 1911 hatte er folgenden Sinn: die Folge der Vereinbarung sei das politische Desinteressement Deutschlands in Marokko; bei der Verknüpfung der wirtschaftlichen Interessen beider Länder sollte soviel wie möglich darauf Rücksicht genommen werden, daß die französischen Interessen in Marokko den deutschen überlegen wären. Das Abkommen in Verbindung mit dem genannten Brief hatte die Bedeutung, daß zunächst das Streitobjekt Marokko ausgeschaltet werden konnte. Dann war zum erstenmal nach dem Frankfurter Frieden zwischen beiden Mächten ein Wirtschaftsabkommen geschlossen worden. Damit war natürlich die durch den Frankfurter Frieden geschaffene Gegensatz keineswegs beseitigt. Aber es war die Möglichkeit bewiesen, von Fall zu Fall zu einer Verständigung zu gelangen und das gegenseitige Verhältnis friedfertig zu gestalten.

Es scheint allerdings, als ob die französische Regierung es mit der Verwirklichung der deutsch-französischen Wirtschaftseinheit in Marokko nicht sehr eilig hatte. Das Ergebnis der Besprechungen im März 1909 in Berlin zwischen Guiot, dem französischen Bevollmächtigten, und Erckert, dem Dezernenten für Marokko in der Reichskanzlei, entstanden Leitsätze, die der französischen Regierung übergeben wurden, von dieser aber erst im Oktober in etwas verlegener und lauer Form beantwortet wurden. Pichon, der französische Minister des Auswärtigen, war in seiner Antwort dem Vorschlag eines deutsch-französischen Monopols, der in den Leitsätzen steckte, sichtbar aus dem Wege gegangen. Trotzdem kam es in Ausführung der Verabredungen im Frühjahr und Sommer 1910 zur Gründung von verschiedenen kolonialen Ertragsgesellschaften, in denen die

deutschen und französischen Anteile die anderen überwogen und sich zueinander wie 1 zu 2 verhielten.

Aber alle diese Fälle sind leider schließlich nur Theorie geblieben. Der ganze Traum eines deutsch-französischen Konsortiums zerrann in nichts, kaum daß er begonnen. Die Gründe sind verschiedener Art.

Die französische Regierung hatte die Verpflichtung übernommen, die Konzession der Genehmigung des Parlaments zu unterbreiten. Die Rechte widersetzte sich dem Gedanken einer Verbindung von deutschen und französischen Interessen aus nationalen Gründen. Sie lehnten sie ab als den Beginn einer Politik der Verständigung zwischen „Dieb und Bestohlenen" und des Verzichts auf die Revision des Frankfurter Friedens ab. Die Freihändler verfolgten den Plan aus grundsätzlicher Feindschaft gegen jede Konzession. Da ferner die Einzelheiten der Verhandlungen nicht in die breite Öffentlichkeit drangen und man dabei von einer Entschädigung an eine durch die neue Konzession in ihrem Bestehen gefährdete Gesellschaft gehört hatte, witterte man gleich wieder eine parlamentarische Korruption à la Panama. Das reizte auch die Linke gegen die Regierungsvorlage. Inwieweit englische und anglophile Einflüsse auf die Stimmung des Parlaments eingewirkt haben, läßt sich im einzelnen nicht feststellen; sie sind aber zweifellos vorhanden gewesen, wie wir aus den belgischen Aktenstücken entnehmen können. Der ganze parlamentarische Mechanismus war außerdem für die Behandlung von Handelsgeschäften viel zu schwerfällig und konnte der an schnelle Entschlüsse gewöhnten deutschen Industrie in keiner Weise genügen. Die Vorlage blieb in den Ausschüssen stecken. Die Regierung selbst scheute sich, wie wir gesehen haben, vor den Folgen ihres eigenen Abkommens und unterließ es, die Geschäfte der gegründeten Gesellschaften zu unterstützen. Der häufige Kabinettswechsel tat das seine, um den Plan zum Scheitern zu bringen.

Es ist keine Frage, daß Frankreich durch die Überführung wirtschaftlicher Verhandlungen auf das politisch-parlamentarische Geleis für den Mißerfolg verantwortlich gemacht werden muß. Die deutsche Presse, die in der Verschleppung vielfach eine böse Absicht sah, war verstimmt und entrüstet. Man konnte auch bemerken, daß die deutsche Regierung von dem Augenblick an, wo die zweideutige Unschlüssigkeit Frankreichs offenbar wurde, die politische Durchdringung Marokkos durch die Franzosen mit größerer Zurückhaltung und ständigem Hinweis auf die durch die Algecirasakte gezogenen Grenzen begleitete.

Im April war die Gegend um Fez herum in Aufruhr, Fez selbst wurde im Laufe eines militärischen Eingreifens zur Unterstützung scherifischer Truppen von den Franzosen besetzt. Der Zug nach Fez konnte schließlich eine dauernde Besetzung der Hauptstadt durch französische Truppen und damit eine Verletzung der Unabhängigkeit des Sultans und der Algecirasakte nach sich ziehen. Wäre die deutsch-französische Gemeinschaft in die Tat umgesetzt worden, hätte sich Deutschland wahrscheinlich auf freundschaftlichem Wege mit der Besetzung abgefunden. So aber nahmen Kiderlen-Wächter und die deutsche Presse eine abwartende, doch warnende Haltung ein und erörterten die Möglichkeit, daß die Algecirasakte brüchig werden und Deutschland wieder freie Hand bekommen könnte.

Zuvor ging ein neuer Versuch zu wirtschaftlicher Verständigung von Deutschland aus. Freiherr von Lancken von der deutschen Gesandtschaft in Paris trat im April 1911 an den Finanzminister Caillaux mit dem Vorschlag eines Eisenbahnbaues von der deutschen Kamerunküste durch das französische Kongogebiet heran. Dadurch hätte das eingeschlossene französische Hinterland eine bessere Verbindung und eine bequeme Ausfuhrstraße für seine Erzeugnisse, und Deutschland den Vorteil erhalten, daß der Handelsweg über sein Gebiet ging. Die französische Regierung nahm den Plan wiederum auf und übertrug der französischen Kongo-Schiffahrts-Gesellschaft die geschäftlichen Verhandlungen. Die Einigung war an sich nicht schwer. Man arbeitete ein Projekt aus, nach dem französisches und deutsches Kapital zu je 50 Prozent beteiligt sein sollte. Aber auch hier drang man nicht zum Schluß und zur praktischen Ausführung vor. „Im ganzen genommen, scheint die Angelegenheit von der Regierung zwar korrekt, aber oberflächlich und mit wechselnder Stellungnahme geführt worden zu sein, die von dem Mangel an Stetigkeit Zeugnis ablegt," urteilt Tardieu (Le mystère d'Agadir, S. 359). Die deutsch-französische Annäherung war um eine Hoffnung ärmer.

In Deutschland hatte man angesichts des Ausbleibens jedes praktischen Erfolges des Abkommens von 1909 das Vertrauen zu Frankreichs gutem Willen verloren. Diese Entwicklung war um so verhängnisvoller, als Frankreich infolge der Ereignisse in Marokko sich zu kräftigem militärischen Vorgehen entschloß, das nicht mehr im Rahmen der Algecirasakte blieb. Auf der einen Seite völliges Versagen der 1909 neu begonnenen Marokkopolitik, auf der anderen das französische Militär in Fez, im Herzen Marokkos. Schon ertönte

die Posaune der Alldeutschen wieder lauter, die nach einem Stück Marokkos riefen. Die deutsche Regierung nahm die Versicherungen der französischen Diplomatie, die Truppen würden sich, sobald Ruhe eingetreten sei, wieder zurückziehen, kühl und zweifelnd auf; denn die Nachrichten des deutschen Konsulats schilderten die Lage in Marokko durchaus nicht so bedrohlich wie die amtlichen französischen, und die spanische Regierung, durch Frankreichs Vorgehen ermutigt, zog für sich Folgerungen und zeigte Neigung, die seiner Aufsicht übertragene Zone ebenfalls zu besetzen. In Deutschland war man überzeugt, daß die Algecirasakte abgetan seien und durch etwas Neues ersetzt werden mußten. Der Botschafter Cambon besuchte am 22. Juni den Staatssekretär Kiderlen-Wächter. Dieser gab sich zurückhaltend. Beide waren darin einig, daß man nicht zum Ziele käme, wenn Marokko allein im Spiele wäre; man müsse anderswo suchen. „Bringen Sie uns etwas aus Paris mit!" hatte Kiderlen gesagt.

Cambon berichtete in Paris über seine Eindrücke. Die Regierung war in Frankreich gerade wieder mal in der Umbildung begriffen. Und kaum war das neue Kabinett Caillaux drei Tage im Amt, da zeigte — am 1. Juli 1911 — der deutsche Botschafter ihm an, daß Deutschland das Kanonenboot „Panther" zum Schutz der deutschen Interessen nach Agadir gesandt habe. Gleichzeitig überreichte er ihm eine Note, die auch an sämtliche Unterzeichner der Algecirasakte ging und in der betont wurde, daß es sich hierbei um eine reine Vorsichtsmaßregel der deutschen Regierung handle. Der Botschafter fügte mündlich hinzu, durch die Macht der Ereignisse seien die Akte praktisch nichtig geworden; es handle sich jetzt darum, einen neuen gemeinsamen Boden zu finden; die deutsche Regierung würde jede Art Vorschlag wohlwollend prüfen.

Die Forderungen der Alldeutschen gingen zwar auf jenen Teil Marokkos, an dessen Küste der „Panther" gelandet war. Die Absichten der deutschen Regierung waren aber offenbar nicht dieselben, wie aus den Artikeln der amtlichen Presse hervorging. Der „Panther" sollte nur einen Druck auf Frankreich ausüben, überhaupt neue ernsthafte Verhandlungen aufzunehmen, um das im Abkommen von 1909 gewährleistete Desinteressement Deutschlands nach dem Scheitern des wirtschaftlichen Ausgleichs zu vergüten. Diese Ansicht wurde durch die genauere Erklärung des deutschen Botschafters bestätigt: Deutschland habe keine territorialen Absichten auf Marokko, es sehe im Kongogebiet einen Boden für Verhandlungen.

Bei den Besprechungen zwischen Kiderlen und Cambon schälte man den Kern des deutschen Plans immer klarer heraus: Deutschland wollte einen Zugang zum Kongo. Vier Monate dauerte es, ehe man zu einer Einigung gelangte. Zuerst erreichte Frankreich Deutschlands Einwilligung in das Protektorat Marokkos. Dann wurde der Umfang des französischen Kongogebiets festgesetzt, dessen Abtretung an die Stelle des 1909 geplanten Konsortiums treten sollte.

Der Inhalt der am 4. November unterzeichneten Abkommen, betreffend Marokko und die beiderseitigen Besitzungen in Äquatorialafrika (s. Anhang I), ist folgender:

Deutschland verfolgt nur wirtschaftliche Interessen in Marokko. Frankreich erhält dort volle Aktionsfreiheit, kann seine Kontrolle weiter ausdehnen und, wenn es die Ordnung des Landes erfordert, weiteres Gebiet besetzen, muß aber an dem Grundsatz der Handelsfreiheit in Marokko festhalten und darf bei der Festsetzung von Zöllen, Steuern usw. keine ungleichmäßige Behandlung zulassen. Die öffentlichen Arbeiten und Lieferungen sollen auf dem Submissionswege vergeben werden. Als Kompensation für die Schutzrechte, die Frankreich bezüglich des Scherifenreichs zuerkannt werden, wird ein Gebietsaustausch in Äquatorialafrika zugunsten Deutschlands vorgenommen.

In einem Ergänzungsabkommen vom 10. November wurde dann noch festgelegt: „Für den Fall, daß die französische Regierung die Übernahme des Protektorats über Marokko für erforderlich halten sollte, werden seitens der deutschen Regierung dem keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden." „Um aber," heißt es dann dort hoffnungsvoll weiter, „dem neuen Marokkoabkommen den Charakter eines Staatsaktes zu verleihen, der bestimmt ist, nicht nur alle Streitpunkte zwischen Deutschland und Frankreich zu beseitigen, sondern auch die beiderseitigen guten Beziehungen zu fördern, sind beide Mächte übereingekommen, alle Meinungsverschiedenheiten, die sich zwischen den vertragschließenden Parteien über Auslegung und Anwendung des Abkommens vom 4. November 1911 ergeben könnten und sich nicht auf diplomatischem Wege regeln lassen, einem Schiedsgericht zu unterbreiten, das nach Maßgabe der Bestimmungen der Haager Konvention vom 18. Oktober 1907 zu bilden ist."

Dieser neue Marokkovertrag fand im französischen Publikum eine sehr geteilte Aufnahme. Viele waren der Meinung, Frankreich habe das Protektorat zu teuer erkauft. „Man hätte zum tatsächlichen

Protektorat schneller gelangen können," sagte Jenouvrier im Senat, „wenn man in Paris die Marokkofrage als eine algerische und nicht als eine europäische Angelegenheit betrachtet hätte, und wenn wir, gestützt auf diese algerische Basis, unter militärischer Deckung, unsere Interessen schützend, vorgegangen wären." Auch der mehr aus dem nationalen Gefühl als aus dem nationalen Interesse entsprungene Vorwurf, mit französischem Boden gehandelt, das afrikanische Kolonialreich, an dessen Eroberung sich die Erinnerung an so viele berühmte französische Forscher knüpfe, zerstückelt zu haben, wurde der Regierung gemacht. Bezeichnend für die Erwartungen, die man immer mehr auf die englische Hilfe setzte, sind die bitteren Presseäußerungen, die an England gerichtet wurden. Man hatte eine deutliche Stellungnahme bei den Verhandlungen mit Deutschland erwartet. Die ärgerliche Stimmung, die der für viele unbefriedigende Vertrag vom 4. November hinterlassen hatte, machte sich in dem Sturz des Kabinetts Caillaux Luft. Caillaux war die Wege seines Vorgängers Rouvier gegangen. Er war überzeugt, daß Englands angebotene Freundschaft keine uneigennützige war und daß es gefährlich ist, sich ihm in die Arme zu werfen. Um Frankreichs Selbständigkeit gegenüber England zu wahren, hielt er es für das beste, sich mit Deutschland auf friedlichem Wege zu verständigen. „Die vernünftigste Politik sei die Rouviers gewesen, der ein Bündnis mit Deutschland empfahl," hat er bei seiner Verteidigung im März 1920 gesagt. Mit solchen Plänen mußte er auf die täglich wachsende Zahl der Imperialisten und Englandfreunde anstößig wirken. Im Senat machte ihm Clémenceau, der einst wie Delcassé persönlich von Eduard VII. gewonnen worden war, den Prozeß, weil er angeblich hinter dem Rücken seines Außenministers de Selves auf eigene Faust Verhandlungen mit Deutschland geführt hatte. Der Sturz des Kabinetts Caillaux kam dem Aufgeben einer deutschfreundlichen Politik durch das Parlament gleich und war ein Auftakt zum großen Krieg.

Mit dem Sturze Caillaux' nahm auch die persönliche Politik des deutschen Kaisers gegenüber den Franzosen, wenigstens amtlich, ein Ende. Der Kaiser hat gewiß oft mit dem Säbel gerasselt, aber er hat auch ungefähr zwanzig Jahre seiner Regierung seine gewinnende Liebenswürdigkeit in den Dienst der äußeren Politik gestellt, um eine Deutschland freundliche Stimmung in Frankreich herzustellen. 1890, gelegentlich der Arbeiterkonferenz, genießt der französische Delegierte Jules Simon häufig seinen persönlichen Umgang. Am 14. De-

zember 1891 spricht der Kaiser vom „ritterlichen Feind", am 2. Dezember 1892 von den „tapferen französischen Soldaten, die mit dem Mute der Verzweiflung für ihre Lorbeeren, ihre Vergangenheit und ihren Kaiser gekämpft haben". Unter dem Eindruck der Ermordung des Präsidenten Carnot befiehlt er die Freilassung zweier wegen Spionage verhafteter französischer Marineoffiziere. Mit Beileid wird nicht gespart; beim Tode Mac-Mahons, des Marschalls Canrobert, Jules Simons, Felix Faures, beim Basarbrand am 4. Mai 1897, beim Untergang der „Bourgogne" 1898, beim Ausbruch des Mont Pelée auf Martinique, beim Grubenunglück 1904, überall beeilt er sich, sein Mitgefühl der französischen Regierung zu übermitteln. In manchen Fällen kann man sogar von Anbiederungsversuchen sprechen. So, wenn er ohne Einladung das französische Schulschiff „Iphigenie" in den norwegischen Gewässern besucht und als „Seemann und Kamerad" an den Präsidenten Loubet ein Telegramm schickt. Ein unangenehmes Nachspiel hatte der Besuch der Kaiserin Friedrich in Paris. Gelegentlich der internationalen Kunstausstellung in Berlin 1891 war die französische Regierung zur Teilnahme aufgefordert worden. Sie lehnte höflich ab. Doch wurden persönlich einige französische Künstler für den Gedanken gewonnen. Einige Wochen später fuhr die Kaiserin Friedrich inkognito nach Paris, stieg aber in der deutschen Botschaft ab. Den Franzosen, die von ihrem Besuch keineswegs entzückt waren, wurden unnötig alte Wunden aufgerissen. Die nationalistische Presse, bereit, jeden Anlaß zu ergreifen, um die Revanchestimmung zu schüren, begann gegen die Spazierfahrten der Kaiserin zu wettern und die öffentliche Meinung gegen sie aufzuhetzen. Die Folge war, daß die französischen Künstler ihre schon erteilte Einwilligung zurückzogen und die Kaiserin wieder abfahren mußte. Bei allen seinen Kundgebungen war der Kaiser von dem falschen Gedanken ausgegangen, er könne durch persönliche Zuvorkommenheit und gewollte Ahnungslosigkeit die durch den Frankfurter Frieden in den Franzosen erweckte Verbitterung hinwegzaubern. Ein schwerer völkerpsychologischer Irrtum, der mit einem vollen politischen Mißerfolg endete. Der Kaiser vermochte wohl einzelne Franzosen durch den Reiz seiner Persönlichkeit zu gewinnen, für die Masse des Volkes blieb er der Mann, der die Worte vom „trockenen Pulver" und vom „korsischen Eroberer" gesprochen hatte. Noch weniger Glück hatte er, wenn er sich auf das Gebiet der hohen Politik begab. Während des Burenkrieges hatte er die Absicht, aus

Rußland, Deutschland und Frankreich eine Art Dreiverband zu bilden, der auf England einen Druck ausüben sollte. Der Plan schlug fehl, weil der Kaiser von Frankreich die Garantie des Besitzstandes, d. h. Verzicht auf Elsaß-Lothringen, verlangte (vgl. Debidour, Histoire diplomatique de l'Europe, I, S. 264). In Kiel hatte er 1907 eine Unterredung mit Hanotaux, den er zur Regatta eingeladen hatte. „Ja," sagte er, „ich würde gern zu diesem Volke sprechen. Ich glaube, wir würden uns verstehen. Aber es gibt immer Mißverständnisse ... Was den beiden Ländern nötig ist, das ist ein Bündnis; dann werden beide Herren der Welt sein." Als ihn Hanotaux fragte, ob er denn glaube, mit einem zerstückelten Volke ein Bündnis schließen zu können, antwortete er mit der Gegenfrage, ob denn Hanotaux glaube, etwas an den vollzogenen Tatsachen ändern zu können, und brach das Gespräch ab (Hanotaux, Histoire de la guerre de 1914). Bei jeder aufwallenden Liebenswürdigkeit tritt dem Kaiser drohend das Gespenst Elsaß-Lothringen entgegen, von dessen Dasein er nichts weiß oder nichts wissen will. Die Marokkoverhandlungen über ein deutsch-französisches Konsortium sind die Fortsetzung dieser Annäherungsversuche, von Bülow auf sachlichere und geschäftliche Wege geleitet. Aber diese Politik gemeinsamer Interessen wird zu spät eingeleitet. Sie verstrickt sich in den Verbindungsdrähten, die England nach Frankreich hinübergezogen hat.

Trotz dieser politischen und amtlichen Mißerfolge ist nicht zu verkennen, daß sich in der genannten Zeit, von 1890 bis 1910, ein gewisses Verständnis für deutsche Art zu regen beginnt. Die Reizbarkeit des Besiegten wird zögernd abgestreift. Die Franzosen fangen an, in Deutschland zu reisen, französische Studenten kommen nach Heidelberg und München, sogar nach Berlin. Jules Huret findet Gefallen an unserer „treuherzigen Einfachheit" und lobt die Tatkraft und Methode der deutschen Arbeit. Octave Mirbeau entdeckt die Sauberkeit der deutschen Stadt, den stillen, natürlichen Reiz der deutschen Frau, ihre Aufrichtigkeit, die Geistigkeit ihrer Leidenschaft, ihre Gabe, Mütterlichkeit mit geistiger Bildung zu vereinen. Louis Cons schreibt ein Buch über die jüngste Geschichte ohne Groll und Vorurteil. Antoine führt in Paris die „Weber" auf, „Alt Heidelberg" (mit deutschen Uniformen!) rührt zu Tränen. Aber dieses Verständnis wird von politischen Einflüssen wieder zurückgedrängt. Wir stehen auch hier vor einer Wandlung: die Zeit des „neuen Geistes" bricht an.

VIII.

Der „neue Geist"

Ein wichtiges Ereignis der äußeren Politik habe ich bis jetzt außer acht gelassen, trotzdem es eine jahrzehntelang bestehende Mächtegruppierung von Grund auf ummodelte. Ich meine das englisch-russische Abkommen vom 31. August 1907, durch das der russisch-französische Vertrag vom Jahre 1902 gekrönt und der Kreis um Deutschland geschlossen wurde. Das Abkommen bezog sich auf die beiderseitigen Interessen in Afghanistan, Persien und Tibet und teilte dieses ostasiatische Gebiet in verschiedene Einflußsphären ein. Damit wurde der englisch-russische Gegensatz aufgehoben; die französische Diplomatie war von der drückenden Sorge befreit, zwei seiner Verbündeten sich mißtrauisch gegenüberstehen zu sehen. Auch England hatte ein politisches Ziel erreicht: die Einkreisung Deutschlands. Der „Daily Mail" schrieb am 10. Juni 1908: „Das Werk, das König Eduard 1903 mit seiner epochemachenden Reise nach Paris begann, ist seiner Vollendung um einen Schritt näher gebracht." Das Abkommen wurde durch mehrere Besuche bekräftigt; im September 1907 kam Iswolski, der russische Minister des Auswärtigen, einer der Haupttreiber der antideutschen Politik, mit dem Könige von England in Marienbad zusammen, und im Juni 1908 erfolgte eine Begegnung des Zaren mit dem Könige von England auf der Reede von Reval. Im Jahre 1910 schien es allerdings, als sollten die dynastischen Beziehungen zwischen dem russischen und deutschen Kaiserhaus die Einkreisung noch einmal durchbrechen. Denn im November fand in Potsdam eine Aussprache zwischen dem Kaiser und dem Zaren statt, der die Außenminister beider Länder beiwohnten. Aber es handelte sich dabei nicht um allgemeinpolitische Abmachungen, sondern nur um Persien und die Bagdadbahn. Keinesfalls dachte Rußland daran, seine Beziehungen zu England oder Frankreich in Frage zu stellen. Das wurde von der russischen

Presse ausdrücklich zurückgewiesen, und der französische Außenminister Pichon konnte im Februar 1911 erklären, Rußland habe Frankreich täglich über die Verhandlungen auf dem Laufenden erhalten.

Als Rußland das Abkommen schloß, war seine Kraft noch durch den unglücklichen Ausgang des Krieges mit Japan und die Revolution zu sehr gebrochen, um als vollgültiger Bundesgenosse und zuverlässiger Faktor in den Dienst der französischen Diplomatie gestellt zu werden. Erst nach einigen Jahren des Wiederaufbaus beginnt der Einfluß des Abkommens auf die Politik und die Gesamtstimmung Frankreichs sich bemerkbar zu machen. Er trifft hier mit vielen anderen Umständen zusammen, um den nationalistischen und kriegerischen Dunstkreis zu schaffen, den man in Frankreich so oft als „Neuen Geist" verherrlicht hat. 1912 sah Hauptmann Méra die seit dem Kriege erreichten Verbesserungen im russischen Heere als durchaus günstig an: „Die russischen Offiziere, selbst die nicht orthodoxen Slawen unter ihnen, sind von einer natürlichen und aufrichtigen Freundschaft für Frankreich beseelt. Der Deutsche dagegen empfindet gegen sie eine so tiefe allgemeine Abneigung, daß man die Gewißheit gewinnen kann, ein russisch-deutscher Konflikt wird einen wahrhaft nationalen bedeuten, nicht einen leichten mandschurischen... Wir dürfen vollkommenes Vertrauen haben: aus ihrem Bündnis schöpfen Frankreich und Rußland die Gewißheit, daß man den europäischen Frieden nicht leicht stören wird. Aber wenn sie eines Tages unbedingt zu den Waffen greifen müssen, so erlaubt ihnen die Stärke der vereinigten Heeresmacht, der Zukunft ruhig ins Auge zu sehen" („L'Opinion" vom 2. März 1912).

Gewiß war die Freundschaft mit England eine ebenso bedeutende Quelle dieser „Renaissance". Arm in Arm mit ihm konnte Frankreich jetzt ebenbürtig der deutschen Mächtegruppe gegenübertreten. So sicher die Anfänge dieses Bundes in England zu suchen sind, so wenig kann man aber behaupten, daß seine Regierung Frankreich ständig zu einer chauvinistischen oder deutschfeindlichen Haltung getrieben hat. Mit Beginn des Jahres 1906 war in England ein liberales Ministerium zur Regierung gekommen (unter der Leitung Bannermans), das sogar verschiedentlich den französischen Nationalismus zu bremsen versuchte. Die eigentlichen Urheber der Entente cordiale in England waren tot oder von der politischen Bühne abgetreten. Die Presse, darunter selbst die „Times", und die führenden

militärischen und politischen Männer widersetzten sich den militärischen Forderungen, die von den Franzosen an ihre Bundesgenossen gestellt wurden. Bei der zweiten Marokkokrise nahm England eine etwas andere Haltung an als 1905, zur Zeit des konservativen Ministeriums. Grey hat sie in einer Unterhausrede vom 27. November 1911 ausführlich dargelegt. „Wo britische Interessen berührt werden, dürfen wir nicht behandelt werden, als ob wir nicht mitzählten," heißt es darin. „Wenn die Zeit kommt, wo das nicht mehr gesagt werden darf, werden wir aufgehört haben zu existieren, wenigstens als Großmacht." Das Ergebnis der Ausführungen Greys zog Bonar Law mit den Worten: Greys Rede habe ihn überzeugt, daß jeder Schritt Englands in der Marokkoangelegenheit zu dem einzigen Zweck der Wahrung britischer Interessen getan sei. Aber der Stein, den England angestoßen hatte, war einmal ins Rollen gekommen. Für das sentimentale Frankreich hatte sich England seinem Bundesgenossen mit Haut und Haar verschrieben. Die Liberalen schimpfte man „schofle, mit dem Pazifistenbazillus infizierte Verbündete" (Mévil). Als Beleidigung wurde es empfunden, wenn der englische Kriegsminister Lord Haldane sich nach Deutschland begab, um eine Verständigung zu erreichen; und als eine Demütigung, wenn die englische Regierung dafür sorgte, daß bei den französisch-spanischen Marokkoverhandlungen im Jahre 1912 ihr Klient Spanien nicht an die Wand gedrückt wurde.

Der Balkankrieg machte England dem Drängen Frankreichs nach festerer militärischer Verbindung gefälliger. Die Türkei, der wichtigste asiatische Nachbar Englands und einer der Hauptschuldner des französischen Kapitalismus, war wider Erwarten militärisch zusammengebrochen; so war eine unklare und unvermutete Lage geschaffen, gegen deren Verwicklungsmöglichkeiten man sich rüsten mußte. So ließ sich Grey, der Bannerman als Premierminister gefolgt war, endlich zu einer schriftlichen Festlegung der bisher mündlich geführten Verhandlungen herbei. Er tat dies in dem bekannten Brief vom 22. November 1912, der England zwar immer noch freie Hand ließ, aber doch die militärische Hilfeleistung im Falle eines Konflikts grundsätzlich erörterte. Grey erklärte sich darin einverstanden, „wenn eine der beiden Regierungen ernsthafte Ursache habe, einen unprovozierten Angriff oder sonst einen Vorgang zu gewärtigen, der den allgemeinen Frieden bedrohe, sofort mit der anderen zu beraten, ob die beiden Regierungen Maßregeln ergreifen

sollen, um einen Angriff zu verhindern und den Frieden zu bewahren, und welche Maßnahmen sie alsdann bereit wären, gemeinsam zu treffen". Dieser Brief ergänzte die mündliche Vereinbarung über die Flottenverteilung, nach der die Seestreitkräfte der Franzosen im Mittelmeer bleiben sollten, um Italien in Schach zu halten und die Verbindung nach Indien zu sichern, während den englischen die Nordsee und der Schutz der französischen Nordküste vorbehalten blieb. So geheim die schriftliche Vereinbarung zunächst gehalten wurde, so drang doch eine ungefähre Ahnung in die politische Welt und in das Publikum, und der Ausspruch des nationalistischen Abgeordneten: ein Bündnis Englands mit Frankreich würde für diese die Weltherrschaft bedeuten, schien sich zu verwirklichen.

Zu den Abmachungen mit Rußland und England kam, um Frankreichs europäische Stellung und sein Machtbewußtsein noch weiter zu stärken, das freundschaftliche Verhältnis mit Italien hinzu. Crispi, der streng deutschfreundlich gewesen und noch aus der Zeit stammte, in der ein klerikales Frankreich für die weltliche Macht des Papstes eingegriffen hatte, hatte einem anderen Ministerium Platz gemacht. König Humbert, den persönliche Bande mit dem deutschen Herrscherhaus verknüpften, war 1900 ermordet worden. Sein Sohn Viktor Emanuel empfand nicht mehr dieselbe herkömmliche Neigung. Italien schwankte zwischen Deutschland und Frankreich. Der langjährige Kolonialstreit, der gelegentlich der Besetzung von Tunis durch Frankreich entbrannt war, wurde um 1900 geschlichtet. Italien erkannte die bevorrechtigte Stellung Frankreichs in Tunis an und Frankreich erklärte seine Zustimmung zu den italienischen Ansprüchen auf Tripolis. Fürst Bülow sprach das scherzhafte Wort von der „Extratour". Als die Erneuerung des Dreibundes in Sicht war, setzte Frankreich alles dran, um die Italiener von der Unterschrift abzubringen. Die französische Presse behauptete, die durch den Dreibundvertrag verlangten Rüstungen verschlängen außerordentlich hohe Summen und hätten Italien in eine schlechte wirtschaftliche Lage gebracht. Delcassé unterstützte geschickt die irredentistischen Ansprüche und gab zu verstehen, daß die italienischen Wünsche an der Adria zwar innerhalb des Dreibundes wegen des österreichischen Widerstandes unerfüllt bleiben müßten, aber von Frankreich vollkommen anerkannt würden. Im italienischen Parlament gab es stürmische Debatten. Allerdings wurde der Dreibund von Italien erneuert. Aber er hatte doch nach dem Geständnis der dabei beteiligten Staats-

männer an praktischem Wert verloren, und Italien konnte sich Frankreich mit um so geringerer Besorgnis nähern, als England, sein Vormund und Beschützer, nach dem Zwischenfall von Faschoda mehr und mehr mit der Republik im Einverständnis lebte. 1906, auf der Algeciraskonferenz, sehen wir dann Italien offen die Ansicht Frankreichs vertreten und von seinen Dreibundfreunden abrücken.

Der Italienisch-Türkische Krieg brachte einige Zwischenfälle, die für kurze Zeit das Verhältnis trübten. Die Italiener beschlagnahmten französische Dampfer im Mittelmeer, auf denen Flugzeuge und türkische Offiziere nach Tunis gebracht werden sollten. Doch die Verstimmung dauerte nicht lange. Man versöhnte sich bald wieder. Italien löste sich innerlich immer mehr von Deutschland. „Das lateinische Rassegefühl" wurde das Leitmotiv der amtlichen Verbrüderung, die von wirklicher Volkstümlichkeit gestützt wurde.

Es lag ganz in der Richtung der von solchen diplomatischen Erfolgen stark beeinflußten politischen und nationalistischen Strömungen, daß nach dem Sturz des Kabinetts Caillaux mit der Rücksicht auf deutsch-französische Verständigung gründlich aufgeräumt und jetzt ein Mann der starken Faust berufen wurde: Poincaré, der Delcassé, den Fachmann der Einkreisung, als seinen Mitarbeiter in das Marineministerium aufnahm. Poincaré stammte aus Lothringen, dem Lande, das die Erinnerung an die schmerzliche Trennung von zwei französischen Provinzen am treuesten bewahrt und den Gegensatz zum Deutschtum am lebhaftesten empfunden hat. Er war in Nancy geboren, der Stadt der vielen deutsch-französischen Zwischenfälle. Ein geschickter Geschäftspolitiker, hat er als helldunkler Opportunist, wir würden sagen Nationalliberaler, begonnen, sich auch in die Reihen der radikalen Partei gewagt, wo er sich aber vorsichtig auf dem äußersten gemäßigten Flügel aufhielt. Es ging ihm der Ruf eines tatkräftigen, willensstarken und zielbewußten Mannes voraus, Eigenschaften, nach denen die stockende innere und die einen neuen Anlauf beginnende äußere Politik verlangten.

In der inneren Politik war nach dem Jahre 1905 ein merklicher Stillstand eingetreten. Das Trennungsgesetz war unter Dach und Fach gebracht. Die Radikalen hatten sich ausgetobt, ihr Programm erschöpft und machten es sich an der Staatskrippe möglichst bequem. Ein neuer schöpferischer Gedanke fand sich bei keiner Partei. Der Verwirklichung sozialistischer Theorien widersetzten sich alle bürgerlichen Gruppen. Ja, selbst die Einkommensteuer stieß immer wieder

auf ihre Gegnerschaft. Im übrigen haben wirtschaftliche und soziale Fragen in Frankreich niemals einen klaffenden Abgrund zwischen rechts und links schaffen und einen Entscheidungskampf heraufbeschwören können; das Vermögen ist zu gleichmäßig verteilt, der Mittelstand hat eine sehr breite Grundlage. In der Kammer zerfielen die Parteien in unzählige Interessengrüppchen. Jeder kochte sich seine eigene Suppe. Die folgenreichste politische Arbeit wird hinter den Kulissen betrieben. In den Wandelgängen werden die Intrigen gegen das Ministerium geschmiedet, die „Ministrables" ausgewählt. Der Ministerwechsel stellt keinen Umschwung der politischen Anschauung oder einen Mehrheitswechsel mehr, sondern nur noch einen Personentausch dar. Manchmal ist der Sturz des Kabinetts nichts weiter als das Ergebnis des Konkurrenzkampfes zweier großer Zeitungen, von denen jede ihren Mann hochbringen will, um Regierungsorgan zu werden. Oder Abgeordnete sind in den Händen privatwirtschaftlicher Unternehmer, die hinter den Kulissen bleiben. Diese Cliquen bilden eine heimliche Partei unter den Parteien und haben ihre Parteiführer. So spielt beispielsweise Schneider-Creusot, der König der französischen Metallindustrie, eine bedeutende Rolle in gewissen politischen Kreisen. Niemals waren die Volksvertreter in solchem Verruf wie in jenen Jahren. Man nannte sie mit Vorliebe die „quinze-mille", weil sie sich selbst das Jahresgehalt von 15000 Franken Gehalt bewilligt hatten. Eine wahre Parlamentsmüdigkeit hatte Frankreich ergriffen: die Zahl der Wähler nahm dauernd ab. Seit geraumer Zeit rührte sich die antiparlamentarische Propaganda der C. G. T. (vgl. Kap. V). Die Volksstimmung wird jetzt auch noch von einer anderen politischen Gruppe ausgenutzt und gefördert: den Royalisten. Sie greifen zu folgender Beweisführung: die Abgeordneten und die aus ihrer Zahl gewählten Minister sind vollkommen unfähig und verdorben; das System der Volksvertretung führt zu einem Wirrwarr von Kompetenzlosigkeit und Unordnung, zu einer würdelosen Komödie, in der die wahren Lebensinteressen Frankreichs gar nicht zu Worte kommen; im Strebertum und Egoismus, in der Sorge um die Wiederwahl, um die Interessen seiner kleinen Wählerschaft und seiner Partei geht dem Abgeordneten das völkische Bewußtsein verloren; nur ein nationaler, unbeschränkter und unabhängiger König kann im Innern die Unterschiede gerecht und naturgemäß verteilen und nach außen hin die nationale Würde wahren. Die Republikaner haben aus Frankreich eine Interessen-

gemeinschaft gemacht, eine G. m. b. H., erst das Königtum könne wieder ein wahres Vaterland schaffen.

Die Kraft und Werbemacht dieses neuen Royalismus liegt in der Kritik des bestehenden Regimes, im Angriff. Die „Action Française" ist ihr Organ; Aktion, nicht Resignation ist ihr Wahlspruch. An die Stelle der müden und sentimentalen alten Anhänger des Königtums sind neue, lärmende Propheten getreten. Ihre Kampfesweise ist entschlossener, kühner, rücksichtsloser. Über das ganze Land sind Ortsgruppen zerstreut, Schulen royalistischer Weltanschauung und Politik. Gewaltsam ist ihre Sprache und die Art ihrer öffentlichen Kundgebungen. Sie haben denselben Wortschatz wie die Anarchisten, sie schwelgen in kräftigen Ausdrücken, in übertriebenen Bildern. Sie beherrschen die Straße mit ihrem lärmenden „Vive le roi; A bas la République!" wie einst die Republikaner zu Zeiten der Monarchie mit ihrem „Vive la République!" In der Gegnerschaft gegen die Republik treffen die „camelots du Roy" mit den Syndikalisten zusammen. Der Wind hatte sich gedreht. In einer Demokratie nutzen sich die Ideen schnell ab, um so schneller, je eiliger sie verbreitet werden. Wie viele Republikaner in Frankreich hatten im Laufe von fünfzig Jahren den Geschmack an der Republik verloren, am allgemeinen Stimmrecht und an vielen anderen Freiheiten, die man sich einst mit trunkener Freude erobert hatte! Nach dem Fetischkult der Zahl, nach dem andächtigen Optimismus, der an die heilige Mehrheit geglaubt hatte, wehte ein Geist der Gewalt; die Unfähigkeit der Mehrheit, sich selbst zu regieren, ihre Käuflichkeit, ihre Schlaffheit, ihre niedrige und ängstliche Abneigung vor jeder überlegenen Persönlichkeit, ihre beklemmende Feigheit lösten eine Empörung aus; die energischen Minderheiten — alle Minderheiten — riefen nach Gewalt. Eine naturwidrige und doch unvermeidliche Annäherung trat ein zwischen den Royalisten der „Action Française" und den Syndikalisten der C. G. T. (Rolland, Jean Christophe; Le Buisson ardent, S. 27).

Aus dem Treiben ist nicht etwa zu schließen, daß dem Königtum in Frankreich große Aussichten entstanden; das „Volk", die große Masse, fehlte vorläufig noch. Aber die Verachtung der Volksvertretung und der gewaltsame Charakter der royalistischen Bewegung ist bezeichnend für die Stimmung der Zeit. Sie machen es verständlich, daß man sich nach einem starken Manne sehnte, der fähig war, alle Verantwortung auf sich zu nehmen. Poincaré schien der ersehnte Mann. Er, der gebürtige Lothringer, der Sohn einer durch den Frank-

furter Frieden entrissenen Provinz, verkörperte auch die Sehnsucht nach der Revanche. Seine Wahl zu dem höchsten Amt, das der französische Staat zu vergeben hat, zum Präsidenten der Republik, im Jahre 1913 wurde mit heller Begeisterung von Konservativen, Liberalen, Gemäßigten, einigen Radikalen und besonders von der Jugend begrüßt. Es sah aus, als stände Frankreich an einem verheißungsvollen Wendepunkt. So viel erwartete man von Poincaré. Und er hat es während seiner Amtszeit verstanden, die Hoffnung des großen Publikums zu erfüllen. Er hat oft genug persönliche Politik getrieben und das ideenlose politische Leben mit nationalen Schlagwörtern erfüllt. Das Ministerium Briand wurde sein „Palastkabinett" genannt. Die Ernennung Delcassés zum Botschafter in Petersburg geht auf ihn zurück.

In unserer imperialistischen Zeit pflegen die Völker unter dem Druck nationaler Bewegungen ihre Kraft nach außen zu wenden. Frankreich insbesondere hat in jeder Epoche des Aufstiegs Eroberungspolitik getrieben. Ludwig XIV. erweitert seine Macht auf Kosten Deutschlands und Spaniens. Napoleon unterwirft sich fast ganz Europa. Napoleon III. treibt Orientpolitik mit dem Krimkrieg, Weltpolitik durch den Feldzug mit China, Besetzung von Kotschinchina und die Errichtung des Kaiserreichs Mexiko; er begehrt Luxemburg und Belgien und versucht schließlich die alte Napoleonische Vorherrschaft auf dem Festland in den Kriegen gegen Österreich und Preußen-Deutschland wieder aufzurichten. Aber die treibende Kraft ist dabei nicht allein der Herrscher, wenn auch der Krieg vielfach ein dynastisches Bedürfnis war. Wie die Eroberungszüge Napoleons nicht denkbar sind ohne den natürlichen Machtwillen des französischen Volkes, so wird sogar König Ludwig XVI. von den Girondisten, seinen Untertanen, gezwungen, Österreich den Krieg zu erklären, und die Revolutionsheere erobern Belgien und Holland, dringen bis Mainz und Köln vor und sichern Frankreich im Frieden zu Basel das linke Rheinufer.

Wie gewaltig und unauslöschlich dieser Eroberungstrieb ist, zeigt die Tatsache, daß Frankreich sich von allen Rückschlägen überraschend schnell wieder aufgerichtet hat und nach einer Zeit der Erholung seine Ausdehnungspolitik wieder aufnimmt. In der Erkenntnis dieses geschichtlichen Machtwillens hat Bismarck nach dem Frankfurter Frieden immer nach Mitteln gesucht, um den eben errichteten Bau des Deutschen Reichs nicht durch einen neu erstarkten Nachbar

gefährden zu lassen. Er hielt deshalb bis zum Ende seiner Kanzlerschaft an dem Grundsatz fest, Frankreichs Bündnisfähigkeit zu erschweren und seinen Ausdehnungsdrang von der deutsch-französischen Grenze nach weniger gefährlichen Punkten zu lenken. In dieser Absicht hat er die koloniale Ausbreitung Frankreichs offen begünstigt und gefördert. Es hat bis in die letzte Zeit vor dem Kriege in Deutschland Leute gegeben, die in ihrer Verachtung für ein „verweichlichtes und entartetes" Frankreich seine Lebenskraft übersahen und weit eher an einen langsamen inneren Zerfall glaubten. Bismarck hat an diese Möglichkeit nur in dem Augenblick geglaubt, als die Verfassungskämpfe zu Beginn der siebziger Jahre Monarchisten und Republikaner fast in einen Bürgerkrieg hineintrieben. Schon 1875 meinte er das Erwachen der alten Angriffslust zu merken. Daß er den französischen Ehrgeiz nicht zu hoch eingeschätzt und nicht umsonst das „Gespenst der Bündnisse" gefürchtet hat, beweist die außenpolitische Entwicklung der dritten Republick.

Mit Mühe und Not, mit Hohn, Schimpf und Verleumdung überschüttet, hatte Ferry zunächst in Tonking, Tunis und Madagaskar die Grundlage eines Kolonialreichs errichtet. Von Jahr zu Jahr wuchs die Zahl der Anhänger des kolonialen Gedankens. Durch Vorschiebung des militärischen Einflußgebietes in Senegal und im Sudan, in Tunis und Algerien, durch Befestigung und Ausbau der Stellung an der Nordguineaküste entstand ein großes westafrikanisches Kolonialreich. Ein Hindernis bildete nur noch Marokko, an dessen Durchdringung mit zäher Ausdauer gearbeitet wurde, bis Deutschland, nach vergeblichen Versuchen, Frankreich die Beute zu entreißen, sein Desinteressement erklärte und der größte Teil des Landes Frankreich überlassen blieb. Unter dem Eindrucke dieser glänzenden Entwicklung und von einer unverkennbaren Volksstimmung gedrängt, gaben die Radikalen, die eigentlichen Kolonialgegner, ihren Widerstand allmählich auf, um sich immer mehr zu dem imperialistischen Gedanken des „größeren Frankreichs" zu bekennen.

Die dritte Republik hat es in verhältnismäßig kurzer Zeit erreicht, daß sie nächst England die erste Kolonialmacht der Erde wurde. Aus einigen Zahlen wird man sich einen Begriff von der kolonialen Ausbreitung machen können. Nach „Statesman's Yearbook" 1916, besaß Frankreich im Jahre 1914 in Asien 310176 englische Quadratmeilen mit 14773000 Einwohnern; in Afrika 4184401:25681243; in Amerika 35222:450000; in Ozeanien 8744:81100; zusammen

4538543 Quadratmeilen mit 40986243 Einwohnern. (Deutschland besaß dagegen an Kolonien 1027820 Quadratmeilen mit 12041603 Einwohnern.)

Mit diesem tatsächlichen Besitz gab sich aber die französische Ausdehnungspolitik noch nicht zufrieden. Außer dem eigentlichen Kolonialreich gibt es noch Gebiete, die, ohne ihre staatliche Selbständigkeit zu verlieren, vorwiegend dem französischen Einfluß ausgesetzt sind. Zu den Ländern, in denen die dritte Republik immer großen Wert auf ihre vorherrschende Stellung gelegt hat, gehört die Levante, Palästina und Syrien. Hier hat Frankreich das Protektorat über die Christen inne, und die republikanische Regierung, die den Kampf gegen die Kirche bis zum Äußersten geführt hat, hütete sich, die Ansprüche Frankreichs aufzugeben, weil hinter dieser religiösen Aufgabe ein politisches Interesse stand. Und in der Tat hat sie sich nicht damit begnügt, die Christen jener Gegenden unter ihren Schutz zu nehmen; sie hat auch die geistlichen Würdenträger der verschiedenen Sekten mit französischen Orden und Ehrentiteln überhäuft und an den Küsten von Zeit zu Zeit Kriegsschiffe ankern lassen, die den Bewohnern die Macht Frankreichs vor Augen führen sollten.

Das wäre die eine Seite des französischen Ausdehnungstriebes, die militärisch-politische. Er wäre vielleicht, dem britischen Imperialismus gleich, ins Ungemessene gewachsen, wenn er nicht eine gebieterische Begrenzung in der schwachen Bevölkerung, dem ständigen Sinken der Geburtenziffer und dem Mangel an kaufmännischem Unternehmungsgeist gefunden hätte. Um ein großes Kolonialreich zu erhalten, gehören Menschen, die es schützen und besiedeln. Daß es an dem nötigen Material fehlt, hat Frankreich schon in Tunis erfahren müssen, wo 20000 Italiener, die hier als Kaufleute und Gewerbetreibende ansässig sind, der vollständigen Angliederung einen gewissen Widerstand entgegensetzen.

Es ist aber ein Beweis für die natürliche Kraft und Mächtigkeit seines Ausdehnungstriebes, daß das französische Volk sich durch diesen Mangel nicht zum Verzicht hat verleiten lassen, sondern nach anderen Mitteln gesucht hat, ihn zu befriedigen. Es entschloß sich zu einer mittelbaren Machtentfaltung und konnte dabei zwei Vorteile benutzen: seinen Geldreichtum und den alten Weltruf seiner Sprache und Kultur.

Frankreich ist das Land der kleinen Sparer. Während in Deutschland der Gewinn in Handel und Industrie meistens zum Ausbau des

Geschäfts oder Vergrößerung des Betriebes benutzt, zum großen Teil auch für den unmittelbaren Lebensunterhalt verbraucht wird, ist der französische Kaufmann darauf bedacht, bei möglichster Einschränkung des persönlichen Bedarfs den Geschäftsgewinn in Papieren anzulegen, um sobald als möglich sich zurückziehen und von den Zinsen leben zu können. Diese Kapitalanhäufung hat bereits die Wirkung gehabt, daß die französische Staatsrente nach und nach bis auf 3 Prozent konvertiert und Frankreich der Geldgeber vieler anleihebedürftiger Staaten wurde. Dabei ist aber zu beachten, daß es nicht wahllos sein Geld verborgte, etwa nur mit Rücksicht auf Sicherheit und hohen Zinsfuß. Sondern die Verleihung wurde ein bewußtes Mittel der auswärtigen Politik. „Wir stehen hier nicht etwa vor der blinden, mechanischen Wirkung eines einmal vorhandenen und nach Verzinsung schreienden Kapitalüberschusses, sondern vor der erstaunlichen Geschlossenheit eines nationalen Geltungswillens, der die politische Verwertung dieses nach Zinsen schreienden Kapitals erzwingt" (Ruedorffer, „Grundzüge der Weltpolitik", S. 84). So haben die französischen Banken sich nur schwer und in beschränktem Maße dazu entschließen können, Österreich-Ungarn, dem Bundesgenossen Deutschlands, eine Anleihe zu gewähren; und sicherlich haben sie dabei noch die Deutschfeindlichkeit der slawischen Staatsangehörigen in Rechnung gezogen. Dagegen haben sie Länder, deren politische Beeinflussung ihnen möglich und nützlich schien, mit Gold geradezu überschüttet. Tatsächlich beruhte die Stellung Frankreichs in Rußland, in der Türkei und in den Balkanländern nicht zum wenigsten auf seinem kapitalistischen Ausdehnungsdrang. Das Verhältnis zu Rußland spricht eine besonders deutliche Sprache. Im Jahre 1887 tauchte zuerst die Nachricht von einem russisch-französischen Bündnis auf, und 1890 öffnete Frankreich seinen Geldmarkt dem kapitalhungrigen Rußland. Während die deutschen Banken, seitdem ihnen im Jahre 1887 verboten worden war, russische Staatspapiere zu lombardieren, sich zurückhielten und den größten Teil des mobilen Kapitals (80 Prozent) dem eigenen Lande zugute kommen ließen, hat Frankreich allmählich 75 Prozent ins Ausland gesandt, und davon waren ein Viertel bis ein Drittel in russischen Wertpapieren angelegt. Im Jahre 1902 wurde der Gesamtanteil Frankreichs an ausländischen Wertpapieren auf 30 Milliarden angegeben, wovon 10 Milliarden auf Rußland kamen. Im Jahre 1914 schätzte man die beiden Summen auf 40 und 20 Milliarden (Deutschlands Anteil an russischen Werten

betrug zu Beginn des Krieges ungefähr 4 Milliarden). Diese 20 Milliarden bedeuteten den Kaufpreis für die „russische Walze", den bewaffneten Menschenstrom, der im Falle eines Krieges Deutschland von Osten her überfluten sollte.

Diente hier das Geld dazu, das politisch-militärische Bündnis und Frankreichs Stellung auf dem Festland Deutschland gegenüber zu stärken und den Geburtenrückgang durch gekaufte russische Soldaten wettzumachen, so hat der französische Sparer auch bewußte Weltpolitik getrieben, indem er entferntere Länder, die noch aufzuschließen waren, wirtschaftlich in seine Hand zu bekommen suchte. Zu diesen gehört vor allem die Türkei, die, nächst Rußland, am meisten vom französischen Gelde abhängig war. Im Jahre 1912 wurde das französische Vermögen in der Türkei in französischen Finanzkreisen auf 2,5 Milliarden geschätzt. Die in französischen Händen befindlichen Staatspapiere hatten allein einen Wert von 1,5 Milliarden; das übrige verteilte sich auf Handelshäuser, Liegenschaften, Banken, Hafenanlagen, Eisenbahnen, Bergbauunternehmungen, Gas- und Wasserleitungen, Tabakregie und Fabriken. Das Geld steht jedem anderen politischen Machtmittel gleich. Als nach dem Frieden von Bukarest Deutschland einen Instruktionsgeneral nach der Türkei entsandte und England bald darauf sich die technische Leitung der Marine sicherte, wollte Frankreich nicht zurückstehen; in einer neuen Anleihe sah es einen vollständigen Sieg seiner Ansprüche.

Die zweite, dem Franzosen besonders eigentümliche Art mittelbarer Ausdehnungspolitik besteht in kultureller Ausbreitung. Auch bei uns galten ja französische Sprache und französisches Wesen als Vorbild und als Kennzeichen des Gebildeten. Dieser Ruf besteht heute noch bei solchen Völkern, die keine eigene, geschichtlich gewordene und geschlossene Kultur besitzen, oder in denen die gebildeten Kreise mit den Massen keine Fühlung haben. Hier hat es der Franzose verstanden, unterstützt von dem Ansehen seiner klassischen Kultur und der ihm angeborenen Gabe, Menschen zu gewinnen, eine geistige Verbindung, ja Freundschaft mit seinem Lande zu entwickeln, französische Sprache und Gedanken zu verbreiten und manchmal der ganzen Oberschicht eines Landes einen oberflächlichen, doch dauernden Anstrich französischer Bildung zu geben. Solche Länder sind Südamerika, der nahe Osten, Rußland, Rumänien. In Südamerika beherrscht Frankreich die Mode, den literarischen Geschmack und einen großen Teil der Presse. In Rußland und Rumänien hat der stark

ausgeprägte Nationalstolz der Hauslehrer und Kindermädchen eine nicht zu unterschätzende Wirkung ausgeübt. (Man darf sie nicht mit unseren Erzieherinnen vergleichen, die sich weit passiver verhielten und mehr lernen als lehren wollten.) In allen erwähnten Ländern erscheinen Zeitungen in französischer Sprache und spielen ständige französische Theatertruppen. Syrien und Palästina waren dem französischen Einfluß preisgegeben, solange das Protektorat Frankreichs über die Christen im Orient besteht. Den Mittelpunkt der Werbetätigkeit bildet hier die im Jahre 1883 von französischen Jesuiten gegründete medizinische Fakultät in Beirut. Sie zog im Frühjahr 1913 in ein neues, größeres Haus und erhielt ein Krankenhaus, dessen Kosten durch eine Nationalspende in Frankreich aufgebracht worden waren. Im Jahre 1911 schickte die sehr rührige Universität Lyon einen Hochschulausschuß zu Werbezwecken (Commission d'extension universitaire) nach der Türkei, der, mit Flugschriften, Bildern usw. reich versehen, sämtliche höheren türkischen Schulen bereiste, in der Absicht, „den Strom der nach dem Auslande gehenden osmanischen Studenten abzulenken und nach Frankreich zu kanalisieren". Die jungen Leute, die später in den meisten Fällen einflußreiche Stellungen bekleiden würden, sollten möglichst dauernd in den Kreis französischer Gedanken hineingezogen und für Frankreich gewonnen werden. Zu diesem Zweck war ein dreijähriger Aufenthalt in Frankreich vorgesehen, der mit einer Prüfung abzuschließen wäre. Alle französischen Konsulate und Banken in der Türkei verpflichteten sich zum Aushang und zur Verteilung der Bilder, Aufrufe, Werbeschriften. Ende 1912 begab sich ein zweiter Ausschuß nach Beirut, um zu untersuchen, ob sich noch weitere Schulen gründen ließen. Auf die Berichte hin wurde die Gründung einer juristischen Fakultät und einer Technikerschule beschlossen, doch mußte die Ausführung infolge des hereinbrechenden Krieges vorläufig vertagt werden.

Immer stärker wurde der Drang der französischen Universitäten, für die Verbreitung französischer Sprache, Literatur und Wissenschaft zu sorgen. In Ländern, in denen ihnen die Ausbreitung französischer Bildung Erfolg zu versprechen schien, betrieben sie die Entstehung von Schwesteranstalten, deren Schutz und finanzielle Leitung sie übernahmen. So entstanden: die juristische Fakultät in Kairo, die „Französischen Institute" in St. Petersburg (1911), Florenz, London (1913), Madrid (1913) und schließlich in den Vereinigten Staaten, alle vom französischen Staat unterstützt. Über Zweck und

Einrichtung dieser Anstalten unterrichten uns z. B. die Reden, die bei Eröffnung des „Französischen Instituts" in Madrid zu Pfingsten 1913 von Vertretern der französischen Regierung und Professoren der Universitäten Bordeaux und Toulouse gehalten worden sind. Die Anstalt sollte den Mittelpunkt für die unentgeltlichen Vorträge und Unterrichtskurse bilden, die,. von den französischen Studentenvereinigungen ins Leben gerufen, die Spanier mit französischer Sprache, Literatur, Geschichte und Kunst bekannt machen sollten. „Wir möchten," heißt es in einer dieser Reden, „unseren spanischen Freunden ein treues Bild der geistigen Strömungen geben, die in unseren wissenschaftlichen Kreisen die Gemüter erregen. Unser Ehrgeiz wird sich künftighin darauf erstrecken, in dieser Anstalt, die eine Universität im kleinen sein soll, jedes Jahr die hauptsächlichsten Ergebnisse französischer Arbeit anzugeben." Am Schlusse dieses offenen Bekenntnisses, im Ausland Anhänger für französische Kultur werben zu wollen, fehlt auch nicht der Hinweis auf den rein politischen Nebenzweck solcher Gründungen: „Es soll auch ein Werk guter Franzosen sein. Die gemeinsame Arbeit beider Völker verträgt sich nicht mit internationaler Zwietracht, und wir hoffen zuversichtlich, der Tätigkeit der Diplomaten nicht im Wege zu sein, wenn wir nach unseren Kräften an der Erhaltung der lateinischen Bruderschaft arbeiten." Wer sich dabei erinnert, daß es in den Jahren der Marrokkokrisis nicht an Reibungen zwischen beiden Mächten gefehlt hat, weil Spanien, von England unterstützt, bei der Abgrenzung der Interessengebiete Schwierigkeiten machte, wird solche Verbrüderungsversuche in ihrem vollen Werte zu würdigen wissen.

Die kapitalistische und sprachliche Ausbreitung ist nur die Fortsetzung der imperialistischen Politik mit anderen Mitteln. Wie geschickt es der Franzose verstanden hat, auf dem Wege kultureller Kolonisation politische Ziele zu erreichen, dafür ist Belgien ein lehrreiches Beispiel geworden.

Seitdem Frankreich im Jahre 1815 Flandern und Brabant verloren, hatte es nie aufgehört, die abgetretenen Provinzen als Kolonisationsgebiet zu betrachten. Die Erinnerung an die Siege der republikanischen Heere und das ruhmreiche Kaisertum war noch zu stark in ihm lebendig.

Bot das Königreich der Niederlande wenig geeigneten Boden für eine französische Expansion, so war das im Jahre 1830 gegründete Königreich Belgien infolge des Ausscheidens wichtiger und tätiger

germanischer Bestandteile dem Vordringen des Romanentums weit günstiger. Durch den Staatsstreich vom Jahre 1851 wurden die führenden Anhänger des republikanischen Gedankens gezwungen, den Boden Frankreichs zu verlassen. Die meisten gingen nach Belgien: Victor Hugo, Challemel-Lacour, Alexander Dumas u. a. Über den Einfluß ihrer schöngeistigen und philosophischen Vorlesungen fällte Baudelaire später das Urteil: „Gottlosigkeit und Religionsspötterei stehen hoch in Ehren, dank der Lehre der französischen Emigranten" (in „La Belgique vraie").

Die bewußte Propaganda mit politischem Hintergrund entsteht ungefähr um das Jahr 1900. In den letzten Jahren vor dem Kriege geht sie als halboffizielle Stimmungsmache mit der stillen diplomatischen Arbeit Hand in Hand. Den Mittelpunkt der Versuche, Belgien in die Machtsphäre der französischen Kultur zu ziehen, bildeten zahllose Vereine, Zeitschriften, Reden, Aufführungen, Kongresse, Bankette, Ausstellungen.

Von den Vereinen seien folgende erwähnt: Alliance Française; Association pour la vulgarisation de la langue française; Amitiés Françaises; Cercles des Annales; Fédération internationale pour l'extension et la culture de la langue française; Les amis de la langue française. Geleitet wurden sie von Paris aus. Die Monatsschrift „Les Marches de l'Est", an der bekannte Nationalisten, wie Paul Acker und Maurice Barrès, mitarbeiteten, teilt aus den Satzungen folgendes mit: „In einer mächtigen und tätigen Gesellschaft sollen alle diejenigen vereinigt werden, welcher Partei oder welchem Lande sie auch angehören, die in der französischen Kultur eine gemeinsame Lebensform sehen". Im Jahre 1913 hatte sich die Zahl der Vereine schon derartig vermehrt, daß Willmotte sie gar nicht mehr aufzählen kann. Derselbe Lütticher Hochschullehrer gibt auch einen interessanten Bericht über die Tätigkeit und die politischen Ziele („Revue de Belgique", 1913): Eine einzige Vereinigung habe innerhalb sieben Jahren sechzig französische Redner eingeladen. Die Laienpredigten seien nicht ohne Einfluß auf die Gesinnung der Bevölkerung geblieben. Das Publikum habe sich gewöhnt, von den Propagandisten Überzeugungen zu verlangen. Alle verherrlichten täglich die französische Kultur. Die Vereine seien die Verkörperung einer furchtbaren Idee. Sie hätten ihre Fahne und ihre Parole, und morgen könnten sie in den Kampf ziehen. „Ihr Ziel ist kein anderes, als den Vertrag von 1830 zu zerreißen, das nationale Leben zu spalten,

das Parlament machtlos zu machen und den König zu zwingen, zwischen seinen Untertanen zu wählen." Die Vereine stellten also eine Kampftruppe dar, mit der Aufgabe, die Okkupierung des französischsprechenden Teils vorzubereiten. Daß sie auch fast sämtlich einen deutschfeindlichen Charakter trugen, ist bei den Zielen der ganzen gegen den flämisch-germanischen Einfluß gerichteten Bestrebung selbstverständlich. Sehr gern wird deshalb in ihnen über Elsaß-Lothringen gesprochen, um auch den Belgiern die Anschauung beizubringen, daß die elsaß-lothringische Frage eine europäische ist, die mit internationaler Hilfe gelöst werden muß.

Die gemeinsame Sprache, die ein wichtiges Mittel zur Schaffung eines Gemeinsamkeitsgefühls war und den Franzosen Gelegenheit gab, in einen innerpolitischen Streit einzugreifen, erleichterte und verdeckte auch die starke Mitwirkung der französischen Regierung. Den französischen Gesandtschaften und Konsulaten wurde Geld zur Verfügung gestellt für alle, die im französischen Interesse arbeiteten. „Noch heute ist die Pariser Regierung die Antwort schuldig auf die in flämischen Blättern mehrmals gestellte und von dem angesehenen Dichter Julius Sabbe öffentlich wiederholte Frage: Wozu dienen die 200000 Franken, die im französischen Staatshaushalt als „fonds secrets" eingestellt wurden für den Pressedienst in Belgien? (Dirr, „Belgien als französische Ostmark", S. 145). An Orden und Auszeichnungen wurde nicht gespart. Bald gab es zahlreiche Officiers d'Académie und Officiers d'instruction publique in Belgien. Im Sonderzuge wurden die belgischen Mitglieder der Amitiés Françaises nach Valenciennes gefahren, wo sie der Unterpräfekt, also ein Staatsbeamter, festlich und schmeichelhaft empfing und bewirtete („Marches de l'Est", 1912/13). Auf den Kongressen der Alliance Française hat der französische Gesandte Gérard mehrmals die erste Rolle gespielt. Zum Weihnachtsfest derselben Vereinigung in Luxemburg erschien sogar General d'Amade, der bekannte Besieger Marokkos, damals Befehlshaber des an der Grenze liegenden 6. Armeekorps, nachdem einige Tage vorher französische Lustspiele und französische Musik Stimmung gemacht hatten. „Wie gewöhnlich verschönten zahlreiche Offiziere den Ball, die aus den benachbarten Grenzgarnisonen herbeigekommen waren" („Marches de l'Est", ebd.). Der Bürgermeister von Lyon, Herriot, trieb die Einmischung in die innere Politik Belgiens so weit, daß er auf einer Tagung der Fédération internationale öffentlich für den französischen

Charakter der Universität Gent eintrat, die von den Flamen beansprucht wurde.

Die schönste Gelegenheit, das französische Banner zu entfalten, boten die beiden belgischen Weltausstellungen von Lüttich und Gent. Hier wurde die Aufforderung zum allgemeinen friedlichen Wettbewerb von der französischen Regierung und allen Kampforganisationen ausgiebig benutzt, um Frankreich zu verherrlichen und die belgische Bevölkerung zu blenden und zu überreden. Alle Vereine hielten während der Ausstellung Kongresse ab und veranstalteten Vorträge. In Lüttich trieb es die Alliance Française so arg, daß die belgische Regierung sich bei ihrer Tagung nicht vertreten ließ. Die Mitglieder sangen die Marseillaise auf den Straßen und in den Kneipen und liefen mit der Trikolorekokarde herum. Auf der Genter Ausstellung überragte die Beteiligung Frankreichs die der anderen fremden Staaten so stark, daß seine Gebäude für sich allein einen größeren Flächenraum bedeckten als die der auswärtigen Länder zusammengenommen. Die Beteiligung Frankreichs war auch im Gegensatz zu der der übrigen Staaten eine amtliche. Willmotte berichtet („Revue de Belgique," a. a. O.), daß „Frankreich hundert Redner herübergeschickt hatte, die alle die Wunder der französischen Ausstellung unter sämtlichen Gesichtspunkten erläuterten". Daneben überstürzten sich fast die Tagungen der verschiedenen Vereine, in deren Mitte Männer wie Doumic, Ribot, Richepin, Donnay, Capus, Victor Margueritte den geistigen Anschluß an Belgien besorgen sollten. Willmotte hat zugegeben, daß nicht bloß die Gewinnung der idealen Anhänglichkeit Belgiens geplant war, sondern daß man ein ganz konkretes politisches Ziel vor Augen hatte: die Loslösung des wallonischen Belgiens. Die Durchdringung mit französischem Geiste wurde um so tatkräftiger und eindringlicher ins Werk gesetzt, je größer die Gefahr wurde, daß Belgien in die wirtschaftliche Abhängigkeit der deutschen Industrie geriet. Auch konnte Belgien nach der vollständigen Durchführung der in Entwicklung befindlichen Heeresreform eine Militärmacht von nicht zu unterschätzender Bedeutung werden.

Im Kampf mit dem Flamentum entwickelte sich eine politische Rassentheorie, deren Entwickler und Verkünder Charles Maurras und Maurice Barrès wurden. Die Rasse ist ihnen etwas Heiliges, dem sie einen mystischen Kult weihen. Die Rassenverehrung steigert sich bis zur Glaubensschwärmerei und bis zum tödlichen Haß gegen

alles Fremdrassige. Sie sind stets auf der Suche nach dem „métèque" und zeigen ihn dann triumphierend dem Publikum, ob es nun ein jüdischer Journalist oder der deutsche Industrielle Thyssen ist, der auf französischem Boden seine Fabriken errichtet. Für die Rasse gibt es seit Boulanger keine politischen Grenzen. Es gibt keine französischen und deutschen Lothringer, sondern nur Lothringer. Und diese lothringische Rasse hat eine geschichtliche Aufgabe zu erfüllen: sie ist als Vorhut gegen die germanische Rasse dazu bestimmt, die Rolle der Wacht am Rhein zu spielen. Die deutsche und die lothringische Seele sind unvereinbar; jede folge ihrer Natur. Barrès ist der Erfinder der lothringischen Grenzseele, er wacht über alle ihre Regungen und bringt ihr immerfort zum Bewußtsein, daß sie die Wächterin am Tore Frankreichs ist, der „Grenzsoldat gegen teutonisches Barbarentum". Mit den Jahren wird sein Haß gegen das Rassenfremde, das Deutsche, immer leidenschaftlicher. Der Elsaß-Lothringer, der geistige Sohn Frankreichs, ist ihm der Träger einer höheren Kultur, und der andere ein Barbar. Als ein besonderes, feiner empfindendes Wesen wird der Elsaß-Lothringer anbetend auf ein Postament gestellt, und in seine Ketten, auf die man mit Fingern weist, werden mit schmeichelnder Gebärde Rosen geflochten. In seinem Roman „In deutschen Diensten" zeichnet Barrès die Seelenqualen eines Elsässers während seiner deutschen Dienstzeit, in „Colette Baudoche" eine Elsässerin, die sich dem Werben eines Preußen versagt: eine Welt trennt sie voneinander. Seine Bücher wecken ein nachhaltiges Echo in Frankreich; der Grenzroman wird modern: Elsässerinnen begehen Verrat „am Vaterlande", heiraten einen Deutschen, gehen damit eine unglückliche Ehe ein und bringen namenloses Elend über die ganze Familie; oder französische Elsässer, die ins Reichsland kommen, werden hier zu leidenschaftlichen Propheten für die „heiligen Pflichten des Elsässers". Und keine Gelegenheit wird von Barrès versäumt, um die Elsaß-Lothringer brüderlich zu stimmen. Er bekränzt das Standbild der „Straßburg" auf dem Konkordienplatz in Paris mit bedeutender Trauer und küßt elsässischen Überläufern theatralisch die Hand. Der flüchtige Karikaturenzeichner Hansi und der im Jahre 1911 von der Universität Straßburg relegierte Student Munck werden von ihm als Helden und Märtyrer gefeiert.

Im Jahre 1914 starb Déroulède, der große „Patriot", der Soldat mit der dröhnenden Trommel, der Gründer von Jugendwehren, der

deklamierende Turn- und Schützenvater. Zur Zeit des Boulangismus war er Bannerträger und Herold des Chauvinismus gewesen, um mit der Affäre Dreyfus als langweilig, unzeitgemäß und unpraktisch der Lächerlichkeit zu verfallen. Nach seinem Tode wählte die Patriotenliga Barrès zu ihrem Vorsitzenden. Denn Barrès hatte dem französischen Chauvinismus wieder Sinn und Leben eingehaucht, hatte ihm eine Aufgabe und den geistigen Ausdehnungsdrang gegeben; er hatte als berauschender Künstler und pathetischer Politiker die alte, aber noch nicht vernarbte Wunde aufgerissen, die da hieß: Elsaß-Lothringen.

Denn wenn auch Frankreich im Frankfurter Frieden auf die beiden Provinzen verzichtet hat, beherrschte doch der Gedanke an diesen Verlust immer die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich; er war, halb bewußt, halb unbewußt, der „Angelpunkt der ganzen Politik". „Die großen Wiedergutmachungen können aus dem Recht hervorgehen; wir und unsere Kinder können sie erhoffen, denn die Zukunft ist keinem untersagt. Wenn unsere Herzen schlagen, so tun sie es nicht für ein blutiges Ideal, sondern deswegen, weil wir auf die Zukunft zählen können und wissen, daß den Dingen dieser Welt eine Gerechtigkeit innewohnt, deren Zeit und Stunde kommen werde." Das waren Gambettas Worte, zehn Jahre nach dem Kriege. Ein anderer, oft angeführter Ausspruch von ihm lautet: niemals davon sprechen, aber immer daran denken. Frankreich war immer unversöhnt, und es ist natürlich, daß man in einer Zeit des erwachenden Nationalismus, wo Frankreich in der Anlehnung an bedeutende auswärtige Mächte sich erstarkt fühlte, an eine Auseinandersetzung mit Deutschland zur Wiedererlangung des Elsaß mehr denn je dachte.

Einen weiteren Antrieb fanden diese Wünsche in der Haltung der elsässischen Bevölkerung und der Verkehrtheit der deutschen Politik in den Reichslanden. Die siegreichen deutschen Staaten hatten 1871 die beiden Provinzen aus rein militärisch-strategischen Gründen dem Reiche eingefügt, ohne nach dem Willen der Bevölkerung zu fragen. Diese war aber offenbar dieser Angliederung durchaus abgeneigt gewesen. Das mag zunächst seltsam erscheinen, da doch schon 1870 für den größeren Teil der Einwohner das Deutsche Muttersprache war. Aber man darf nicht vergessen, daß das Land während der zweihundertjährigen Abtrennung von Deutschland in Frankreichs ungeheures Schicksal mit hineingerissen wurde. Es wurde noch vom Glanze des Sonnenkönigtums getroffen, sah die Fackel der großen

Revolution aufleuchten, erlebte die napoleonische Kaiserherrlichkeit und jubelte der Erhebung von 1848 entgegen. Ereignisse von so weltumstürzender Bedeutung waren nicht spurlos an dem Volke vorübergegangen. Man konnte von dem Elsaß-Lothringer, der so unter der Einwirkung der französischen Geschichte gestanden hatte, kein Deutschgefühl verlangen, wie es etwa ein Preuße besitzen mußte, der unter dem Eindruck der preußischen Machtentfaltung gestanden hatte und in der politischen Einigung Deutschlands die Erfüllung eines langersehnten Ideals sah. Es ist einer der Hauptfehler der reichsländischen Politik gewesen, daß sie diesen Berliner Patriotismus auch von dem Elsässer verlangte und, da der Erfolg ausblieb, diesen wie einen unsicheren Kantonisten und ungezogenen Jungen behandelte, der durch Mißtrauen und strenge Behandlung in die richtigen Bahnen gelenkt werden muß. Diese Auffassung ist leider die amtlich herrschende gewesen von dem Diktaturparagraphen im Jahre 1871 an bis zu dem Wort des Kaisers, er werde die Verfassung wieder in Scherben schlagen. Erst im Jahre 1911 wurde Elsaß-Lothringen so etwas wie ein selbständiger Bundesstaat, aber die Verfassung sah neben der aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Volksvertretung eine zweite Kammer vor, deren Mitglieder zur Hälfte vom Kaiser berufen wurden und zum Teil aus eingewanderten Beamten bestand. Also auch hier war den Elsässern wieder eine Kontrolle vor die Nase gesetzt. Weiter war die Notabelnpolitik, die man wohl in Ostelbien anwenden konnte, im Elsaß ein ganz verkehrter Grundsatz. Denn gerade die Notabeln hielten ja wie alle adligen Geschlechter, an ihren Familienbeziehungen fest; und diese Beziehungen wiesen nach Frankreich hinüber, wie ja auch das wohlhabendere Bürgertum die Verbindung mit französischer Kultur nie aufgab. Aber gerade die breiten Volksmassen, die noch am ehesten deutsch fühlten und, im Elsaß wenigstens, keinen Brocken Französisch konnten, ließ man außer acht. Der Fall Zabern konnte die Achtung vor Preußen-Deutschland nicht erhöhen. Frankreich nutzte den Bankerott der reichsländischen Politik nach Kräften aus. Die zahlreichen französierenden deutschfeindlichen Vereine, wie „Lorraine sportive", „Souvenir français" u. a., die nacheinander der Auflösung durch die Regierung verfielen, lebten von tätiger französischer Unterstützung.

Mehr und mehr machte man sich mit dem Gedanken vertraut, daß die Abrechnung mit Deutschland auch auf gewaltsame Weise vorgenommen werden könne, ja daß sie einer Aussöhnung unter Verzicht

auf Elsaß-Lothringen vorzuziehen sei. Mévil, ehemaliger Sekretär Delcassés und Mitarbeiter des nationalistischen „Écho de Paris", hat einige Monate vor dem Kriege ein lehrreiches Buch veröffentlicht, das den charakteristischen Titel trägt: „Der Friede ist krank". Der Friede ist krank, sagt er, weil Frankreich das ungeheure Unrecht begangen hat, Deutschland immer nachzugeben. 1905 hat sich Frankreich, anstatt Deutschland Widerstand zu leisten, von ihm einschüchtern lassen. Im Jahre 1911 hat es sich auf Verhandlungen eingelassen, während der deutsche Revolver auf seine Brust gerichtet war. Je nachgiebiger Frankreich sich zeigt, um so größer wird die deutsche Gefahr. Wenn Deutschland seine Stunde für gekommen hält, wird es nach dem Beispiel der Emser Depesche irgendeinen Zwischenfall hervorrufen. Seine maßlose Herrschsucht, sein alle Begriffe übersteigender Hochmut werden es in den Krieg treiben. Deshalb muß man Deutschland gegenüber immer gerüstet sein. Zwischen beiden Ländern gibt es eine Vergangenheit, die niemals vergessen werden darf. Tausendmal schlimmer als eine Niederlage ist eine Verständigung mit Deutschland, denn ihre erste Bedingung wäre der Verzicht auf die heiligsten Ansprüche. Frankreich muß auch seine Bundesgenossen daran gewöhnen, daß sie einem möglichen Konflikt ins Auge sehen können. Was hat das französisch-russische Bündnis für einen Wert, wenn es nicht deutschfeindlich ist? Rußland muß bereit sein, Frankreichs Ruf sofort Folge zu leisten. Im Innern müssen die Syndikalisten, deren Vaterlandslosigkeit von Deutschland durch Geld unterstützt wird, unterworfen werden. Strenge Disziplin und die Erinnerung an Frankreichs ruhmreiche Vergangenheit muß wieder aufleben. Die Vorbereitung auf den Krieg durch Zusammenfassung aller Kräfte des Landes, durch die Erneuerung der sozialen Gliederung wird die beste, ja die einzige Bürgschaft für Frankreichs Unabhängigkeit sein.

Ein Krieg ist besser als ein Frieden, in dem man auf seine nationalen Wünsche und Hoffnungen verzichten muß. Da man aber einmal in die Kriegsbegeisterung hineingeraten ist, gewinnt man ihm die beste Seite ab. So schreibt Junius einmal im „Écho de Paris": „Der erzieherische Wert des Krieges war für den niemals zweifelhaft, der einer verständigen Beobachtung fähig ist ... Die ganze Geschichte beweist es: die Zeiten kräftiger geistiger Kultur erscheinen bei den Völkern erst, wenn sie durch die schmerzliche, aber fruchtbare Schule des blutigen Opfers gegangen sind. Ja, der Krieg ist wirklich

der heilige Jungbrunnen, denn schon der Gedanke an ihn gibt der Volksseele mit einem Schlage ihre Zuversicht wieder." Wem fallen da nicht die Phrasen von dem Krieg als Erzieher, als Stahlbad und sittliche Erneuerung ein? Es erübrigt sich, den Geschichtsklitterer Lügen zu strafen. Wir wissen, daß es in allen Ländern Leute gab, die den nationalistisch-militärischen Forderungen ein kulturelles Mäntelchen umzuhängen wußten. Ein interessantes Seitenstück findet man in dem Buche Nippolds „Der deutsche Chauvinismus" (Stuttgart 1913). Die „Berliner Neuesten Nachrichten" lassen sich in einer Buchbesprechung folgendermaßen aus: „Es ist hier mit seltener Lückenlosigkeit und Schlüssigkeit der Beweis geführt, daß der Krieg nicht nur ein Faktor, sondern der Hauptfaktor, nicht bloß der Schöpfer, auch der Erhalter wahrer, echter Kultur ist, daß ohne ihn eine geordnete Gesellschaft, ein kraftvoller Staat weder entstehen noch auf lange Dauer erhalten bleiben kann."

Manchmal wurde auch den Engländern die Kriegsbegeisterung zuviel. So mahnten sogar einmal die deutschfeindlichen „Times" (3. März 1913): „Auf Grund der vernünftigen und praktischen Veranlagung der Franzosen, die ihr wahrer Charakter ist, legen wir den mehr oder weniger tollen chauvinistischen Ausbrüchen, die aus Paris gemeldet werden, kein Gewicht bei. Mit Bedauern sehen wir, wie die Äußerungen eines wahren Patriotismus von herausfordernden Reden und Schriften begleitet werden. Die vernünftigen Franzosen, die den Zustand Europas kennen, werden höchstens ein Gefühl der Unruhe haben, wenn sie die Wunde Elsaß-Lothringen von den Chauvinisten — und nicht nur von diesen — aufreißen sehen. Alle diese Kundgebungen können jenseits des Kanals nur den Eindruck erwecken, daß Frankreich einen Rachekrieg vorbereitet."

Der nationale Wille braucht als Werkzeug ein starkes Heer. Und so erleben wir in dieser Zeit das Wiedererwachen des Militarismus im Heer. Millerand, der unter Poincaré Kriegsminister war, gilt als der Reorganisator des französischen Heeres. Er zog die lockeren Zügel wieder kräftiger an, führte eine strenge Zucht im Heere ein und suchte die Armee auf alle Weise volkstümlich zu machen. Er brachte den Zapfenstreich wieder auf; die Soldaten marschierten mit klingendem Spiel durch die Straßen der Städte, von der Menge vielfach bewundert. Als Antwort auf die deutschen Wehrvorlagen von 1912/13 brachte er zunächst die Vorlage zum Kadergesetz ein, um das französische Heer der Stärke des deutschen anzupassen. Das

Gesetz bestimmte, daß die Reserven als Linienregimenter Verwendung finden sollten, die alle an die Ostgrenze gelegt wurden. Das Gesetz ging im Dezember 1912 durch. Aber er hielt es noch für vollkommen ungenügend, um der deutschen Wehrmacht ebenbürtig zu werden. Ohne die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit, die eine schnellere Mobilmachung sicherte, werde man ihr nicht gewachsen sein. Das Dreijahrsgesetz konnte er allerdings nicht mehr durchführen. Er kam aber den Rechtsparteien immer mehr entgegen und verfügte ihnen zuliebe die Wiederaufnahme des Dreyfusgegners Du Paty de Clam ins Heer. Das verschnupfte die Radikalen, und er mußte gehen. Aber der Plan der dreijährigen Dienstzeit war nun mal im Gange. Und schon einen Monat nach dem Rücktritt Millerands kündigte der „Temps" neue Heeresverstärkungen an. Von sozialistischer Seite setzte eine großzügige Bewegung dagegen ein, die sich in Volksversammlungen, antimilitaristischen Kundgebungen und Gehorsamsverweigerung in der Armee Luft machte. Der Kriegsminister ließ Haussuchungen abhalten und die Rädelsführer festnehmen. Nachdem am 12. Juni der bekannte warnende offiziöse Artikel einer russischen Zeitung erschienen war, in dem den Franzosen zugerufen wurde: „Rußland ist fertig, Frankreich muß es auch sein", wurde mit einer erdrückenden Mehrheit (358 gegen 204 in der Kammer, 254 gegen 37 Stimmen im Senat) im Juli 1913 der Regierungsantrag auf Einführung der dreijährigen Dienstzeit angenommen. Die Minderheit setzte sich aus einigen Radikalen, Radikal-Sozialisten und Sozialisten zusammen. Der „neue Geist" hatte gesiegt. Nicht bloß über die Volksvertreter. Nicht nur in der Heeresstärke drückte sich der nationale Wille aus. Millerand hatte das ganze Heer mit Offensivgeist durchtränkt. Namentlich die Jugend, die, der Politik abgewendet, mehr und mehr von der Leidenschaft zum Sport ergriffen wird, ist kampfesfreudig bis in die Knochen. Am 30. Juli 1914 schreibt ein junger Soldat an seine Eltern: „Ihr scheint mir vor dem Ins-Feld-Rücken Angst zu haben. Die Aussichten sind vertrauenerweckender denn je. Wir hoffen, daß es nicht ein Verteidigungskrieg sondern ein Eroberungskrieg werden wird. Beim ersten Signal sind wir bereit, in die Höhe zu fahren und loszuschlagen" (Bordeaux, „La Jeunesse nouvelle").

Mit der Wendung der französischen Politik Deutschland gegenüber, mit dem Volkstümlichwerden der „Revancheidee" fällt auch die Gesinnungsänderung der französischen Lehrerschaft zeitlich zu-

sammen. Paul Rühlmann hat über die Entwicklung der patriotisch-militaristischen Stimmung in der Schule ein lesenswertes Buch geschrieben: „Die französische Schule und der Weltkrieg". Die pazifistische Strömung findet um 1905 Widerstand. Der Pariser Lehrer Bocquillon, nach Jaurès ein Werkzeug Clémenceaus, leitet eine patriotische Gegenbewegung ein. Poincaré, zweimal Unterrichtsminister, versucht, unterstützt von dem Historiker Lavisse, dem Direktor der École normale supérieur, des Seminars der französischen Oberlehrer, die Lehrerschaft mit allen verfügbaren amtlichen Mitteln in die vaterländische und kriegerische Strömung hineinzuziehen. Als Ministerpräsident hat Poincaré mit seiner gewöhnlichen Energie allen pazifistischen Kundgebungen und gewerkschaftlichen Bestrebungen der Lehrerschaft durch Disziplinarstrafen ein rasches Ende bereitet. Lehrbücher, die den alten Haß von 1870 predigen, das Recht auf Elsaß-Lothringen einprägen und von einem größeren Frankreich schwärmen, erscheinen in rascher Folge. Die beigegebenen Bilder haben vielfach einen verhetzenden Charakter. Durch Verfügungen aus den Jahren 1907 und 1912 wird der militärische Vorbereitungsdienst unter Hinweis auf die zahlenmäßige Überlegenheit Deutschlands eingerichtet, werden Schulschießvereine gegründet. Die Propaganda durch die Schule ist die wirksamste; die Jugend läßt sich am leichtesten beeinflussen und nur schwer lassen sich einmal in der Schule beigebrachte Anschauungen später beseitigen. Die französische Schule hat eine ganze deutschfeindliche Generation geschaffen.

So erleben wir in den Jahren vor dem Kriege eine wahre „Renaissance des französischen Stolzes" (Etienne Rey). Der Glaube an die geistige und materielle Kraft und Überlegenheit der Nation, der tatenlustige Optimismus und angriffslustige Elan, für deren Wiederbelebung Männer wie Delcassé, Clémenceau, Poincaré, Barrès, Maurras, Millerand u. a. ihre ganze Kraft eingesetzt, sie haben schließlich die Volksmassen gewonnen. Die alte bittere Resignation der Besiegten, die müde Lässigkeit, aber auch der Wunsch nach ruhiger, friedlicher Entwicklung gehören einer vergangenen Generation an. Die neue Generation hat kein Verständnis mehr für wirklichkeitsfremde theoretische Schwärmereien. Die ist praktischer, tätiger, gewalttätiger.

Zuerst hatte man sich mit der Wiederherstellung des politischen Gleichgewichts begnügt. Dazu diente vor allem das russische Bündnis. Dann schloß man im Verein mit England den Kreis um Deutschland.

Ein mächtiges Kolonialreich wurde erobert. Der Reichtum des Landes mehrte in der Welt Frankreichs Macht. Die Wehrmacht wird gestärkt, die nach Jahren der Entmutigung wieder vom alten Offensivgeist ergriffen wird; siegverheißend schmettert die Militärmusik in den Straßen. Die „vierte Waffe", das Flugzeug, nimmt einen ungeheuren Aufschwung, preist Frankreichs Erfindungsgabe und Mut und erweckt unermeßliche Hoffnungen; der „französische Vogel" erhebt seine Schwingen und fliegt bis zu der blauen Linie der Vogesen, hinter der unglückliche Kinder Frankreichs sehnsüchtig nach ihm aufblicken.

Frankreich darf nicht gleichgültig abseits stehen, es hat kein Recht zur Entsagung. Denn es hat eine Kulturmission in der Welt zu erfüllen. Es muß allen anderen Völkern der Erde das Licht, das Heil, Fortschritt und Freiheit bringen. Paris, die „Lichtstadt", ist der kulturelle Mittelpunkt der Welt. Die Sache Frankreichs ist die Sache der Menschheit. „Denn in unserer krankhaften Eitelkeit wollen wir von der ganzen Erde geliebt sein" (Huret, En Allemagne, I, 45).

Um dieser geschichtlichen Aufgabe gerecht zu werden, muß Frankreich sich auf sich selbst, seine Vergangenheit und sein eigenes Wesen besinnen. Es muß alles Fremde abstreifen. Die Wissenschaft scheint der neuen Generation schon arg im deutschen Fahrwasser. Es wird Sturm gelaufen gegen den philologischen und historischen Betrieb der Sorbonne, der Pariser Universität. Das französische Ideal verlangt Klarheit, Ordnung, also mehr rhetorische als geschichtliche Fähigkeiten. Bewußt und fast herausfordernd pocht der Franzose auf sein Recht, sich abzuschließen und alles Fremde zu übergehen. „Nichts ist schön, elegant, stürmisch, geistreich, klug, als was von Frankreich kommt. Die großen Männer anderer Länder sind nur flache Nachahmer, verschämte Nachbeter. Dickens verdankt alles Alphonse Daudet, Tolstoi Stendhal, der ganze Ibsen steckt bereits in der „Révolte" von Villiers de l'Isle-Adam. Was wäre Goethe ohne Gounod und Thomas? ... Die französische Seele erkenne ich ganz und gar in dem Ausspruch Brossettes, der in Königsberg einmal zu mir sagte: „Die Deutschen? Ein Volk von Barbaren. Sie verstehen kein Wort Französisch" (Mirbeau, La 628—E 8).

So war die Stimmung eines großen, wir dürfen seit 1912 ruhig sagen, des größten Teils der französischen Bevölkerung. Noch kann man trotz allem hoffen, daß der nationale Ehrgeiz latent bleiben, daß die nationalistische Welle wieder abebben wird. Bücher wie

Romain Rollands „Jean Christophe" berechtigen dazu. Aber schon wird der Friede durch weiteres Anziehen der Vertragsbande immer weiter eingeengt. Im April 1914 treffen der König und die Königin von England, begleitet von Grey, in Paris zum Besuche Poincarés ein. Die englische Presse erklärt, das englische Volk müsse zu allem bereit sein, um das Verschwinden Frankreichs und seiner einflußreichen Stellung in der europäischen Politik zu verhindern. Aber sie läßt wieder eine Warnung an Frankreich los: „England würde die Grenzen seiner Pflicht überschreiten, wenn es seinen Bürgern Opfern zumutete, um eine Vergrößerung Frankreichs herbeizuführen" („Morning Post"). Diese Mahnungen machen auf Frankreich keinen Eindruck mehr. Ribot im „Matin" verlangt, daß die Interessengleichheit beider Länder in der Festsetzung des tatsächlichen Beistandes durch England seinen Ausdruck finde; er ruft nach einem festen militärischen Bündnis, auf das sich Frankreich verlassen kann. Auch der „Figaro" dringt darauf, die Verbindung mit Rücksicht auf den kommenden Krieg noch inniger zu gestalten. Im Mai tritt in Petersburg ein englisch-russischer Marineausschuß zusammen und verteilt die Kriegsschauplätze; Rußland werden die Dardanellen und das östliche Mittelmeer zugewiesen. Die politische Spannung, das gegenseitige Mißtrauen, das Warten auf den geeigneten oder gefährlichen Augenblick waren aufs Höchste getrieben. So zeigte sich, daß die bisherige Bündnispolitik ihr Ziel, den Frieden zu erhalten, verfehlt hatte. Sie war im Gegenteil ein Mittel geworden, Kriegsstimmung zu erzeugen. Aus den Schutzbündnissen werden, infolge der Anhäufung ungeheurer Machtmittel, Trutzbündnisse; und jede festere Verknüpfung einer Gruppe ruft sofort auf der anderen Seite den gleichen Vorgang hervor. Deutschland sieht sich immer mächtiger in die Orient- und Balkanpolitik Österreichs hineingezogen, es folgt ihm darin durch dick und dünn. Die „Nibelungentreue" ersetzt das Verständnis für politische Notwendigkeit. Frankreich läßt überall seine Interessen zurücktreten, wo Rußland beteiligt ist. Dafür kontrolliert es ständig den Stand seiner Rüstungen, drängt, stellt Forderungen. England wird von ihm veranlaßt, sein Heer zu verstärken, einen militärischen Beistand schriftlich zu gewährleisten. Schließlich stehen sich zwei ungeheure Mächtegruppen gegenüber, im Interesse des Friedens bis an die Zähne bewaffnet: jede späht nach herausfordernden Gesten des Gegners. Ein Funke, und der mit Pulverfässern geschützte europäische Friede fliegt in die Luft.

IX.

Die Katastrophe

Am 28. Juni 1914 wurde der österreichisch-ungarische Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand mit seiner Gemahlin von einem neunzehnjährigen Serben bosnischer Herkunft in dem bosnischen Städtchen Serajewo ermordert. Die Tat geschah am Jahrestage der Schlacht auf dem Amselfelde (1389) und war eine Frucht des großserbischen Nationalismus. Sie geschah aus Rache für die Annexion Bosniens und der Herzegowina im Jahre 1908, aus Furcht, der Erzherzog könne, zur Regierung gelangt, mit dem Plan der strafferen Zusammenfassung der einzelnen Teile des Reichs Ernst machen, und in der Hoffnung, das Land mit dem Königreich zu einem Großserbien zu vereinen.

Die serbische Regierung gab ihrem Abscheu vor dem Attentat und dem Attentäter amtlichen Ausdruck und führte das traurige Ereignis auf „Umtriebe verdächtiger Elemente" zurück. Die österreichische dagegen erblickte im ganzen serbischen Volk den Mitschuldigen und glaubte durch die eingeleitete Untersuchung beweisen zu können, daß sogar die serbische Regierung geheime Mitwisserin und Förderin des politischen Mordes gewesen war.

In dieser Voraussetzung und — wie wir aus in und nach dem Kriege veröffentlichten Erinnerungen entnehmen müssen — unter unbedingter Zustimmung der deutschen Regierung zu scharfem Vorgehen, überreichte Österreich am 23. Juli jenes bekannte Ultimatum, das u. a. die Forderung enthielt: einzuwilligen, daß in Serbien Organe der k. und k. Regierung bei der Unterdrückung der gegen die territoriale Integrität der Monarchie gerichteten subversiven Bewegung und an der gerichtlichen Untersuchung gegen die im Königreich befindlichen Teilnehmer des Komplotts auf serbischem Boden mitwirkten.

Diese den Großmächten mitgeteilte Note löste bei den verschiedenen Regierungen eine Reihe von Versuchen aus, den die Ruhe Europas

bedrohenden Streit zwischen den beiden Staaten zu bewältigen. Der Bundesgenosse Deutschland will den Fall lokalisieren und als eine nur Österreich und Serbien angehende Angelegenheit betrachtet wissen, damit die Wiener Regierung sich vollkommene Genugtuung verschaffen kann. Versäumte Österreich diese günstige Gelegenheit, dem Großserbentum den Todesstoß zu versetzen, so wäre es um sein Ansehen geschehen und würde für den Dreibund ein noch schwächerer Faktor (vgl. „Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch", Nr. 48). Die Ententegruppe, ihrerseits besorgt, der deutsch-österreichische Machtbereich könne auf dem Balkan eine Stärkung und Erweiterung erfahren, versucht, die österreichischen Forderungen einzudämmen, die Frist des Ultimatums, die nur auf 48 Stunden berechnet war, zu verlängern oder die Verwicklungen auf schiedsgerichtlichem Wege zu lösen.

Im Rahmen vorliegender Darstellung müssen wir uns hauptsächlich über Haltung und Tätigkeit der französischen Regierung und Diplomatie klar werden.

Nationalistische Kreise in Frankreich waren aus Abneigung gegen den Dreibund bestrebt, den Großmachtsdrang den Serben als einen Befreiungskampf hinzustellen. Die vorherrschende amtliche Auffassung finden wir in dem Buche „Histoire diplomatique de la troisième République" (S. 151) des liberalen und russenfreundlichen Edmond Hippeau: „Man höre damit auf, die Serben als Märtyrer oder Apostel anzusehen. Die Serben haben ihre Unabhängigkeit sich erstritten; es hängt nur von ihnen ab, sie zu behalten. Wenn die Omladina von der Wiederaufrichtung eines Großserbiens träumt, wenn man in Belgrad den Predigten der Moskauer Komitees ein Ohr leiht, wird Serbien in den Augen Europas für immer verurteilt sein. Statt die Wiedergeburt eines Volkes aus seiner Asche zu erleben, fürchten wir den Anblick eines Volkes, das seine Lebenskraft in unfruchtbaren Kräften erschöpft, unfähig, sich in ernsthaftem Drange zu einer Kulturnation zu erheben." Regierung und Parlament zögerten denn auch nicht, bei der Nachricht von der Ermordung des Erzherzogs ihr Mitgefühl feierlich kundzugeben. Aber man fürchtete auch, daß aus diesem gefährlichen Balkanwinkel, der erst kurze Zeit vorher Kriegsschauplatz gewesen war, eine neue Gefahr heraufsteigen könnte. Stand doch schützend hinter Serbien der große slawische Bruder Rußland, dessen Haltung in dem Konflikt dem Bundesgenossen Frankreich nicht gleichgültig bleiben konnte.

Am 16. Juli war Präsident Poincaré unter dem Eindruck drohender Verwicklungen nach Petersburg abgereist, begleitet von Ministerpräsident Viviani. Man wird dort die Kriegsmöglichkeiten erwogen, sich die gegenseitige Hilfe gesichert und vielleicht auch militärische Pläne besprochen haben. Am 24. Juli läßt Viviani den französischen Botschafter in Wien instruieren, er möge unter Fühlungnahme mit den Botschaftern der befreundeten Mächte auf den Grafen Berchthold in versöhnendem Sinne einwirken, damit Österreich in Serbien sich nicht in einer Form einmische, die der Souveränität dieses Staates zu nahe träte (Gelbbuch Nr. 22). Am 25. beauftragt die Pariser Regierung nach dem Beispiel der Londoner ihren Vertreter in Wien, Rußlands Gesuch um Verlängerung der Frist zu unterstützen (Gelbbuch Nr. 39). Am 26. erhält der deutsche Botschafter in Paris ein Telegramm aus Berlin: die Entscheidung liege nur bei Rußland, das bereits mobilmache; Frankreich möge seinen Einfluß auf Rußland in friedlichem Sinne geltend machen (Weißbuch, Anlage 10a). Er erhält die Antwort, wenn Deutschland nicht dasselbe in Wien täte, sei Frankreich allein dazu nicht in der Lage (Gelbbuch Nr. 56). Inzwischen war die serbische Antwort auf das Ultimatum eingelaufen. Sie leugnete die amtliche Beteiligung an der großserbischen Propaganda, lehnte die Mitwirkung von k. und k. Organen an der Untersuchung ab, erklärte sich aber im übrigen zu einer Genugtuung bereit. Die österreichische Regierung erklärte die Antwort für ungenügend und händigte dem serbischen Gesandten in Wien die Pässe aus. Damit befand sich Österreich mit Serbien im Kriegszustand. Die Vermittlungsversuche gingen trotzdem weiter. Grey machte seinen Konferenzvorschlag, zu dem Frankreich seine Zustimmung gab (Gelbbuch Nr. 70). Da Deutschland dem Vorschlage infolge seines Standpunktes, in den Streit zwischen Österreich und Serbien nicht einzugreifen, ablehnend gegenübersteht, schlägt der Botschafter Cambon seiner Regierung vor, Greys Plan in eine andere Form zu kleiden (Gelbbuch Nr. 74) oder Deutschland zu zwingen, selbst eine diplomatische Formel zu finden, die den Krieg verhüten könnte. Er selbst hält eine internationale Kommission für geeignet, Österreich die geforderte Garantie für Serbiens guten Willen zu geben (Gelbbuch Nr. 92). Deutschland erhält Nachrichten über französische Kriegsvorbereitungen und macht am 29. durch seinen Botschafter in Paris darauf aufmerksam, daß Deutschland dadurch zu Schutzmaßregeln gezwungen würde (Weißbuch, Anlage 17).

Der Reichskanzler versucht, England beiseite zu ziehen und verspricht dem britischen Botschafter, Deutschland werde keine Erwerbungen auf Kosten des europäischen Frankreichs machen, falls die Neutralität Großbritanniens gesichert sei (Blaubuch Nr. 35). Grey läßt erwidern, dieser Handel mit Deutschland auf Kosten Frankreichs würde eine Schande für England sein (Blaubuch Nr. 101). Das Freundschaftsverhältnis zwischen Frankreich und Großbritannien ist aber in diesem Augenblick noch keineswegs geklärt. Grey macht den französischen Botschafter in London, Paul Cambon, darauf aufmerksam, daß England noch frei von Verpflichtungen sei und zu entscheiden hätte, was die britischen Interessen von ihm forderten (Blaubuch Nr. 87). Wiederholt erinnert ihn der französische Botschafter an die 1912 getroffenen Abmachungen (Blaubuch Nr. 105, Gelbbuch Nr. 108). Sein Drängen wird von Poincaré unterstützt, der die Überzeugung ausspricht, wenn Großbritannien für den Fall eines Konfliktes zwischen Frankreich und Deutschland seine Hilfe für Frankreich ankündige, so werde kein Krieg sein, da Deutschland dann seine Haltung ändern werde (Blaubuch Nr. 99). Am 30. Juli betont die französische Regierung Rußland gegenüber, daß Frankreich entschlossen sei, alle seine Bündnispflichten zu erfüllen; sie bittet aber, außer den notwendigen Vorsichts- und Verteidigungsmaßregeln keine unmittelbaren Anordnungen zu treffen, die Deutschland den Vorwand zu einer vollständigen oder teilweisen Mobilmachung liefern könnten (Gelbbuch Nr. 101). Während des Austausches von Telegrammen zwischen Kaiser und Zar, erhält Deutschland die Mitteilung, daß Rußland auch gegen Deutschland mobilmache. Infolgedessen wird am 31. Juli die drohende Kriegsgefahr ausgesprochen und die Forderung an Rußland gestellt, binnen zwölf Stunden jede Kriegsmaßnahme gegen Deutschland und Österreich-Ungarn einzustellen (Weißbuch, Anlage 24). Da der Konflikt Deutschland—Rußland so in größere Nähe gerückt war, wollte der Reichskanzler über Frankreichs Haltung Gewißheit haben. Er beauftragte Herrn von Schön in Paris anzufragen, ob Frankreich in einem deutsch-russischen Krieg neutral bleiben würde (Weißbuch, Anlage 2). Die Instruktion lautete weiter noch dahin, als Sicherung der Neutralität sollte Frankreich die beiden Festungen Toul und Verdun ausliefern (W. T. B. am 5. März 1918). Herr von Schön ist gar nicht dazu gekommen, dies Verlangen zu übermitteln, denn er erhielt auf seine erste Frage die ausweichende Antwort, Frankreich werde sich von seinen

Interessen leiten lassen (Weißbuch, Anlage 27). Immer wieder versucht Frankreich, von England eine klare und unzweideutige Antwort zu erlangen; England möge die Bedingungen seiner Hilfeleistung ins Auge fassen. Ein Handschreiben Poincarés wird dem Könige überreicht (Gelbbuch Nr. 110). Grey antwortet andauernd ausweichend, weist auf die ausschlaggebende Rolle des Parlaments hin, läßt aber durchblicken, daß der Schutz der belgischen Neutralität unter Umständen eine Einmischung Englands herbeiführen könne (Blaubuch Nr. 116, 119). Offenbar beeinflußt von der zögernden Haltung Englands läßt Viviani in Petersburg bestellen, er zweifle nicht, daß die russische Regierung im höheren Interesse des Friedens ihrerseits alles vermeiden werde, was die Krise unvermeidlich machen oder beschleunigen könnte (Gelbbuch Nr. 117). Dieser Rat kam bereits zu spät. Wie alle ausländischen Diplomaten in Petersburg wußten, war der Befehl zur allgemeinen Mobilmachung längst gegeben und damit schwand in Deutschland jede Hoffnung auf friedliche Beilegung des Konfliktes (Blaubuch Nr. 112). Da das deutsche Ultimatum an Rußland, ohne beantwortet zu sein, am Mittag des 1. August abläuft und Deutschland am 31. Juli in Paris erklärt hat, die deutsche Mobilmachung werde dann folgen und die Mobilmachung bedeute unvermeidlich den Krieg, gibt die französische Regierung, getreu dem russisch-französischen Abkommen, an diesem Tage um 3.40 Uhr nachmittags den Mobilmachungsbefehl. Um 7.10 Uhr abends übergibt Graf Pourtalès der russischen Regierung die Kriegserklärung des deutschen Kaisers.

Die nächsten Ereignisse zwischen Deutschland und Frankreich entwickelten sich mit automatischer Sicherheit. Rußland war von Deutschland der Krieg erklärt worden. Auf Grund des Abkommens vom Jahre 1892 (s. Kap. IV) hatte Frankreich mobilgemacht. Beide Heere standen sich nun feindselig und kampfbereit an der Grenze gegenüber. Wer sollte die Massen, den Willen zum Kriege noch aufhalten? Bereits am 1. August lag der deutsche Entwurf zur Kriegserklärung vor, die sich auf die durch Frankreichs ausweichende Antwort geschaffene Bedrohung der westlichen Grenze stützte („Deutsche Dokumente", Nr. 608). Angebliche Meldungen von Bombenabwürfen französischer Flieger auf deutsches Gebiet veranlaßten die kaiserliche Regierung, den entscheidenden Schritt selbst zu tun und am 3. August, um 8.45 Uhr abends, in Paris durch ihren Vertreter den Kriegszustand erklären zu lassen.

Es kam mir hier nicht darauf an, den Ausbruch des Krieges in allen seinen Einzelheiten zu verfolgen. Damit könnte man ein ganzes Buch füllen, wie der Schweizer Hofer, dessen klare und synoptische Darstellung in „Der Ausbruch des großen Krieges" ein guter Gedanke war. Um den Rahmen des Buches nicht zu sprengen, habe ich mich auf die Aufzählung von Tatsachen beschränkt, aus denen man die Haltung Frankreichs im österreichisch-serbischen Konflikt und sein Verhältnis zu Deutschland erkennen kann. Aus diesem in der Hauptsache den verschiedenen Buntbüchern entnommenen Bericht ergibt sich meines Erachtens folgendes: Deutschland hat versucht den Konflikt zu lokalisieren, um jedes Dreinreden der Mächte zu verhindern und Österreich bei seinem Vorhaben, Serbien zur Verantwortung zu ziehen, selbständig handeln zu lassen. Es hat Anstrengungen gemacht, die Engländer für den Fall eines europäischen Krieges auf die Neutralität festzulegen. Während die deutschen Bemühungen, auf diese Weise den Frieden zu erhalten, sich als unzulänglich erwiesen, hat die Regierung andererseits die englischen Konferenzvorschläge abgelehnt. Offenbar ließ sie sich hier von der Befürchtung leiten, die deutsch-österreichische Gruppe könne auf einer internationalen Konferenz eine diplomatische Niederlage und damit eine Schwächung im europäischen Konzern erleiden. So schrieb die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" am 21. Dezember 1914: „Mit anderen Worten: in dem diplomatischen Duell zwischen dem Dreiverband einer- und Österreich-Ungarn-Deutschland andererseits sollten letztgenannte die ihnen von der Tripleentente zugedachte Niederlage und Demütigung ruhig hinnehmen. Da sie sich hierzu nicht haben verstehen wollen und Deutschland sich seinen Bündnispflichten getreu auf die Seite Österreich-Ungarns gestellt hat, ist der Krieg ausgebrochen." Der eigene Weg Deutschlands, direkte Verhandlungen zwischen Wien und Petersburg herzustellen („Deutsche Dokumente", Nr. 385, 395, 396), wird schließlich durch die russische Mobilmachung ungangbar gemacht. Die Teilnahmlosigkeit gegenüber den englischen Vermittlungsbestrebungen, die Vollmacht an Österreich ohne genaue Kenntnis der Fassung seines Ultimatums (vgl. den bekannten Brief Dr. Muchlons („Deutsche Dokumente", Nr. 15, 30 und 41 des Gelbbuchs), die Lässigkeit, mit der Deutschland auf Österreich einwirkte, bilden die schwachen Punkte der deutschen diplomatischen Tätigkeit. Der schwache Punkt der Entente ist die vorzeitige allgemeine Mobilmachung Rußlands, die nicht, wie das Telegramm des französischen

Botschafters Paléologue vermuten lassen will (Gelbbuch Nr. 118), erst am 31. angeordnet wurde, sondern — von der russischen Diplomatie allerdings kaschiert — bereits am 30. Juli im Gange war. Dies geht aus dem aufgefangenen Brief des belgischen Geschäftsträgers de l'Escaille (Neuausgabe des Weißbuchs, Abschnitt 4) und aus den Verhandlungen im Suchomlinowprozeß mit aller Deutlichkeit hervor. Diese Tatsache war dem französischen Publikum genau so vorenthalten worden, wie die oben erwähnte Note Bethmann Hollwegs über den Beginn der russischen Mobilmachung und ihre Rückwirkung auf Deutschland (Weißbuch, Anlage 25), von der sich im Gelbbuch keine Spur findet. Weil das französische Volk von der frühen Mobilmachung Rußlands und Deutschlands Ultimatum an diesen Staat keine Ahnung hatte, mußte die deutsche Mobilmachung vom 2. August in Frankreich wie ein herausfordernder Angriff wirken; für den Ausbruch der Kriegsstimmung ein ungeheuer wichtiges und von einigen französischen Staatsmännern sicher mit Bedacht angewandtes Moment. Auch Frankreich trägt kein Bedenken, vor eine vollendete Tatsache gestellt, seinem Verbündeten durch dick und dünn zu folgen. An treibenden Kräften hat es innerhalb der französischen Regierung sicher nicht gefehlt. Zu dieser Rolle eignete sich seiner politischen Vergangenheit entsprechend besonders Poincaré, das tätige Oberhaupt der Republik. „Der Kriegswille Poincarés," heißt es in dem Schriftstück Caillaux' „Die Verantwortlichen", veröffentlicht im „Progrès", März 1920, „zeigte sich klar in seiner Haltung während des Kabinettsrats. Er hat damals allerdings vergeblich darauf gedrungen, daß Frankreich den Krieg erkläre. Er war überzeugt, daß die französische Armee der deutschen weit überlegen und daß der Sieg leicht sein werde." Während des gegen ihn geführten Hochverratsprozesses vor dem Staatsgerichtshof 1920 gab Caillaux auch an, von Mitgliedern des Kabinetts Viviani gehört zu haben, Poincaré habe am 1. August geäußert: „Frankreich läßt sich nicht den Krieg erklären." Wenn Frankreich trotz des Drängens Poincarés es doch vorgezogen hat, die Kriegserklärung abzuwarten, so waren neben der Rücksicht auf die Volksstimmung, für die man einen Verteidigungskrieg brauchte, noch andere Gründe maßgebend. Das Kabinett war radikal und an sich keineswegs grundsätzlich kriegsfreundlich. Auch wird den Mitgliedern noch die Anklage des Senators Humbert in den Ohren geklungen haben gegen den schlechten Zustand der französischen Artillerie. Vor allem aber kann der mäßi-

gende Einfluß der englischen Zögerung nicht hoch genug bewertet werden. Beim Durchgehen der englischen und französischen Aktenstücke stoßen wir fast an jedem der auf die Übergabe des österreichischen Ultimatums folgenden Tage auf den Versuch der französischen Diplomatie, England aus seiner Zurückhaltung herauszureißen. In London, Paris und Berlin wird daran gearbeitet. Poincaré wirkt besonders dabei mit. Da England zögert, klar und eindeutig für Frankreich Partei zu nehmen, bleibt Frankreichs Haltung während der kritischen Tage immer von einer gewissen Vorsicht. Es ist gar keine Frage, daß es ganz anders gegen Deutschland aufgetreten wäre, wenn es ähnlich wie im russisch-französischen Bündnisvertrage einen Blankoschein von England in der Tasche gehabt hätte. Die freie Hand, die sich die Engländer gesichert hatten, gab, solange sie wirkte, eine Hoffnung auf Frieden.

Damit kommen wir auf das Hauptübel der europäischen Politik: das starre Bündnissystem. In dem Augenblick, wo Deutschland sich verpflichtet fühlt, die Ehre des Verbündeten zu schützen, aus Furcht, Österreich könne im Falle einer Intervention der Mächte sich eine diplomatische Niederlage holen und dadurch die politisch-militärische Lage des Dreibundes verschlechtern, wird Frankreich durch die Mobilmachung seines Verbündeten kraft des Vertrages zur eigenen Mobilmachung und zum Eingreifen veranlaßt. Die Bündnispolitik, begonnen zur Erhaltung des Friedens, bewirkt unmittelbar und automatisch den Ausbruch des Weltkrieges.

Der Ausbruch des Weltkrieges bedeutet die Katastrophe der europäischen Diplomatie und der Politik des bewaffneten Friedens. Er bedeutet aber auch den Zusammenbruch aller nichtamtlichen internationalen Bestrebungen zur Bekämpfung des Krieges.

Gar nicht in Tätigkeit getreten sind die Friedensgesellschaften der verschiedenen Länder. Die Friedensfreunde besaßen vor dem Kriege weder auf die Regierungen noch auf die Öffentlichkeit irgendeinen nennenswerten Einfluß. Das ethisch-philantropische Ideal der Völkerverbrüderung war gegenüber den wirtschaftlichen und technischen Realitäten der Zeit zur Ohnmacht verurteilt. Die praktisch bedeutsamste Handlung der Pazifisten war die interparlamentarische Verständigungskonferenz in Bern im Mai 1913. Sie begnügte sich nicht damit, die nationalistischen Treibereien in Deutschland und Frankreich zurückzuweisen und die schiedsgerichtliche Lösung aller zwischenstaatlichen Streitfragen zu verlangen; sie forderte auch ihre

Teilnehmer zu praktischem Vorgehen in den Parlamenten auf, um die Regierungen zu Rüstungseinschränkungen zu veranlassen. Die Hoffnungen, die man auf das Zusammenarbeiten von französischen und deutschen Parlamentariern gesetzt hatte, erfüllten sich beim Ausbruch des Krieges nicht. Bei weniger bedeutsamen Zwischenfällen waren wohl die Pazifisten auf dem Plan, aber bei großen Entscheidungen mußte ihre junge und zerbrechliche Organisation gegenüber dem festen und mächtigen Gebäude der Regierungsgewalt versagen.

Ganz andere Aussichten hatte zunächst die sozialistische Internationale. Marx hatte dem Gedanken einer internationalen Annäherung neue Entwicklungsmöglichkeiten gegeben. Er forderte die wirtschaftliche Umgestaltung der Gesellschaft ohne Rücksicht auf die nationalen Grenzen. Durch die Schaffung des Begriffes Klassenkampf ergab sich eine neue Einteilung, ein Querschnitt, der den geschichtlichen Aufbau der Kulturmenschheit außer acht ließ und die Gleichheit der Lebensbedingungen zwischenstaatlicher Schichten betonte. „Die Proletarier haben kein Vaterland!" Bei der konstruktiven, gradlinig dogmatischen und weniger empirischen Veranlagung der Franzosen fanden sich in Frankreich am schnellsten bewußte Anhänger des internationalen Gedankens.

1862 kamen zum ersten Male französische Arbeiterführer zu Marx nach London, nachdem bereits eine internationale Korrespondenz eingerichtet war und die Weltausstellungen einen Gedankenaustausch nahegelegt und erleichtert hatten. Zwar blieb der Begriff der Internationale vorläufig noch unsicher umgrenzt. Doch bildeten die Zusammenkünfte ein Gemeinsamkeitsgefühl heraus, das bei drohenden internationalen Verwicklungen sofort Lebenszeichen von sich gab. 1867, als der Streit über Luxemburg ausbrach, wurde in Berlin, Paris und der Schweiz protestiert. Auf dem Kongreß desselben Jahres zu Lausanne wurde erklärt: der Krieg laste hauptsächlich auf der Arbeiterklasse und lähme die wirtschaftlichen Kräfte; die stehenden Heere müßten abgeschafft, der Friede aufrechterhalten bleiben.

Die Pariser Kommission wurde von der Polizei aufgelöst, wirkte allerdings im geheimen weiter und sandte auch ihre Vertreter zu dem Brüsseler Kongreß (1868). Der radikale und revolutionäre Trieb, der eine Eigentümlichkeit der französischen Rasse ist, tritt hier bereits klar hervor und sucht sich zur Geltung zu bringen. Das französische Mitglied Longuet stellte folgenden Antrag, den die Versammlung annahm: Der Kongreß empfehle den Arbeitern, im Falle

eines Krieges jede Arbeit einzustellen; im Vertrauen auf die Solidarität aller Länder erwarte er, daß alle mittun werden in diesem Kriege gegen den Krieg. So ging der erste Vorschlag, im Falle eines Krieges sich gegen die eigene Regierung aufzulehnen, von den Franzosen aus.

1870, einige Tage vor Ausbruch der deutsch-französischen Feindseligkeiten, hatte die Pariser Internationale folgende Kundgebung veröffentlicht: „Deutsche Brüder! Bleibt taub gegenüber den unsinnigen Herausforderungen, denn der Krieg zwischen uns wäre ein Bruderkrieg". Anhänger des programmlosen Blanquismus machten in Marseille den vergeblichen Versuch, in dem Augenblick das Rathaus zu stürmen, als sich einige Arbeiterführer vor dem Lyoner Gericht wegen Teilnahme an der Internationale verantworten sollten. Doch blieb dieses Unternehmen vollständig vereinzelt und fand im ganzen Lande keine Nachahmer. Man war allgemein der Überzeugung, daß die Verschwörer von der kaiserlichen Regierung gestellte Polizeispitzel waren, während die Regierungspresse von preußischem Golde sprach. Richard, einer der einflußreichsten Sozialisten, fühlte „angesichts dieses großen Krieges eine patriotische Ader in seinem Herzen erzittern" und schwärmte, als der russische Revolutionär Bakunin eine Volkserhebung vorschlug, von dem „glorreichen Bazaine". Die Verfolgungen der kaiserlichen Polizei hatten die Lebensfähigkeit der internationalen Aktion in Frankreich kaum bedroht, der Krieg vernichtete sie. Die Kommune war zwar als föderalistischer Versuch staatsfeindlich, war aber sonst mit dem Wesen und Zweck der Internationale in keiner Weise verbunden; ihr Ziel war die freie Gemeinde. Was sich sonst an sozialistischer Tätigkeit bemerkbar machte, war infolge des feindlichen Einfalls und der Besetzung eines großen Teils des Landes durchaus auf den Ton der „guerre à outrance" (Stil Gambetta) gestimmt und suchte nur die nationale Verteidigung zu beschleunigen und zu verstärken. Wie 1792 der Konvent, so gebärdeten sich jetzt, besonders nach dem Sturz des Kaisertums, die Sozialisten und Radikalen als die lautesten und unerbittlichsten Patrioten und Kriegsfreunde.

So war die erste Internationale tot. Gestorben am Krieg, den sie beseitigen wollte. Der Sozialismus entwickelte sich seit dem Kriege innerhalb der nationalen Arbeiterverbände. Auf den ersten französischen Landeskongressen kommt der internationale Gedanke gar nicht zum Ausdruck. Eine Verständigung schien auch um so unmöglicher,

als die Franzosen sich immer mehr in den Kreis Bakuninscher Ideen einzwängen ließen, während die Deutschen Karl Marx anhingen.

Erst als der Marxismus auch in Frankreich siegte, bekam die Lehre von der Solidarität der Arbeiter gegenüber dem Kapitalismus und seinem Werkzeug, dem Militarismus, wieder eine größere internationale Bedeutung. Auf dem Kongreß zu Paris (1889) hielt man dem offensiven stehenden Heere des reaktionären Staates das defensive Volks- oder Milizheer nach Schweizer Muster entgegen. Hier wie auf dem folgenden internationalen Kongreß zu Brüssel (1891) siegte der marxistisch-deutsche Glaube an die Entwicklung: der Krieg wird mit der kapitalistischen Ordnung verschwinden. So heißt es am Schlusse der von Vaillant, dem „deutschesten unter den Franzosen" (Bebel), und Liebknecht eingebrachten Resolution: um den Krieg abzuwenden ist die internationale Organisation des Sozialismus zu beschleunigen, der Sozialismus wälzt im Kriegsfalle die Verantwortung auf die leitenden Klassen ab. Denselben Gedanken wiederholt der Züricher Kongreß (1893): „Der Fall des Kapitalismus bedeutet den Weltfrieden". So behielt der internationale Kampf gegen den Krieg dank dem steigenden deutschen Einfluß immer noch einen platonischen Charakter. Nirgends war ausgesprochen, daß die Enteignung der Produktionsmittel die gewaltsame Zerstörung der bestehenden Staatengebilde bedingen würde. Der Sozialismus war zwar international, aber doch nicht antinational. Die anarchistische Zuspitzung erhielt er erst wieder in Frankreich und zwar durch die Entwicklung der französischen Gewerkschaften.

Der Antimilitarismus der Gewerkschaften war aus sozialistischen Ideen entstanden, die von ihnen nur schärfer geformt wurden. Das Heer war die Waffe jener kapitalistischen gesellschaftlichen Ordnung, die das Privateigentum schützt und das revolutionäre Ausdrucksmittel des Sozialismus, den Streik, mit Gewalt verhindert. Deshalb muß es vom klassenbewußten Proletariat bekämpft werden.

Im Jahre 1905 drohte plötzlich eine europäische Verwicklung, hervorgerufen durch den deutsch-französischen Streit über Marokko. Die Kriegsmöglichkeit gab dem Antimilitarismus sofort einen antipatriotischen Unterton. Im Januar 1906 erhielt Griffuelhes vom Vorstand der Gewerkvereine den Auftrag, sich mit der deutschen Gewerkschaftskommission zu verständigen, um in Paris und Berlin gleichzeitig eine große Kundgebung gegen den Krieg zu veranstalten. Von ihr, sowie von Bebel persönlich erhielt er die Antwort, daß die

deutschen Gewerkschaften nur im Verein mit der sozialistischen Partei beider Länder eine Kundgebung beschließen würden. Dieser Bescheid wird dem Gewerkschaftskongreß zu Amiens überbracht. In ihm findet die Anschauung, daß dem Kriege der revolutionäre Widerstand des Proletariats entgegengebracht werden müsse, eine Mehrheit. Der Minderheit erscheint dieser Beschluß zu rücksichtslos; sie ließ sich von der Erwägung leiten, daß höchstwahrscheinlich der Generalstreik nicht in allen kriegführenden Ländern zu gleicher Zeit ausbrechen würde und dann der militärisch starke, kapitalistische Staat das sozialistischere Volk ohne Waffen vernichten könne. Deshalb wollte der rechte Flügel der Gewerkler die Verteidigungswaffe der Nation nicht zerstören und begnügte sich damit, die Rolle des Militärs in den wirtschaftlichen Konflikten zu verurteilen.

Es ist für die Franzosen charakteristisch, daß die Mehrheit der Gewerkler auf der Seite des revolutionären Syndikalismus stand, als dessen Wortführer Gustav Hervé seit Tanger auftrat. Sein Losungsruf ist: Nieder mit der Republik! Er steckt die Trikolore symbolisch in den Misthaufen und erklärt rundweg, im Kriegsfalle werde man nicht mittun. Zuerst große Entrüstung bei der sozialistischen Partei. Sie hält jedoch nicht lange an. Schon bald darauf, nämlich auf dem Kongreß zu Nancy, rücken die verschiedenen Sozialistenführer wieder näher an ihn heran. Er bildete den Auftakt zu dem internationalen Sozialistenkongreß zu Stuttgart im Jahre 1907, auf welchem die Stellungnahme zum Kriege grundsätzlich erörtert wurde und der revolutionäre Syndikalismus als Sieger dastand.

Der Kommissionsberatung lagen u. a. drei französische Vorschläge zugrunde. Hervé forderte: „Jede Kriegserklärung, von welcher Seite sie auch kommen mag, mit dem Militärstreik und dem Aufstand zu beantworten." Der Antrag der französischen Mehrheit (Jaurès-Vaillant) bezeichnete als Mittel der Kriegsverhütung „parlamentarische Intervention, öffentliche Agitation, Massenstreik und Aufstand". Er unterscheidet sich also nur dadurch von Hervé, daß er den Generalstreik als äußerstes und letztes Mittel ansieht. Der internationale Gedanke war damit in seiner revolutionären Form auf dem Umwege über den Anarchismus und die Gewerkvereine wieder in den Sozialismus eingedrungen, und selbst der Marxist Vaillant neigte sich ihm zu. Der Revolutionismus ist ein Rassenerbe der Franzosen. Er taucht immer wieder auf und verbindet sich mit den verschiedensten Parteien (selbst die Neuroyalisten haben, wie wir

sahen, mit ihm gespielt). Die französische Minderheit endlich befürwortete Vorbeugungsmaßregeln: Verkürzung der Militärdienstzeit, Verweigerung aller Kredite für Heer, Marine, Kolonien. Hervé verstieg sich zu der Behauptung, daß seine Agitation „den größten, durchschlagendsten, großartigsten Erfolg in Frankreich" hätte. „Der französische Generalstab ist durch uns moralisch entwaffnet, er weiß, daß der Krieg den Aufstand des Proletariats bedeutet." Er sah schon im Geiste die Deutschen in ihrem „Kadavergehorsam" ihre Bajonette auf die Brust der französischen Proletarier setzen, die die Barrikaden mit der roten Fahne verteidigten. Jaurès und Vaillant leugneten vergebens, die Nationen, „diese notwendigen Elemente menschlicher Entwicklung," zu zertrümmern. Vollmar zog in einer sachlichen, leise spöttischen Rede ihre Abhängigkeit von Hervé ans Licht, und Adler sprach von „dekorativer Politik". Den deutschen Standpunkt erklärte Bebel mit den Worten: „Wir können also nichts tun als aufklären und Licht in die Köpfe bringen, agitieren und organisieren." Schließlich einigte man sich wie immer im Ausgleich auf einen Beschluß, der zwar jedem die Pflicht gab, gegen den Krieg anzukämpfen, die Mittel aber völlig in seinem Belieben ließ.

Als dann 1913 die deutsche wie die französische Regierung mit neuen Plänen zur Heeresverstärkung herauskamen, wurde von den sozialistischen Parteien beider Länder eine gemeinsame Kundgebung veröffentlicht. Sie war allerdings kaum etwas anderes als ein Protest gegen die Rüstungen und eine schwungvolle Anklagerede gegen den Chauvinismus: „Der gleiche Schrei gegen den Krieg, die gleiche Verurteilung des bewaffneten Friedens hallt gleichzeitig durch die beiden Länder" (Grünberg, „Die Internationale und der Weltkrieg," Nr. 17).

In Frankreich kam der Regierungsvorschlag als Gesetz über die dreijährige Dienstzeit vor die Kammer. Tatsächlich wurde von den Sozialisten eine ganze Reihe der vorgeschlagenen Mittel, von der Kundgebung bis zur Meuterei, angewandt. Öffentliche Protestversammlungen wurden veranstaltet, die antimilitaristische Schrift „Le sou du soldat" in die Kasernen geschmuggelt und die „Arbeiter in Uniform" tüchtig bearbeitet. Zahlreiche Fälle von Meuterei und Auflehnung kamen im Heere vor. Die Regierung verhaftete eine ganze Anzahl von Agitatoren und nahm Haussuchungen vor. Auch der Landeskongreß der sozialistischen Partei in Brest im März beschäftigte sich mit dem Gesetz. Hervé stellte auf ihm den Antrag,

die sozialistische Kammerfraktion solle statt dessen von der Regierung die Einleitung von Verhandlungen mit Deutschland auf folgender Grundlage fordern: 1. amtlicher Verzicht auf jeden Rachekrieg, dafür republikanische Verfassung und vollkommene Selbständigkeit für Elsaß-Lothringen im Rahmen des deutschen Bundesstaates; 2. Begrenzung der Rüstungen; 3. in beiden Ländern verfassungsmäßige Festlegung des obligatorischen Schiedsgerichts zur Beilegung aller Streitfälle ohne Ausnahme, die künftig zwischen beiden Völkern entstehen könnten. Dieser, trotz seiner phantastischen Auffassung von der Stellung der deutschen Regierung zur elsaß-lothringischen Frage praktisch bedeutsamste Antrag wurde aber nur einer Kommission überwiesen und damit sang- und klanglos begraben. Das Dreijahrsgesetz wurde schließlich von der Kammer mit ansehnlicher Mehrheit angenommen, nachdem die Regierung den Widerspenstigen noch den Köder der Einkommensteuer hingeworfen hatte. Der tatsächliche Erfolg der antimilitaristischen Agitation war also ausgeblieben. Sie hatte nicht hindern können, daß die Rüstung verstärkt und beschleunigt wurde und der Krieg in immer gefährlichere Nähe rückte.

Trotz dieses offenbaren Versagens der revolutionären Aktion nahmen französische Vertreter schon einen Monat später wieder dieselbe aufrührerische Haltung an, nämlich auf dem internationalen Transportarbeiterkongreß zu London, wo die Syndikalisten im Gegensatz zu dem aus deutschen Mitgliedern bestehenden Zentralrat bei einer Mobilmachung passive Resistenz und Streiks forderten. „Es sei Pflicht eines jeden Transportarbeiters, sich zu weigern, an der Vorbereitung zu einem Kriege teilzunehmen. Auch der internationale Bergarbeiterkongreß habe erklärt, daß bei einer Kriegserklärung sofort die Förderung der Kohle einzustellen sei" (Bericht des B. T., 1913, Nr. 441).

Streik! Das ist das revolutionäre Mittel, mit der man jede Kriegsgefahr zu ersticken hofft. Er ist das Menetekel, das der Sozialismus der Bourgeoisie mit mahnendem Finger an die Wand malt. Immer stärker wird die französische sozialistische Partei in den Bann dieser syndikalistischen Idee gezogen. Zur Vorbereitung auf den im August 1914 in Wien geplanten Internationalen Kongreß hielten die Franzosen Mitte Juli in Paris eine Landestagung ab. Auf dieser wurde folgende von Jaurès ausgehende Resolution beschlossen: „Unter allen Mitteln, um dem Krieg vorzubeugen und ihn zu verhindern oder die Regierung zur Anrufung des Schiedsgerichts zu zwingen,

hält der Kongreß für ein besonders wirksames den unmittelbaren und international organisierten Generalstreik in den betroffenen Ländern, sowie die Propaganda und Aktion im Volke in der kräftigsten Form" (Grünberg, Nr. 94). Die ansehnliche Minderheit (1174 gegen 1690 Stimmen) blieb bei der weit farbloseren Erklärung der Stuttgarter Tagung mit der Begründung, „die praktische Ausführung des Beschlusses würde die Niederlage des Landes bedingen, in dem das Proletariat besser organisiert ist und an den Entschließungen der Internationale festhält, zum Nutzen des weniger sozialistischen und schlechter disziplinierten Landes".

Den Außenstehenden schien der Generalstreik das letzte Wort des französischen Sozialismus. Die Eingeweihten, die außer den Entschließungen auch die Menschen studieren konnten, zweifelten damals schon an dem praktischen Willen auch der revolutionären Mehrheit. Es ist erstaunlich, mit welcher Klarheit einige Männer die spätere Haltung der Sozialisten im Ernstfalle vorausgesehen hatten.

Der eine ist der Sozialist Marcel Sembat, der in seinem 1913 erschienenen Buche „Faites un roi; sinon faites la paix" die Ansicht ausspricht, die sozialistischen Friedensresolutionen würden im Ernstfalle auf dem Papier bleiben. „Es ist ganz etwas anderes," sagt er, „des Sonntags nachmittags mit Frau und Kind zur Volksversammlung unter freiem Himmel zu gehen als am Morgen, wenn die Zeitungen in großen Buchstaben den Mobilmachungsbefehl veröffentlichen, wenn alle Herzen schlagen, wenn der Gestellungsbefehl kommt, sich zu entschließen, man wird dem Befehl nicht Folge leisten, man wird nicht gleich in die Kaserne gehen, wo man eingekleidet werden soll, sondern auf die Straße gehen, sich aufrührerischen Gruppen anschließen und Pflastersteine zu Barrikaden ausheben. An jenem Tage wird das Volk in den Straßen brodeln wie kochendes Wasser auf Feuer! Durch uns erhitzt und durch die zum Krieg drängenden Zeitungen!"

„Wie in Italien zur Zeit des Tripoliskrieges," sagt Sembat, „wird das Häuflein Unentwegter, die fleißig Protestkundgebungen zusammenstellen, von der Menge, die nach dem Kriege schreit, überflutet werden. Und ein Gedanke wird bei einem Kriege zwischen Deutschland und Frankreich auf den französischen Arbeiter entscheidend einwirken: die Abneigung gegen die deutsche Monarchie, die sich auf Kosten Frankreichs gebildet hat. Wollt ihr Wilhelms Rolle spielen? Wollt ihr, daß der deutsche Kaiser euer Land überfällt?"

Sembat ist Praktiker. Er beurteilt seine Genossen von seiner praktischen politischen Erfahrung aus. Romain Rolland, der Schriftsteller, hellt den bei Kriegsausbruch entstehenden Zwiespalt in der Seele des französischen Proletariers, seine atavistische Abhängigkeit von ganz anderen Elementen als einer internationalen Resolution, mit psychologischen Mitteln auf. Es sei mir gestattet, sein Monumentalwerk, den „Jean Christophe", hier noch einmal anzuführen: „Man glaubte frei zu sein, Herr seines Gedankens! Und da wird man plötzlich wider Willen mit fortgerissen! Ein dunkler Wille will gegen unseren Willen! Und dann entdeckt man, daß das, was wirklich existiert, nicht die eigene Person ist, sondern jene unbekannte Kraft, deren Gesetze den ganzen menschlichen Ozean beherrschen.... Im Sturm der Wirklichkeit sehen die Leute, die fest in ihrer Erkenntnis, sicher in ihrem Glauben waren, diese sich auflösen; sie schwanken hin und her, haben Angst vor ihrer eigenen Entscheidung, und entscheiden sich oft zu ihrer Verwunderung in ganz anderem Sinne, als sie beabsichtigten. Einige, die am leidenschaftlichsten den Krieg bekämpft haben, sie fühlen mit ungeahnter Heftigkeit einen kräftigen Stolz und glühende Vaterlandsliebe in sich erwachen ... Der Arbeiter Aubert, zwischen seinem angelernten Humanitätsgefühl und seinem chauvinistischen Trieb, hätte darüber fast den Kopf verloren. Nach mehreren schlaflosen Nächten hatte er schließlich eine Formel gefunden, die alles ins reine brachte; es war diese: Frankreich und Humanität sind eins."

Juli 1914. Der Krieg droht. Jetzt mußte sich zeigen, ob der internationale Gedanke eine Kulturmacht war, mit der der nationale Staat rechnen mußte, oder nur ein Sonntagnachmittagsrock, den man bei Regenwetter wieder in den Schrank hing.

Nach Überreichung des österreichischen Ultimatums an Serbien wurde am 29. Juli das Internationale sozialistische Bureau in Brüssel zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengerufen. Darin wird beschlossen, den geplanten Wiener Kongreß schon am 9. August in Paris abzuhalten und als ersten Punkt „Der Krieg und das Proletariat" auf die Tagesordnung zu setzen. Die deutschen und die französischen Proletarier sollen auf ihre Regierungen kräftiger denn je einwirken, damit Deutschland Österreich beruhigt und Frankreich von Rußland die Zusicherung erlangt, sich nicht in den Streit einzumischen (Grünberg, Nr. 22 und 23). Im Anschluß an diese Sitzung fand eine internationale Kundgebung gegen den Krieg in Brüssel

statt, auf der auch Jaurès das Wort ergriff. „Wir französischen Sozialisten" sagte er, „haben eine einfache Pflicht. Wir brauchen unserer Regierung keine Friedenspolitik aufzuzwingen. Sie wird von ihr befolgt ... Augenblicklich will die französische Regierung den Frieden und arbeitet an seiner Erhaltung. Die französische Regierung ist im Sinne des Friedens die beste Verbündete dieser wundervollen englischen Regierung, die den Anfang mit den Versöhnungsversuchen gemacht hat. Und die französische rät Rußland zur Mäßigung und Geduld" (Grünberg, Nr. 25). Unwillkürlich fallen einem dabei die Worte Rollands ein: „Frankreich und Humanität sind eins."

An dem Grundsatz des Generalstreiks halten nur die Syndikalisten fest. In der Nummer vom 27. Juli der „Bataille syndicaliste" liest man folgenden Aufruf: „Volk von Paris, stehe auf! Verhindere durch Deine tatkräftige Haltung den Krieg! Heute abend auf die Boulevards! ... Jede Kriegserklärung müssen die Arbeiter unmittelbar mit dem revolutionären Generalstreik beantworten!" (Grünberg, Nr. 97 und 98). „Die Gefahr ist im Anzuge. Die regierenden Kreise, die Euch im Frieden knechten, verachten und ausbeuten, wollen Euch zu Kanonenfutter machen. Wir wollen keinen Krieg, nieder mit dem Krieg, es lebe die internationale Versöhnung!" Doch jeglicher Versuch zu einem Generalstreik bleibt aus. Nur einige Antimilitaristen schreien auf den Boulevards „Nieder mit dem Krieg!" und stimmen die Internationale an, als ihnen die ewige Marseillaise auf die Nerven fällt. Da werden auch die Syndikalisten zusehends kleinlauter: „Sollen wir das entsetzliche Verbrechen begehen lassen, ohne unseren Protest zu Gehör zu bringen und ohne alles versucht zu haben, um ihn zu verhindern?" Sie wollen ihren Protest „zu Gehör bringen"! Bescheidene Forderung revolutionärer Antimilitaristen! Die Versammlungen der Syndikalisten wurden von der Polizei verboten. Hoffnungslos schrieb Hervé, derselbe Hervé, der schon 1907 den französischen Generalstab in der Tasche hatte: „Ach, was ist aus unserem Traum von dem internationalen Generalstreik gegen den Krieg geworden? Ja, wir haben geträumt ... Unsere Flügel sind beim Anprall an die harte Wirklichkeit zerschmettert, und jetzt sind wir wieder auf die Erde gefallen, jeder auf seine Heimaterde, und haben nur noch die einzige Sorge, sie gegen die Roheiten der Invasion zu verteidigen, wie es unsere Väter taten" (Grünberg, Nr. 102).

Je größer die Gefahr wird, daß auch Frankreich in den Strudel mit hineingezogen wird, desto besser passen sich Ansichten und Äußerungen der Sozialisten den amtlichen an. Die Kammerfraktion mißtraut Rußland und „den willkürlichen Deutungen geheimer Verträge", kopiert aber die Sprache der Regierung, wenn sie vom „streitsüchtigen kaiserlichen Germanismus" redet, der seine Stunde für gekommen hält zu einem beispiellosen Gewaltunternehmen, und eines Tages den Mißbrauch, den es mit der rohen Gewalt treibt, gegen sich kehren sehen wird" (Grünberg, Nr. 105). Die allgemeine Mobilmachung wird angeordnet. Keiner stellt die Arbeit ein, keiner widersetzt sich, für den „Kapitalistenstaat", mit dem das „zielbewußte Proletariat" nichts gemein haben wollte, die Waffe in die Hand zu nehmen. Die einzige revolutionäre Tat ist die Ermordung des Sozialisten Jaurès am Abend des 31. Juli. Seine Beseitigung war ein langersehntes Ziel der Nationalisten, die ihm seine Haltung auf den früheren internationalen Kongressen und seine Verteidigung der deutschen Marokkopolitik nicht verzeihen konnten. Schon 1912 hatte Maurice de Valeffe, „un Belge de la Revanche", Redakteur des deutschfeindlichen „Paris-Midi", zu seiner Ermordung aufgefordert. Mit diesem Symbol beginnt der Krieg. Nach der deutschen Kriegserklärung gibt es nur noch Patrioten in Frankreich. Die Internationale ist zum zweitenmal vom Krieg erschlagen. Der alte Vaillant, der noch 1870 miterlebt und an dem Kommuneaufstand leidenschaftlich Anteil genommen hatte, rettet inmitten seiner Parteifreunde sein sozialistisches Gewissen mit einem Bekenntnis, das die Glaubensformel der Partei für die ganzen Kriegsjahre geworden ist: „Die Sozialisten werden gleichzeitig ihre patriotische und ihre sozialistische Pflicht erfüllen: für das Vaterland, für die Republik und für die Revolution!" (Grünberg, Nr. 116). Sozialismus und Patriotismus, Frankreich und Humanität sind eins!

Am 4. August stimmt die sozialistische Fraktion in der Kammer geschlossen für die Kriegskredite. Die nationale Sammlung, die „Union sacrée" wird erklärt, und bald treten Guesde und Sembat in das Kabinett.

Es wäre falsch, die Verleugnung der, wie aus dem geschichtlichen Überblick hervorgeht, gerade von den Franzosen gepriesenen revolutionären, anarchistischen Grundsätze als gemeinen Verrat und Umfall zu bezeichnen. Im Frieden haben die meisten ehrlich an die Möglichkeit des Generalstreiks gedacht und an ihre Kraft geglaubt. Daß

ihre Organisation im entscheidenden Augenblicke versagte, lag weniger an ihrem guten Willen als an dem plötzlichen Überraschtwerden von vaterländischen Instinkten, von psychischen Grundtatsachen, deren Bedeutung sie bisher verkleinert und geleugnet hatten, an dem Zusammenprall der reinen Idee „mit der harten Wirklichkeit". Der „neue Geist" überflutet den internationalen.

Wenn auch die Sozialisten sich freiwillig auf die Seite der nationalen Verteidigung stellten, so war doch die Katastrophe des Generalstreiks ein harter Schlag für die politische Wirkung des Sozialismus. Die ganze sozialistische Partei hatte sich auf den Boden der Internationale gestellt, so mußte sie in dem Augenblick an Bedeutung verlieren, als ihr schwungvoll angekündigter Widerstand sich in den breiten Strom der nationalen Stimmung schlängelte. Der Sozialismus war zu eng mit dem internationalen Gedanken verknüpft, um unversehrt und unverändert aus dem Kampf der Nationalitäten gegeneinander hervorzugehen.

Sozialist und Pazifist, Radikaler und Royalist, alle ohne Ausnahme erliegen dem Kriegsrausch, dieser gewaltigen Menschenpsychose, die in Europas Landen die Massen aufpeitscht, die Instinkte wachruft und den Verstand in Fesseln schlägt. Großes und Lächerliches, Erhabenes und Rohes steigt aus der brodelnden Tiefe empor.

Heute, wo das zertrümmerte Europa vor uns liegt, wo wir auf die Gräber von Millionen sehen, ist die Ernüchterung über uns gekommen. Und in diesem besinnlichen Augenblick können wir es getrost wagen, auch einmal auf die andere Seite der Barrikade zu gehen und uns dort in die Menge zu mischen, die am 31. Juli dieses verhängnisvollen Jahres drohend die Faust gegen uns erhebt.

„Der Tag geht zur Neige. Auf den Boulevards schiebt sich eine ungeheure Menschenmenge langsam vorwärts, überschwemmt Bürgersteig und Fahrdamm. Autos, Omnibusse und Schutzleute verschwinden in dieser Flut. Mit wehendem Helmbusch taucht eine Schar Berittener auf, ein Bild beherrschter Kraft: die republikanische Garde. Jubel begrüßte sie. Ein Ruf steigt aus der Menge: Hoch lebe die Armee! Fast alle Menschen haben dasselbe Gesicht, denselben Blick. Die körperliche Berührung schafft ein Gefühl gegenseitiger Freundschaft. Flüchtige Worte werden gewechselt. Die Frauen sehen sich an und denken an ihre Söhne, die Männer ans Vaterland. An den Anschlagsäulen schreien die Plakate der Varietébühnen. Wie fern scheint das schon! Über den grauen Dächern, dem ausgedörrten

Laubdach der Ahornbäume ballen sich schwere Gewitterwolken. Drückend ist die Luft, die auf den erregten Menschen liegt. Die Wagen rollen, Automobile rattern, Hupen tönen und die Glocken an den Pferdegeschirren klingeln. Und doch kommt das ganze verworrene Getöse der Großstadt den Menschen nicht zum Bewußtsein, die ihre Erwartung in eine Art Traumzustand versetzt hat. Sie haben die Empfindung einer großen Stille, wie sie großen kosmischen Ereignissen vorausgeht. Wenn ein Erdbeben im Anzuge ist, legt sich der Wind, die Tiere schweigen und die Bewegungslosigkeit des Todes geht dem ersten Erdstoß voraus. Die Bewegung rings herum schien die Wirkung aufgespeicherter Kraft, der Gang einer Maschine zu sein, die nach dem Abstellen des Motors noch eine Zeitlang läuft. Und das Vertrauen, das Gewöhnung und Anpassung geschaffen haben, das Vertrauen in die Festigkeit und Stetigkeit der bestehenden bekannten Ordnung, das sichere Gefühl, die Gesetze, Gebräuche, die Religion, die Stadt, das schützende Heer, die feierlichen Verpflichtungen der Völker untereinander, sie werden plötzlich von der Vorstellung des Vergänglichen und des Unzulänglichen verdrängt ... Die gesamte Nation steht vor dem Eingang des dunklen Unbekannten."

„Plötzlich ein Auflauf. Menschen drängen sich um eine Zeitung, die frisch aus der Druckerei gekommen ist. Einer liest laut vor: „Der Kriegszustand in Deutschland. Berlin, den 31. Juli. Eine Extraausgabe des ‚Berliner Tageblatts' meldet, daß der Kaiser heute morgen auf Grund des Artikels der Reichsverfassung angesichts der drohenden Rüstungen Rußlands verordnet hat, Deutschland befinde sich im Kriegszustand. Diese Maßregel kommt der Mobilmachung nicht vollkommen gleich, aber sie stellt das Reich unter den Befehl der militärischen Macht. Die Mobilmachung wird wahrscheinlich heute abend angeordnet werden. Der Kaiser kehrt heute nachmittag nach Berlin zurück." Und wir? Und wir? fragen Stimmen. Und aus dem Wirrwarr der erregten Unterhaltung tauchen einzelne Worte auf: „Ihr Kaiser ... England ... ein überlegter Streich ... das Bündnis ... Frankreich wird sich halten ... Frankreich ... Frankreich ... Frankreich ..."

X.

Frankreich im Krieg

„Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche!" hatte der Deutsche Kaiser von dem Balkon seines Schlosses den Berlinern zugerufen. „Gibt es noch Gegner? Nein, es gibt nur noch Franzosen!" erklärte Deschanel feierlich in der ersten Kriegssitzung der Kammer. Und derselbe „ungeheure, donnernde Beifall" antwortete ihm wie dem Kaiser. Die „heilige Einigkeit" der Parteien, die nationale Sammlung ermöglichte es den Franzosen, als eine einige, geschlossene Nation in den Krieg zu treten. Welchen bedeutenden Anteil an dieser Einmütigkeit das Bewußtsein hatte, einen aufgezwungenen Verteidigungskrieg zu führen, habe ich auf den vorhergehenden Seiten nachzuweisen versucht. In derselben Richtung wirkte der deutsche Einmarsch in das neutrale Belgien. Er galt als der deutlichste Beweis für Deutschlands Kriegswillen, und Bethmann Hollwegs Wort von dem Fetzen Papier, der Deutschlands Existenz nicht gefährden dürfe, wurde der Ausgangspunkt der allgemeinen Überzeugung, daß Frankreich für Recht und Freiheit kämpfe und den Verächter internationaler Verträge, den Vertreter brutaler Machtpolitik, vernichten müsse.

Eine Berücksichtigung fand die nationale Sammlung politisch zunächst in der Umwandlung des Kabinetts Viviani in ein Konzentrationskabinett, in dem Viviani den Vorsitz behielt, der Praktiker der Einkreisung und der Bündnisse Delcassé wieder auftauchte und Größen wie Ribot und Clémenceau ihren Sitz bekamen. Das Kabinett umfaßte allerdings nicht alle Parteien. Die sozialistische war nicht vertreten, denn Viviani war einer von den „unabhängigen Sozialisten", die parlamentarisches Glück und Geschick von dem Willen der Partei freigemacht hatte. Die militärische Lage erforderte bald eine breitere Grundlage der Regierung. England hatte allerdings nach Verletzung der belgischen Neutralität den Krieg an Deutschland

erklärt, und die sofortige Einsetzung seiner Flotte sicherte die Versorgung der Ententeländer und die Abschnürung Deutschlands vom Weltverkehr. Aber an eine wirksame militärische Unterstützung auf dem Festlande war im Augenblick noch nicht zu denken. Inzwischen fiel eine belgische Festung nach der anderen, und das französische Heer sah sich gezwungen, dem Druck nachzugeben und einen wichtigen Teil des Landes dem Feinde zu überlassen. Mehr denn je war es nötig, daß sich alle ohne Ausnahme um das bedrohte Vaterland scharten. Und so unternahm es Viviani im Einvernehmen mit dem Präsidenten der Republik, sein Kabinett zu einem wahrhaft nationalen Ministerium zu erweitern. Das geschah am 27. August. Ins Kriegsministerium wurde Millerand, der Anhänger der dreijährigen Dienstzeit und Schöpfer der Zapfenstreiche, berufen. Außerdem traten neu ein der Liberale Doumergue, die Radikalen Augagneur und Thomson und schließlich die Sozialisten Marcel Sembat und Jules Guesde. Damit waren auch die früher regierungsfeindlichen Elemente gebunden. Die sozialistische Fraktion hielt es für nötig, den Eintritt seiner beiden Mitglieder ins Ministerium mit einer Kundgebung zu begründen, der folgendes entnommen sei: sie seien der Aufforderung des Präsidenten der Republik gefolgt, um bei der Unterdrückung des Despotismus mitzuwirken. „Die ersten Prüfungen und die Begeisterung der Mobilmachungstage geben uns die Sicherheit, daß wir nicht nur für den Bestand des Vaterlandes, nicht nur für Frankreichs Größe, sondern für die Freiheit, für die Republik, für die Kultur kämpfen. Wir kämpfen, damit die Welt, befreit von der erdrückenden Umarmung des Imperialismus und allen Kriegsgreueln, endlich den Frieden in der Achtung vor den Rechten aller genieße" („Le parti socialiste, la guerre et la la paix", S. 110).

Der feierlich verkündete Burgfrieden der politischen Parteien sollte aber bald gestört werden. Die Gefahr drohte von der rechten Seite. Nach der Bewilligung der Kriegskredite hatte sich die Kammer vertagt. Beim Herannahen der deutschen Truppen hatte die Regierung den Kopf verloren; sie verließ am 3. September Paris und begab sich nach Bordeaux, von wo sie erst im Dezember zurückkehren sollte. Unter diesen Umständen dachte der Präsident um so weniger daran, das Parlament zusammenzuberufen, als er alle Rettung von den Entschlüssen der Heeresleitung erwartete und gegenüber der vielköpfigen Parteiregierung des Parlaments mißtrauisch war. Die parlamentslose Zeit war so recht nach dem Geschmack der Parteien

der Rechten, der Klerikalen, Neuroyalisten. Sie nutzten die Gelegenheit aus, um für ihre Auffassung Stimmung zu machen. Sie stellten den Krieg als gerechte göttliche Strafe für die Einführung der weltlichen Schule hin. Als Mitte September der deutsche Vormarsch an der Marne zum Stehen kam, verkündeten sie diesen Sieg als ein Wunder, das Jeanne d'Arc, Frankreichs Schutzpatronin, erwirkt habe.

Eine ungehinderte Propaganda konnte sich im Heere entfalten, wo sie von Vorgesetzten unter dem Schutze der militärischen Disziplin entweder selbst ausgeübt oder geduldet und gefördert wurde. Einige Offiziere verboten ihren Soldaten unter Androhung von Haft das Lesen von radikalen Zeitungen. Aus mehreren Regimentern wurde berichtet, daß die Volksschullehrer, die Vertreter und Förderer der religionslosen Schule, von der Offiziersaspirantenliste gestrichen und nicht befördert wurden. Ein Hauptmann warf ihnen vor, sie hätten durch ihre Friedenstheorien die Nation entmannt. Kirchgang wurde mit angenehmem Dienst und Urlaub belohnt. Am freiesten wirkten die Geistlichkeit und ihre Anhänger in den Lazaretten. In Toul verbot man republikanische Blätter und verteilte Nummern des klerikalen „Pèlerin". In vielen Lazaretten wurden die Verwundeten mit frommen Postkarten, Amuletten, geweihten Medaillen überhäuft. In den Hilfslazaretten vom Roten Kreuz, die sich mehr oder minder der staatlichen Aufsicht entzogen, hing der Urlaub oft von dem Besuch der Messe ab. Denn hier walteten als Oberinnen Damen der Aristokratie, die alle mit der Geistlichkeit sympathisierten. Alle diese Tatsachen, die von den Zeitungen aktenmäßig belegt werden konnten, weckten in den Republikanern die Überzeugung, die „heilige Einigkeit" könne auf ihre Kosten mißbraucht werden. Da die Regierung sich nichts merken ließ und die amtliche Zensur gerade die Angriffe der konservativen Zeitungen auf die republikanischen Staatseinrichtungen zu verschonen schien, drängten die Linksparteien auf Einberufung des Parlaments, das hier Abhilfe schaffen sollte.

Die Anwesenheit der Volksvertretung wurde auch noch aus einem anderen Grunde verlangt. Daß die Heeresverwaltung nicht immer ihrer Aufgabe gewachsen gewesen, war kein Geheimnis geblieben. Namentlich wurde darüber geklagt, daß das Sanitätswesen versagt hätte. Die Linke hielt eine Beaufsichtigung der Heeresverwaltung durch parlamentarische Kommissionen für das beste Mittel, Nachlässigkeiten für die Zukunft zu verhüten.

Der Präsident gab endlich der Forderung nach, und am 22. Dezember konnte das Parlament zu einer Kriegstagung zusammentreten. Mit diesem Augenblick beginnt ein innerpolitischer Kampf, der fast die ganze Kriegsjahre hindurch dauerte: der Kampf um die Exekutive. Die Mehrheit erstrebt eine Erweiterung der parlamentarischen Kontrolle, greift in das Bereich der vollziehenden Gewalt ein und versucht, die Machtbefugnisse der Exekutive zugunsten des Parlaments einzuschränken. Man muß dabei bedenken, daß es in Frankreich hierin eine Überlieferung gibt, die auf die Linke nicht ohne Einfluß geblieben ist. Während der Koalitionskriege spielte der Wohlfahrtsausschuß eine allmächtige Rolle: er setzte besiegte Generale ab und ließ sie enthaupten, stellte der Heeresleitung ständige Aufpasser zur Seite und war Herr über Staat und Volk; er hob rücksichtslos Soldaten aus und führte den Krieg mit großer Kraft. Die Regierung Viviani setzte der Ausdehnung der parlamentarischen Kontrolle zunächst den hartnäckigsten Widerstand entgegen. Die Seele dieses Widerstandes war der Kriegsminister Millerand, gegen den sich die ganze Feindschaft der Demokraten richtete. Der erste Zusammenstoß erfolgte im Januar, als Millerand dem Kammerausschuß für das Gesundheitswesen die Untersuchung über den Gesundheitszustand des Heeres und die Wirksamkeit des Sanitätsdienstes verweigerte. Er wurde lebhaft von General Joffre unterstützt, der als Soldat die Militärbehörde über die Zivilgewalt stellte und die Abgeordneten, die zur Tagung des Parlaments ohne weiteres die Front verlassen hatten, als Deserteure behandeln wollte. Im Mai 1915 versuchte die Kammer einen neuen Vorstoß mit dem Antrag Dalbiez. Der Antrag richtete sich der Form nach gegen die Drückeberger und sah einen systematischen Ersatz der hinter der Front in Bureaus oder Fabriken beschäftigten Felddiensttauglichen durch Kriegsuntaugliche oder Landsturmleute älteren Jahrgangs vor. Der Antrag war an sich schon eine Kritik der Amtsführung des Kriegsministers, und Millerand setzte sich auch sogleich zur Wehr und suchte nachzuweisen, daß von ihm bereits alles Erdenkliche zur Auffüllung der Front geschehen sei. Daß ihm der Beweis fast glückte, nutzte ihm nichts. Die Angriffe wurden fortgesetzt, und das Gesetz Dalbiez ging schließlich in einer Kompromißform durch. Damit war der erste Sieg gegen die Regierung entschieden. Daß Viviani sich immer erst im letzten Augenblick entschloß, einzulenken, verschärfte und verlängerte den Kampf. „Écho de Paris", das führende nationalistische Blatt, hatte eine

Sitzung des Parlaments bespöttelt, bei der nur zwanzig Abgeordnete anwesend waren, und daran die übliche Bemerkung geknüpft, das Parlament sei doch eigentlich eine ganz unnütze Einrichtung. Gleichzeitig tauchte das Gerücht auf, in der Kammer werde demnächst ein Antrag auf Vertagung des französischen Parlaments eingebracht werden. Sofort trat die sozialistische Kammergruppe zu einer Sitzung zusammen und stellte fest, daß eine ständige Tagung des Parlaments notwendig sei. Es müsse ununterbrochen durch öffentliche Sitzungen, Ausschußberatungen, Interpellationen die Maßnahmen der Regierung beaufsichtigen. Daß es der Fraktion nicht etwa um eine Ministerkrise zu tun war, die sie im Gegenteil wegen der nachteiligen Wirkung auf Front und Ausland vermeiden wollte, beweist die Tatsache, daß sie ihre Beschwerden und Wünsche dem Ministerpräsidenten in Form von vertraulichen Briefen überreichte. Die erwähnte Schrift der „Humanité": „Le parti socialiste, la guerre et la paix", zählt sieben auf, die eine ständige Mahnung zum Ausbau der parlamentarischen Kontrolle bedeuteten.

Die Regierung erklärte sich schließlich mit der dauernden Tagung der Volksvertretung einverstanden. Um sich der Umklammerung zu entziehen, schuf sie mehrere neue Unterstaatssekretärstellen für den Amtsbereich des Kriegsministeriums; so berief man den Liberalen Thierry, den Radikalen Godard und später noch den Sozialisten Albert Thomas für die Munitionsversorgung. Die Regierung hoffte dadurch diese Abgeordneten und ihre Parteien zu Mitverantwortlichen der Landesverteidigung zu machen und die Vorwürfe so zum Schweigen zu bringen. Es ist wohl kein Zufall, daß dieses Einlenken zeitlich mit militärischen Rückschlägen im Osten zusammenfällt. Im Juli fielen Przemysl und Lemberg, im August Warschau. Die französische Offensive blieb aus. Wenn die Entente größere militärische Erfolge aufzuweisen gehabt hätte, würde die Regierung sich auch mehr auf die Heeresleitung gestützt haben.

Die Regierung irrte sich aber, wenn sie glaubte, durch die Berufung von einigen Staatssekretären vor weiteren Eingriffen der parlamentarischen Kontrolle geschützt zu sein. Einen Grund zur Beunruhigung gab die Kaltstellung des als streng republikanisch gesinnt bekannten Generals Sarrail, der von Joffre, dem Liebling der Rechten, seines Kommandos in den Ardennen enthoben war. Radikalen und Sozialisten schwebte die Tätigkeit des Wohlfahrtsausschusses und der Armeekommissare des Jahres 1793 vor. Alle fünf Gruppen der

Linken (Sozialisten, republikanische Sozialisten, Radikalsozialisten, Radikale und Linksrepublikaner) erklärten die bestehende Kontrolle für ungenügend und schlugen Kontrollausschüsse der Kammer und Delegationen für die Front vor. Nach wochenlangen Verhandlungen kam eine Einigung zwischen Regierung und Parlament zustande. Viviani sicherte zu, mit den Ausschüssen in enger Verbindung zu bleiben, ihnen Auskünfte zu geben, ihre Forderungen entgegenzunehmen und so schnell wie möglich zu antworten, auf welche Weise er den Forderungen Genüge leisten wolle. Die Kommissare der Revolution lebten in der gemilderten Form von Parlamentsdelegierten wieder auf. Im September 1915 begab sich als Beauftragter des Staatshaushaltsausschusses ein Abgeordneter nach Gallipoli, um das Sanitäts- und Intendanturwesen der französischen Orientarmee zu besichtigen.

Kaum war infolge dieser Zugeständnisse des Kabinetts eine Versöhnung zwischen Regierung und Parlament eingetreten, da führten die militärischen Ereignisse auf dem Balkan neue Zwistigkeiten herbei. Das Gallipoliabenteuer stellte sich immer mehr als aussichtslos heraus. Die Orientarmee, die den Serben zu Hilfe kommen sollte, hatte keine Erfolge. Bulgarien erklärte sich offen für die Zentralmächte. Gerüchte über Bevorzugung von bestimmten Firmen bei Vergebung von staatlichen Lieferungen wirbelten Staub auf. Die Angriffe richteten sich vor allem gegen den Außenminister Delcassé, dem man vorwarf, ein Gegner der Besetzung von Saloniki zu sein und deshalb das Balkanunternehmen nicht mit dem nötigen Nachdruck gefördert zu haben. Damit habe er auch gegen den Willen der Parlamentsmehrheit gehandelt, die in den Ausschüssen immer wieder eine kräftige Aktion auf dem Balkan gefordert. Der Sündenbock Delcassé trat zurück. Aber damit rettete er das ganze Kabinett nicht vor dem Mißtrauen der Kammer. Man verlangte eine volle Aufklärung der diplomatisch-militärischen Vorgänge bezüglich des Ostens, um kontrollieren zu können, welche Fehler die Regierung oder die Heeresleitung gemacht hatte. Die Aufklärungen sollten in einer Geheimsitzung gegeben werden. Nach Artikel 5 des Verfassungsgesetzes vom 16. Juli 1875 kann jede Kammer auf Antrag einer bestimmten Anzahl Mitglieder sich als Geheimausschuß konstituieren. Diese Bestimmung war z. B. für den Fall vorgesehen, daß die Interessen der Landesverteidigung die Öffentlichkeit der Aussprache verboten. Viviani weigerte sich entschieden, selbst in einer Geheimsitzung die erforderlichen

Angaben zu machen. Die Mehrheit, die ihm das Vertrauen ausdrückte, war zwar noch erheblich. Aber die vielen Stimmenthaltungen zeigten Viviani doch, daß die Opposition sich nur im Hintergrund verhielt, um bei günstigerer Gelegenheit den Kampf gegen das Kabinett fortzusetzen. So hielt es Viviani für das beste, seinen Rücktritt anzuzeigen.

Sein Nachfolger wurde Briand, einer der erfolgreichsten Politiker Frankreichs, der sich schon seit einiger Zeit durch Aussöhnung mit den Sozialisten auf seinen Posten vorbereitet hatte. Wenn schon der geschmeidige Viviani sich nicht durch die parlamentarischen Schwierigkeiten hatte hindurchwinden können, so war nicht anzunehmen, daß der kräftigere, kampflustigere Briand das Vertrauen der Mehrheit auf die Dauer behielt. Er gab zwar bei seinem Antritt die Erklärung ab, die leidige Zensurfrage zu lösen, alle Kräfte des Landes zur glücklichen Beendigung des Krieges zusammenzufassen und die Kontrolle des Parlaments zu erleichtern. Aber schon einen Monat später eröffneten die Sozialisten den Angriff trotz der Erklärungen des Ministerpräsidenten, trotzdem Millerand ausgesetzt und der Koalitionscharakter des Ministeriums durch Aufnahme eines Rats der Alten (Freycinet, Bourgeois, Combes) noch stärker betont war. Schon unter Millerand war die Einberufung der Achtzehnjährigen ein Streitpunkt gewesen. Damals hatte das Parlament erreicht, daß die Einberufung nur durch Gesetz erfolgen könne. Jetzt brachten zwei Sozialisten den Dringlichkeitsantrag ein, die Erörterung darüber solange auszusetzen, bis eine parlamentarische Untersuchungskommission die richtige Ausnutzung der vorhandenen Mannschaftsbestände festgestellt habe. Dazu wäre die Ausdehnung der Kontrolle auf die mobilen Streitkräfte nötig. Ärgernis bereitete es bei der Linken, daß die Machtbefugnisse des Generals Joffre erweitert wurden und der katholisch-royalistische General Castelnau den Rang eines Oberkommandierenden an der französischen Front bekam. Der ehemalige Rittmeister und radikale Abgeordnete Accambray beklagte sich, daß die Regierung der Parlamentskontrolle Schwierigkeiten in den Weg lege. Die Heeresausschüsse bekämen vom Kriegsminister keine Antwort, weil die Heeresleitung es nicht für nötig halte, diesen auf dem Laufenden zu halten. Nach der Marneschlacht seien viele höhere Offiziere abgesetzt worden, nur der Oberbefehlshaber sei geschont worden. Die Regierung stehe unter der Heeresleitung und das Parlament unter der Regierung. Briand behauptete sich eine Weile

ganz gut gegen alle diese Angriffe. Als dann aber die Erfolge der deutschen Truppen vor Verdun einsetzten, wurde die Kammer wieder unruhiger und mißtrauischer. Die Forderung nach einer Geheimsitzung tauchte von neuem auf und fand eine stärkere Unterstützung als vorher. Briand wehrte sich und verlangte in jedem besonderen Falle mit der Kammer vorher zu verhandeln. Die Anklagereden Abel Ferrys, der den Vorwurf erhob, die Regierung suche die Auslieferung der zur Beurteilung der Vorgänge bei Verdun notwendigen Dokumente zu verzögern und den unbequemen Augenblick hinauszuschieben, trieb die Kammer zur Entscheidung. Am 16. Juni 1916 beschloß sie mit 412 gegen 138 Stimmen, eine Geheimsitzung abzuhalten. Auf der Tagesordnung stand hauptsächlich die Interpellation Favre über ungenügende Verteidigung der Festung Verdun. Das Vertrauensvotum, das die Kammer am Schluß der siebentägigen Geheimsitzung der Regierung aussprach, hatte sehr viel Ähnlichkeit mit einem Befehl: „in dem Erwarten, daß die Regierung bei der Organisation der Landesverteidigung ihre ganze Kraft einsetzt". Die äußerste Linke war aber auch damit noch nicht zufrieden, da das Parlament nur mittelbar mit der Heeresleitung verhandeln konnte, während sie gewillt war, nach revolutionärem Muster die Generale vor das souveräne Parlament zu laden.

Daß die zweite Geheimsitzung mit dem Versanden der Sommeoffensive, der Wiedererrichtung des Königreichs Polen und dem Zusammenbruch Rumäniens zeitlich zusammenfällt, ist kein Zufall. Mißerfolge und Geheimsitzung stehen zueinander wie Ursache und Wirkung. Nach den gemachten Erfahrungen fügt sich Briand diesmal schneller und williger. Gegenstand der Verhandlung waren: Ausnutzung der vorhandenen Mannschaftsbestände, Neuordnung der Obersten Heeresleitung; Artilleriematerial; militärisches Zusammenwirken der Verbündeten. Auch das Plenum war auf dem Posten. Einzelne Interpellationen waren derart bestimmt gefaßt, daß sie nicht bloß eine Auskunft über die Maßregeln der Regierung verlangten, zu denen dann die Kammer Stellung zu nehmen hätte, sondern sie schrieben der Regierung bereits Richtlinien vor. Damit verläßt das Parlament den Boden der Interpellation und greift in die vollziehende Gewalt ein.

Fast die ganze innere Politik der Jahre 1915 bis 1916 wurde durch diese hartnäckigen politischen Kämpfe ausgefüllt. Der Gegensatz zwischen Parlament und Militärgewalt blieb während des ganzen

Krieges bestehen, ohne aber noch einmal dieselbe Schärfe anzunehmen. Es ist weder zu einer vollständigen Inbesitznahme der vollziehenden Gewalt durch das Parlament gekommen, noch hat der Kampf zwischen den einzelnen Gewalten noch einmal zum Ministersturz geführt. Der Grund lag hauptsächlich in der Verstärkung der nationalen Gefahr, die eine stärkere Zusammenfassung der Kräfte notwendig machte. Im März 1917 war in Petersburg die Revolution ausgebrochen, deren Verlauf keinen Zweifel mehr aufkommen ließ, daß Rußlands militärische Hilfe endgültig ausgeschaltet war. Die Junioffensive des Generals Nivelle war zusammengebrochen. In sechzehn Armeekorps begannen die Soldaten, die von diesem Ansturm das Ende des Krieges erwartet hatten, zu meutern; Offizieren wurde der Gehorsam verweigert, offen wurde der Friede gefordert. In der Heimat erörterte man die politischen und militärischen Ziele Frankreichs, die Anhänger eines Verständigungsfriedens wagten sich mehr hervor. Eine Ermattung machte sich im Heere und hinter der Front fühlbar. Die Heeresleitung schimpfte auf die schwache „Regierung". Das Jahr 1917 stürzte Briand und warf nach kurzem Versuch auch die beiden Ministerien Ribot und Painlevé über Bord. Der besorgte Nationalist Poincaré sah sich nun doch genötigt, den ihm persönlich verhaßten Clémenceau, den rücksichtslosesten aller französischen Politiker, „zu entfesseln" und im November 1917 an die Spitze der Regierung zu rufen.

Die Zeit vom November 1917 bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrages ist die Zeit Clémenceaus, der seinen Machtwillen dem französischen Volke mitteilt und durch die Kraft seiner Persönlichkeit den Blick der politischen Welt auf das eine Ziel: den Sieg, zwingt.

Von Anfang an war Clémenceau ein Feind der mittleren Linie gewesen. Er stürzte Gambetta, den Führer des Opportunismus. Er stürzt nacheinander eine ganze Reihe von Ministerien, die ihm nicht radikal genug sind. Er verbündet sich mit den Anarchisten, predigt die Revolution und vertritt — bis er Minister wird — ein großangelegtes, gründliches soziales Programm: Abschaffung der Militärgerichte, Verminderung der Dienstzeit, Invalidenversicherung, Einkommensteuer, Pressefreiheit. Kaum ist er zur Macht gelangt, so steht er, wie er offen erklärt, „auf der anderen Seite der Barrikade". Er unterdrückt energisch alle Streiks und Meutereien, verhindert mit starker Hand die Kundgebungen der Gewerkschaften, knebelt die Presse und setzt die radikalen Sozialisten ins Gefängnis.

Er fällt von einem Extrem ins andere und hat nur den einen Grundsatz, seine persönliche Macht zu sichern und zu festigen und mit allen provokatorischen und verletzenden Mitteln gegen andere zu verteidigen.

Jetzt wird er wieder Ministerpräsident, in einem Augenblick des Krieges, in dem die Schwungkraft des französischen Volkes zu erlahmen droht, und es gilt, den Patriotismus rücksichtslos hochzureißen und alle widerstrebenden Kräfte dem einen Ziel unterzuordnen. Er kennt die Käuflichkeit der Presse, die er bezahlt, die Feigheit der Abgeordneten vor dem Skandal, den er oft genug als tödliche Waffe benutzt hat, die ganze Erbärmlichkeit des politischen Klüngels. Er kennt auch die Unzuverlässigkeit der Massen, die ihn beim Panamaskandal mit Schmutz bewarfen, um ihn ein paar Jahre später im Triumph in den Senat zu führen. Er verachtet die Menschen und erkennt nur eine Macht an: die Gewalt. Mit einer in allen kriegführenden Ländern unerhört strengen Zensur überwältigt er den Widerstand der regierungsfeindlichen Presse. Mit unnachsichtiger Schärfe macht er den „Defaitisten" (Bolo, Caillaux, Malvy) den Prozeß. Er, der noch als Abgeordneter 1871 den Protest der Elsaß-Lothringer miterlebte, hat den Haß eines ganzen Volkes in sich aufgehäuft und besitzt die rücksichtslose Kraft, ihn in rächende Tat umzusetzen. Er ist nicht Sozialist oder Demokrat, liberal oder konservativ. Er ist ein Mann, der aufs Ganze geht. Die letzte Kriegszeit findet ihn auf der Höhe seiner neuen Leidenschaft, des Nationalismus. Er wird vom nationalen Block jetzt ebenso umschwärmt, wie früher von den Revolutionären. So verkörpert er wie kein anderer in dieser Zeit Frankreichs Willen zum Sieg.

In Clémenceau gab sich das französische Volk den Führer, der die seelische Spannung der ersten Kriegsmonate wieder hervorzauberte und die kriegerische und nationalistische Stimmung bis zum Ende wachhielt. In einem früheren Kapitel habe ich zu zeigen versucht, wie diese Anpassung an den Zwang und die Bedingungen des militärischen Geistes keineswegs unvermittelt geschah. Die kolonialen Erfolge, die Festigung der Bündnisse weckten den „neuen Geist". Die von England und Rußland aus bezahlte und geleitete Nachrichtenorganisation ebnete durch planmäßige deutschfeindliche Erziehung des Zeitungspublikums dem Gedanken an den Krieg den Weg und erzeugte eine nervöse und gereizte Stimmung, in der Verwicklungen geahnt und erwartet wurden. Zwei Sätze hämmerten sich besonders dem Zeitungsleser ein, bis sie Mißtrauen und feindliche Absonderung

erregt hatten. Erstens: die Deutschen wollen und brauchen den Krieg, und zweitens: die Deutschen sind von fremdartigem, barbarischem Wesen, von wahrer französischer Kultur so entfernt, daß an eine freundschaftliche Nachbarschaft nicht zu denken ist.

Mit diesem Glauben gerüstet, versenkte sich der Franzose im Juli 1914 in seine Zeitung. Die Hartnäckigkeit, mit der sich Deutschland der internationalen Regelung der serbischen Sühne entzog, die amtlich gefärbten Berichte über die russische Mobilmachung mußten die herrschende Überzeugung von Deutschland bestärken. In gespannter verhaltener Empörung wartete man, daß das von der Presse so lange angekündigte Ereignis eintrete. In breiter Ausführlichkeit hat Henri Lavedan die Szene gemalt, wie er, ein Mitglied der Akademie, mit harmloser Hingabe die neuesten Nachrichten verschlingt: „Ein Wissensdurst! Ich bin vom besten Willen beseelt, abwechselnd betroffen, entrüstet, beruhigt, empört, friedlich und kriegerisch! Ich glaube, ich habe niemals die Zeitung mit so zitternder, heiliger Andacht gelesen. Ich las sie wie ein Evangelium, eine heilige Schrift ... Der kleinste Zug, die geringfügigste Meldung ist mir ein bitteres und ersehntes Manna." —

Der kritische, frondistische Geist, auf dessen Rassigkeit die Franzosen so stolz sind, ist ausgeschaltet. Die Flamme des Patriotismus hat ihn verzehrt. Unbedenklich stellte sich jeder in Reih und Glied. Jahrelang hatte man das Sprüchlein von dem abenteuersuchenden, fremdbarbarischen Deutschen gehört, daß man sich schließlich die Aufregung der Zeitungspolitik ganz zu eigen gemacht hatte. In die Enge dieses Gedankenganges war man dabei so unmerklich hineingezwängt worden, daß man den Krieg nur noch als die schließliche Bestätigung ansah. Und als das unabwendbare Schicksal, als das ungewollt Notwendige, das „Unvermeidliche" (Lavedan), gegen das man sich nicht wehren konnte. Und wie der Mensch sich in das Unglück leichter fügt, wenn es ihm unausbleiblich dünkt, so nahm man den Krieg an, weil er unvermeidlich schien. „Er versperrte den Weg." Er zwang alle, an ihn zu glauben, sich ihm zu unterwerfen, da man ihm nicht entrinnen konnte.

Der einfache Mann gab sich mit dieser tatsächlichen Notwendigkeit am schnellsten zufrieden. Er, der nicht gewohnt und nicht imstande ist, den inneren und geheimen Zusammenhang der Dinge zu übersehen, pflegt nicht viel nach der Ursache zu fragen und ergibt sich dem Schicksal schnell, wie er ein unbezwingbares Naturereignis hinnimmt, das

über ihn hinwegbraust, eine Krankheit oder den Tod eines Familienmitgliedes. Es ist ja schrecklich, aber man kann es doch nicht ändern.

Aufgabe der Presse war es, dem Volke das Unabwendbare zu erleichtern, in malerische Falten zu hüllen. Aus der unvermeidlichen eisernen Notwendigkeit machte sie eine heilige Verpflichtung, eine mystische Sendung: die Befreiung der Völker, die Weltbefreiung, ein Wiedergutmachen, die Blutsühne, die Niederzwingung des unersättlichen Militarismus, der Kampf des Lichts gegen die Finsternis. In naiven Kindergemütern, denen der Kampf gegen die Kirche noch nicht einmal den Aberglauben hatte nehmen können, wurde der Deutsche Kaiser geradezu zum Fürsten der Finsternis, zum Antichrist. Barrès führte im „Écho de Paris" vom 7. März 1915 einen Pariser Fabrikanten vor, der ihm die mystischen Offenbarungen eines Bekannten anvertraute: die Deutschen hätten die ganze Hölle zu ihrer Hilfe aufgerufen, alle ihre Taten und Gedanken seien ein Werk des Satans. Um den kriegerischen Schwung der ersten Erregung dauernd zu erhalten, machte die Presse alle Phantasie- und Gemütskräfte ihrer Leser mobil und fütterte die Sensationshungrigen mit Schreckensbildern. Die Spionenfurcht wurde eifrig gepflegt. Nach Daudet hat Deutschland den Krieg auf französischem Boden vorbereitet, um dem militärischen Angriff Stützpunkte zu schaffen, die französische Industrie zu vernichten und die Expropriation der Franzosen zu betreiben. Die deutschen industriellen Niederlassungen wären weiter nichts gewesen als Spionenzentralen, die angeblichen Geschäftsleute Agenten der deutschen Regierung. Die Fabriken wären an strategisch wichtigen Punkten errichtet, Betonfußböden als künftige Unterlage für die schweren Geschütze gelegt. Die Pächter und Landarbeiter deutscher Herkunft bildeten sich als Pfadfinder aus, um im Kriege die deutschen Truppen durch unwegsames Gelände führen zu können. Die Hauptsorge der Deutschen galt Paris. Hier hätten sie im Frieden optische Signalinstrumente angehäuft, Automobile verteilt, die beim Anzünden der Häuser helfen sollten, Lebensmittel-, Waffen- und Munitionslager angelegt. Alles war vorbereitet, damit auf ein vereinbartes Zeichen das deutsche Paris offen und roh von dem französischen Paris Besitz ergreifen konnte. Sogar die deutsche Bouillonwürfelreklame hatte ein strategisches Geheimnis. Was ferner die deutschen Soldaten in Feindesland wirklich an Kriegsverbrechen verübt haben, reicht nicht entfernt an die Phantasie und Erfindungsgabe der französischen Zeitungen heran, in deren Spalten die deutschen Soldaten als Mörder,

Schänder, Plünderer und Brandstifter auftreten und mit Vorliebe unschuldige Kinder und wehrlose Greise niederschießen.

Die Gebildeten konnten sich diesem nationalen Dunstkreis nicht entziehen. Am allerwenigsten diese Bevölkerungsschichten, die sich von jeher mit dem Kriege vertraut gemacht hatten und die wir politisch zu den Royalisten, Bonapartisten und Liberalen rechnen müssen. Die Militärpartei, die ihre Anhänger aus den Reihen der katholischen Royalisten bezog, sah in dem Kriege ihr Reich und ihre Pflicht und faßte leichten Herzens nach dem Schwerte, um das Vaterland der Jeanne d'Arc zu verteidigen. Der Sieg an der Marne im September 1914 war ein Wunder, das nach ihrer Überzeugung Frankreich seiner Schutzheiligen zu verdanken hatte. Die anderen, die lauen oder widerwilligen Republikaner, hatten ihn immer erwartet, ja sie hatten ihn sehnsüchtig und mit einer gewissen Verbissenheit herbeigewünscht, wenn sie sahen, wie Frankreich als Militär- und Wirtschaftsmacht infolge des geringen Geburtenüberschusses und seiner geringen kaufmännischen Konkurrenzfähigkeit Gefahr lief, in den Hintergrund gedrängt zu werden. Den Krieg empfanden sie als eine Art nationalen Aufstiegs, auch als die Abkehr von dem innerpolitischen Kurs der demokratischen und kirchenfeindlichen dritten Republik.

Dem Republikaner aus Überzeugung stand solche kriegerische Geneigtheit von vornherein nicht zur Verfügung. Wenn er anspruchsvoller war, konnte ihm auch nicht die tatsächliche, rohe Notwendigkeit genügen. Sein Glaube brauchte stärkere logische und sittliche Grundlagen. Wir kennen aus der Geschichte den patriotischen Fanatismus des Konvents während des Koalitionskrieges. Anatole France läßt uns in seinem Roman „Die Götter dürsten" ihr rastloses Fieber schauen. Und wir haben an Gustav Hervé gesehen, wie man sich als mehrfach mit Gefängnis bestrafter Revolutionär einen patriotischen Kriegsrausch holen kann. Die stolze Überzeugung, mit der republikanischen Freiheit eine höhere Stufe der Kultur erreicht zu haben, schafft in der Not keine geringere Kriegsbegeisterung als ein glanzvolles, von militärischem Ruhm umstrahltes Kaisertum. Diesem Dogma von der kulturellen Überlegenheit Frankreichs und der brutalen Angriffslust Deutschlands gibt man eine wissenschaftliche Weihe. So will der Zoologe Edmond Perrier (im „Temps" vom 2. Mai 1915) die Wurzeln des deutschen Wesens aufdecken, das sich in der Hauptsache aus Mystik und sinnlosem Dünkel zusammensetze. Er sieht in Kant den Urheber dieses Dünkels, der die „Entgleisung des deutschen

Geistes" auf dem Gewissen hat. Er hat sich einfallen lassen, den Geist über die Materie zu stellen. Seine Schüler hielten deshalb Beobachtung und Erfahrung für überflüssig; der Geist erhalte das Universum, er erschaffe es aus sich heraus von neuem. Diese imaginäre schöpferische Tätigkeit erzeugte den deutschen Stolz, der sich mit seiner ganzen entsittlichenden und vergiftenden Kraft über das deutsche Volk ausbreitete. Die Wissenschaft bestehe für den deutschen Gelehrten nicht mehr in der genauen Kenntnis der Umwelt, sondern in den Entdeckungen des auf sich selbst gestellten Geistes. Nun gibt es für ihn auch keine unumstößliche, objektive Wahrheit mehr, sondern nur noch individuelle Wahrheiten. Dieses erworbene, subjektive, völkisch beschränkte Denken erkläre Deutschlands Barbarei, seinen Wortbruch, seinen Hang zur Spionage, seine Mißachtung von Verträgen und Versprechungen, seine heimtückische Vorbereitung des Krieges bis in die Häuser seiner Nachbarn hinein. Die Deutschen glauben vom Himmel, entweder direkt oder durch Vermittlung Luthers, erwählt zu sein, die Welt zu erobern und zu beherrschen.

Gleiche und ähnliche Gedankengänge und Schlüsse finden wir bei anderen Vertretern der französischen Wissenschaft, wie Lavisse, Denis, Reclus usw. Jede Erinnerung an eigene vergangene Verständigungsversuche, an früheres Lob des deutschen himmelstürmenden Idealismus und der deutschen Fähigkeit, die Erfahrungen von einem allgemeinen, philosophischen Gesichtspunkt anzusehen oder bis zu ihren ursprünglichen Quellen zu verfolgen, wird als Schwäche und Gutmütigkeit abgetan. Um das Kriegsgewissen zu stärken, wird jeder Rest von Sympathie gewaltsam aus der Seele gerissen. Und von dem als Schreckbild und Scheusal abgemalten Deutschen konnte sich nun jeder Franzose mit aufrichtigem Abscheu abwenden.

Doch ein einziges Wort, das wie ein sehnsüchtiger Aufschrei klingt, reißt mit einer einzigen Handbewegung den blendenden Schleier ab und zeigt uns die Seele in ihrer ganzen Nacktheit. „Und dann endlich einmal," sagt jemand in dem maßvollen Roman „La Veillée des armes" von Marcelle Tinayre, „poser le pied sur l'ennemi abattu!" Dem zu Boden geworfenen Feind den Fuß in den Nacken zu setzen! Ihn den Sieger fühlen lassen! Der alte Groll ist mit dem Kriege wieder aufgestiegen, das schlummernde Bewußtsein der Schmach ist wieder erwacht. Dieser lange zehrende Haß des Besiegten und Verstümmelten ist in all seiner Bitterkeit wieder da. Dieser ständige, ohnmächtig lauernde Instinkt eines halben Jahrhunderts, er ist der stille

All-Wunsch eines Volkes geworden: poser le pied sur l'ennemi abattu!

„Und wenn die stinkende Bestie am Boden liegt," sagt Reclus, „wird man sich in sein Fleisch und seine Knochen teilen." Wie bei uns feierten auch die Nationalisten in Frankreich Orgien in der theoretischen Zerstückelung und Vernichtung des Feindes. Nur haben die französischen Friedensziele der Kriegszeit mehr als geschichtlichen Wert, weil sie zum großen Teil mit denen der Regierung zusammenliefen und durch den Ausgang des Krieges in Wirklichkeit umgesetzt werden konnten.

Das unmittelbarste Kriegsziel, die Niederzwingung Deutschlands auf den Schlachtfeldern, war zwar Sache des Heeres und ging nur die militärischen Führer etwas an. Die Schilderung der Anstrengungen, dieses Ziel zu erreichen, würde in den Rahmen der vorliegenden Darstellung nicht hineinpassen. Nebenher mühten sich jedoch politische Kräfte ab, um die Arbeit der Front zu unterstützen und die Angriffsfläche zu vergrößern. Frankreich hat während des ganzen Krieges eine sehr lebhafte geistige und wirtschaftliche Propoganda betrieben, um den Zusammenbruch Deutschlands zu beschleunigen.

Zu der Propaganda der ersten Art gehört die Bearbeitung des Auslandes. Die Entente versuchte, Deutschland geistig zu isolieren, ihm möglichst jede ausländische Sympathie zu nehmen. Der Sieg der Alliierten wurde als ein sicheres, unausbleibliches Ereignis hingestellt. Der Vergleich zwischen den beiden kämpfenden Mächten wurde nach dem Muster des inneren Feldzuges gegen die Deutschen besorgt: Auf der deutschen Seite stehe der Militarismus, die barbarische Lust an Greueltaten, die ihres idealen Zieles entkleidete, der brutalen Gewalt dienende Wissenschaft; die Entente dagegen kämpfe für Freiheit und Recht aller unterdrückten Völker, für Demokratie und wahre Kultur. Die Propaganda war namentlich von französischer Seite großzügig eingerichtet, mit reichlichen Mitteln versehen und außerordentlich rührig. Ihre Hauptgebiete waren die Schweiz, Holland, Spanien, Griechenland, Nord- und Südamerika. Die wertvollen Erfahrungen der Alliance française in Belgien usw. wurden von der Regierung eifrig benutzt. Gut ausgestattete illustrierte Zeitschriften mit fremdsprachlichem Text verteilte man umsonst an die Wirtschaften und Kaffeehäuser, bewährte Redner, Politiker oder Gelehrte, wurden verschickt, um im Ausland für die Sache der Entente einzutreten, Filme zeigten den Generalissimus Joffre oder den Präsidenten Poin-

caré, Wanderausstellungen suchten die Überlegenheit der französischen Kunst zu beweisen. Das Pariser Pressebureau leitete einen dauernden Briefwechsel zwischen französischen und ausländischen Ärzten ein und verschickte an die ihm namhaft gemachten ausländischen Gelehrten Flugschriften, in denen die Sache der Alliierten durch Zeugnisse von unwiderlegbarer Wahrhaftigkeit verteidigt wurde („Journal"). 1917 gründete man die „Neue Lateinische Vereinigung" zur wirksamen Unterstützung der Ententeziele. Ihr Hauptprogrammpunkt lautete, zwischen allen lateinischen Staaten und Großbritannien bestehe Freundschaft und Brüderschaft für alle Zeiten. Es standen ihr unbegrenzte Mittel zu Zwecken umfangreicher politischer Propaganda zur Verfügung. Sie betätigte sich in Spanien und Südamerika und bemühte sich auch, die italienischen Kriegsmüden zu beschwichtigen.

Die wirtschaftliche Propaganda bezweckte die Vernichtung des wirtschaftlichen Einflusses Deutschlands in Frankreich und auf dem Weltmarkt; die deutschen Absatzgebiete wollte Frankreich übernehmen. Die durch die Blockade bewirkte wirtschaftliche Abschließung Deutschlands sollte den gefährlichen und überlegenen Konkurrenten für immer verdrängen. Im Innern wurden zunächst die deutschen Kaufleute und Gewerbetreibenden interniert, die deutschen Geschäfte machte ein Handelsverbot unschädlich. Léon Daudet war einer der Führer im Kampf gegen die in Frankreich ansässigen deutschen Fabrikanten und Angestellten; daß sie alle Spione seien, war seine Überzeugung. Die heimische Industrie sollte dagegen mit allen Mitteln gefördert werden, besonders soweit sie vor dem Kriege mit deutschen Fabriken in Wettbewerb gestanden hatte. Es kam zur Gründung einer ganzen Reihe von deutschfeindlichen Industrievereinen (Club antigermanique de France u. a.), die den Boykott aller deutschen Waren anstrebten und sich später zu einem bedeutenden Bund zusammenschlossen. Als Schutz gegen deutsche Erzeugnisse sollte eine allgemeine nationale Fabrikmarke eingeführt werden. Um auf dem Auslandsmarkt den ausgeschalteten deutschen Handel zu ersetzen, betrieb man die Hebung der französischen Ausfuhr. In der „Association nationale d'expansion économique", in der Mitglieder des jeweiligen Kabinetts den Vorsitz führten und die mit den Handelskammern und wirtschaftlichen Verbänden zusammenhingen, sammelten sich die auf wirtschaftliche Ausdehnung gerichteten Kräfte Frankreichs. In Holland bildete man einen gemischten Ausschuß, um das wirtschaftliche Band zwischen den beiden Ländern fester zu spannen. Der Schweiz kam man auf alle

mögliche Weise entgegen oder suchte sie durch Drohungen einzuschüchtern, um die Wirkung der deutsch-schweizerischen Lieferungsverträge zu hintertreiben. In Italien, Spanien, Rußland, Skandinavien fanden Ausstellungen französischer Waren statt, ebenso wurden an zahlreichen ausländischen Plätzen französische Handelsgesellschaften und Handelskammern gegründet. Um dem Ausland zu beweisen, daß man die bisher vorherrschend von Deutschland gelieferte Fertigware auch in Frankreich herstellen könne, wurden die als Ersatz für Leipzig gedachten internationalen Messen (die vor dem Kriege schon in Bordeaux und Paris versucht waren) in Lyon veranstaltet. Die zweite Lyoner Messe im Jahre 1917 war, an der Zahl der Aussteller und Besucher gemessen, ein deutlicher Erfolg. An der Entwicklung der französischen Handelsbilanz ist allerdings zu erkennen, daß die überspannten Hoffnungen auf den wirtschaftlichen Aufschwung Frankreichs trotz aller Anstrengungen sich während des Krieges nicht erfüllt haben. Der Grund liegt zum Teil in den ungeheuren Rohstoffbedürfnissen der auf die Einfuhr angewiesenen Kriegsindustrie. Der Einfuhrüberschuß, der 1914 nur $1^1/_2$ Milliarden Franken = 22,4 Prozent betragen hatte, war 1917 auf fast 11 Milliarden Franken = 301 Prozent gestiegen. Der Wert der Ausfuhr war in der gleichen Zeit von fast 5 Milliarden auf $3^1/_2$ Milliarden gesunken (Zahlen nach Curth-Wehberg, „Der Wirtschaftskrieg: Frankreich").

Um so mehr gedachte man nach vollbrachtem Siege aus dem Gegner selbst herauszuholen, den man sich dann noch derart zu schwächen vornahm, daß an seine wirtschaftliche und politische Erholung nicht zu denken war. In der Antwort der alliierten Regierungen vom 12. Januar 1917 auf den Friedensschritt des Präsidenten Wilson wird gefordert: vollständige Wiederherstellung Belgiens, Serbiens und Montenegros, die ihnen geschuldeten Entschädigungen, Räumung der besetzten Gebiete von Frankreich, Rußland, Rumänien mit den gerechten Wiedergutmachungen, Rückgabe der Provinzen und Gebiete, die früher den Alliierten durch Gewalt oder gegen den Willen ihrer Bevölkerung entrissen worden sind, Befreiung der Italiener und Tschechen von der Fremdherrschaft. Ungefähr einen Monat später, am 14. Februar, wurde jener französisch-russische Vertrag geschlossen, dessen Inhalt uns durch Veröffentlichung der russischen Geheimpapiere bekannt wurde und in dem Frankreich Elsaß-Lothringen und die Rheingrenze sowie die Verwandlung der übrigen Rheinprovinz in einen Pufferstaat zugesichert wurden. In denselben Ge-

dankengängen bewegten sich die Forderungen der Politiker, der Industrie und Presse. Ihre Beiträge zu den Friedensbedingungen gingen natürlich mehr ins einzelne als die Erklärungen der Regierungen. Aus den Büchern von Denis, Finot, Reclus, Daudet, Sardou usw. gewinnt man ungefähr folgendes Bild der bürgerlichen Kriegsziele: Da Deutschland den Krieg angezettelt und gegen Verträge und Völkerrecht geführt hat, kommt Frankreich das moralische Recht zu, sich nicht nur an Deutschland schadlos zu halten, sondern es auch in einen derartigen Zustand zu versetzen, daß es keinem Staat mehr schaden könne. Zunächst müsse Deutschland also eine Kriegsentschädigung für den Kriegsaufwand und die Kriegsopfer der Alliierten und für die von ihm bewirkten Zerstörungen leisten. Da diese Summe so hoch sein wird, daß sie weder mit Geld noch mit Land bezahlt werden kann, muß Deutschland seine hauptsächlichsten Staatseinnahmen den Verbündeten verpfänden: die Einkünfte aus Eisenbahnen, Zechen und Zöllen. Um Deutschlands Übergewicht in Europa zu brechen, werden verschiedene deutsche Gebiete aufgeteilt; Polen wird unter Aneignung von Ostpreußen, Westpreußen und Posen Pufferstaat; Schlesien kommt zu Polen oder Tschechien, Schleswig-Holstein zu Dänemark; die Kolonialbesitzungen werden unter die Verbündeten verteilt; Frankreich erhält Elsaß-Lothringen und das linksrheinische Gebiet. Frankreich brauche den Rhein als Grenze gegen die Angriffe der Deutschen. Der Annexion der linksrheinischen Gebiete müsse die Tunifikation vorausgeben; in französischen Schulen werde dann der junge Deutsche Frankreich lieben lernen (Reclus). Oder man annektiere nur das Land und mache die Bewohner zu feindlichen Ausländern, die dann einfach enteignet werden können (Sardou). Österreich-Ungarn als Nationalitätenstaat verschwinde. Um Deutschland zu entpreußen und damit seines Machtzentrums zu berauben, teile man es in eine nördliche und südliche Hälfte, mache jede Provinz selbständig und schaffe freie Städte unter englischem oder französischem Protektorat. Natürlich müssen Deutschland auch alle Machtmittel genommen werden. Sein Admiral wird nur Fischerboote kommandieren, sein Generalfeldmarschall eine lächerliche Nationalgarde unter seinem Befehl haben (Reclus). Außerdem wird die Schleifung aller Festungen, die Auslieferung oder Zerstörung aller Waffen und Munition gefordert und der Bau oder die Verfertigung von neuen streng verboten. Vereine zum Zwecke militärischer Vorbereitung müssen untersagt werden. Damit Deutschland trotz allem nicht etwa doch sich wieder erholen

und Frankreich irgendwie gefährlich werde, muß der Wirtschaftskrieg auch nach Beendigung der militärischen Feindseligkeiten weitergeführt werden. Die antideutschen Vereine forderten, daß Deutsche oder Österreicher niemals wieder als Angestellte, Arbeiter oder Dienstboten in Frankreich erscheinen und daß gegen die Niederlassung von Ausländern Sondergesetze geschaffen werden. Die wirtschaftlichen Verbände baten die Regierung, an folgenden Friedensbedingungen festzuhalten: Versorgung Frankreichs mit Brennstoffen und Maschinen, Besetzung von deutschen Bergwerken und Fabriken, bis volle Entschädigung eingetreten ist; die Herrschaft über die Rohstoffe der Welt darf nicht wieder in die Hände Deutschlands fallen; außer Elsaß-Lothringen muß Frankreich das wirtschaftlich wichtige Saarrevier erhalten. Für die Gestaltung des Wirtschaftslebens nach dem Kriege sollten die Grundsätze gelten, die man schon während des Krieges befolgt hatte: den inneren Markt gegen die in Deutschland oder Frankreich hergestellte deutsche Ware zu schützen; die Absatzmärkte des deutschen Handels im Ausland zu gewinnen und zu behalten; die Handelsbeziehungen zwischen den einzelnen alliierten Ländern so ineinander greifen zu lassen, daß jeder Staat bei den anderen einen Ausgleich für das findet, was er vorher bei den Zentralmächten absetzte oder kaufte (vgl. Curth-Wehberg, S. 86). Es lag also der Plan vor, den Krieg nach Friedensschluß mit anderen Mitteln fortzusetzen. Daß es nicht zu einer vollen Verwirklichung dieser Vorschläge gekommen ist, lag an den zahlreichen praktischen Meinungsverschiedenheiten. Im Innern standen sich Freihändler und Protektionisten gegenüber, und von den alliierten Ländern waren die angelsächsischen weniger bereit, die Richtung ihres Wirtschaftslebens theoretisch im voraus zu bestimmen.

Der Grund für diese extreme Haltung der Franzosen liegt nicht so sehr in dem Haß, der, soweit er als Kriegsprodukt auftritt, nur eine sekundäre Begleiterscheinung ist, sondern in der Sorge um die politisch-militärische und wirtschaftliche Weltmachtstellung Frankreichs. Jahrzehntelang hatte man daran gearbeitet, dem Lande den durch den Frankfurter Frieden verlorenen Einfluß wiederzugewinnen. Der Krieg galt allen Bürgerlichen als das Mittel, die durch Deutschlands Einigung und industriellen Aufschwung erschwerte Machtentwicklung jetzt auf Kosten Deutschlands sicherzustellen.

Mit diesen Kriegszielen konnten sich diejenigen Gruppen nicht einverstanden erklären, die auch nach dem Erstarken des nationalen Selbst-

bewußtseins um die Wende des Jahrhunderts herum jede imperialistische Politik bekämpft hatten. Als zu Beginn des Krieges die Sozialisten Guesde und Sembat und später Albert Thomas in die Regierung eintraten, begründete die Partei diesen Schritt mit dem Willen, aus dem Siege der Alliierten einen dauerhaften und endgültigen, auf Recht und Freiheit der Völker gestützten Frieden herauswachsen zu lassen. In der Entschließung des Parteivorstandes vom 15. Juli 1915 hieß es: damit aus diesem Krieg ein neues Europa hervorgehe, muß der Militarismus niedergerungen werden. Auf der ersten Londoner Konferenz der alliierten Sozialisten im Februar 1916 wurden die Kriegsziele genauer bestimmt: die Konferenz verkenne nicht die allgemeinen und tieferen Ursachen des europäischen Konflikts, die sich aus dem kapitalistischen System mit seiner Überproduktion und der angriffslustigen kolonialen und imperialistischen Politik herleiteten; alle Regierungen hätten teil an der Verantwortung. Aber der Einfall in Belgien und Frankreich bedrohe das Bestehen der Völker. Unter dieser Bedingung wäre der Sieg des germanischen Imperialismus die Niederlage und die Zertrümmerung der Demokratie und Freiheit in Europa. Die Sozialisten Englands und Frankreichs verfolgten nicht die politische und wirtschaftliche Zertrümmerung des Feindes. Sie führten den Krieg nicht gegen die Völker, sondern gegen die Regierungen, die sie bedrückten. Alles Unrecht wider die Freiheit der Völker müsse wiedergutgemacht werden: Deutschland habe Elsaß-Lothringen, Schleswig-Holstein, die polnischen Gebietsteile wieder herauszugeben, Österreich die Tschechen freizulassen. Bei Friedensschluß sei es Pflicht der Arbeiter aller Länder, sich in der Internationale zu vereinigen, um die Geheimdiplomatie zu unterdrücken, dem Einfluß des Militarismus und der Rüstungsindustriellen ein Ziel zu setzen und ebenso einen internationalen Organismus zu schaffen, der fähig ist, die Streitigkeiten zwischen den Völkern auf dem Wege der Schiedsgerichte zu lösen und allen Völkern die Verpflichtung aufzuerlegen, den Frieden aufrechtzuerhalten. Ergänzt wurden die Londoner Beschlüsse durch die Erklärung, welche die Partei der geeinigten Sozialisten nach Stockholm gesandt hatte. Die russische Revolution hatte die Initiative zu einem internationalen Kongreß genommen. Die Konferenz sollte am 15. Mai 1917 in Stockholm beginnen. Die Mehrheit der alliierten Sozialisten weigerte sich, mit den deutschen Sozialdemokraten an einem Tisch zu sitzen, so lange sich diese nicht verpflichteten, gegen die kaiserliche Regierung als Verletzerin

des Völkerrechts aufzutreten („Le Parti socialiste". Paris 1918. S. 162). Die holländisch-skandinavische Delegation in Stockholm hatte Fragebogen zusammengestellt, die von der französischen sozialistischen Partei im August beantwortet wurden. Man blieb darin auf dem Boden der Londoner Konferenz. Die Stellungnahme zum gegenwärtigen Krieg und die Kriegsziele sind dieselben: keine Annexionen; Selbstbestimmungsrecht der Völker; keine Kriegsentschädigung, aber Ersatz für die verursachten Schäden. Die elsaß-lothringische Frage wird mit vollem Nachdruck als eine Rechtsfrage hingestellt. Der Krieg habe den Frankfurter Vertrag zerrissen, der Wille der elsaß-lothringischen Bevölkerung, zu Frankreich zu gehören, hat sich oft genug kundgegeben; die Forderung auf Wiederherstellung der nationalen Einheit ist keine Annexion. Ausführlicher geht auch die Antwort auf die künftige zwischenstaatliche Organisation ein: dem Völkerbund fällt das Amt zu, über die Freiheit der Völker und die Ausführung internationaler Abmachungen zu wachen; ein oberster Rat der Gesellschaft der Nationen muß in allen Ländern Ausschüsse unterhalten, um Nachforschungen anzustellen und Feststellungen zu machen. Es wird auch wirtschaftliche Gerichtshöfe geben, die über die Handelssitten der Nationen wachen.

Grundsätzlich sozialistisch kann die Formulierung dieser Kriegsziele kaum genannt werden. Sie verleugnen nicht ihre Abstammung von bürgerlichen Ideen. Teils hängen sie mit nationalen Forderungen zusammen, teils schließen sie sich eng an den demokratischen Pazifismus an, wie er vom Präsidenten Wilson vertreten wurde.

Die Partei der geeinigten Sozialisten hatte ihre Stellung nach zwei Seiten hin zu verteidigen. Zunächst mußten sie die Machtpolitik der zum nationalen Block vereinigten bürgerlichen Parteien von sich weisen. Die Wegnahme der deutschen Kolonien, die Auferlegung einer Kriegsentschädigung, die Annexion des linken Rheinufers, die Weiterführung des Wirtschaftskampfes widersprachen ihrer Ansicht über einen dauerhaften Völkerfrieden. In den bereits erwähnten Briefen der sozialistischen Kammergruppe an die verschiedenen Ministerpräsidenten wurde z. B. Einspruch gegen die Verteilung von Postkarten an der Front erhoben, auf denen der Besitz des linken Rheinufers gefordert war (Brief vom 8. September 1915). In dem Schreiben vom 1. Juni 1917 nahm die Kammergruppe zu den Andeutungen über das russisch-französische Abkommen vom 14. Februar Stellung; sie verlangte, davor sicher zu sein, daß der Verteidigungskrieg nicht in

einen Eroberungs- und Annexionskrieg ausarte. Nach der zweiten interalliierten sozialistischen Konferenz im August 1917, in der kein Schlußantrag angenommen wurde, veröffentlichte die Mehrheit eine Erklärung, die mit folgenden Worten schloß: „Wenn Deutschland die Herrschaft seiner Machthaber niederwirft und ihre Verbrechen bestraft, eine Demokratie wird und so das Pfand für ein Vertrauen gibt, das die kaiserliche Regierung nicht bieten kann, so haben die Sozialisten der ganzen Welt die Pflicht zu handeln, damit die verbündeten Regierungen nicht die entstehende Demokratie in Deutschland zertrümmern." Die Erklärung schweigt sich darüber aus, wie die Sozialisten handeln sollten. Dachte die Mehrheit vielleicht an die Mittel, die man auf den internationalen Kongressen gegen den Krieg befürwortet hatte und die 1914 gar nicht erst angewandt wurden? Der ganze Schlußsatz der Erklärung hatte nur einen platonischen Charakter und diente nur zur Gewissensberuhigung der Teilnehmer. Ihr Wert wurde von den deutschen Unabhängigen verkannt, die aus ihr die falsche Überzeugung erlangten, Deutschland brauche bloß eine Republik zu werden, um Frankreichs Verzeihung und Freundschaft zu erlangen.

In anderen Erklärungen wandte sich die sozialistische Partei gegen eine Gruppe, die sich von ihr selbst losgelöst hatte. Wie in Deutschland und anderen Ländern spaltete sich auch in Frankreich von den „Sozialpatrioten", die für die Kriegskredite stimmten und sich nur durch das Kriegsziel von den bürgerlichen Parteien unterschieden, ein Teil der Sozialisten ab. In Frankreich übernahm wieder der Allgemeine Arbeitsbund (C. G. T.) die Führung. Diese revolutionären Sozialisten wollten schon während des Krieges die Internationale wieder aufbauen. Durch Vermittlung Schweizer Genossen kam die erste Zusammenkunft zwischen den Vertretern aus den einzelnen Staaten in Zimmerwald bei Bern am 15. September 1915 zustande. Von den Franzosen kamen (ohne Mandat) Merrheim und Bourderon; unter den Teilnehmern befanden sich auch Ledebour, Adolf Hoffmann und Lenin. In dem Zimmerwalder Manifest wurde wieder die Fahne der Revolution aufgerollt, die von den Syndikalisten immer so bereitwillig vorangetragen war. Es machte auch die Regierungssozialisten für den Krieg mit verantwortlich, forderte Ablehnung der Kriegskredite und vollkommene Trennung der sozialistischen Internationale von dem kapitalistischen Unternehmen des Krieges, revolutionäre Propaganda an der Front und in der Heimat. Der Pariser Parteiausschuß erließ sofort eine Erklärung, in der daran

festgehalten wurde, daß ein dauerhafter Friede nur durch den Sieg der Alliierten und den Zusammenbruch des deutschen militärischen Imperialismus erreicht werden könne; jeder andere frühzeitige Friede bedeute nur einen Waffenstillstand oder eine Kapitulation. Der Parteiausschuß machte es allen örtlichen Organisationen zur Pflicht, auch den Schein der Teilnahme an einer Propaganda zu vermeiden, die den Interessen der nationalen Verteidigung entgegen sei. Diese Auffassung entsprach übrigens im wesentlichen der Haltung der Mehrheitssozialisten auf der Gegenseite.

Die Zimmerwalder Richtung wandte sich auf der zweiten Konferenz in Kienthal bei Bern noch entschlossener dem Radikalismus zu. Am 1. Mai 1915 erließ sie von hier eine Manifest „An die Völker, die man zugrunde richtet und tötet," in dem die Forderungen der ersten Konferenz unterstrichen wurden: die sozialistischen Abgeordneten müssen gegen die Kriegskredite stimmen, denn die nationale Verteidigung steht im grundsätzlichen Widerspruch zum Klassenkampf des Proletariats; die Haltung des sozialistischen Proletariats darf nicht von der militärischen oder strategischen Lage der Kriegführenden noch davon abhängen, ob der Krieg zur Verteidigung oder als Angriff geführt wird; sondern der Kampf gegen den Krieg, unter dem letzten Endes das Proletariat am meisten zu leiden hat, muß unter allen Umständen ausgefochten werden. Die Partei beeilte sich, den Trennungsstrich zwischen dem offiziellen Sozialismus und den Kienthalern zu ziehen und setzte ihre Leitsätze auf den Index. So war die Spaltung zwischen den Sozialpatrioten und den Revolutionären vollzogen und der Anlauf zu einer dritten Internationale gemacht, die im folgenden Jahr durch den Sieg des Bolschewismus in Rußland sich weiter entwickeln sollte. Die unabhängigen Sozialisten aller kriegführenden Länder hatten bisher auf eigene Faust und ohne Mandat gehandelt, da allgemeine Wahlen nicht stattfinden konnten. Man erfuhr also erst viel später, wie sich die Massen dazu stellten. Daß die Kienthaler schon damals eine ziemlich zahlreiche Gefolgschaft hinter sich hatten, kann man wohl aus dem Ergebnis der späteren Wahlen schließen. Trotzdem ist es in Frankreich nicht zu einer revolutionären Zersetzung gekommen wie bei uns. Das hat vielerlei Gründe. Frankreich war von der Heimat des Bolschewismus viel weiter entfernt, ja durch den Krieg fast abgeschlossen; seine Soldaten kamen mit russischen Gefangenen nicht in Berührung. Dann fehlten auch sonst alle Voraussetzungen zu einer Revolution, deren Ursachen in neuerer Zeit fast

ausschließlich sozialer Art waren. Die wirtschaftliche Not war bedeutend geringer als in Deutschland und wurde hier, wo das Volksvermögen viel gleichmäßiger verteilt ist, von fast allen Schultern getragen. Es fehlte also der Antrieb des Klassenkampfes, der in dem demokratischen Frankreich auch nicht aus politischen Motiven entstehen konnte. Am bedeutungsvollsten aber war der Mangel an Führern. Die Kienthaler waren an Zahl gering und Außenseiter. Führer von Ruf saßen im Ministerium (in Deutschland im Parlament oder im Gefängnis), bildeten also selbst einen Teil der Regierung. Man mache sich klar, welchen lähmenden Einfluß auf alle revolutionären Gelüste die Tatsache ausüben muß, daß die Sozialisten, die im Frieden die gegebenen und gefährlichsten Gegner der bürgerlichen Regierungsmehrheit waren, auf der Ministerbank saßen und ihre ganze Kraft der gemeinsamen Arbeit mit Monarchisten, Gemäßigten und den übrigen Bourgeois widmeten. Solange diese mit der bisherigen Ordnung einverstanden waren, konnte es nicht zu einer Revolution kommen. In einzelnen Armeekorps kam es zwar einmal zu Revolten, die aber schnell unterdrückt wurden; der französische Soldat war frei von der Sorge um die Gesundheit seiner Familie und empfand nicht jene Kluft zwischen sich und dem Vorgesetzten, die in Deutschland um so breiter wurde, je länger der Krieg dauerte.

Frankreich hielt durch und konnte durchhalten. Das traditionelle demokratische Leben vermochte stärker als eine auf Autorität gegründete militärische Monarchie die Menschen dem Gedanken der gemeinschaftlichen Verantwortung unterzuordnen. Der Lebensunterhalt wurde zwar auch immer teurer, aber mit Ausnahme der Kohlen war alles in genügender Menge vorhanden. Immer neue Verbündete, meist Schleppenträger Großbritanniens, traten der Entente an die Seite, bis endlich der Mächtigste der Neutralen, die Vereinigten Staaten, sein ungeheures moralisches und militärisches Gewicht auf die Wagschale der Alliierten legte.

Keiner von den Feinden der Zentralmächte verspürte weniger Neigung, frühzeitig Frieden zu schließen, als Frankreich, da es am stärksten in Anspruch genommen und die Zwangsläufigkeit seiner Leidenschaften und seiner Kriegsmaschine am schwersten zu hemmen war. Von Frankreich gingen im Gegenteil alle Versuche aus, den eisernen Ring um Deutschland immer fester und dauerhafter zu machen. Am 5. September 1914 war das Londoner Abkommen zwischen Frankreich, England und Rußland gegen den Abschluß

eines Sonderfriedens zustande gekommen. Dem Abkommen traten im November 1915 Italien und Japan auf Veranlassung Frankreichs bei. Das erste Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember 1916 wurde vom Ministerpräsidenten Briand bereits am 13. Dezember zurückgewiesen. Die ablehnende Antwort der alliierten Regierungen vom 30. Dezember war im Sinne Briands gehalten. Mit österreichischen Persönlichkeiten nahm Frankreich zwar wiederholt Fühlung: Poincaré ließ sich im März 1917 den Brief des Kaisers Karl an den Prinzen Sixtus von Bourbon vorlegen; im August desselben Jahres traf der österreichische Legationsrat Graf Revertera mit dem Major Armand vom französischen Generalstab in Freiburg in der Schweiz zusammen, um die Friedensmöglichkeiten zu erörtern. Aber dieser Verkehr mit dem Feinde während der Kampfhandlungen hatte nicht den Frieden zum Ziel, sondern die Ausschaltung Österreich-Ungarns und einen erdrückenderen Sieg über Deutschland. Die Absetzung des Königs von Griechenland im Juni 1917 ging auf Frankreichs Drängen zurück; Veniselos stand hauptsächlich mit der Pariser Regierung in Verbindung, und der Ententekommissar, der nach Griechenland geschickt wurde, war ein Franzose: Jonnart. Als Rußlands militärische Kraft durch fortschreitende Radikalisierung der Revolution immer mehr geschwächt wurde, liefen die Fäden der demokratischen Widerstandsbewegung um Kerenski und Miljukow in Paris zusammen, wo später auch ein Rumpfparlament zusammentrat. Ebenso bekannt ist es, daß die tschechischen und polnischen Forderungen von der französischen Regierung formuliert und in der französischen Gestalt in die Friedensbedingungen der Entente übergingen. Was in den Antworten der alliierten Regierungen auf die verschiedenen Friedensversuche an dickköpfiger Leidenschaftlichkeit zu finden ist, ist französisches Erzeugnis. Auf Frankreich fällt ein gut Teil von der Verantwortung, an der alle kriegführenden Mächte teilhaben: den Krieg nicht rechtzeitig beendigt zu haben.

Als die deutsche Frühjahrsoffensive des Jahres 1918 zersplitterte und die Zermürbung des deutschen Heeres begann, da vollendete sich das Schicksal der Mittelmächte. Am 29. September schloß Bulgarien mit der Entente einen Waffenstillstandsvertrag, am 4. Oktober bot Österreich-Ungarn den Frieden an, am 31. streckte die Türkei die Waffen und am 11. November wurde von Deutschland ein Waffenstillstand unterzeichnet, den man bedingungslos nennen konnte.

XI.

Der französische Friede

Der militärische und politische Zusammenbruch der Mittelmächte brachte auch Frankreich einen Sieg von ungeheurer Tragweite. Als am 11. November der Waffenstillstand mit Deutschland unterzeichnet wurde, lag Frankreichs Gegner wehrlos da. Das Heer, schon halb in Auflösung, mußte entlassen, die Waffen mußten ausgeliefert werden. Der Sieger besetzte einen wichtigen Teil Deutschlands, die Blockade wurde nicht aufgehoben. Ein revolutionäres Fieber packte den Besiegten, seine Industrie und Verkehrsmittel machten eine lebensgefährliche Krise durch. Erst nach einem bangen halben Jahr wurde Deutschland mit den Friedensbedingungen seiner Gegner bekanntgemacht und zur Unterzeichnung nach Versailles eingeladen.

Der Ort war an sich schon ein Triumph für Frankreich. Denn in demselben Spiegelsaal, in dem das neue Deutsche Reich als Frucht des Sieges über Frankreich verkündet worden war, sollten jetzt die deutschen Vertreter die demütigenden Bedingungen des siegreichen Frankreich in Empfang nehmen und unterschreiben.

Die Aufgabe der deutschen Bevollmächtigten bei den Friedensverhandlungen bestand darin, sich gegen die Übernahme der Verantwortlichkeit für den Krieg zu wehren, möglichst eine mündliche Erörterung über die Bedingungen herbeizuführen und die Friedensforderungen auf ein für Deutschland erträgliches Maß herabzudrücken. Daß ihre Bemühungen keinen Erfolg hatten, lag in der Hauptsache an dem zähen Widerstande Frankreichs. Die Beschlüsse der Alliierten wurden, um dem Feinde gegenüber die Geschlossenheit zu wahren, in geheimen Sitzungen gefaßt, deren Einzelheiten ja nicht in die Öffentlichkeit drangen. Es muß einer späteren Zeit vorbehalten bleiben, nach Öffnung der Urkunden eine von allen Seiten beleuchtete Geschichte der Friedensverhandlungen zu schreiben.

Daß aber Frankreich dazu ausersehen war, moralisch die bedeutendste Rolle in dieser Versammlung zu spielen, ging aus der Wahl Clémenceaus zum Präsidenten der Friedenskonferenz hervor. Mit dieser Wahl war der Einfluß Wilsons, dem eigentlich wegen seiner Stellung als Oberhaupt eines Staates der Vorsitz gebührt hätte, beseitigt. Clémenceaus „Tigerklaue" ist mehrfach in dem Text der Antwortnoten zu spüren, mit denen die Einwände der Deutschen niedergeschlagen wurden; so z. B. wenn auf die Feststellung der deutschen Delegation, die Annahme der Verpflichtung zur Wiedergutmachung im November 1918 schließe nicht die Verantwortlichkeit für den Krieg ein, schadenfroh erwidert wird: „In der Note des Staatssekretärs Lansing vom 5. November werde erklärt, die Verpflichtung zur Wiedergutmachung ergebe sich aus dem Angriff Deutschlands. Dadurch, daß die deutsche Regierung damals gegen diese Feststellung keinen Einspruch erhob, hat sie diese als begründet anerkannt."

Daß Clémenceau es verstanden hat, die Friedensverhandlungen nach seinem Willen zu leiten, geht aus den interessanten Aufzeichnungen Lansings über die „Großen Vier" hervor. Es gelang seiner hartnäckigen Geschicklichkeit, Wilson Schritt für Schritt von seinen vierzehn Punkten abzubringen, zu deren Verwirklichung der Präsident die Reise nach Europa gemacht hatte. Durch taktische Kunstgriffe beherrschte er die Sitzungen des Rates der Zehn und durch rücksichtslose Ausnutzung seiner Stellung als Vorsitzender machte er aus den Vollsitzungen eine Komödie. Wilsons Versuch, seine Grundsätze in der Praxis durchzusetzen, scheiterte. Es ist tatsächlich das französische Friedensprogramm, das schließlich den Sieg davontrug und im Vertrag von Versailles festgelegt wurde.

Um die Bedeutung des im Friedensvertrag Erreichten für Frankreich zu bewerten, ist es nötig, sich zunächst die wirtschaftliche Lage des Landes bei Beendigung des Weltkrieges klarzumachen.

Im Jahre 1914 betrug Frankreichs Staatsschuld 30 Milliarden, eine Summe, die zwar an sich bedeutend, aber an dem Wert des Staatsbesitzes gemessen keineswegs besorgniserregend war. Das Budget überstieg fünf Milliarden, konnte aber den Vergleich mit dem Staatshaushalt anderer Großmächte durchaus aushalten. Nach dem Bericht Frankreichs über seine wirtschaftliche und finanzielle Lage auf der Brüsseler Finanzkonferenz haben die Staatsausgaben vom 1. August 1914 bis zum 11. November 1918 233 300

Millionen Franken betragen. Zum Vergleich seien die Kriegskosten von 1870/71 angeführt. Sie beliefen sich einschließlich der Kriegsentschädigung, der dazugehörigen Zinsen und des materiellen Verlustes von Elsaß-Lothringen auf 15 360 Millionen Franken. 1874 war nach Ausgabe von zwei mehrfach überzeichneten Anleihen nur noch eine Summe von 9300 Millionen abzurechnen (vgl. Labusquière, „La Troisième République"). Berücksichtigt man, daß in den Kriegsjahren 1914—1918 auch normalerweise die Ausgaben um $5^1/_2$ Milliarden jährlich gestiegen wären, so ergibt sich, daß der Weltkrieg Frankreich im ganzen ungefähr 200 Milliarden Mehrausgaben verursacht hat. Die Verschuldung des Landes, das vor dem Kriege der Bankier Europas war, war am Ende des Krieges eine ungeheure, wobei zu beachten ist, daß für 34 Milliarden Goldfranken Auslandsverpflichtungen an England und Amerika vorlagen.

Neben dieser Schuldenlast bedrückte Frankreich eine wirtschaftliche Krise, unter der als Folge des Krieges fast alle europäischen Staaten, insbesondere die kriegführenden, zu leiden haben. Ein drastisches Beispiel hierfür ist der Fehlbetrag der Eisenbahnen, der 1920 auf 2 Milliarden stieg. Die hohen Warenpreise und die Lebensmittelteuerung drücken auf die allgemeine Kaufkraft. Industrie und Handel stocken, widersetzen sich aber dem Preisabbau, da die hohen Rohstoffpreise, Löhne und Schiffsfrachten anhalten. Infolgedessen haben zahlreiche Arbeiterentlassungen stattfinden müssen, so daß die Zahl der Arbeitslosen sehr groß ist.

Der Krieg hat ferner Frankreich zahlreiche Menschenleben gekostet, die zum größten Teil auf der Höhe ihrer Arbeitskraft und Erwerbsfähigkeit standen. Anderthalb Millionen Franzosen sind gefallen, ebensoviel sind verstümmelt oder in ihrer Gesundheit geschädigt worden; ein schwerer Verlust für ein Land, das nach der letzten Volkszählung von 1911 sich so gut wie gar nicht mehr vermehrt. Hierzu kommen schließlich die Verwüstungen des Kriegsgebiets, Unterbrechung der regelrechten Warenerzeugung, Verringerung der anbaufähigen Fläche und damit des Ernteertrags usw.

Die Verschuldung ist übrigens seit November 1918 weitergegangen. Im Staatshaushalt für 1920 waren Einnahmen in Höhe von 51 Milliarden eingestellt, in die man eine Barzahlung Deutschlands von 20 Milliarden eingerechnet hatte. Die deutschen Zahlungen blieben aber aus, und die Einnahmen erwiesen sich auch sonst als weit geringer. Im Budget für 1921 sah man 16 500 Mil-

lionen Franken von Deutschland voraus. Aber selbst, wenn diese Summe eingegangen wäre, würde das Gleichgewicht noch lange nicht hergestellt sein. Die schlechte finanzielle Lage Frankreichs drückt sich in seinem niedrigen Valutastand aus; der Papierfrank ist nicht die Hälfte des Goldfranken wert, ein Beweis, daß auch für das siegreiche Land der Krieg ein schlechtes Geschäft war.

Allerdings hatte die französische Regierung schon vor dem Kriege für die ständig wachsenden Ausgaben eine Deckung gesucht. Die außerordentlichen Kosten für die Aufschließung Marokkos, die Einführung der dreijährigen Dienstzeit im Jahre 1913 zwangen endlich, der Verwirklichung der progressiven Einkommensteuer, die schon so lange als sozialer Ausgleich versprochen war, näherzutreten. Thiers hatte einmal in einem Briefe seinen Standpunkt so dargelegt: „Die Zulassung einer Einkommensteuer, die nichts anderes ist als der Sozialismus in Form einer Steuer ... wäre meinerseits eine völlige Abtrünnigkeit gewesen" (Goutaut-Biron, Meine Botschafterzeit, S. 68). Diese Furcht vor der sozialen Steuer wurde von allen folgenden Ministerien geteilt, bis der Radikale Caillaux 1909 dem Senat seine großzügige Steuerreform unterbreitete, in der auch die Einführung der Einkommensteuer vorgesehen war. Caillaux stand mit seinem Entwurf in und außerhalb der Partei zunächst so ziemlich allein. Man versuchte es lieber mit der in Frankreich so beliebten und ausgedehnten indirekten Steuer. Erst als aus den oben angeführten Gründen im Jahre 1913 der Fehlbetrag immer drückender wurde, entschloß man sich auch zu einer erhöhten Belastung der besitzenden Kreise. Das Ergebnis der Beratungen war neben einer weiteren Besteuerung des beweglichen und unbeweglichen Vermögens das Einkommensteuergesetz vom 18. Juli 1914. Es entsprach nicht den weitgehenden Reformgedanken Caillaux', aber es zeigte doch den Willen, die Besitzenden stärker heranzuziehen. Nach Abrechnung eines steuerfreien Betrages von 5000 Franken und anderer Abzüge wurde eine zweiprozentige Abgabe von einem Viertel bis vier Fünftel des Nettoeinkommens festgesetzt. Im Kriege, Ende 1197, wurde die Steuer auf 5 Prozent erhöht, die unterste Grenze von 5000 Franken auf 3000 erniedrigt. Die Steuer konnte aber nicht entfernt einen wesentlichen Teil der Kriegskosten decken, da sie nur als Zuschlagssteuer gedacht war. Um den Aufwand einigermaßen auszugleichen, mußten noch andere Einnahmequellen für den Staat gefunden werden. Während des Krieges sind folgende Steuern eingeführt worden:

eine neue Steuer auf landwirtschaftliche Betriebe, eine neue Gewerbesteuer, Lustbarkeitssteuer, Kriegsgewinnsteuer, Vermögenszuwachssteuer, Luxussteuer auf Wagen, Pferde, Diener, Verkehrssteuer auf Getränke, Innensteuer auf koloniale und pharmazeutische Erzeugnisse, Erhöhung der Tabakpreise.

Am Ende stellte sich doch heraus, daß alle fiskalischen Anstrengungen eine vollständig ungenügende Deckung darstellten. Es blieb nur noch das Mittel übrig, die Notenpresse stärker in Anspruch zu nehmen. Der Notenumlauf, der 1914 5852 Millionen betrug, stieg 1918 auf 30 250 und im März 1921 auf 38 366 Millionen.

Die vermehrte Inflation kann ebenso wie die dauernde Aufnahme neuer innerer Anleihen höchstens die Last der inneren Schulden erleichtern, denn diese können allmählich mit Papiergeld abgetragen werden. Aber um die schwere äußere Schuld zu tilgen, gibt es nur ein Mittel: eine aktive Handelsbilanz. Infolge der Kriegsbedürfnisse hat sich allerdings auch in Frankreich das Verhältnis zwischen Ein- und Ausfuhr sehr ungünstig gestaltet. Das Passivsaldo der französischen Handelsbilanz, das vor dem Krieg 20—25 Prozent betrug, war bis 1918 infolge der ungeheuren Rohstoff- und Lebensmitteleinfuhr und der Inanspruchnahme der Industrie zu Zwecken der Kriegsproduktion auf 372 Prozent gestiegen. Nach dem Waffenstillstand trat eine Besserung ein; die Fabriken konnten wieder zur Friedensproduktion übergehen, die Rohstoff- und Lebensmitteleinfuhr nahm ab, die Ausfuhr hob sich. 1920 betrug das Passivsaldo nur noch 39 Prozent.[1] Aber es werden selbstverständlich noch mehrere Jahre vergehen, ehe Frankreichs Handelsbilanz aktiv sein wird. Die Regierung versuchte die Erleichterung der Kapitalschulden an Amerika und England durch Verhandlungen zu erreichen, aber ein greifbares Ergebnis scheint noch nicht dabei herausgekommen zu sein. Staat und Industrie machen große Anstrengungen, die Ausfuhr zu steigern und die Einfuhr zu verringern, ein Unternehmen, das sich vor allem gegen die durch den Valutastand begünstigte deutsche Konkurrenz richtet. Frankreich ist jetzt viel stärker industrialisiert als vor dem Kriege. Wie die „Berliner Politische Nachrichten" im August 1919 meldeten, ist in Genf mit Unterstützung des französischen Staates das „Comptoir Sidérurgique de France" gegründet worden, das eine halbamtliche Kampforganisation der französischen Schwerindustrie darstellt und nach dem Muster des deutschen Stahlwerkverbandes alle französischen Eisen- und Stahlwerke

zusammenfassen soll. Ob diese Maßregel geeignet ist, an dem Schutzwall um Frankreich mitzuarbeiten, ist allerdings sehr zweifelhaft, denn die internationale Solidarität der Industrie hat auch zwischen Deutschland und Frankreich schon längst wieder eine Zusammenarbeit herbeigeführt, wovon wenig in die Öffentlichkeit dringt. In der Kammer wurde wiederholt gefordert, nach dem Muster des englischen Antidumping-Gesetzes an der deutsch-französischen Grenze eine Schranke aufzurichten, um die Einfuhr der billigen deutschen Ware nach Frankreich zu verhindern. Mit großer Mehrheit wurde die Regierung aufgefordert, zur Abstellung der Arbeitslosigkeit und zum Schutze des heimischen Marktes die Zolltarife zu erhöhen.

Die wirtschaftliche Lage Frankreichs am Ende des Krieges ergibt also folgendes Bild: eine Staatsschuldenlast von über 200 Milliarden; erhöhte Industrialisierung bei verringertem Inlandsbedarf; passive Handelsbilanz, erhöhter Papiergeldumlauf und niedrige Valuta; die zerstörten Gebiete müssen wieder aufgebaut werden. Steuern und Schutzzölle haben eine wesentliche Besserung der Lage noch nicht herbeiführen können.

Das ist die Verlustseite des Krieges. Was kann Frankreich nun als Ergebnis des Friedensvertrages auf der Gewinnseite buchen?

Die Mächtegruppe, die Frankreich im Kriege gegenüberstand, ist zur politischen und militärischen Ohnmacht herabgedrückt. Elsaß-Lothringen ist mit Einschluß des staatlichen oder kaiserlichen Eigentums und der Eisenbahnen, frei und ledig von allen öffentlichen Schulden, unter französische Staatshoheit gekommen (Abs. 51 ff. des Friedensvertrages). Als Ersatz für die Zerstörung der Kohlengruben in Nordfrankreich hat Frankreich das vollständige und unbeschränkte Eigentum an den Kohlengruben im Saarbecken und das ausschließliche Ausbeutungsrecht auf 15 Jahre erhalten (Art. 45). Deutschland ist verpflichtet, alle Schäden, die der Zivilbevölkerung Frankreichs während des Kriegszustandes infolge der deutschen Kriegführung durch Angriffe zu Lande, zur See und aus der Luft zugefügt sind, wieder gutzumachen. Dazu gehören auch gekaperte Handelsschiffe und Fischereifahrzeuge. Die Wiedergutmachungskommission hat die Höhe der Schäden bis spätestens zum 1. Mai 1921 festzusetzen. Vor dieser Feststellung hat Deutschland in Anrechnung der Kosten für das Besatzungsheer eine Zahlung von 20 Milliarden Goldmark zu leisten. Zur teilweisen Erfüllung seiner Verpflichtungen muß Deutschland zum Wiederaufbau der vom Krieg

betroffenen Gebiete seine wirtschaftlichen Hilfsmittel verwenden: Lieferung von Maschinen, Werkzeugen, Tieren (Art. 232 ff.). Frankreich erhält jährlich 7 Millionen Tonnen Kohle von Deutschland zehn Jahre lang (Anlage V), drei Jahre lang Benzol, Kohlenteer, Ammoniak. Deutschland ist verpflichtet, Farbstoffe und chemisch-pharmazeutische Erzeugnisse an Frankreich zu liefern. Es haftet mit allen Vermögenswerten und Einnahmequellen für die Wiedergutmachung. Bei der Verteilung von deutschen Überseekabeln ist Frankreich berücksichtigt worden. Es genießt Freiheit der Schiffahrt in allen Häfen und auf den Binnenwasserstraßen Deutschlands (Art. 321 ff.).

Von den Einflußgebieten in der Levante, die Frankreich durch den Vertrag von Sèvres zugewiesen erhielt, soll später die Rede sein.

Zum großen Teil liegen Frankreichs Vorteile auf Grund des Versailler Vertrages in der Zukunft; es wird ihm Schadloshaltung durch künftige Leistungen Deutschlands zugesagt. Die Vereinigten Staaten, zunächst Kriegslieferanten und Borger, erst später unmittelbare Teilnehmer am Kriege, stehen nach Friedensschluß als das reichste Land der Erde da, dessen Fülle an Lebens- und Produktionsmitteln unbegrenzt ist. England, dessen Boden und Industrie kaum gelitten, sieht fast seine sämtlichen Ansprüche befriedigt: es hat sein Kolonialreich und seine Handelsflotte vergrößert. Italiens Wünsche nach Gebietserweiterung sind ebenfalls erfüllt; von der Nachbarschaft seines Gegners ist es zum größten Teil befreit. Frankreich, das im Kriege den bedeutendsten Schaden erlitten, auf dessen Boden sich der wichtigste Kampf abgespielt hat, wird versuchen, aus dem Friedensvertrag soviel wie möglich herauszuholen. In welchem Geiste und mit welcher politischen Methode es dieses Werkzeug benutzt, wird von dem Seelenzustand seiner politischen Führer und den augenblicklichen Parteiverhältnissen abhängen. Es ist also angebracht, erst auf die politische Konstellation des Frankreichs der Nachkriegszeit einen Blick zu werfen.

Beginnen wir mit der Opposition. Der Abschluß des Waffenstillstandes und des Friedensvertrages blieb ohne jeden Einfluß auf die Haltung des französischen Sozialismus. Die angeblichen roten Fahnen in den französischen Schützengräben waren eine Erfindung oder eine gedankenlose Selbsttäuschung der deutschen Revolutionäre. Der französische Proletarier im Soldatenrock marschierte mit. In der Heimat regte sich nichts, was als Zeichen der inter-

nationalen Solidarität hätte gedeutet werden können. Allerdings setzte sich im Frühjahr 1920 eine internationale Bewegung in Frankreich fort: die Streikwelle, die, von Moskau genährt, sich über ganz Deutschland ergossen hatte. Aber sie erfuhr eine rein innerpolitische Auswirkung. Der Gedanke, die Macht des kapitalistischen Staates sofort durch die Diktatur des Proletariats brechen zu können, hatte eine Spannung zwischen den Arbeitermassen und der Regierung hergestellt. Im Februar brach ein Generalstreik der Eisenbahner aus, dessen geringfügige Ursachen (Maßregelung eines Arbeiters durch die Direktion) bewiesen, daß der Streik schon längst vorbereitet und der Ausdruck einer stillen Gärung unter dem Proletariat war. Die Regierung Millerand griff sofort zu kräftigen Abwehrmaßregeln. Sie ließ durch ein Gesetz die zeitweilige Anforderung des gesamten privaten rollenden Materials durch den Staat beschließen, veranlaßte die militärische Bewachung der Eisenbahnen, die Verhaftung einiger Führer und die Mobilisierung der Eisenbahner. Der militärischen Einberufung wagten sich nur wenige zu widersetzen, und da die technische Nothilfe (Ligue civique) sofort in Tätigkeit trat, brach der Streik schon nach ein paar Tagen zusammen. Das einzige, was die Eisenbahner erreichten, war die Anwendung des Lohntarifs des Eisenbahnerverbandes. Diese Niederlage entmutigte aber die radikalen Elemente nicht, die erklärten, daß die Lohnerhöhung das Gleichgewicht nicht wiederherstelle und die vorhandenen Probleme nicht löse. Bereits mehrere Wochen später wurde der Versuch gemacht, einen Generalstreik herbeizuführen, gestützt auf die grundlegende Forderung nach Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsmethoden: Weltverteilung der Rohmaterialien, internationale Handelsflotte, gleichmäßige Ernährung aller Länder und internationale Verteilung der Kriegslasten. Hier wurden also deutlich kommunistische Ideen in den Streit geworfen, allerdings mehr als Agitationsmittel, denn um internationale Solidarität zu betätigen; praktisch verdichtete sich nämlich die Streikbewegung zu dem Vorschlag, die Eisenbahnen zu sozialisieren. Der Plan der C. G. T., der den Gegenstand der Verhandlungen mit der Regierung bildete, sah einen Eisenbahnverwaltungsrat von fünfzehn Mitgliedern vor, von denen zwölf, d. h. also zwei Drittel, aus den Reihen der Eisenbahner und anderer Arbeiterorganisationen genommen oder von der C. G. T. bestimmt werden sollten. Der Plan bedeutete nicht eine Verstaatlichung, sondern eine unmittel-

bare Besitznahme der Arbeitsmittel durch den Arbeiter im Sinne des kommunistischen Sozialismus unter Entrechtung der beteiligten Kapitalisten und finanziellen Verantwortlichkeit des Staates. Der Regierungsvorschlag, dem das Parlament den Vorzug gab, war nur ein kleiner Schritt zur Verstaatlichung der privaten Eisenbahnbetriebe; die Rechte der Aktionäre und der Gesellschaften wurden gewahrt, der Staat sicherte sich nur einen Anspruch auf Berücksichtigung und die Verfügung über die Eisenbahnen zu Zwecken der nationalen Verteidigung und der wirtschaftlichen Versorgung; außerdem wurde ein Beirat geschaffen, in denen neben Vertretern des Staates, der Gesellschaften, von Handel, Industrie und Landwirtschaft auch Abgeordnete der Angestellten ihren Sitz haben.

Hatte die Streikbewegung gezeigt, daß die „bolschewistische Epidemie" (Millerand) auch Frankreich bedrohe, so sollten spätere Kongresse noch den Beweis bringen, daß tatsächlich eine stattliche Zahl der organisierten Arbeiterschaft den Moskauer Ideen zugetan war. Der Kongreß der Gewerkschaften war nur ein bescheidenes Vorspiel, denn seit kurzem hat sich das Verhältnis von Gewerkschaftsbund (C. G. T.) zu Partei umgekehrt. Während bis in den Krieg hinein die Gewerkschaftler revolutionäre und syndikalistische Neigungen hatten, kümmern sie sich jetzt wieder mehr um die Interessen ihres Berufs als um politische Ziele und streben greifbaren sozialen und wirtschaftlichen Erfolgen nach, sind also in der Mehrheit reformistisch. Sie arbeiten mit Vertretern des Bürgertums am „Internationalen Arbeitsamt" mit und haben einen Wirtschaftsrat gebildet, an dem auch Ingenieure, Beamte und Sozialpolitiker beteiligt sind. Aber schon während der Tagung des Gewerkschaftsbundes im September 1920 wurden die Redner, die sich gegen die Diktatur des Proletariats wendeten von einer starken Minderheit mit dem stürmischen Rufe „Nach Moskau! Nach Moskau!" unterbrochen.

Gegen die reformistischen Führer des Gewerkschaftsbundes führte die Partei, die sich nach dem Siege der Sowjets stark radikalisierte, einen heftigen Kampf um die Beherrschung der Gewerkschaften, wie er auch in früheren Zeiten während der Spaltung der sozialistischen Fraktionen ausgefochten war. Auf dem Parteitag in Straßburg im Februar und März 1920 wurde mit 4330 von 4700 Stimmen der Austritt aus der zweiten Internationale beschlossen, für die nur 337 Stimmen aufgebracht werden konnten; der Anschluß an die dritte Internationale war aber damit noch nicht entschieden.

Bedeutsamer war der Parteitag in Tours im Dezember 1920. Nachdem schon die Bezirkstage sich in der Mehrheit für den Anschluß an Moskau erklärt hatten, ließ der Parteitag die Spaltung in der französischen sozialistischen Partei zur Tat werden. Bei der Abstimmung erklärten sich 3253 Mandate von 4763, also eine erdrückende Mehrheit, für die dritte Internationale; der Sprecher der Mehrheit war Rappaport. Für die mittlere Richtung Longuet stimmten 1022 Mandate. Die Rechtssozialisten unter Blum, der für die zweite Internationale eintrat, enthielten sich der Abstimmung. Das Ergebnis war also eine Spaltung der Partei in drei Richtungen, entsprechend der Entwicklung in Deutschland, Deutsch-Österreich, Tschechien. Die Internationale konnte sich vom Schlage des Kriegsausbruchs noch immer nicht erholen. Das Parteiblatt, die „Humanité", ging zu den Kommunisten über. Doch bildete sich in Frankreich zwischen dem Zentrum und dem rechten Flügel nicht der Gegensatz heraus wie zwischen den deutschen Mehrheitssozialisten und den Unabhängigen; beide Parteien vereinigten sich vielmehr zu einem gemeinsamen Parteitag und setzten die alte sozialistische Partei fort.

Jede dieser Richtungen suchte die Verbindung mit der gleichgesinnten Gruppe in anderen Ländern wiederherzustellen. Die Kommunisten hielten den Verkehr mit Moskau aufrecht, führten bolschewistische Zeitungen und Werbeschriften ein. Die Mittelpartei tagte im Februar 1920 mit den Unabhängigen Deutschlands, Englands, Deutsch-Österreichs, Tschechiens, der Schweiz in Wien. Die Rechtssozialisten endlich schlossen sich der zweiten Internationale an, die in ihrem Genfer Kongreß im August 1920 nur mit großer Not und Mühe die Gegensätze, namentlich zwischen den Deutschen und Franzosen, überbrückt hatte und für Demokratie und Parlamentarismus eingetreten war.

Die sozialistische Opposition ist der Regierung keineswegs gefährlich geworden. Die Streikbewegung hatte man unter Anwendung einiger Energie fast leicht unterdrückt. Und wie stark sich die Regierung fühlte und fühlen durfte, bewies sie, als sie die Auflösung der nach sofortiger Sozialisierung drängenden C. G. T. betrieb und bewirkte. Die Partei hatte sich selbst gespalten. Ein weiteres Stück ihrer politischen Bedeutung war ihr durch die allgemeinen Wahlen verloren gegangen, die den kommunistischen Parteioffizieren keine großen Truppenmassen zuführten.

Die Wahlen zum Parlament fanden im November 1919 statt und ergaben den Sieg des nationalen Blocks (Rechts- und Mittel-

parteien). Die Radikalen, die ohne Parole in die Schlacht liefen, wurden zusammengehauen. Der Sozialismus, die Partei der nach Moskau schielenden, mit Umsturz drohenden Opposition, erlitt eine empfindliche Schwächung.

Der Wahlsieg der nationalistisch gesinnten Parteien war die unmittelbare Folge des französischen Sieges und einer jahrelangen, ganz auf die Entfaltung des nationalen Willens gestellten Politik. Frankreich ist Sieger, sah seine kühnsten Träume erfüllt und übertroffen, sein Selbstbewußtsein ging gesteigert aus dem Krieg hervor. Selten war die geistige Verfassung des wählenden Bürgers der amtlichen Wahlmache so günstig wie diesmal. Die öffentliche Betätigung gegnerischer Anschauungen in der inneren und äußeren Politik ist während der ganzen Kriegszeit von der Regierung mit allen Mitteln unterdrückt worden. Presseknebelung und polizeiliche Zwangsmaßregeln brachten im Namen der nationalen Einigkeit die Unzufriedenen zum Schweigen. Das französische Volk hat sich während der langen, schweren Kriegsjahre auch gewöhnt, die drückende Last der Verantwortung auf die Schultern der starken Männer abzuwälzen. Und der stärkste Mann, der am entschiedensten den Siegeswillen getrieben und geleitet hat, der mit zäher Verbissenheit die Ausnutzung betrieb, war Clémenceau. Denn in der ganzen Wahlschlacht, in der einander widerstreitende Parteien ineinandergeschoben wurden, handelte es sich nur um eine Volksabstimmung für und gegen Clémenceau. Der Souverän Volk ist manchmal der Verantwortung und des Regierens müde und legt dann alle Macht in die Hände eines einzelnen, von dem es alles erwartet. Napoleon I., Napoleon III., Gambetta, Thiers sind solche Diktatoren gewesen, und Clémenceau ist ihr unmittelbarer Nachfolger. Frankreich hat sich mit der Diktatur immer gut abgefunden. Auch in diesem Kriege hat sie ihm offenbaren Vorteil gebracht. Der hartnäckige Kampf zwischen Regierung und Parlament, in dem die Kammer ihre Kraft erschöpfte, verstummte unter der schneidenden Schärfe des rücksichtslosen Clémenceau. Die Masse hatte die Notwendigkeit eines starken Mannes gefühlt und räumte ihm unbehinderte Gewalt ein.

Trotz dieses Wahlausfalls herrschte aber keineswegs lauter rosige Zufriedenheit. Eine gewisse unbehagliche Stimmung schwebte über dem Lande. Nach den Versprechungen der Regierung, der Rufer im Streit und der Zeitungen mußte die große Masse in Frankreich vom Sieg der verbündeten Waffen den Anbruch einer ganz neuen Zeit

erwarten. Sie hoffte zuversichtlich, daß mit der Niederlage des Bösen das Morgenrot einer neuen, weltbefreienden Gerechtigkeit anbrechen werde. Aber schon, was in ihrem eigenen Lande sich abspielte, kam dem alten bekannten Verfahren verdammt nahe. Die ganze diplomatische und parlamentarische Aufmachung, die kleinliche Geheimniskrämerei, das Mißtrauen der Öffentlichkeit gegenüber ließ nichts von einem neuen, freien Geiste ahnen, und gerade die Männer, die in gutem Glauben ihr Leben für die neue Freiheit eingesetzt hatten, fühlten eine leise Enttäuschung in sich aufsteigen.

Vorläufig wird diese Empfindung allerdings von dem Siegesgeschrei übertönt. Und vorläufig gab es noch gar keine Partei, die sich bei den Wahlen zum Organ dieser Mißstimmung machen konnten. Der nationale Block empfindet jede Kritik an der Regierung als Vaterlandsverrat und hält den Sieg Frankreichs für den deutlichsten Beweis der moralischen Kraft und Güte seines Volkes. Die sozialistische Partei hat sich zu offen zu bolschewistischen Ideen bekannt, um große, nichtproletarische Massen, die sonst zu ihrer Gefolgschaft gehörten, mit sich fortzureißen. Dem Bauer und Kleinbürger gruselt's vor dem bolschewistischen Gespenst, und er stimmte aus Angst vor dem Umsturz und Unordnung lieber für die herrschende Regierung.

Das Wahlergebnis bedeutet, daß zunächst alles beim alten bleibt. Die bolschewistische Weltrevolution wurde auf ihrer europäischen Fahrt aufgehalten. Die Homines novi im Parlament werden gegen die politisch-kapitalistischen Truste und die altbewährten politischen Geschäftsleute nicht aufkommen. Nach außen hin wird dieses Parlament entschlossen sein, den französischen Frieden in vollem Umfange auszunutzen. Die nationalistische Politik ist auf Jahre hinaus durch die Wahl der neuen Kammer festgelegt.

Sie offenbart sich als imperialistische Weltpolitik und als Drang nach der Vormachtstellung auf dem europäischen Festland.

Durch den Frieden von Sèvres am 10. August 1920 zwischen den Verbandsmächten und der Türkei und das am gleichen Tage unterzeichnete Abkommen zwischen der britischen Regierung, Frankreich und Griechenland betreffend Anatolien erhielt Frankreich zunächst Syrien als Protektorat und ein militärisches Mandat mit wirtschaftlichen Vorteilen über Zilizien; ferner wurde es Mitglied aller internationalen Kommissionen, unter deren Kontrolle der Friedensvertrag die Dardanellen, das Marmarameer, den Bosporus, sowie die Neuregelung von Handel, Schiffahrt und der öffentlichen Dienste in der

Türkei stellte. Die anatolische Bahn, die Mersina—Tarsus—Adana-Bahn und ein Teil der Bagdadbahn auf türkischem Gebiet wurde von einer Gesellschaft in Betrieb genommen, an der neben englischem und italienischem französisches Kapital beteiligt war. Die Durchdringung Syriens war ja schon lange das Ziel Frankreichs gewesen. Selbst die radikale, kirchenfeindliche Regierung hat immer an dem Protektorat der Christen in der Levante festgehalten, und wir wissen, wie stark z. B. mitten im Kulturkampf auf Freycinet die drohende Aussicht gewirkt hat, der Papst könne durch die antiklerikale Politik veranlaßt werden, Frankreich das Protektorat zu entziehen. Mit dem Aufschwung der französischen Weltmachtpolitik machte sich auch in der Levante eine rührige kulturelle und kapitalistische Werbetätigkeit bemerkbar. Niedere und höhere Schulen, Krankenhäuser, eine medizinische Fakultät in Beirut wurden von der Regierung gegründet. Von dem in der Türkei vor dem Kriege investierten französischen Kapital von $2^1/_2$ Milliarden fielen ungefähr 200 Millionen auf die Levante: 60 französische Handelshäuser mit 40 Millionen Kapital, für 55 Millionen Liegenschaften, Bankinstitute und Kredite für einzelne Städte, für 20 Millionen Hafen- und Kaianlagen in Beirut und Smyrna, Seidenwäschereien, Wasserleitungen, Ölfabriken (vgl. „Asie Française", 1912). Der Zusammenbruch der Türkei und der Vertrag von Sèvres brachten den Franzosen den Erfolg ihrer Anstrengungen. Allerdings ging die Ausnutzung nicht ohne Kampfhandlungen vor sich. Noch vor dem Friedensschluß, im November 1919, begann die Unterwerfung Syriens und Ziliziens, in denen starke nationale und separatistische Kräfte sich den Franzosen widersetzten. Die militärischen Maßnahmen nahmen solchen Umfang an, daß im Budget für 1921 für Syrien ein Kredit von über eine Milliarde verlangt wurde. Die Methode, die Frankreich bei der Durchdringung Syriens verfolgt, ist dieselbe, die wir von Tunis und Marrokko her kennen. Die heimische Verwaltung wird zunächst dem Namen nach im Amt gelassen, muß sich aber natürlich vollkommen dem Willen und der Aufsicht der Franzosen unterwerfen. An eine militärische Räumung, erklärt die französische Regierung, sei bei den unsicheren Verhältnissen vorläufig noch nicht zu denken. Unter dem Schutze des Militärs drang auch hier das Kapital erobernd weiter im Lande vor. Die deutschen Kaufleute wurden vertrieben. Im März 1919 wurde für die Türkei, Syrien usw. durch Gesetz ein staatliches Levantehandelsamt (Office commercial français du Levant) geschaffen, das, nach dem Muster der während

des Krieges im Ausland gegründeten Handelsämter, die Aufgabe hat, Handelsbeziehungen zu erleichtern und die französische Industrie mit wirtschaftlichen Nachrichten zu versorgen. Die Anregung der Regierung wurde vom Privatkapital sofort aufgegriffen, und noch im Jahre 1919 bildeten sich zwei Gesellschaften: die Französische Levante-Handelsgesellschaft und der Syrische Bodenkredit.

Der Vertrag von Sèvres wurde durch das französisch-türkische Abkommen vom 20. Oktober 1921 dahin ergänzt, daß französischen Finanzgruppen Konzessionen für Eisen-, Chrom- und Silbergruben, Eisenbahnen, Häfen und Flußschiffahrt zu übertragen seien und der türkische Bedarf an Fachprofessoren in Frankreich gedeckt werden müsse. Dafür wurde die türkische Regierung ermächtigt, mit französischen Kapitalisten in wirtschaftliche und finanzielle Verhandlungen zu treten. Das Abkommen bekräftigte also die überragende wirtschaftliche Stellung Frankreichs in der Levante.

Auf dem europäischen Festland hat es Frankreich darauf abgesehen, machtpolitisch die erste Rolle zu spielen und um seinen Gegner von gestern, dessen Wiedererstarken es fürchtet, einen Wall feindlicher Staaten aufzurichten. Diesem Ziel ist Frankreichs Verhalten zu Deutschlands Nachbarn angepaßt. Polen wurde in seinem Kampf gegen Sowjetrußland mit Geschützen und strategischen Beratern wesentlich unterstützt. Im Februar 1921 wurde mit Polen ein weitgehendes Abkommen unterzeichnet. Es enthält die Verpflichtung der beiden Regierungen, sich über alle auswärtigen Fragen, die beide Staaten angehen, miteinander zu verständigen, ferner einen Defensivvertrag, der jedem der beiden Staaten im Falle eines nicht herausgeforderten Angriffs die gemeinschaftliche Verteidigung ihres Gebiets zusichert. Das Bündnis kann sich nach Lage der Dinge nur gegen Deutschland richten und gegen Rußland, dessen spätere Annäherung an Deutschland eine große Sorge der französischen Politiker ist. Schließlich verpflichtet das Abkommen die beiden Regierungen, sich gegenseitig zu beraten, bevor sie neue Abmachungen treffen, die ihre Politik in Mittel- und Osteuropa berühren. Die wirtschaftlichen Beziehungen sollen durch einen Handelsvertrag geregelt werden. Die französischen Bedingungen gehen auf eine Monopolstellung in den galizischen Ölgebieten hinaus. Als Gegenwert soll die polnische Regierung eine Anleihe von einer Viertelmilliarde Franken bekommen. Die merkwürdige, polenfreundliche Haltung der französischen Besatzung in Oberschlesien ist hinlänglich bekannt.

Im Südosten kam mit französischer Unterstützung die Kleine Entente zustande, durch die Frankreich seine Einflußsphäre bedeutend erweitern konnte. Die Kleine Entente umfaßt die französischen Freunde Rumänien, Jugoslavien und Tschechien. Der Versuch Rumäniens, auch Polen zum Eintritt in die Kleine Entente zu bewegen, scheiterte an dem Gegensatz Polen—Tschechien.

Die Entstehung dieses Staatenbundes hatte noch einen anderen Vorteil für Frankreich zur Folge. Der Beitritt Rumäniens bedingte eine ungarnfeindliche Richtung. Da Ungarn sich nun von franzosenfreundlichen Staaten eingekeilt sah, erhoffte es die Rettung einzig und allein von Frankreich. Die französische Diplomatie ergriff gern die Hand des Versinkenden, um in Ungarn den Kreis der politischen und wirtschaftlichen Vorherrschaft in Mitteleuropa zu schließen. Schon im Frieden hatten sich trotz der Anerkennung für das Deutsche Reich zahlreiche Fäden zwischen Budapest und Paris gesponnen. Internationale Vereine mit französischem Kultureinschlag, wie die Studentenvereinigung Corda Fratres, hatten in Budapest ihren Sitz, Pariser Mode, französische Sprache und Luxusindustrie erfreuten sich großer Beliebtheit. In einem Vertrag vom September 1920 machte Ungarn Frankreich wesentliche militärische Zugeständnisse und erhielt von einer französischen Bankgruppe ein Darlehen auf fünfzehn Jahre. Ungarn suchte sich noch durch weiteres Entgegenkommen die Freundschaft Frankreichs zu sichern. Es wünschte dazu vor allem eine Annäherung an Polen. „Die Politik, die damit verfolgt wird," erklärte der Führer der ungarischen Handelsabordnung in Warschau, „ist durchaus franzosenfreundlich, denn wir haben erkannt, daß die politische Richtung der Entente, besonders die Frankreichs, in Zukunft für uns maßgebend ist. Die Aufnahme enger Beziehungen zwischen Ungarn und Polen liegt auch besonders im französischen Interesse, da Polen nicht nur von Frankreich unterstützt wird, sondern auch enge Freundschaftsbande beide Länder verknüpfen. Ein Bündnis zwischen Ungarn und Polen wäre also ein weiterer Schritt auf dem Wege einer Annäherung zwischen Ungarn und Frankreich."

Die Stärkung des französischen Einflusses im Osten und Südosten Europas hatte die ständige Einkreisung Deutschlands zum ideellen Zweck. Aber sie versprach auch einen unmittelbaren Erfolg, nämlich durch die Errichtung eines antibolschewistischen Blocks gegen Rußland. Die französische Regierung, die mit dem zaristischen Rußland im Bündnisverhältnis gestanden und mit der Regierung Kerenski

und Miljukow das gute Einvernehmen und die Kampfgenossenschaft weiter gepflegt hatte, betrachtet Sowjet-Rußland schon deshalb als seinen Feind, weil dieses die Schulden des zaristischen Rußlands nicht anerkennen wollte und den Kampf gegen den Kapitalismus auch international gegen die Westmächte führen wollte. Dann dachte Frankreich aber auch weiter. Es wollte das alte Großrußland mit der bürgerlichen Tradition einerseits deswegen wiederherstellen, weil es damit den Block gegen Deutschland zu verstärken hoffte, und andererseits, weil es nur von einem solchen die Wiederaufnahme der alten Handelsbeziehungen und einen geregelten Warenaustausch zwischen dem agrarischen Rußland und dem durch den Krieg industrialisierten Frankreich erwartete. Aus diesen Erwägungen hatte es Polen im Kriege gegen die Sowjets unterstützt und der konservativen Republik Ungarn ein Heer von 350 000 Mann belassen. Es nahm die gegenrevolutionäre Partei, die in Paris überhaupt ihren Mittelpunkt hatte, unter seine Obhut und erkannte den Führer der Weißgardisten, den General Wrangel, an. Es nahm sogar tätigen Anteil an dessen Kampf gegen die Regierung Lenin-Trotzki, indem es die Wrangeltruppen organisierte, dem französischen General Weygand, dem militärischen Berater Polens, das Oberkommando in der Ukraine verschaffte und im Oktober 1920 eine französische Schwarzmeerflotte nach Odessa schickte. Die feindselige Haltung gegen die Sowjetrepublik brachte Frankreich in einen gewissen Gegensatz zu England, dem an einer Wiedererstehung Großrußlands durchaus nichts gelegen ist und das mit der Sowjetrepublik sogar einen Handelsvertrag abschloß. Die französische Regierung teilte damals dem Foreign office mit, derartige ohne ihre Mitwirkung getroffene Übereinkünfte könnten sie nicht binden und ihren späteren Einspruch nicht einschränken. Sie mußte allerdings einen Rückzug antreten, da der Feldzug Wrangels mit einer entscheidenden Niederlage des Generals endete und die Aussicht, die Sowjets zu stürzen und einer Frankreich genehmen Regierung den Weg zu bahnen, außerordentlich gering geworden war. Von jetzt ab bewahrte Frankreich eine größere Zurückhaltung gegenüber Rußland; es ließ zwar ein russisches gegenrevolutionäres Rumpfparlament in Paris zusammentreten und lehnte jede Verhandlung mit den gegenwärtigen Machthabern ab, gestattete aber seinen Handelskreisen die Freiheit, auf eigene Gefahr private Handelsbeziehungen anzuknüpfen.

Jede auch nur moralische Stärkung des Deutschen Reiches wird von Frankreich eifrig hintertrieben. Der mehrfach geäußerte Wunsch

der Deutsch-Österreicher, sich dem Mutterlande anzuschließen, kann infolge des Widerstandes der Franzosen nicht verwirklicht werden. So oft die Bevölkerung versucht, ihren Willen kundzutun, wird der Brotkorb höher gehängt. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker gilt eben nur für die siegreiche Entente und ihre Freunde. Sogar das Wort „Deutsch" hat der deutsche Bruderstaat aus seinem Firmenschild auf französischen Befehl ausstreichen müssen. Und die Regierung, die machtlos vor der wirtschaftlichen Abhängigkeit des Landes steht, muß sich der Pariser Regierung oder der Interalliierten Kommission fügen, die sich in Wien auf Kosten des verarmten Volkes häuslich niedergelassen hat. Wie die „Wiener Montagszeitung" im November 1920 meldete, scheiterte die Berufung des ehemaligen k. u. k. Botschafters in Madrid, Prinzen zu Fürstenberg, in das Ministerium des Auswärtigen an dem Widerspruch der französischen Mission in Wien; diese hatte den Wunsch ausgesprochen, daß die „Berufung einer so ausgesprochen deutschfreundlichen Persönlichkeit unterbleibe".

Im Westen Deutschlands wurde die Mauer durch das im September 1920 abgeschlossene belgisch-französische Militärabkommen verstärkt. Nach den Regierungserklärungen handelt es sich um ein Defensivbündnis und um einen von den beiden Generalstäben ausgearbeiteten gemeinsamen Operationsplan. Die Einzelheiten des Vertrages werden geheimgehalten und auch nicht dem Völkerbund mitgeteilt, nur England ist über sie unterrichtet. Nach den Nachrichten der belgischen Zeitungen scheint der französische Generalstab durch das Abkommen einen erheblichen Einfluß auf die belgischen Rüstungen erreicht zu haben.

An der Westgrenze bleibt allerdings noch eine Lücke, welche die Franzosen auch noch gern ausgefüllt hätten: Holland. Zweimal ließ die französische Regierung einen Versuchsballon hoch, um zu erfahren, ob die Stimmung in Holland einer militärischen Übereinkunft ungefähr in der Art des französisch-belgischen Militärabkommens günstig wäre. In beiden Fällen war die Ablehnung der holländischen Presse und der Regierung einmütig; man gab deutlich zu verstehen, daß Holland sich nicht in eine abenteuerliche Politik einlassen wolle und daß es weit mehr von einem internationalen Völkergerichtshof als von geheimen militärischen Bündnissen erwarte.

Nur vor einem europäischen Machtfaktor muß sich Frankreich beugen: vor England. Die Freundschaft mit Großbritannien ist ein

Moment, mit dem jeder französische Politiker zu rechnen hat, stärkere oder schwächere Anlehnung an England wechselt ab, aber an dem freundschaftlichen Verhältnis selbst darf nicht gerüttelt werden. In den meisten Fällen haben es die französischen Politiker verstanden, England zur Annahme ihrer Pläne und Methoden zu bewegen. Ähnlich versuchten sie, die Vereinigten Staaten aus ihrer europamüden Politik herauszuziehen, zur Ratifizierung des Friedensvertrages von Versailles zu veranlassen und als Förderer der europäischen Politik Frankreichs zu gebrauchen.

Der Mann, dem Frankreich im wesentlichen seine politischen Erfolge in der ersten Nachkriegszeit zu verdanken hat, war der Ministerpräsident Millerand; er hat die englischen Bedenken und Widerstände überwunden, Polen zum Siege verholfen, das französisch-belgische Bündnis geschaffen, die Beziehungen zu Italien erhalten, den Eintritt der elsaß-lothringischen Bevölkerung in die französische Gemeinschaft durch regionalistische Versprechungen leicht und reibungslos bewirkt. Seine Wahl zum Präsidenten der Republik war die Anerkennung seiner überaus glücklichen, im Sinne des nationalen Blocks geführten Politik.

Im Januar 1920 lief die Präsidentschaft Poincarés ab. Es hatte zunächst stark den Anschein, als ob Clémenceau, der Organisator des Sieges und der Waffenstillstandsverhandlungen, der stärkste Mann neben Poincaré, aussichtsreicher Kandidat sei. Würde die Wahl in Frankreich durch das Volk vollzogen, so hätte Clémenceau mit ziemlicher Sicherheit auf die Präsidentschaft rechnen können, die ihm als die Krönung seines politischen Lebens erschien. Aber der Präsident wird von der Nationalversammlung, d. h. den beiden vereinigten Kammern, gewählt, und da spielen parteipolitische und parlamentarische Grundsätze eine bedeutende Rolle. Clémenceau hatte sich durch seine rücksichtslose Art viele persönliche Feinde gemacht, andere Kreise fürchteten, daß seine energische Persönlichkeit sich als Präsident eine zu selbständige Stellung schaffen könne. Kurz, er fiel durch, nachdem er fast bis zuletzt in alter Zähigkeit seine Kandidatur aufrechterhalten hatte. Gewählt wurde schließlich der Präsident der Abgeordnetenkammer Deschanel, der diesen Erfolg der Farblosigkeit seines schwungvollen Patriotismus und seinen repräsentativen Fähigkeiten verdankte.

Es war nicht zu erwarten, daß Deschanel irgendeinen nennenswerten Einfluß auf die Politik ausüben würde. Um so wichtiger war die Persönlichkeit des Ministerpräsidenten. Es konnte nur jemand

sein, der dem nationalen Block nahestand. Poincaré wurde genannt, aber bald als zu nationalistisch, vielleicht auch im Interesse der englisch-französischen Freundschaft beiseite geschoben. Millerand, der abtrünnige Sozialist, der Mitbegründer des nationalen Blocks schien den Anforderungen an einen aktiven Ministerpräsidenten zu entsprechen, der die Forderungen des Friedensvertrages durchsetzen und den nationalen Kurs weiterführen könnte.

Als dann Deschanel infolge seiner rätselhaften geistigen Erkrankung gezwungen wurde, sein Amt so bald wieder aufzugeben, wurde Millerand mit erdrückender Mehrheit (695 von 892 Stimmen) im September 1920 zum Präsidenten der Republik gewählt.

Sein Nachfolger im Vorsitz des Kabinetts gab die Beteuerung ab, er wolle das Werk seines Vorgängers fortsetzen: Heer und Flotte stärken und die Vorteile, die der Sieg Frankreich gebracht habe, sichern. Aber die Entlassung von Millerands Generalsekretär des Auswärtigen, Paléologue, und die Erklärung Leygues', die französisch-britische Freundschaft müsse die Grundlage eines gesunden europäischen Friedens bleiben, deuteten an, daß er unerwarteterweise seine Politik von der Millerands etwas ablenkte. Er wollte sich wieder stärker an England anlehnen; damit mußte er allerdings auch die Absicht der Unentwegten, Deutschland zu zerstückeln, mit der sich England aus Furcht vor einem überragenden französischen Industriestaat nicht befreunden konnte, aufgeben. Solche Politik konnte in einer Kammer, die von der Angst vor dem wirtschaftlichen und militärischen Wachstums Deutschlands und dem Selbstbewußtsein des Siegers beherrscht wird, nicht bestehen. Noch nicht vier Monate nach seinem Amtsantritt mußte Leygues wegen einer Formfrage demissionieren. Die wahre Veranlassung war der Wille des Parlaments, den englischen Bremsversuchen einen wirksameren Damm entgegenzustellen. Wieder wurde Poincaré genannt. Aber Millerand schob ihn wieder beiseite. So wurde Briand, der Vielgewandte und -bewanderte, Ministerpräsident, der durch die Versicherung, die Gefühle der Kammer besser zu schonen, diese zu gewinnen wußte. „Wir haben die Gewalt," heißt es in der Regierungserklärung. Wenn es nötig sei, müsse man Deutschland den Respekt vor allen unterschriebenen Verpflichtungen aufzwingen. Er hoffe zuversichtlich, daß England Frankreich in allen Maßnahmen zum Vorteile des Gläubigers unterstützen werde. Aber das Vertrauen gab die Kammer Briand nur mit Vorbehalt. Seine notgedrungen nationalistische, aber immerhin praktische und relativ

gemäßigte Politik veranlaßte die Kammer, argwöhnisch alle seine Handlungen zu beaufsichtigen. Und gleichsam als Warnung für ihn wählte der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten Poincaré, die Hoffnung aller Gewaltpolitiker, zu seinem Vorsitzenden. Tatsächlich ist denn Briand auch mehr der Gefangene der Kammer, als daß er sie führt. Die Rolle, die ihm von der Kammer zugedacht war, hat er denn auch auf der Konferenz von Washington im November 1921 durchgeführt. Es ist keine Frage, daß Briands Beweisführung, Frankreich könne nicht abrüsten, weil es sich gegen Deutschland schützen müsse, auf die anderen Vertreter keinen überzeugenden Eindruck gemacht hat. Man hatte sich in Washington schon größeren Problemen zugewandt, denen Frankreich, noch immer in seiner Hypnose befangen, nicht nachkommen konnte. Aber in Frankreich fand Briand Verständnis.

Es ist selbstverständlich, daß ein Staat, der mit so eifersüchtiger Sorge über seine Vormachtstellung in Europa wacht, auch militärisch der unbestritten stärkste auf dem Festland sein muß und sich ein unbedingt mächtiges Heer erhalten will. Es ist deshalb nicht zu verwundern, daß Frankreich in der Abrüstungsfrage eine Haltung einnimmt wie Deutschland auf der Haager Konferenz vom Jahre 1907: es ist grundsätzlich gegen die Einführung des obligatorischen Schiedsgerichts. Es behält sich das Recht vor, Krieg zu führen, wenn es will, und denkt nicht daran, sich einer schiedsgerichtlichen Regelung zu unterwerfen, wenn es seine Unabhängigkeit oder Ehre für bedroht hält. Auf der Völkerbundssitzung im Dezember 1920 war Frankreich derjenige Staat, der sich am schärfsten gegen die norwegischen Vorschläge zur Rüstungsbeschränkung wandte. Der Vertreter Norwegens hatte einen Antrag eingebracht, durch den der Völkerbundsrat aufgefordert wird, an sämtliche Regierungen die Mahnung zu richten, ihre Militärbudgets bereits für das nächste Jahr herabzusetzen und sich zu verpflichten, ihre militärischen Ausgaben in den beiden darauf folgenden Jahren nicht zu erhöhen. Der Antrag war nicht viel mehr als eine bescheidene Anregung und bedeutete nichts weniger als eine radikale Abrüstung. Im Ausschuß wurde er gegen die Stimmen der französischen Delegierten zum Beschluß erhoben, und in der Vollsitzung erklärte Bourgeois, der Vorschlag Norwegens sei unmöglich auszuführen, da die Lage der einzelnen Länder verschieden sei; er beantrage daher Abänderung des Kommissionsvorschlages. Damit war deutlich genug gesagt, daß sich Frankreich auch das Recht auf weitere

Rüstungen vorbehalte. Bei der Abstimmung wurde der norwegische Antrag von Frankreich und seinen Schützlingen, wie Polen und Rumänien, abgelehnt.

Als der Völkerbund tagte, unterhielt Frankreich die größte Militärmacht der Welt. Die Stärke seiner aktiven Truppen betrug damals 827 000 Mann, wovon über 200 000 in ehemals feindlichen und besiegten Ländern standen. Das Kriegsbudget für 1921 sah Ausgaben von 5 879 Millionen Franken vor; der Betrag überstieg die Forderungen des vorjährigen Budgets um eine Milliarde. Eine Herabsetzung der Dienstzeit war zwar geplant, wurde aber schließlich erst nach einer Ministerkrise in bescheidenem Umfange beschlossen. Die Linke hatte beantragt, die Dienstzeit von zwei Jahren auf ein Jahr herunterzusetzen. Der Kriegsminister Lefèvre sträubte sich dagegen, wies auf die Unsicherheit der äußeren Lage hin und versicherte, daß Deutschland nicht abrüste, sondern im Gegenteil Munition fabriziere. Er berief sich auf Militärsachverständige und verteidigte die zweijährige Dienstzeit bis zum äußersten, erklärte sich aber schließlich mit einer achtzehnmonatigen Dienstzeit einverstanden, die 1922 eingeführt werden könne. Aber dieser halbe Sieg, der Frankreich ein starkes Heer und damit ein ständiges Druckmittel auf Deutschland und die militärische Vorherrschaft in Europa sicherte, befriedigte ihn nicht. Er gab, nachdem er möglichst viel von seinen Plänen gerettet hatte, im Dezember 1920 seine Entlassung und übernahm von nun an in der Kammer die Rolle, die Poincaré im Senat spielte: stets auf den schlechten Willen Deutschlands hinzuweisen, das Munition und Geschütze herstelle, lasch in der Waffenablieferung sei und dessen Industrie wieder aufblühe, ohne daß es bereit sei, zu bezahlen.

Auch die Jugend in Frankreich wird militarisiert. Die militärische Vorbereitung der Jugend ist durch ein Gesetz obligatorisch gemacht und unter militärische Leitung gestellt. Die männliche Schuljugend ist diesem Unterricht auch in der Fortbildungsschule bis zum militärischen Alter unterworfen.

Die für Frankreich wichtigste politische Frage ist die deutsch-französische. Denn der Gegensatz zwischen den beiden Staaten, eine der Hauptursachen des Weltkrieges, ist durch den Versailler Frieden verstärkt, statt aus der Welt geschafft; außerdem erwartet Frankreich von den deutschen Leistungen die Heilung der Kriegsschäden und die Erleichterung von seinen finanziellen Nöten. Auch innerpolitisch ist der Ausfall dieser Leistungen von großer Bedeutung.

Die Wiedergutmachung, die Frankreich von Deutschland auf Grund des Friedensvertrages verlangen kann, ist in der Hauptsache als Schadenersatz und Wiederaufbau der zerstörten Gebiete formuliert. Der Schadenersatz ist eine rein finanzielle Frage, die aber keineswegs geklärt ist, weil über die Höhe der Summe und über die Anrechnung bereits geleisteter Zahlungen starke Meinungsverschiedenheiten bestehen. Eine Einigung ist um so schwieriger, als sie nicht etwa dadurch erreicht werden kann, daß beide Parteien ihre Höchstsummen einander annähern. Denn der Standpunkt ist ein ganz verschiedener. Wir finden die grundlegende Auffassung Frankreichs in der Äußerung des Budgetausschusses im Senat, Paul Doumer: „Das Land will nicht für das Unglück aufkommen, das der besiegte Angreifer verschuldet hat; es würde dies nicht zugeben." Briand drückt es in seiner Regierungserklärung mit Rücksicht auf die nationalistische Kammer derber und schärfer aus: „Der Widerspruch zwischen dem Wohlergehen des Volkes, das der Angreifer war, nach seiner Niederlage und dem Ruin des Volkes, das den Sieg davongetragen hat, das ist eine Herausforderung der elementarsten Gefühle, die Frankreich nicht annehmen kann." Ähnlich erklärt Foch, das französische Volk werde nie verstehen, daß der Sieger im Kriege bankrott sein solle.

Der Sieg Frankreichs ist die rechtliche Grundlage seiner Forderungen an Deutschland. Es schadet den Verhandlungen und der Klärung des gegenseitigen Verhältnisses, wenn diese einfache und nüchterne Erwägung durch den anfechtbaren moralischen Grundsatz verdunkelt wird, Deutschland muß zahlen, weil es schuldig ist. In Wahrheit handelt es sich doch nur um die wirtschaftliche Ausnutzung des militärisch unterlegenen Gegners; das Moralische hat nur agitatorische Bedeutung.

Nach dem Vertrag müssen alle Einnahmequellen Deutschlands zur Erfüllung der Leistungen herangeholt werden. Das Verfahren, das zu diesem Zweck vorgeschlagen wurde, blieb sich keineswegs immer gleich. Zuerst tauchte der Plan Seydoux auf, der von den Franzosen auf der Brüsseler Konferenz vorgetragen wurde. Danach sollte Deutschland zur Lieferung von Waren verpflichtet werden, die besonders seinem Hauptgläubiger Frankreich zugute kämen. An zweiter Stelle waren Zahlungen zu leisten. Der Plan Seydoux wurde auf der Pariser Konferenz fallen gelassen, dafür setzte man eine hohe Gesamtsumme fest. Der Minister Loucheur erklärte, das sei geschehen, weil es für die französische Industrie höchst bedenklich sei, von

den Deutschen Sachleistungen zu fordern und damit der französischen Industrie schwere Konkurrenz zu bereiten. Das Ergebnis der Pariser Konferenz, Forderung einer Gesamtsumme, lag den Verhandlungen, zu denen auch deutsche Delegierte eingeladen waren, zugrunde.

Der deutsche Standpunkt erkennt grundsätzlich die Verpflichtung Deutschlands zu Zahlungen entsprechend dem Friedensvertrag an. Daß das deutsche Volk die Schadensersatzpflicht als Ganzes übernommen hat und bereit ist, ihr nachzukommen, hat die deutsche Regierung oft genug versichert. Allerdings fügte sie immer hinzu: „In den Grenzen des Möglichen". Die deutschen Minister und Sachverständigen haben immer versucht, die Forderungen des Gegners mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands in Einklang zu bringen. Simons sprach in London von „Voraussetzungen", die Lloyd George dialektisch so geschickt in „Bedingungen" verwandelte. Unter den Voraussetzungen versteht die Regierung die Sicherheit, daß Deutschlands Wirtschaft trotz der Leistungen nicht zugrunde gerichtet wird, sondern in der Lage ist, allmählich zu gesunden und den Aufbau Deutschlands zu bewirken. Bei allen Verhandlungen mit den Alliierten, besonders in London, handelte es sich für Deutschland darum, seine wirtschaftliche Freiheit wiederzuerlangen. Ob Deutschland dabei immer taktisch einwandfrei verfahren ist, ob es z. B. nicht besser gewesen wäre, statt allgemeiner Zustimmungen und Voraussetzungen rechtzeitig genaue und feste Vorschläge vorzulegen, darüber herrscht auch in Deutschland selbst einiger Zweifel.

England war vielleicht unter gewissen Bedingungen bereit, Deutschland wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten zu gestatten. Aber Frankreich stellt ganz unbedingt seine Forderungen weit über Deutschlands eigene Bedürfnisse und läßt ihre Wirkungen auf Deutschlands wirtschaftliche Lage ganz außer acht. Die Vorschläge Frankreichs werden nicht nur von wirtschaftlichen, auch von politischen Gründen bestimmt. Sie sind abgefaßt mit Rücksicht auf die Aufnahme durch die französische Presse und Industrie, die Abgeordneten und die Wähler. Auf Deutschlands Einwand, es könne nicht soviel bezahlen, wie von ihm verlangt wird, antwortet Frankreich, es habe ja noch Zahlungsmittel, nämlich die Bergwerke, Eisenbahnen, Domänen, Wälder, industrielle Anlagen. Daß die Deutschen nicht damit bezahlen wollen, weil sie sich dann der Möglichkeit eines Aufstiegs aus dem Elend berauben würden, sehen die Franzosen als Mangel an gutem Willen an. Wenn Deutschland nicht freiwillig bezahle, so

müsse Frankreich eben Zwang anwenden. Man könne Pfänder suchen, um sich mit ihnen die Werte zu holen, die Deutschland nicht geben wolle. So schritt man nach Abbruch der Londoner Verhandlungen zur Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort, um wichtige Punkte im Kohlen- und Industriegebiet von Deutschland abzuschnüren, zur Beschlagnahme der Zölle an der Westgrenze, Errichtung einer Zollgrenze im Rheinland und zur Beschlagnahme von 50 Prozent des Verkaufswertes deutscher Waren.

Selbstverständlich hatte die Wiedergutmachungsfrage damit keine endgültige Regelung erfahren. Die beiden Regierungen mögen wohl durch den Abbruch der Londoner Verhandlungen augenblickliche innere Vorteile errungen haben: Briand genießt als starker Mann weiter das Vertrauen der Kammer und die deutsche Regierung hat durch ihre Weigerung ebenfalls ihre Stellung und die grundsätzliche Einigkeit der Parteien etwas verstärkt. Aber die Tatsache, daß das Wiedergutmachungsproblem zwei Jahre nach Friedensschluß immer noch ungelöst und in der Schwebe geblieben, bedeutet für die wirtschaftliche und politische Lage Europas eine schwere Belastung.

Den Wiederaufbau glaubte man einige Zeit aus dem Komplex der Wiedergutmachungsfragen herauslösen zu können. Während der Friedensverhandlungen wurde von deutscher Seite angeregt, soweit es sich um den Wiederaufbau handle, den Schaden durch Naturalleistungen wiedergutzumachen. Der Gedanke der Naturalleistungen war in Deutschland der sozialistischen Regierung angenehm, die in ihm einen Beweis völkerversöhnender Solidarität sah, wie auch der Industrie, die auf solche Weise die alte internationale Interessengemeinschaft vor dem Kriege wiederherzustellen hoffte. Inzwischen ist zwischen der deutschen und französischen Regierung das Wiesbadener Abkommen getroffen worden, dessen Wert man erst nach seinem Inkrafttreten beurteilen kann. Ungelöst bleibt die Frage der Geldzahlungen. Das Deutschland, dessen Valuta einen weiteren Abstieg genommen hat, kann sie nicht aufbringen; und so droht ihm immer wieder eine stärkere, gewaltsame Ausnutzung der Siegerrechte durch Frankreich, wenn dieses sich nicht entschließt, die Sorge um die weltwirtschaftlichen Folgen eines deutschen Zusammenbruchs über seine Furcht vor Deutschland zu stellen.

Der Teil der Wiedergutmachung, der im Friedensvertrag als Ersatz für die in Nordfrankreich zerstörten Kohlengruben bezeichnet wurde, ist durch das Abkommen von Spa im Juli 1920 geregelt

worden. Deutschland verpflichtet sich, eine genau festgesetzte Menge von Kohlen an Frankreich und Italien zu liefern, verweigerte allerdings die Unterschrift unter den Artikel 7, der für den Fall, daß die Ablieferung hinter den geforderten Mengen zurückbleiben sollte, Einmarsch in deutsches Gebiet als Strafmaßnahme vorsah. Die deutsche Regierung erfüllte die vertraglichen Leistungen bis auf ganz geringe Rückstände, so daß Frankreich nach Äußerungen seiner eigenen Presse in den Stand gesetzt wurde, unter gleichzeitigem Zukauf englischer Kohle seine Eisenbahnen, Gasanstalten und Fabriken zu versorgen und wieder Vorräte anzulegen. In einigen Departements, wie in Puy-de-Dôme, Allier, Du Lot, mußten teilweise Arbeitseinstellungen erfolgen, mangels Versandaufforderung. Der Kohlenhunger in Frankreich ist ungeheuer. Die Eisen- und Stahlindustrie hat unter der Einwirkung des Krieges und infolge des Zuwachses der lothringisch-luxemburgischen Erzförderung eine ungeheure Entwicklung angenommen. Deshalb ist auch das Ziel der französischen Regierung die Annexion des Ruhrgebiets, zum mindesten aber das Recht, seine Kohlengruben nach Belieben auszubeuten. Es will auf Kosten eines geschwächten Deutschlands auch im Wirtschaftsleben Europas eine überragende Stellung behaupten.

Der Friedensvertrag hatte die Hoffnungen der nationalistischen Kreise nicht ganz erfüllt: die staatliche Einheit Deutschlands blieb trotz aller Gebietsverluste im großen und ganzen gewahrt, der Rhein blieb ein deutscher Strom und wurde nicht Deutschlands Grenze. Die Vereinigten Staaten hatten dem „Éclair" zufolge auf der Friedenskonferenz sich der Rheingrenze widersetzt, weil sie dann einen Rachekrieg Deutschlands fürchteten. Was der Friede nicht gebracht hat, sucht Frankreich trotz des Friedens durch zielbewußte Arbeit zu erreichen. Es ist wahr, daß die Zerstückelungs- und die Rheinpolitik von den Führern des Nationalismus, den Barrès und Poincarés, gemacht wird; aber die Regierung trägt mit die Verantwortung. Denn im Parlament ist sie ihr niemals entgegengetreten, höchstens im Ausland hat mal ein französischer Minister, wie Briand in London, erklärt, daß die Mehrheit des französischen Volkes ihre Absichten nicht teilt. Die amtliche Mitwirkung an der kulturellen und wirtschaftlichen Durchdringung des Rheinlandes und die Anwendung der Sanktionen gibt uns zu erkennen, daß die Regierung dem Drängen dieser Kreise gegenüber sich wenigstens recht nachgiebig zeigt.

Am lautesten und offensten hat Barrès in der Kammer und in seinem Blatt „Écho de Paris" die französischen Ansprüche und Expansionspläne verkündet. Auch der „Éclair", das Regierungsblatt der „Temps", die „Revue des deux mondes" (Poincaré) haben uns aufgeklärt. Gestützt auf die langjährige Besetzung deutscher Gebiete, will man diese allmählich von Deutschland loslösen. Das Ideal ist die Schaffung eines neuen Rheinbundes, der sich politisch, wirtschaftlich und geistig vom Reich absondert und sich gewöhnt, seine Blicke nach Paris zu richten. Dieser Randstaat, den Frankreich da zu schaffen habe, dürfe nicht nur das eigentliche besetzte Gebiet umfassen, er müsse auch auf das Ruhrgebiet übergreifen, mit dem Frankreich durch das Kohlenabkommen von Spa in enge Beziehungen getreten ist. Um das weitere Vordringen in Deutschland zu ermöglichen, muß eine aktive Politik gewagt und das Land für eine günstige Lösung reifgemacht werden. Der beste Weg ist, den Kampf um den französischen Einfluß mit den Interessen des Landes und der Bevölkerung zu verbinden. Die Bewohner hätten durch den Krieg arg gelitten. Man müsse am Rhein eine kräftige antipreußische Plattform aufrichten, der Bevölkerung klarmachen, daß sie von Berlin ausgebeutet wird und Preußen ihre Leiden verschuldet hat. Frankreich habe die Pflicht, sich ihrer als Vormund anzunehmen, besonders der Arbeiterbevölkerung, ihr materielle Hilfe und eine soziale Fürsorge angedeihen zu lassen, über ihre Ernährungs- und Wohnungsverhältnisse zu wachen und den Kampf gegen die Kapitalisten Stinnes und Hugenberg aufzunehmen. Wenn Frankreich dem rheinischen Volk materielle Zufriedenheit verschaffe, dann gewinne es zwar nicht seine ganze Seele, aber es ebne sich den Weg. Des Deutschen Grundsatz laute sowieso: Ubi bene, ibi patria. Die wirtschaftliche Lage der Rheinlande sei schon wesentlich besser als im übrigen Deutschland. Man müsse ihm besondere Lebensbedingungen geben, damit es immer mehr eine unabhängige Stellung im Reich einnehme. Ein französisch-rheinischer Wirtschaftsausschuß, gebildet aus den in deutschen Verhältnissen bewanderten Franzosen und rheinischen Vertretern aller Parteien, sei das geeignete erste Organ der Selbständigmachung. Ein konfessioneller und politischer Gegensatz zwischen dem katholischen und konservativen Rheinland und dem protestantischen und halbsozialistischen Rest Preußens bestehe bereits. Frankreich rechnet mit einer gefügigen Haltung des Zentrums und mit der antinationalen Stimmung des radikalen Teils der Arbeiterschaft.

Das sind die Pläne. Was hat nun Frankreich bis jetzt getan, um sie auszuführen?

Zunächst setzte eine Kultur- und Wirtschaftspropaganda ein, wie wir sie z. B. in Belgien kennengelernt haben. Der Unterricht in der französischen Sprache wird mit Hochdruck betrieben. Die geistige Einfuhr vom Reich aus wird behindert, dagegen überfluten die großen Pariser Tageszeitungen das Land, neue Zeitungen in französischer Sprache, wie das „Écho du Rhin", werden auf deutschem Boden gegründet. „Kulturträger" werden in das besetzte Gebiet geschickt, die den Deutschen französischen Esprit auftischen und sie so für den Genuß französischen Geistes empfänglich machen sollen. Barrès, der Unvermeidliche, der französische d'Annunzio, erhielt einen amtlichen Rahmen für seine Stimmungsmache in der Universität Straßburg; hier las er über den französischen Genius am Rhein und über Frankreichs neue Aufgabe, sich jenseits der Grenze zu entfalten. Auch in Mainz und anderen Städten bemühte er sich, die deutsche Seele mit französischem Geist zu infizieren und die Zertrümmerung Deutschlands in die Wege zu leiten. Er stellte die politische Machtposition Frankreichs als den Sieg einer höheren Kultur hin und versuchte den Rheinländern einzureden, sie seien dem französischen Wesen verwandter als dem preußisch-deutschen Barbarentum. Der „Temps" berichtete von den Bemühungen des Oberkommissars der interalliierten Rheinlandkommission zur Herausgabe einer Geschichte der Rheinlande während der französischen Besetzung von 1793—1814. Die Universität Paris reichte der Regierung den Vorschlag ein, im besetzten Gebiet eine französische Hochschule zu errichten; als Sitz kämen Mainz oder Trier in Frage. Tirard veranstaltete eine große Ausstellung moderner französischer Kunst und verband damit eine Buch- und Kunstgewerbeschau. Die französische Handelskammer plant ebenfalls eine ständige Ausstellung französischer Erzeugnisse, zu der sie auch rheinische Firmen einladet. Die Vereinigung von Banken und Bankiers im Rheinland und Westfalen wandte sich an die deutschen Zeitungen mit einer Zuschrift, aus der hervorgeht, daß französische Finanzkreise die Koblenzer Bank erwarben, um unter dem Deckmantel einer deutschen Firma des Bankgewerbe nach Westen zu orientieren. Anfang 1921 hatten sich nach dem „Konfektionär" bereits 360 französische Firmen im Rheinland niedergelassen. Die Ententekommission in Essen nahm mit den Bergarbeitergewerkschaften und den Arbeiterausschüssen Fühlung.

Durch eigenmächtige Auslegung einiger Paragraphen des Friedensvertrages streben Regierung und Besatzungsbehörden politische Vorteile an. Der Artikel 429 beginnt: „Wenn die Bedingungen des gegenwärtigen Vertrages durch Deutschland getreulich erfüllt werden, so soll die im Artikel 428 vorgesehene Besetzung nach und nach in folgender Weise eingeschränkt werden: 1. Nach Ablauf von fünf Jahren werden geräumt ..." Nach französischer Auffassung beginnt die Frist für die Besetzung des Gebiets erst mit dem Augenblick zu laufen, in dem Deutschland alle seine Verpflichtungen getreulich erfüllt hat (Kammersitzung vom 24. August 1920 usw.). Da sich immer leicht der Nachweis führen läßt, daß Deutschland in irgendeiner Sache die Bedingungen nicht voll erfüllt hat, besitzt Frankreich so die Möglichkeit, den Zeitpunkt der Räumung immer weiter hinauszuschieben, d. h. es bereitet sich mit dieser Auslegung des Friedensvertrages auf eine dauernde Besetzung vor. Die rheinische Republik nach Dortenschem Muster ist französische Mache und aus französischem Gelde geboren. Den Besatzungsbehörden gelang es, die Interalliierte Schiffahrtskommission zu Beschlüssen zu veranlassen, die auf die Übernahme der gesamten Polizeigewalt auf dem Rhein innerhalb der Besatzungszonen durch die alliierten Militärbehörden abzielen. Jedenfalls hatten die Franzosen die Absicht, die gesamte Schiffahrts- und Strompolizei in ihre Hand zu bekommen und dem Reich den letzten Rest seiner durch den Versailler Vertrag schon aufs äußerste eingeschränkten Hoheitsrechte auf dem Rhein zu nehmen. Einen willkommenen Anlaß, die Besetzungslinie weiter vorzuschieben, bot der Abbruch der Londoner Verhandlungen. Unter Berufung auf den Artikel 270 des Vertrages wurde ein selbständiges Zollgebiet im Rheinland errichtet. Der betreffende Artikel spricht den alliierten Mächten dieses Recht zu, „für den Fall, daß nach ihrer Meinung eine solche Maßnahme notwendig ist, um die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung dieser Gebiete zu wahren," nicht aber als Strafmaßnahme. Daß auch die Schadloshaltung nicht der Beweggrund für diese „Sanktionen" ist, ergibt sich aus dem Eingeständnis des „Matin": aus den Zöllen verspreche man sich nur eine jährliche Einnahme von 125—150 Millionen Goldmark. Die eigentliche Absicht ist, die besetzten Rheinlande vom Wirtschaftskörper Deutschlands abzuschnüren, den Warenaustausch mit dem unbesetzten Deutschland zu hemmen und so die Industrie des besetzten Gebiets von der Verschmelzung mit Deutschland loszulösen und Frankreich zuzuwenden.

Mit seiner Rheinpolitik steht Frankreich unter den alliierten Mächten so gut wie allein. Lloyd George hat wiederholt versichert, er wünsche nicht, daß aus dem Rheinland ein zweites Elsaß-Lothringen werde. Auch fürchtet England, Frankreichs industrielle Macht könne ihm nach Angliederung des deutschen Kohlen- und Erzgebiets gefährlich werden. Wie beim Ausbruch des Weltkrieges ist England auch jetzt noch bemüht, Frankreichs Eifer zu dämpfen und seine nationalistischen Bestrebungen nicht zu unterstützen. Aber die Absichten Englands sind nicht ganz klar, und in Deutschland tut man gut, auf ein gefühlsmäßiges Eintreten Englands zugunsten Deutschlands nicht zu hoffen. England handelt selbstverständlich immer im eigenen Interesse, und dieses Interesse kettet es vorläufig noch an Frankreich und zwingt es zu Zugeständnissen. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich sind nie ernst, und wenn Frankreich eines Tages England vor eine vollendete Tatsache stellt, dürfte auch dies keinen ernsten Streitfall zwischen den beiden Mächten bedeuten.

Wie die Besetzung des linksrheinischen Gebiets wird auch der Völkerbund ganz entschieden von Frankreich zur Niederhaltung Deutschlands benutzt. Der Völkerbund war eine Schöpfung der Sieger, die sich mit ihm eine Sicherung ihrer Machtstellung schufen. Auf der Völkerbundsitzung im Dezember 1920 scheiterten alle nordischen Verbesserungsvorschläge an dem Widerstand Frankreichs, das feststellte, Völkerbundsakte und Friedensvertrag seien ein unlösbares Ganzes. Da an eine Revision des Friedensvertrages nicht gedacht werden könne, so dürften auch die Völkerbundsakte nicht geändert werden. Der Artikel 7 des Völkerbundvertrages ist ganz klar der Absicht Frankreichs entsprungen, Deutschland als unterworfene Nation weiter niederzuhalten: „Überdies kann keine Nation zugelassen werden, wenn sie nicht imstande ist, wirksame Bürgschaften für ihren redlichen Willen zur Beobachtung der internationalen Verpflichtungen zu leisten." Da ein Verstoß gegen die ungeheuren und verwickelten Bedingungen des Friedensvertrages mit Leichtigkeit vorkommen kann, ist Frankreich damit die Handhabe gegeben, Deutschland vorläufig aus dem Völkerbund auszuschließen und als Staat zweiter Ordnung zu behandeln.

Als die deutschen Heere in Frankreich eingedrungen waren und die französische Regierung sich nach Bordeaux geflüchtet hatte, deutete Friedrich Naumann in seiner Schrift „Deutschland und

Frankreich" die Möglichkeit einer Verständigung, einer „von allen Gefühlen freien weltpolitischen Gemeinsamkeit" zwischen Deutschland und Frankreich nach dem Kriege an. Der Ausgang ist anders gekommen als Naumann voraussah. Verständigung und Gemeinsamkeit anzubieten ist Sache des Siegers, also Frankreichs. Mit einer Gläubigkeit ohnegleichen hat das deutsche Volk am Tage der Revolution sich dem Gedanken der Völkerversöhnung hingegeben, eine neue Zeit erwartet. Frankreich hat nichts getan, um dieses Vertrauen irgendwie zu rechtfertigen, es hat unter Einsetzung aller Mittel die alte Machtpolitik fortgesetzt und keinen Versuch gemacht, Deutschlands tatsächlich bestehende Opferbereitschaft zu stärken. Es scheint, als ob es fast bewußt die Kräftigung der Rachestimmung in Deutschland betreibt. Eine Verständigung ist nicht eher möglich, bis die französische Regierung sich entschließt, von der nationalistischen Politik abzurücken und alle Versuche zurückzuweisen, die auf die Zerstückelung des Reichs und die unberechtigte und rachsüchtige Niederhaltung Deutschlands ausgehen.

Aber auch Deutschland ist verpflichtet, an einem ehrlichen und für beide Teile vorteilhaften Ausweg mitzuarbeiten. Es muß den Wunsch nach kriegerischer Rache vollständig aufgeben und einsehen, daß es eine politische elsaß-lothringische Frage nun nicht mehr gibt, da die Elsässer (anders als 1871) keinen einzigen Protestler ins Parlament gewählt, sondern sich den französischen Parteien angeschlossen haben und ein Volksentscheid damit herbeigeführt ist. Es muß sich ferner klarmachen, daß es besser ist, sich unmittelbar mit dem ehemaligen Feind zu verständigen, als auf irgendeine sehr zweifelhafte Hilfe zu hoffen oder auf gut Glück sich mit Gewalt nehmen zu lassen, was man doch einmal geben muß.

Es muß auf beiden Seiten vermieden werden, daß die deutsch-französische Tragödie nicht zu einer endgültigen, unwiderruflichen wird. Denn die Verständigung zwischen den beiden Völkern ist nicht nur eine Forderung „sentimentaler Pazifisten", sie ist die Vorbedingung für Friede und Ordnung in Europa, für ruhige Entwicklung des zerrütteten Wirtschaftslebens, für das Schicksal der Kultur in der ganzen Welt.

XII.

Anhang

1. Texte einiger Gesetze und Verträge

a) Gesetz vom 25.—28. Februar 1875 betreffend die Organisation der öffentlichen Gewalten.

(Abänderungen vom 21. Juni 1879 und 14. August 1884) (Auszug).

Artikel 1.

§ 1. Die gesetzgebende Gewalt wird durch zwei Körperschaften ausgeübt: die Deputiertenkammer und den Senat. Die Deputiertenkammer wird auf Grund des allgemeinen Stimmrechts unter den durch das Wahlgesetz vorgeschriebenen Bedingungen gewählt. — § 2. Die Zusammensetzung, der Wahlmodus und die Befugnisse des Senats werden durch ein besonderes Gesetz geregelt werden.

Artikel 2.

Der Präsident der Republik wird durch die absolute Stimmenmehrheit des Senats und der Deputiertenkammer, die sich zur Nationalversammlung vereinigt haben, gewählt. Er wird für sieben Jahre ernannt; er ist wieder wählbar.

Artikel 3.

§ 1. Der Präsident der Republik besitzt in Gemeinschaft mit den Mitgliedern der beiden Kammern das Recht der Gesetzesinitiative; er veröffentlicht die Gesetze, sobald sie von den beiden Kammern angenommen sind; er überwacht und sichert ihre Ausführung. — § 2. Er hat das Recht der Begnadigung; Amnestie kann nur durch Gesetz gewährt werden. — § 3. Er verfügt über die Militärgewalt; er ernennt alle Zivil- und Militärbeamten. — § 4. Er führt den Vorsitz bei allen feierlichen Veranstaltungen des Staates; die Gesandten und Botschafter fremder Mächte werden bei ihm beglaubigt. — § 5. Jede Verfügung des Präsidenten der Republik muß von einem Minister mitunterzeichnet werden.

Artikel 5.

Der Präsident der Republik kann im Einverständnis mit dem Senat die Kammer der Deputierten vor dem gesetzlichen Ablauf ihres Mandats auflösen. — § 2. In diesem Fall werden die Wahlkollegien innerhalb einer Frist von drei Monaten zum Zweck neuer Wahlen zusammengerufen.[1])

Artikel 6.

§ 1. Die Minister sind den Kammern gegenüber in Sachen der allgemeinen Politik der Regierung solidarisch, für ihre selbständigen Handlungen persönlich verantwortlich. — § 2. Der Präsident der Republik ist nur im Falle von Hochverrat verantwortlich.

Artikel 7.

§ 1. Im Falle der Vakanz durch den Tod oder aus irgend einer anderen Ursache schreiten die beiden Kammern vereinigt zur Wahl eines neuen Präsidenten. — § 2. In der Zwischenzeit ist der Ministerrat mit der ausübenden Gewalt betraut.

Artikel 8.

§ 1. Den Kammern kommt das Recht zu, entweder aus eigener Initiative oder auf Antrag des Präsidenten der Republik die Revision der Verfassungsgesetze für erforderlich zu erklären; der Antrag muß bei getrennter Abstimmung jeder Kammer die absolute Stimmenmehrheit erzielen. — § 2. Nachdem jede der beiden Kammern diesen Antrag angenommen hat, vereinigen sie sich zur Nationalversammlung, um die Revision vorzunehmen. Die Anträge, die die gänzliche oder teilweise Revision der Verfassung bezwecken, sind angenommen, wenn sie die absolute Mehrheit der Mitglieder der Nationalversammlung für sich haben.[2]) — § 4. Jedoch während der Gültigkeit der durch das Gesetz vom 20. November 1873 dem Marschall Mac Mahon übertragenen Befugnisse ist diese Revision nur auf Vorschlag des Präsidenten der Republik möglich.

---

[1]) § 2 erlitt durch das Gesetz vom 14. August 1884 (teilweise Verfassungsrevision) folgende Abänderung: „In diesem Falle werden die Wahlkollegien in dem Zeitraum von zwei Monaten zum Zweck neuer Wahlen vereinigt und die Kammer tritt innerhalb der zehn Tage, die auf den Schluß der Wahlformalitäten folgen, zusammen."

[2]) § 3 wurde durch das Gesetz vom 11. August 1884 folgendermaßen erweitert: „Die republikanische Regierungsform kann nicht den Gegenstand eines Antrags auf Verfassungsrevision bilden. Die Mitglieder der früher in Frankreich regierenden Familien dürfen nicht zu Präsidenten der Republik gewählt werden."

Artikel 9.

Der Sitz der ausübenden Gewalt und der beiden Kammern ist in Versailles.[1])

b) Gesetz vom 24.—28. Februar 1875 betreffend die Organisation des Senats.[2])

Artikel 3.

Zum Senator kann jeder Franzose, der über vierzig Jahre alt ist und sich im Besitz aller bürgerlichen und politischen Rechte befindet, gewählt werden.

Artikel 4.

§ 1. Die Senatoren der Departements und der Kolonien werden durch absolute Stimmenmehrheit und, falls notwendig, auf Grund einer Kandidatenliste von einem im Hauptort des Departements oder der Kolonie versammelten Kollegium gewählt, das folgendermaßen zusammengesetzt ist: 1. aus den Abgeordneten; 2. aus den Generalräten; 3. aus den Arrondissementsräten; 4. aus Delegierten, von denen in jeder Gemeinde einer vom Gemeinderat unter den Wahlberechtigten ernannt wird.

Artikel 8.

§ 1. Dem Senat steht in gleichem Maße wie der Deputiertenkammer das Recht der Initiative und Ausarbeitung von Gesetzen zu. — § 2. Jedoch müssen die Finanzgesetze zuerst der Deputiertenkammer vorgelegt und von ihr angenommen sein.

Artikel 9.

Der Senat kann sich als Oberster Gerichtshof konstituieren, um den Präsidenten der Republik, die Minister oder gegen die Sicherheit des Staates begangene Verbrechen zu richten.

---

[1]) Artikel 9 ist durch das Gesetz vom 21. bis 22. Juni 1879 aufgehoben. Der Sitz der Regierung ist jetzt Paris.

[2]) Den Artikeln 1—7 wurde durch das Gesetz vom 14. August 1884 der verfassungsmäßige Charakter genommen. Am 9. Dezember 1884 wurden sie dann auf gewöhnlichem Wege der Gesetzgebung überhaupt aufgehoben, und die Senatorenwahl wurde durch ein neues Gesetz geregelt. Dieses bestimmt, daß die unabsetzbaren Senatoren abgeschafft werden sollen (ohne rückwirkende Kraft); alle Senatoren werden durch ihr Departement gewählt; die Zahl der Senatorensitze wird für jedes Departement im Verhältnis zur Bevölkerungszahl gesetzlich bestimmt; die Senatoren werden auf neun Jahre gewählt; der Senat wird alle drei Jahre zu je einem Drittel erneuert. Die indirekte Wahl durch die Wahlkollegien blieb bestehen.

c) Verfassungsgesetz vom 16.—18. Juli 1875 über die Beziehungen der öffentlichen Gewalten zueinander.

Artikel 1.

§ 1. Senat und Deputiertenkammer treten jedes Jahr am zweiten Dienstag des Januar zusammen, wofern sie nicht vom Präsidenten der Republik früher berufen werden. — § 2. Die beiden Kammern sollen jedes Jahr zu einer mindestens fünfmonatigen Session zusammentreten. Die Session der einen beginnt und endet zu dem gleichen Zeitpunkt wie die der anderen. — § 3. Am Sonntag nach dem Zusammentreten werden öffentliche Bittgottesdienste in den Kirchen und Gotteshäusern veranstaltet, um Gottes Hilfe auf die Arbeit der Versammlungen herabzuflehen.[1])

Artikel 2.

§ 1. Der Präsident der Republik hat den Schluß der Session zu erklären. Er hat das Recht, die Kammern zu außerordentlicher Sitzung zu berufen. Er muß sie berufen, wenn zwischen zwei Sessionen von der absoluten Mehrheit jeder Kammer der Antrag gestellt wird. — § 2. Der Präsident kann die Kammern vertagen, jedoch nicht länger als für einen Monat, noch mehr als zweimal in derselben Session.

Artikel 3.

§ 1. Einen Monat vor dem gesetzlichen Ablauf der Befugnisse des Präsidenten der Republik vereinigen sich die beiden Kammern zur Nationalversammlung, um die Wahl eines neuen Präsidenten vorzunehmen. — § 2. Werden sie nicht berufen, so treten sie von Rechts wegen vierzehn Tage vor Ablauf dieser Befugnisse zusammen. — § 3. Im Falle des Todes oder der Abdankung des Präsidenten der Republik treten beide Kammern unverzüglich und von Rechts wegen zusammen. — § 4. Wird die Präsidentschaft der Republik vakant in einem Zeitpunkte, wo die Kammern auf Grund des Artikels 5 des Gesetzes vom 25. Februar 1875 aufgelöst sind, so werden sofort von Rechts wegen die Wahlkollegien berufen und der Senat tritt zusammen.

Artikel 4.

Jedes Zusammentreten einer der beiden Kammern außerhalb der gewöhnlichen Sessionszeit ist ungesetzlich und rechtlich nichtig; ausgenommen sind die Fälle, auf die die Bestimmungen des vorhergehenden Artikels zutreffen oder in denen der Senat als oberster Gerichtshof tagt; in diesem letzten Falle kann er nur richterliche Funktion ausüben.

[1]) Ist durch das Gesetz vom 14. August 1884 aufgehoben.

Artikel 5.

§ 1. Die Sitzungen des Senats und der Deputiertenkammer sind öffentlich. — § 2. Jedoch kann sich jede Kammer auf Antrag einer bestimmten, durch die Geschäftsordnung festgesetzten Anzahl ihrer Mitglieder als geheimes Komitee konstituieren. — § 3. Später beschließt sie mit absoluter Stimmenmehrheit, ob derselbe Gegenstand wieder in öffentlicher Sitzung behandelt werden soll.

Artikel 6.

Der Präsident der Republik verkehrt mit den beiden Kammern durch Botschaften, die am Ministertisch von einem Minister verlesen werden. — § 2. Die Minister haben freien Eintritt in die beiden Kammern und müssen auf ihr Verlangen gehört werden. Sie können sich dabei durch Kommissäre unterstützen lassen, die für die Debatten eines bestimmten Gesetzesvorschlages vom Präsidenten der Republik durch Dekret ernannt werden.

Artikel 7.

§ 1. Der Präsident veröffentlicht die Gesetze in dem Monat, der auf die Übergabe des endgültig angenommenen Gesetzes an die Regierung folgt. Er muß die Veröffentlichung innerhalb drei Tagen vornehmen, wenn die Gesetze durch besondere Abstimmung von beiden Kammern für dringlich erklärt werden. — § 2. Innerhalb dieser Frist kann der Präsident der Republik in einer motivierten Botschaft eine neue Lesung verlangen, die nicht verweigert werden darf.

Artikel 8.

§ 1. Der Präsident der Republik schließt Verträge ab und ratifiziert sie. Er macht den Kammern davon Mitteilung, sobald es das Interesse und die Sicherheit des Staates erlauben. — § 2. Die Friedens- und Handelsverträge, und solche Verträge, an denen die Staatsfinanzen, die persönliche Stellung und das Eigentumsrecht französischer Bürger im Auslande beteiligt sind, haben erst dann Gültigkeit, wenn sie von den beiden Kammern gebilligt sind. Abtretung, Tausch und Einverleibung von Gebieten kann nur auf gesetzlichem Wege vorgenommen werden.

Artikel 9.

Der Präsident darf nur mit vorheriger Zustimmung der beiden Kammern den Krieg erklären.

Artikel 12.

§ 1. Der Präsident der Republik kann nur durch die Deputiertenkammer in den Anklagezustand versetzt und nur durch den Senat abgeurteilt werden. — § 2. Die Minister können wegen eines in Ausübung ihrer Amts-

tätigkeit begangenen Verbrechens von der Deputiertenkammer in den Anklagezustand versetzt werden. In diesem Falle werden sie durch den Senat abgeurteilt. — § 3. Der Senat kann durch ein im Ministerrat erlassenes Dekret des Präsidenten der Republik als oberster Gerichtshof konstituiert werden, um das Verfahren gegen eine des Verbrechens gegen die Sicherheit des Staates beschuldigte Person einzuleiten. — § 4. Ist die Untersuchung durch die ordentlichen Gerichte eingeleitet, so kann das den Senat berufende Dekret bis zur Überweisung an den Staatsanwalt erlassen werden. — § 5. Ein Gesetz wird für die Erhebung der Anklage, die Untersuchung und das Verfahren Ausführungsbestimmungen geben.

d) Gesetz vom 1. Juli 1901 über die Bildung von Vereinen (Auszug).

Artikel 13.

Keine Ordensgesellschaft darf gebildet werden ohne eine gesetzliche Genehmigung, bei der die Bedingungen ihrer Tätigkeit zu bestimmen sind. Sie darf nur auf Grund einer im Staatsrat erlassenen Verordnung neue Einrichtungen schaffen. Die Auflösung der Ordensgesellschaft oder die Schließung kann durch Verordnung des Ministerrats erfolgen.

Artikel 14.

Niemand ist befugt, irgendeine Unterrichtsanstalt weder unmittelbar, noch durch eine Mittelsperson zu leiten, noch an ihr zu unterrichten, wenn er einer nicht genehmigten Ordensgesellschaft angehört.

Artikel 15.

Jede Ordensgesellschaft hat über ihre Einnahmen und Ausgaben Buch zu führen; sie hat am Schluß jedes Jahres einen Abschluß und eine Bestandsaufnahme ihres beweglichen und unbeweglichen Vermögens zu machen.

Ein vollständiges Verzeichnis ihrer Mitglieder mit Angabe des Familiennamens und des Namens, mit dem sie im Orden bezeichnet werden, ihrer Staatszugehörigkeit, Alters, Geburtsorts und des Zeitpunkts ihrer Aufnahme muß sich am Sitze des Ordens befinden. Dieser ist verpflichtet, ohne etwas von seinem Orte zu verändern, auf Verlangen des Präfekten diesem oder seinem Stellvertreter die Rechnungsbücher, Bestandlisten und Verzeichnisse vorzuzeigen.

Artikel 16.

Jede ohne Genehmigung gebildete Ordensgesellschaft wird für unstatthaft erklärt werden.

Artikel 18.

Die im Augenblick der Veröffentlichung dieses Gesetzes bereits bestehenden Ordensgesellschaften, die vorher weder genehmigt noch anerkannt waren, müssen innerhalb einer dreimonatigen Frist nachweisen, daß sie die erforderlichen Schritte getan haben, um sich seinen Vorschriften zu unterwerfen. Fehlt der Nachweis, so gelten sie als von Rechts wegen aufgelöst. Ebenso wird mit den Orden verfahren, denen die Genehmigung nicht erteilt wird. Die Liquidation des zurückgehaltenen Vermögens findet auf gerichtlichem Wege statt.

e) Gesetz vom 7. Juli 1904 betreffend die Aufhebung des geistlichen Unterrichts (Auszug).

Artikel 1.

Der Unterricht jeglicher Art ist in Frankreich den Ordensgesellschaften untersagt. Die als ausschließlich lehrende Gesellschaften genehmigten Orden werden innerhalb einer Frist von höchstens zehn Jahren aufgelöst. Ebenso wird verfahren mit den Ordensgesellschaften und Anstalten, die, für verschiedene Tätigkeiten genehmigt, sich doch tatsächlich ausschließlich dem Unterricht gewidmet haben.

Artikel 2.

Mit dem Zeitpunkt der Veröffentlichung des Gesetzes dürfen die ausschließlich lehrenden Ordensgesellschaften keine neuen Mitglieder mehr aufnehmen, und ihre Novizenhäuser werden geschlossen, mit Ausnahme derer, die dazu dienen, das Lehrpersonal der französischen Schulen im Ausland, in den französischen Kolonien und Schutzgebieten auszubilden.

f) Gesetz vom 9. Dezember 1905 betreffend die Trennung von Staat und Kirche (Auszug).

Artikel 1.

Die Republik gewährleistet die Freiheit des Bekenntnisses und der Religionsübung. Eine Einschränkung wird nur festgesetzt im Interesse der öffentlichen Sicherheit.

Artikel 2.

Kein Kultus wird von der Republik anerkannt, besoldet oder unterstützt. Infolgedessen werden mit dem 1. Januar, der auf Veröffentlichung dieses Gesetzes folgt, alle Voranschläge des Staates, der Departements und der Gemeinden, alle der Ausübung des Kultus dienenden Ausgaben gestrichen.

Die öffentlichen Kultusgebäude werden unter Vorbehalt des Artikels 3 gelöscht.

Artikel 3.

Die Gebäude, deren Löschung durch den Artikel 2 bestimmt ist, können vorläufig gemäß den augenblicklich gültigen Bestimmungen weiter benutzt werden bis zur Übertragung an die im Artikel 4 vorgesehenen Vereine und spätestens bis zum näher bezeichneten Termin.

Nach Veröffentlichung dieses Gesetzes werden die Beamten der Staatsgüterverwaltung den Bestand aufnehmen und abschätzen.

Artikel 4.

Innerhalb eines Jahres von Veröffentlichung dieses Gesetzes an wird alles Eigentum der Stifte, Kirchenverwaltungen, Kirchenvorstände, Konsistorien und anderer öffentlichen Kultuseinrichtungen mit allen Lasten und Verpflichtungen, die darauf liegen, und mit ihrer besonderen Bestimmung von den gesetzlichen Vertretern dieser Einrichtungen an diejenigen Vereine aufgelassen, die gemäß den Regeln des Kultus, dessen Ausübung sie versehen wollen, sich auf Grund der Bestimmungen des Artikels 19 gesetzlich gebildet haben, um den Kultus in den alten Umfriedigungen der genannten Einrichtungen auszuüben.

Artikel 11.

Die Kultusbeamten, die zur Zeit der Veröffentlichung des Gesetzes das sechzigste Lebensjahr überschritten und wenigstens 30 Dienstjahre hinter sich haben, erhalten auf Lebenszeit ein jährliches Ruhegehalt, das drei viertel ihres Gehalts entspricht. Diejenigen, die älter als 45 Jahre alt sind und wenigstens 20 Jahre lang den vom Staat besoldeten geistlichen Dienst versehen haben, erhalten auf Lebenszeit ein jährliches Ruhegehalt, das der Hälfte ihres Einkommens entspricht. Diejenigen Kultusbeamten, die sich nicht in dieser Lage befinden, erhalten vier Jahre lang, von Aufhebung des Kultusbudgets an, im ersten Jahre eine Entschädigung in der Höhe ihres Gehalts, im zweiten zwei Drittel, im dritten die Hälfte, im vierten ein Drittel.

Artikel 18.

Die Vereine, die sich zu dem Zweck gebildet haben, für die Kosten, den Unterhalt und die öffentliche Ausübung des Kultus aufzukommen, müssen in Übereinstimmung mit dem Artikel 5 ff. des Gesetzes vom 1. Juli 1901 sein. (Dieser Artikel betrifft die Erlangung der Rechtsfähigkeit eines Vereins durch Anmeldung des Zwecks, der Statuten usw. bei der Präfektur.)

g) Madrider Konvention vom 3. Juli 1880 (Auszug).

Seine Exzellenz der Präsident der Französischen Republik; Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preußen; Seine Majestät der Kaiser von Österreich, König von Ungarn usw.

haben in Erkenntnis der Notwendigkeit, die Ausübung des Schutzrechtes in Marokko auf eine feste und gleichförmige Grundlage zu stellen und einige diesbezügliche Fragen zu regeln, zu ihren Bevollmächtigten für die in Madrid eröffnete Konferenz folgende Personen ernannt: . . ., welche, kraft ihrer Vollmacht, folgende Bestimmungen beschlossen haben:

(In 16 Artikeln werden die Bedingungen festgelegt, unter denen marokkanische Untertanen unter den Schutz fremder Mächte gestellt werden können. Dann folgt der vielumstrittene Paragraph, auf den sich Deutschland bei seinem Einspruch berief.)

Artikel 17.

Das Recht, als meistbegünstigte Nation zu gelten, erkennt Marokko für alle auf der Madrider Konferenz vertretenen Mächte an.

h) Erklärung betreffs Marokkos vom 8. April 1904 (Auszug)

Artikel 1.

Die Regierung Großbritanniens erklärt, daß sie nicht die Absicht hat, den politischen Zustand Ägyptens zu ändern.

Die Regierung der Französischen Republik ihrerseits erklärt, daß sie die Aktion Englands in diesem Lande nicht hindern werde, sei es durch das Verlangen nach einem Termin für das Ende der britischen Besetzung oder auf irgend eine andere Art.

Man ist übereingekommen, daß die Leitung der ägyptischen Altertümer wie bisher einem französischen Gelehrten anvertraut bleiben soll.

Die französischen Schulen in Ägypten sollen sich derselben Freiheit wie bisher erfreuen.

Artikel 2.

Die Regierung der Französischen Republik erklärt, daß sie nicht die Absicht hat, den politischen Zustand Marokkos zu ändern.

Die Regierung Großbritanniens ihrerseits erkennt an, daß es Frankreich, insbesondere als Grenzmacht Marokkos auf einer weiten Strecke, zusteht, über die Ruhe dieses Landes zu wachen und ihm seine Unterstützung zu leisten in allen nötigen Reformen administrativer, wirtschaftlicher, finanzieller und militärischer Art.

Sie erklärt, daß sie die diesem Zweck dienende Aktion Frankreichs nicht hindern wird, unter dem Vorbehalt, daß diese Aktion diejenigen Rechte unangetastet läßt, welche Großbritannien kraft der Verträge, Abkommen und Gebräuche in Marokko genießt.

Artikel 3.

Die Regierung Großbritanniens wird die Rechte achten, die Frankreich kraft der Verträge, Abkommen, und Gebräuche in Ägypten genießt.

Artikel 4.

Beide Mächte bekennen sich gleicherweise zum Grundsatze der Handelsfreiheit in Ägypten wie in Marokko. Sie erklären, daß sie in keine Ungleichheit willigen werden, weder bei der Festsetzung der Zölle, noch bei anderen Abgaben, noch bei Festsetzung der Eisenbahntransportkosten.

Diese gegenseitige Verpflichtung gilt für dreißig Jahre.

Artikel 6.

Zur Sicherung der freien Durchfahrt des Suezkanals erklärt die Regierung Großbritanniens, daß sie an den Abmachungen des Vertrages vom 29. Oktober 1888 und an seiner Anwendung festhält.

Artikel 7.

Zur Sicherung der freien Durchfahrt der Meerenge von Gibraltar kommen die beiden Mächte überein, nicht zu dulden, daß Befestigungen oder irgend welche strategischen Werke auf dem Teile der marokkanischen Küste errichtet werden, der sich zwischen Melilla und den das rechte Ufer des Sebu beherrschenden Höhenzügen erstreckt.

Diese Bestimmung ist jedoch nicht anwendbar auf die zur Zeit von Spanien besetzten Punkte der marokkanischen Mittelmeerküste.

Artikel 8.

Die beiden Mächte, beseelt von aufrichtig freundschaftlichen Gefühlen für Spanien, ziehen in besondere Erwägung die Interessen, die sich für Spanien aus seiner geographischen Lage und aus seinen Besitzungen an der marokkanischen Mittelmeerküste ergeben. Hierüber wird sich die französische Regierung mit der spanischen Regierung verständigen.

Die Vereinbarungen, die darüber zwischen Frankreich und Spanien getroffen werden, sollen der britischen Regierung mitgeteilt werden.

Artikel 9.

Die beiden Mächte kommen überein, sich gegenseitig diplomatische Hilfe zu leihen bei der Ausführung der Bestimmungen vorstehender Erklärung hinsichtlich Marokkos und Ägyptens.

i) Englisch-französisches Geheimabkommen vom 8. April 1904

(Veröffentlicht am 24. November 1911)

(Auszug).

Artikel 1.

Falls eine der beiden Mächte sich durch die Gewalt der Umstände genötigt sieht, seine Politik gegenüber Ägypten oder Marokko zu ändern, so bleiben davon die in den Artikeln 4, 6, 7 der Erklärung niedergelegten Verpflichtungen unberührt.

Artikel 2.

Die Regierung Großbritanniens hat im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht die Absicht, den Mächten eine Änderung des Systems der Kapitulationen oder der Verwaltung in Ägypten vorzuschlagen.

Falls Großbritannien es für wünschenswert halten sollte, in Ägypten Reformen einzuführen, um das ägyptische Gesetz dem der anderen Kulturstaaten anzugleichen, so will die französische Regierung eine Prüfung der Vorschläge nicht zurückweisen, aber unter der Bedingung, daß die britische Regierung es unternimmt, die Anträge zu prüfen, die an sie die französische Regierung stellen könnte, um in Marokko Reformen gleicher Art einzuführen.

k) Erklärung bezüglich des spanisch-französischen Abkommens, unterzeichnet zu Paris am 3. Oktober 1904.

Die französische und die spanische Regierung sind übereingekommen, den Umfang der Rechte und die Garantie der Interessen festzulegen, die sich für Frankreich aus seinen algerischen Besitzungen und für Spanien aus seinen Besitzungen an der marokkanischen Küste ergeben. Die spanische Regierung tritt infolgedessen der englisch-französischen Erklärung vom 8. April 1904 bezüglich Marokkos und Ägyptens bei, die ihr von der französischen Regierung mitgeteilt worden ist. Beide Regierungen erklären, daß sie an der Integrität Marokkos unter der Souveränität des Sultans vollkommen festhalten.

l) Französisch-spanischer Geheimvertrag vom 3. Oktober 1904

(Veröffentlicht am 8. November 1911 durch den „Matin")

(Auszug).

Artikel 3.

Im Falle das Fortbestehen des politischen Zustandes in Marokko oder der scherifischen Regierung unmöglich werden sollte, oder falls infolge

der Schwäche dieser Regierung oder ihrer dauernden Ohnmacht, Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten, oder infolge irgendeiner anderen Ursache nach gemeinsamer einmütiger Feststellung der Status quo nicht länger aufrechtzuerhalten ist, so soll Spanien das Recht haben, seine Aktion in dem bezeichneten Gebiete auszuüben.

Artikel 8.

Wenn die militärische Aktion einer der vertragschließenden Teile notwendig wird, so soll er den anderen Teil sofort davon in Kenntnis setzen. In keinem Fall soll die Hilfe einer fremden Macht angerufen werden.

m) Algeciras-Akte vom 7. April 1906 (Auszug).

Im Namen des allmächtigen Gottes:

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preußen; Seine Majestät der Kaiser von Österreich; Seine Majestät der König von Belgien usw.

beseelt von dem Streben, Ordnung, Friede und Wohlstand in Marokko zu fördern und in der Erkenntnis, daß dieses kostbare Ziel nur durch Einführung von Reformen erreicht werden kann, die sich auf den dreifachen Grundsatz der Souveränität des Sultans, der Integrität seiner Staaten und der Handelsfreiheit ohne jede Ungleichheit stützen, haben beschlossen, auf Einladung S. M. des Sultans, eine Konferenz in Algeciras abzuhalten, um über besagte Reformen zu einer Verständigung zu kommen usw.

Kapitel 1.

Erklärung bezüglich der Einrichtung der Polizei.

Artikel 2.

Die Polizei wird unter den souveränen Befehl S. M. des Sultans gestellt.

Artikel 3.

Um dem Sultan in der Einrichtung dieser Polizei zu helfen, werden ihm französische und spanische Instruktionsoffiziere und -unteroffiziere von den betreffenden Regierungen zur Verfügung gestellt werden.

Artikel 7.

Die Tätigkeit der Polizei wird während des Zeitraums von fünf Jahren einer allgemeinen Aufsicht unterliegen, die durch S. M. dem Sultan einem höheren Offizier der Schweizer Armee anzuvertrauen ist.

Kapitel 2.

Erklärung betreffend die Überwachung und Unterdrückung des Waffenschmuggels.

Kapitel 3.

Konzession einer Staatsbank.

Artikel 31.

Es wird in Marokko eine Bank mit der Bezeichnung „Marokkanische Staatsbank" gegründet werden.

Artikel 33.

Die Bank wird unter Ausschluß jedes anderen Bank- oder Kreditinstituts die Aufgaben eines Reichsschatzamts erfüllen.

Artikel 49.

Die Bank wird von einem Verwaltungsrat verwaltet werden, der sich aus ebensovielen Mitgliedern zusammensetzt, wie das Anfangskapital Teile enthält.

Artikel 51.

Jedes der hier bezeichneten Institute: Deutsche Reichsbank, Bank von England, Bank von Frankreich, Bank von Spanien, wird mit Zustimmung ihrer Regierung einen Kommissar bei der Marokkanischen Staatsbank ernennen.

Artikel 52.

Die Kommissare ... werden über die regelrechte Tätigkeit der Bank wachen und die strenge Beobachtung der Konzessionsbedingungen und der Statuten sicherstellen, aber sie werden sich niemals unter irgendeinem Vorwand in die Geschäftsführung und die innere Verwaltung der Bank einmischen.

Kapitel 6.

Erklärung betreffend die Vergebung öffentlicher Arbeiten.

Artikel 105.

Um die Anwendung des Grundsatzes der Handelsfreiheit ohne jede Ungleichheit durchzuführen, erklären die unterzeichnenden Mächte, daß kein öffentlicher Betrieb des scherifischen Reichs Privatinteressen geopfert werden soll.

Artikel 106.

Falls die scherifische Regierung sich genötigt sieht, ausländisches Kapital oder eine ausländische Industrie in Anspruch zu nehmen, um

öffentliche Betriebe auszubeuten oder öffentliche Bauten auszuführen, so behalten sich die unterzeichneten Mächte das Recht vor, darüber zu wachen, daß die staatliche Autorität davon unberührt bleibt.

Artikel 107.

Die rechtsgültige Zuweisung der nach Artikel 106 möglichen Konzessionen, sowie die staatlichen Lieferungen sollen ohne Ansehen der Nationalität auf dem Wege öffentlicher Submission vergeben werden.

n) Deutsch-französisches Abkommen betr. Marokko vom 4. November 1911

(Auszug).

Artikel 1.

Die kaiserlich deutsche Regierung erklärt, daß, da sie in Marokko nur wirtschaftliche Interessen verfolgt, sie Frankreich nicht in seinem Vorhaben behindern wird, die marokkanische Regierung bei der Einführung aller derjenigen administrativen, gerichtlichen, finanziellen und militärischen Reformen zu unterstützen, die zu einer guten Regierung des Reichs erforderlich sind.

Für den Fall, daß Frankreich sich veranlaßt sehen sollte, seine Kontrolle und seinen Schutz schärfer zum Ausdruck zu bringen und auszudehnen, wird die kaiserlich deutsche Regierung in Anerkennung der vollen Aktionsfreiheit Frankreichs und unter dem Vorbehalt, daß die Handelsfreiheit, die in den Verträgen vorgesehen ist, aufrechterhalten bleibt, dem kein Hindernis in den Weg legen.

o) Deutsch-französisches Ergänzungsabkommen vom 10. November 1911

(Auszug).

a) Für den Fall, daß die französische Regierung die Übernahme des Protektorats über Marokko für erforderlich halten sollte, werden seitens der deutschen Regierung dem keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden.

Um aber dem neuen Marokkoabkommen den Charakter eines Staatsaktes zu verleihen, der bestimmt ist, nicht nur alle Streitpunkte zwischen Deutschland und Frankreich zu beseitigen, sondern auch die beiderseitigen guten Beziehungen zu fördern, sind beide Mächte übereingekommen, alle Meinungsverschiedenheiten, die sich zwischen den vertragschließenden

Parteien über Auslegung und Anwendung des Abkommens vom 4. November ergeben könnten und sich nicht auf diplomatischem Wege regeln lassen, einem Schiedsgericht zu unterbreiten, das nach Maßgabe der Bestimmungen der Haager Konvention vom 18. Oktober 1907 zu bilden ist.

b) Äquatorial-Afrika: Beide Regierungen werden es gern sehen, wenn zwischen den beiderseitigen Staatsangehörigen Interessengemeinschaften für Unternehmungen in den durch das deutsch-französische Abkommen berührten Kolonialgebieten gebildet werden.

(Für die den Weltkrieg betreffenden Urkunden vergleiche man die Nummern der Literaturübersicht.)

2. Zeittafel

1870	4. September	Ausrufung der Republik. Die Regierung der nationalen Verteidigung.
1871	Februar	Die Nationalversammlung tritt in Bordeaux zusammen. Thiers Präsident der Exekutive.
	1. März	Waffenstillstandsvertrag.
	18. März/28. Mai	Kommuneaufstand in Paris.
	10. Mai	Friede zu Frankfurt.
	31. August	Thiers Präsident der Republik.
1872	Juli	Einführung der allgemeinen Wehrpflicht.
1873	24. Mai	Thiers' Sturz. Mac Mahon Präsident der Republik.
1875	Februar	Annahme der Verfassungsgesetze.
	8. April	Artikel der „Post": „Krieg in Sicht?"
1877	16. Mai	Staatsstreich Mac Mahons.
1878	Januar	Tod Pius' IX. Papst Leo XIII.
	Juni—Juli	Berliner Kongreß.
		Pariser Weltausstellung.
1879	Januar	Mac Mahon tritt zurück. Grévy Präsident der Republik.
	Dezember	Sozialistischer Arbeiterkongreß in Marseille. Sieg des Marxismus.
1880	September	Ministerium Ferry. Ausführung der Schulgesetze.
1881		Fortsetzung des Kulturkampfes.
	Mai	Schutzvertrag zwischen Frankreich und dem Bei von Tunis.
	10. November	Rücktritt Ferrys wegen der Angriffe gegen seine Kolonialpolitik.
	14. November	Ministerium Gambetta.
1882	Mai	Dreibundvertrag.
	Juli	Rücktritt Freycinets wegen Verweigerung der Kredite für die Besetzung Ägyptens.
1883	Februar	Zweites Ministerium Ferry.
1884		Beschränkte Verfassungsrevision.
1885	30. März	Rücktritt Ferrys bei der Nachricht von einer französischen Niederlage in Tonking.

1885	Februar	Berliner Konferenz. Bestätigung des französischen Kongobesitzes.
	Dezember	Frankreich erhält das Protektorat über Madagaskar.
1887	März	Neuwahlen zum Reichstag, der im Januar aufgelöst war. Die Heeresvorlage geht jetzt durch.
	April	Fall Schnäbele.
	Dezember	Rücktritt Grévys. Carnot Präsident der Republik.
1888	März	Maßregelung des Generals Boulanger.
	Juni	Boulanger stellt in der Kammer den Antrag auf Verfassungsänderung.
	Dezember	Ausgabe der ersten russischen Anleihe in Frankreich.
1889	April	Boulangers Flucht nach Brüssel.
1890		Der Rückversicherungsvertrag zwischen Rußland und Deutschland läuft ohne Erneuerung ab.
1891	Juli	Besuch eines französischen Geschwaders in Kronstadt.
1892	17. August	Russisch-französische Militärkonvention.
	November	Panamaskandal.
1893	Oktober	Gegenbesuch russischer Kriegsschiffe in Toulon.
1894	Mai	Ermordung Carnots. Casimir Périer Präsident.
	August	Frankreich erreicht eine Verbesserung seiner Kongogrenze.
	Dezember	Verurteilung des Hauptmanns Dreyfus wegen Hochverrats zu Deportation auf Lebenszeit.
1895	Januar	Rücktritt Périers. Faure Präsident.
1898	19. September	Zwischenfall von Faschoda.
1899	Februar	Felix Faure stirbt. Loubet Präsident.
	Juni	Ministerium Waldeck-Rousseau.
		Wiederaufnahmeverfahren im Prozeß Dreyfus.
1900		Pariser Weltausstellung.
1901	Januar	Tod der Königin von England. König Eduard VII.
	Juni	Vereinsgesetz gegen die Ordensgesellschaften.
	September	Besuch des Zaren in Frankreich.
1902		Gründung der C. G. T. durch Vereinigung der Arbeitsbörsen mit den Gewerkschaften.
	Mai	Besuch des Präsidenten Loubet in Petersburg.
	Juni	Ministerium Combes.
1903	Mai	König Eduard in Paris.
	Juli	Tod Leos XIII. Papst Pius X.
	„	Reise Loubets nach England.
	Oktober	Schiedsgerichtsvertrag zwischen England und Frankreich.

1904	8. April	Englisch-französisches Übereinkommen, betreffend Ägypten und Marokko.
	Juni	Annahme des Gesetzes über die zweijährige Dienstzeit.
	Juli	Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Kurie.
	Oktober	Spanien tritt dem englisch-französischen Übereinkommen bei.
1905		Gründung der Vereinigten sozialistischen Partei.
	Januar	Ministerium Rouvier.
	31. März	Landung Kaiser Wilhelms II. in Tanger.
	4. Juni	Französischer Ministerrat. Rücktritt Delcassés.
	Dezember	Gesetz, betreffend die Trennung von Kirche und Staat.
1906	16. Januar	Eröffnung der Algeciraskonferenz.
	Februar	Fallières Präsident der Republik.
	März	König Eduard in Paris. Unterredung mit Delcassé.
	Mai	Iswolski wird russischer Minister des Auswärtigen.
	Oktober	Ministerium Clémenceau.
1907	21. August	Unterredung zwischen Eduard VII. und Clémenceau in Marienbad.
	31. August	Vertrag Rußlands mit Großbritannien über die beiderseitigen Interessengebiete in Afghanistan und Persien.
	6. September	Besuch des russischen Ministers des Äußern Iswolski beim Könige von England in Marienbad.
1908	Mai	Eröffnung einer englisch-französischen Ausstellung und Besuch des Präsidenten Fallières in London.
	Juni	Zusammenkunft des Zaren mit dem Könige von England auf der Reede von Reval.
	Juli	Präsident Fallières trifft mit einem französischen Geschwader zum Besuche des Zaren in Reval ein.
	September	Verhaftung flüchtiger Fremdenlegionäre deutscher Herkunft in Casablanca.
	November	Das englische Oberhaus nimmt den Antrag Lord Roberts' auf Schaffung einer Millionenarmee an.
	Dezember	Gesetz über Vermehrung des Effektivbestandes der französischen Artillerie.
1909	Februar	Deutsch-französisches Marokkoabkommen.
1910	Mai	Tod König Eduards VII. von England. König Georg V.
	September	Ssasonow wird an Stelle Iswolskis russischer Minister des Äußern.
	November	Millerand tritt aus dem Kabinett Briand aus.

1910	4. November	Potsdamer Zusammenkunft zwischen Zar Nikolaus II. und Kaiser Wilhelm II.; Einigung in der Orientpolitik.
1911	24. Februar	§ 1 der Vorlage über die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres vom Reichstag angenommen.
	2. März	Delcassé tritt als Marineminister in das Kabinett Monis ein.
	25. März	Altersversicherungsgesetz für Industrie- und Landarbeiter.
	Mai	Einnahme der marokkanischen Hauptstadt Fez durch französische Truppen.
	Juni	Ministerium Caillaux (Marine: Delcassé).
	4. November	Deutsch-französisches Marokkoabkommen.
	27. November	Rede des englischen Staatssekretärs Eduard Grey über die Marokkofrage und die auswärtige Politik Englands.
1912	Januar	Ministerium Poincaré (Krieg: Millerand, Marine: Delcassé).
	April	Beginn der Beratung der Wehrvorlagen im Deutschen Reichstag.
	Juli	Annahme der Wahlreform: Listen- und Verhältniswahl.
	August	Poincaré reist zur Unterzeichnung einer französisch-russischen Marine-Konvention nach Rußland ab.
	September	Ssasonow bespricht sich in London mit Grey und dem König, in Paris mit Poincaré.
	22. November	Brief Greys an den französischen Botschafter in London Cambon, betreffend die mündlichen Verabredungen über militärische Hilfe.
	Dezember	Kadergesetz zur Auffüllung der französischen Heeresbestände.
1913	17. Januar	Poincaré wird zum Präsidenten der Republik gewählt.
	Februar	Delcassé wird zum Botschafter in Petersburg ernannt.
	Juni	Besuch Poincarés in London.
	Juli	Die Einführung der dreijährigen Dienstzeit von der Kammer beschlossen.
	Oktober	Die russischen Minister Ssasonow und Kokowzow in Paris.
1914	März	Annahme des Gesetzentwurfs über die Heeresverstärkung durch den Heeresausschuß der Duma.

1914	April	König und Königin von England und Staatssekretär Grey treffen in Paris zum Besuche des Präsidenten Poincaré ein.
	26. Mai	Englisch-russisches Marineabkommen unterzeichnet.
	Juni	Ministerium Viviani.
	28. Juni	Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers.
	23. Juli	Übergabe des österreichisch-ungarischen Ultimatums an Serbien.
	31. Juli	Erklärung der drohenden Kriegsgefahr in Deutschland. Jaurès ermordet.
	1. August	Kriegserklärung Deutschlands an Rußland.
	3. August	Kriegserklärung Deutschlands an Frankreich.
	12. August	Kriegserklärung Frankreichs an Österreich-Ungarn.
	5. September	Londoner Abkommen zwischen England, Frankreich und Rußland gegen den Sonderfrieden.
1915	30. November	Erweitertes Abkommen Englands, Frankreichs, Italiens und Rußlands gegen den Sonderfrieden.
1916	12. Dezember	Abberufung des Oberkommandanten Joffre; an seine Stelle tritt General Nivelle. Briand Ministerpräsident. Friedensangebot der Mittelmächte.
	13. Dezember	Briand nimmt gegen das Friedensangebot Stellung.
	30. Dezember	Antwort der alliierten Regierungen auf das Friedensangebot.
1917	14. Februar	Vertrag zwischen Frankreich, Rußland und England über Elsaß-Lothringen, das linksrheinische Gebiet, sowie über die Führung der westlichen Grenzen Syriens.
	14. März	Ausbruch der Revolution in Petersburg.
	6. April	Die Vereinigten Staaten erklären Deutschland den Krieg.
	15. November	Clémenceau Ministerpräsident.
1918	30. März	Foch Oberbefehlshaber an der englisch-französischen Front.
	14. September	Friedensangebot der österreichisch-ungarischen Regierung, von der Entente zurückgewiesen.
	29. September	Waffenstillstand zwischen Bulgarien und der Entente.
	4. Oktober	Österreichisch-ungarisches Friedensangebot.
	21. Oktober	Revolution in Österreich.
	31. Oktober	Waffenstillstand zwischen der Türkei und der Entente.

1918	3. November	Waffenstillstand zwischen Österreich-Ungarn und der Entente.
	9. November	Revolution in Deutschland.
	11. November	Deutschland unterzeichnet den Waffenstillstandsvertrag.
1919	7. Mai	Überreichung der Friedensbedingungen an Deutschland.
	28. Juni	Unterzeichnung des Friedensvertrags mit Deutschland. Abschluß je eines Garantievertrags zwischen Frankreich und England und Frankreich und den Vereinigten Staaten zum Schutz gegen einen deutschen Angriff.
	10. September	Unterzeichnung des Friedensvertrags mit Deutsch-Österreich.
1920	Januar	Deschanel Präsident der Republik. Rücktritt Clémenceaus. Millerand Ministerpräsident.
	Juli	Konferenz von Spa.
	10. August	Unterzeichnung des Friedensvertrages mit der Türkei.
	September	Millerand Präsident der Republik.
	Oktober	Brüsseler Finanzkonferenz.
	Dezember	Spaltung der sozialistischen Partei.
1921	Januar	Pariser Beschlüsse.
	Februar	Polnisch-französisches Abkommen.
	März	Londoner Konferenz.

3. Literaturübersicht

[Angeführt sind nur bedeutendere Stoffsammlungen und Darstellungen. Wert wurde darauf gelegt, daß möglichst alle Parteirichtungen und Ansichten vertreten sind. Infolge des Kriegszustandes und der augenblicklichen Verkehrs- und Wirtschaftsverhältnisse war mir leider manches Buch, namentlich neueren oder französischen Ursprungs, nicht zugänglich. Für eine Vertiefung in Einzelheiten sollen die unter A und in den einzelnen Abschnitten von C angeführten bibliographischen Schriften den Weg zeigen.]

A. Allgemeine Biographien.

1. L'Argus des revues. Indicateur universel. Contient des articles provenant de près de 1000 revues françaises et étrangères. Paris, Bureaux de l'Argus de la Presse, 1880 ff.
2. Bibliographie des Bibliotheks- und Buchwesens. Bearbeitet von Adalbert Hortzschanski. Leipzig, Harrasowitz, 1905 ff.
   Eine jährliche Bibliographie der Bibliographien. Berücksichtigt auch Zeitungen und Zeitschriften.
3. Bibliographie française. Recueil de catalogues des éditeurs français. Par H. Le Soudier. 2e édition complétée jusqu'en 1900. Bd. I—X. Paris, 1901. 2e série. Bd. I. 1900—04. Paris, 1908. Bd. II. 1905—09. Paris 1911.
4. Bibliographie de la France. Journal général de l'imprimerie et de la librairie. Paris.
   Erscheint jährlich seit 1811.
5. Bibliographie der Sozialwissenschaften. Jahrgang I—IV. Dresden, Boehmert, 1905—08. Jahrgang IX—XIV. Berlin, Springer, 1913—18.
   Enthält die in- und ausländische Bücher- und Zeitschriftenliteratur der Sozialwissenschaften des laufenden Jahres und ihrer Grenzgebiete: Wirtschaft, Politik, Kolonien. Die fehlenden Jahrgänge werden ergänzt durch die „Blätter für die gesamten Sozialwissenschaften". Jahrgang I—VIII. Dresden, Boehmert, 1905—12.
6. Bibliographie der deutschen Zeitschriftenliteratur mit Einschluß von Sammelwerken. Bd. I ff. Gautzsch bei Leipzig, Dietrich, 1896 ff.
   Von 1909 an erschien eine Beilage: „Halbmonatliches Verzeichnis von Aufsätzen aus deutschen Zeitungen."

7. Bibliographie der fremdsprachlichen Zeitschriftenliteratur. Bd. I ff. Gautzsch bei Leipzig, Dietrich, 1911 ff.
8. Catalogue général de la Librairie française depuis 1840. Bd. I—XI. Paris, O. Lorenz. Bd. XII—XIX. Paris, Nilsson. Bd. XX ff. Paris, D. Jordell, 1840 ff.
   Band 5—8 umfaßt die Jahre 1866—75, 9—11: 1876—85, 12—13: 1889—90, 14—17: 1891—99, 18—20: 1900—05, 21—23: 1906—09.
9. Finanzarchiv. Zeitschrift für das gesamte Finanzwesen. Jahrgang I ff. Stuttgart und Berlin, Cotta, 1884 ff.
   Am Schlusse des 2. Bandes wird in jedem Jahr eine Bibliographie der finanzwissenschaftlichen Literatur des vergangenen Jahres, nach Ländern geordnet veröffentlicht.
10. Gavet, G., Sources de l'Histoire des institutions et du droit français. Paris, Larose, 1899. XI, 783 p.
    Grundlegende Bibliographie für die rechtswissenschaftliche Literatur. Eine Ergänzung für die späteren Schriften findet man in Nr. 13 und 21.
11. Handbuch der Auslandpresse 1918. Bearbeitet von der Auslandstelle des Kriegspresseamts. Berlin, S. Mittler & Sohn, 1918. 270 S.
    Auf S. 54—97 werden französische Zeitungen und Zeitschriften charakterisiert.
12. Herre, Paul, Quellenkunde zur Weltgeschichte. Leipzig, Dietrich, 1910. 400 S.
    Infolge des umfangreichen Stoffes ist die Ausbeute für die betreffende Zeit nicht groß.
13. Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart. Jahrgang I ff. Tübingen, Mohr, 1907 ff.
    Enthält von Bd. 4—8 (1910—1914) eine Literaturübersicht zu dem Bericht „Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur des öffentlichen Rechts in Frankreich" von Jèze für die Jahre 1907—1913.
14. Klöpper, Clemens, Französisches Real-Lexikon. Bd. I—III. Leipzig, Renger, 1898—1902.
    Der 3. Band dieses nicht ganz zuverlässigen Werkes enthält eine Bibliographie.
15. Langlois, Manuel de bibliographie historique. Bd. I—II, 2e éd. Paris, Hachette, 1901, 1904.
    Bd. I enthält bibliographische Hilfsmittel.
16. Mühlbrecht, Otto, Wegweiser durch die neuere Literatur der Rechts- und Staatswissenschaften. Bd. I—II. Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht, 1893, 1900.
    Bd. I enthält die Literatur bis 1892, Bd. II die der Jahre 1893—1900. Berücksichtigt auch politische Geschichte, Arbeiterfrage, Wirtschaft, Finanzen.
17. Qui êtes-vous? Annuaire des contemporains français et étrangers. Paris, Delagrave.
    Der französische „Kürschner". Erscheint alle drei Jahre.

18. Internationales und ausländiſches Recht. Geſamtkatalog der Beſtände von 30 Berliner Bibliotheken. Berlin, Vahlen, 1914. LXXVII S., 1684 Sp.

Frankreich, auch Staats-, Verwaltungs- und Kirchenrecht, auf 400 Spalten.

19. Répertoire bibliographique de la librairie française. Paris, Jordell, 1900 ff.

20. Répertoire méthodique de l'Histoire moderne et contemporaine de la France. Jahrgang I—V. Paris, Société nouvelle de librairie et d'édition, 1899—1904. Jahrgang VI. Paris, Cornély, 1905. Jahrgang VII. Paris, Revue d'histoire moderne et contemporaine, 1912.

Eine der brauchbarſten und zuverläſſigſten Bibliographien. Führt auch Zeitſchriftenaufſätze an.

21. Revue critique des livres nouveaux. [Jahrgang I—IV erſchien unter dem Titel: Bulletin des Bibliothèques populaires. Paris, Cornély, 1906—09.] Jahrgang V ff. Paris, Aux bureaux de la Presse, 1910 ff.

Monatlich erſcheinendes kritiſches Verzeichnis der franzöſiſchen Neuerſcheinungen in der Buchliteratur.

22. Stammhammer, Joſef, Bibliographie der Finanzwiſſenſchaft. Jena, Guſtav Fiſcher, 1903. VI, 451 S.

Berückſichtigt die Literatur bis 1902.

23. The Statesman's Yearbook, statistical and historical annual of the states of the world for the year ... London, Macmilian.

Enthält ein jährlich ergänztes Verzeichnis politiſcher und wirtſchaftlicher Literatur.

24. Stein, Henri, Manuel de bibliographie générale. Paris, Picard, 1897. XX, 895 p.

Bibliographien, Recht, Wirtſchaft, Politik, Geſchichte, Preſſe, Pamphlete. Kritiſch.

25. Wolf, Guſtav, Einführung in das Studium der neueren Geſchichte. Berlin, Weidmann, 1910. XXVI, 793 S.

Eine methodiſch-kritiſche Bibliographie. Leider hat die neueſte Geſchichte Frankreichs eine ſehr geringe Berückſichtigung gefunden.

B. Allgemeine Stoffſammlungen und Darſtellungen

26. L'Année politique. 1874 ff. Par A. Daniel (d. i. A. Lebon). Paris, Charpentier, 1875 ff.

Wertvolle politiſche Jahresüberſicht. Das einzige in einer öffentlichen deutſchen Bibliothek ſtehende Exemplar befand ſich in Straßburg i. E.

27. Coubertin, Pierre de, L'Évolution française sous la Troisième République. Paris, Plon, 1896. XX, 432 p.

Behandelt die innere und äußere Politik vom Standpunkt des Liberalismus.

28. Debidour, Antonin, Histoire diplomatique de l'Europe depuis le Congrès de Berlin jusqu'à nos jours. Bd. I—II. Paris, Alcan, 1916—17.
Bd. I: La Paix armée (1878—1904). Bd. II: Vers la Grande Guerre (1904—1916). Zahlreiche bibliographische Hinweise. Unter dem Eindruck des Krieges geschrieben. Tritt für französische Machtpolitik ein.

29. Deutscher Geschichtskalender, begründet von Karl Wippermann. Leipzig, Meiner, 1885—1919.
Erschien während des Krieges unter dem Titel: Der Europäische Krieg in aktenmäßiger Darstellung. Der letzte Band (1919) behandelt die deutsche Revolution.

30. Frankreich an der Zeitwende. Hamburg, Verlagsanstalt und Druckerei-A.-G. [1895]. 379 S.
Der ungenannte Verfasser ist der Ansicht, daß die republikanische Regierung verfault ist und daß Frankreich nur durch kräftigeren Gebrauch der Machtbefugnisse des Staatsoberhauptes geholfen werden kann. Traditionelle deutsche Ansicht von dem „dekadenten Frankreich".

31. Freycinet, Souvenirs. 2e édition. Bd. I—II. Paris, Delagrave, 1912—13.
Bd. I: 1848—78. Bd. II: 1878—93. Der Liberale Freycinet war zwölfmal Minister.

32. Haas, Josef, Frankreich. Land und Staat. Heidelberg, Winter, 1910 XII, 659 S.
Behandelt das Land, die Bevölkerung, Verfassung, Staat, Kirche Schulwesen, Heer, Marine, Justiz, Finanzen, Kolonien. Geprüftes statistisches Material.

33. Hanotaux, Gabriel, Histoire de la France contemporaine (1871—1900). Teil I—IV. Paris, Furne, 1903—08.
Teil I: Le Gouvernement de M. Thiers. Teil II/III: La Présidence du Maréchal Mac Mahon. Teil IV: La République parlamentaire. Darstellung der inneren Politik vom Standpunkt des Liberalismus bis 1880. H. war lange Zeit Archivleiter des Auswärtigen Amts und mehrmals Minister. Eine deutsche Übersetzung erschien in Berlin bei Grote, 1903—09. Das Werk wird anscheinend hineingearbeitet in die „Histoire de la Nation française. Paris, Levasseur, 1920 ff." desselben Verfassers.

34. Hashagen, Justus, Umrisse der Weltpolitik. Teil I—II. 2. Aufl. Leipzig, Teubner, 1918.
Teil I: 1871—1907, 147 S. Teil II: 1908—14, 141 S. Gut geordnete Darstellung.

35. Hillebrand, Karl, Frankreich und die Franzosen. 4. Aufl. Straßburg i. E., Trübner, 1898. XXII, 462 S.
Der Verfasser, ein deutscher Flüchtling, war französischer Kritiker, dann Professor an der Universität Douai (vor dem Kriege 1870). Er ist ein Feind des Radikalismus und erhofft für Frankreich zur Gesundung seiner politischen Verhältnisse die Rückkehr zur napoleonischen Diktatur. Die politischen Betrachtungen sind überholt, seine psychologischen Versuche sind heute noch lesenswert.

36. Hohenlohe-Schillingsfürst, Fürst Chlodwig zu, Denkwürdigkeiten. Bd. I—II. Stuttgart und Berlin, Deutsche Verlags-Anstalt, 1914.
Der 2. Band enthält interessante Beiträge zur Kenntnis der Politik Bismarcks gegenüber der französischen Republik und führender französischer Politiker.
37. Hosotte, Louis, Histoire de la Troisième République. Paris, Librairie des Saints-Pères, 1910. XII, 825 p.
In der Hauptsache eine Geschichte der inneren Politik und der Parlamentsverhandlungen. Einseitig konservativ-klerikal, aber reichhaltige Stoffsammlung.
38. Labusquière, John, La Troisième République (1871—1900). Paris, Rouff [1908]. 312 p.
Volkstümliche Geschichte der inneren Politik und der proletarischen Bewegung vom Standpunkte der sozialistischen Partei.
39. Nordau, Max, Paris unter der dritten Republik. 4. Aufl. Leipzig, Elischer, 1890. 415 S.
Verfasser ist deutscher, in Paris ansässiger Arzt und Demokrat. Er will die Rückwirkung der republikanisch-demokratischen Ideen auf die geistige Verfassung der Franzosen schildern. Feuilletonistisch. Vgl. Nr. 40.
40. Nordau, Max, Französische Staatsmänner. Berlin, Ullstein, 1916. 249 S.
Charakteristik von: Thiers, Mac Mahon, Jules Simon, Jules Ferry, Waldeck-Rousseau, Combes, Clémenceau, Jean Jaurès. Der größte Teil ist aus Nr. 39 abgedruckt.
41. Nostradamus, Die Franzosen, wie sie sind. Gegenwart und Zukunft. Freiburg i. Br., Bielefeld, 1916. 335 S.
42. Poincaré, Raymond, Wie Frankreich regiert wird. Berlin, Erich Reiß, 1913. 193 S.
Volkstümliche Darstellung der Staats-, Provinzial- und Gemeindeverfassung, des parlamentarischen Systems, des Gerichts-, Schulwesens usw.
43. Reventlow, Graf Ernst zu, Deutschlands auswärtige Politik. 1888 bis 1914. 5. Aufl., Berlin, S. Mittler & Sohn, 1917. XXIV, 480 S.
Ausgesprochen alldeutscher Standpunkt, doch sehr lesenswert und aufschlußreich.
44. Ruedorffer, J. J. [d. i. Geh. Legationsrat Kurt Riezler], Grundzüge der Weltpolitik. Stuttgart und Berlin, Deutsche Verlags-Anstalt, 1914. XIII, 252 S.
Verfasser hat dem Reichskanzler Bethmann Hollweg nahegestanden. Sieht in der Weltpolitik vor 1914 kriegverhindernde Tendenzen. Geht auf die kapitalistische und kulturelle Expansion Frankreichs ein. Ein Nachwort erschien unter dem Titel: „Die drei Krisen", ebd., 1920.
45. Sarrazin, Josef, Frankreich. Seine Geschichte, Verfassung und staatlichen Einrichtungen. Leipzig, Reißland, 1897. VIII, 335 S.
Abriß der Geschichte Frankreichs bis 1895, Verfassung und Verwaltung, Erwerbs- und Verkehrsverhältnisse, Heerwesen, Kirche und Schule usw.

46. Schiemann, Theodor, Deutschland und die große Politik. Berlin, Georg Reimer, 1901 ff.
Jährliche Zusammenfassung der kritischen Wochenübersichten über die auswärtige Politik Deutschlands in der „Kreuz-Zeitung". Sachlich und aufschlußreich. Vgl. Nr. 188.

47. Seignobos, Charles, Histoire politique de l'Europe contemporaine. Évolution des partis et des formes politiques. 1814—96. Paris, Colin, 1897. 814 p.
Wertvolle Stoffsammlung, namentlich für die Parteigeschichte. Enthält auch eine Bibliographie der Bücher, Zeitschriften, Zeitungen und amtlichen Veröffentlichungen. Anscheinend ist 1915 eine 3. Auflage unter dem Titel „1815—1915. Du Congrès de Vienne à la Guerre de 1914" herausgekommen.

48. Teste, Louis, Anatomie de la République (1870—1910). Paris, Librairie du XX^e Siècle, 1910. 485 p.
Antidemokratische Kampfschrift.

49. Teste, Louis, Notes d'histoire contemporaine. Paris, Champion, 430 p.
Sammlung von zwischen 1878 und 1898 veröffentlichten Aufsätzen über politische Einrichtungen und Persönlichkeiten. Viele persönliche Erinnerungen. Vgl. Nr. 48.

50. Vogel, Karl. Die dritte französische Republik bis 1895. Stuttgart und Berlin, Deutsche Verlags-Anstalt, 1895. XII, 730 S.
Behandelt Land und Volk, Volkscharakter, Vorgeschichte, Entstehung der 3. Republik, Verfassung, Verwaltung, Recht, Kirche, Unterricht, Gesellschaft, Presse, Verkehr, Finanzen, Heerwesen, Kolonien, Statistik.

51. Zevort, Edgar, Histoire de la Troisième République. Bd. I—IV. Paris, Alcan, 1896—1901.
Bd. I: La Présidence de M. Thiers. II: La Présidence du maréchal. III: La Présidence de Grévy. IV: La Présidence de Carnot. Chronikartige Geschichte der Ministerien und des Parlaments.

C. Einzelne Zeitabschnitte

1. Die provisorische Regierung und der Kampf um die Staatsform. Vgl. Nr. 26, 27, 29, 32, 33, 35—40, 42, 43, 45, 47, 48, 50, 51.

52. Berthezène, Alfred, Histoire de la Troisième République (1870—1880). L'empire libéral. Le siège de Paris. La Commune. Thiers. Mac Mahon. Grévy. Paris, Dentu, 1880. II, 316 p.
Will eine Wissenschaft der Politik begründen. Liberal, tritt für die soziale Republik ein.

53. Bertrand, Alphonse, Les origines de la Troisième République (1871—76). L'Assemblée Nationale. La Réorganisation de la France. Les lois constitutionnelles. Paris, Perrin, 1911. VIII, 377 p.
Verfasser will als Historiker beschreiben und bemüht sich, allen Parteien gerecht zu werden.

54. Bourgin, Georges, Histoire de la Commune. Paris, Cornély, 1907. 191 p.
Sozialistische Verteidigung der Kommune.
55. Daudet, Ernest, Souvenirs de la présidence du maréchal. Paris 1880.
Verfasser ist Royalist.
56. Daudet, Ernest, Histoire diplomatique de l'Alliance franco-russe. 1873—93. 2e éd. Paris, Ollendorff, 1894. IV, 339 p.
57. Denis, Samuel, Histoire contemporaine. La chute de l'Empire, le gouvernement de la défense nationale, l'Assemble Nationale. Bd. I bis IV. Paris, Plon, 1897—1903.
Bd. I: 31. Oktober 1870. Bd. II: 1. November 1870 bis zum Waffenstillstand. Bd. III: Nationalversammlung, Kommune, Friede. Bd. IV: Das Werk der Nationalversammlung. Verfasser ist Royalist und verteidigt die konservative Nationalversammlung.
58. Dreux-Brézé, Marquis de, Notes et souvenirs pour servir à l'histoire du parti royaliste. 4e éd. Paris, Perrin, 1899. 400 p.
Verfasser war Vermittler zwischen dem Grafen von Chambord und den royalistischen Gruppen während der Bemühungen, dem Grafen den Thron zu gewinnen.
59. Dutrait-Crozon, Henry, Gambetta et la défense nationale. 1870—71. Paris, Nouvelle librairie nationale, 1914. 583 p.
Ausgezeichnet dokumentierte, mit zahlreichen Quellenangaben versehene Darstellung der militärisch-politischen Ereignisse vom 4. September 1870 bis 2. März 1871. Behauptet, die Regierung der nationalen Verteidigung habe sich nur aus innerpolitischen Gründen gebildet und sei schuld am Zusammenbruch des Landes. Antidemokratisch.
60. Favre, Jules, Le Gouvernement de la défense nationale. Bd. I—III. Paris, Plon, 1871/75.
Favre war Mitglied dieser Regierung.
61. Ferry, Jules, Discours et opinions. Bd. I—VII. Paris, Colin, 1893—1898.
Bd. I: 1855 bis 18. März 1871. Bd. II: 1871—79. Bd. III—IV: Die Schulgesetze; Tunis. Bd. V: Kolonialfragen. Bd. VI: Innere Politik bis 1885. Bd. VII: Boulanger usw. Reden, Aufsätze, Briefe, Anträge Ferrys, durch kritisch-parlamentarische Bemerkungen des Herausgebers Robiquet verbunden.
62. Gambetta, Léon, Discours et plaidoyers politiques publiés par Joseph Reinach. Paris 1880—85. 11 Bde.
63. Gontaut-Biron, Vicomte de, Meine Botschafterzeit am Berliner Hofe. 1872—77. Aus dem Französischen von General v. Pfaff. Berlin, Siegismund, 1909. XII, 704 S.
Diese deutsche Übersetzung enthält die vom Botschafter selbst niedergeschriebenen Erinnerungen und die von A. Dreux nach den hinterlassenen Papieren Gontauts besorgte Fortsetzung. G. war Legitimist und Katholik.

64. Lebon, André, Das Verfassungsrecht der französischen Republik. Tübingen, Mohr, 1909. VI, 205 S.
Grundlegende Darstellung, auf der auch die neueren deutschen Arbeiten beruhen.
65. Reclus, Élie, La Commune de Paris au jour le jour. 19. 3.—28. 5. 1871. Paris, Schleicher, 1908. 391 p.
Ein Tagebuch der Kommune von einem sozialistischen Mitkämpfer.

2. Kulturkampf und Kolonialpolitik

Vgl. Nr. 26, 27, 29, 31, 37, 38, 43, 47—51, 61, 62.

66. Bert, Paul, Leçons, discours et conférences. Paris, Charpentier, 1881.
B. war Ferrys eifrigster Mitarbeiter im Kulturkampf.
67. Bert, Paul, La morale des Jésuites. Paris, Charpentier, 1880.
68. Berthelot, M., Science et Morale. Paris, Calmann-Lévy, 1897. XII, 515 p.
B. wirkte als Unterrichtsminister im Geiste Ferrys. Er versucht, die Religion als moralische Macht durch die Wissenschaft zu ersetzen.
69. Debidour, Antonin, L'Église catholique et l'État sous la Troisième République (1870—1906). Paris, Alcan, 1906—09.
Bd. I: 1870—89. Bd. II: 1889—1906. Ausführlichste Darstellung, mit umfangreichen bibliographischen Anmerkungen. Vom Standpunkt des Radikalismus.
70. Despagnet, Frantz, La République et le Vatican (1870—1906). Paris, Larose et Tenin, 1906. XI, 313 p.
Beschränkt sich in der Hauptsache auf die amtlichen Beziehungen. Sachlich; hält die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen für wünschenswert.
71. Dubois, Marcel, et Auguste Terrier, Un siècle d'expansion coloniale. Paris, Challamel, 1902. 1072 p.
72. Fernau, Hermann, Die französische Demokratie. Sozialpolitische Studien aus Frankreichs Kulturwerkstatt. München und Leipzig, Duncker & Humblot, 1914. IV, 350 S.
Behandelt auch den Kulturkampf. Verfasser lebte seit 1905 in Frankreich. Er hält die Demokratie für die wesentliche nationale Tradition Frankreichs. Das Buch sollte den Deutschen den kulturellen und sozialen Vorsprung Frankreichs zeigen. Einseitig und doktrinär.
73. Lorin, Henri, La France puissance coloniale. Étude d'histoire et de géographie. Avec cartes. Paris, Challamel, 1906. 500 p.
74. Louis, Paul, Le Colonialisme. Paris, Société nouvelle de librairie, 1905. 110 p.
Sozialistische Schrift gegen die Kolonialpolitik.
75. Rambaud, Alfred, La France coloniale. Histoire — géographie — commerce. Avec 12 cartes. Paris, Colin, 1886 [verschiedentlich neu aufgelegt]. XXXVIII, 714 p.
76. Rambaud, Alfred, Jules Ferry. Paris, Plon, 1903. XXVIII, 553 p.
Verfasser war Kabinettschef unter Ferry von 1879—81.

77. Zimmermann, Alfred, Die Kolonialpolitik Frankreichs. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Berlin, S. Mittler & Sohn, 1901. VI, 438 S.

Vom 15. Jahrhundert bis 1900. Behandelt die Entstehung und Entwicklung der Kolonien.

3. Die liberale Republik

Vgl. Nr. 26, 27, 30, 31, 37, 38, 43, 47, 48, 51, 61, 62, 76.

78. Albin, Pierre. La Paix armée. L'Allemagne et la France en Europe (1885—94). Rivalité continentale. L'alliance franco-russe. Paris, Alcan, 1913. X, 400 p.

Boulangismus, die deutsch-französischen Zwischenfälle, das Bündnis mit Rußland. Nach ihm besteht zwischen der deutschen und französischen Kultur ein solcher Gegensatz, daß ständige Kriegsgefahr droht.

79. Delafosse, Jules, Vingt ans au Parlement. Paris, Ollendorff, 1899. XXXV, 418 p.

Sammlung von Reden, die der konservative und bonapartistische Verfasser in den Jahren 1880—98 in der Kammer über die innere und auswärtige Politik gehalten hat.

80. Pinon, René, France et Allemagne. 1870—1913. [3. Aufl.] Paris, Perrin, 1913. VIII, 330 p.

Verfasser anerkennt nur eine Quelle der deutsch-französischen Feindschaft: Elsaß-Lothringen. Er billigt die Politik Delcassés. Nach ihm bedroht Deutschland den Weltfrieden.

4. Frankreich wird Weltmacht

Vgl. Nr. 28, 29, 31, 34, 43, 44, 46, 56, 73, 77, 78.

81. Cyon, Élie de, Histoire de l'Entente franco-russe 1886—94. Documents et souvenirs. Paris, Charles, 1895. XV, 494 p.

Verfasser, in den achtziger Jahren Agent des russischen Finanzministeriums, hat sich als einer der ersten für ein Bündnis mit Rußland eingesetzt und den größten Teil der Pariser Presse zur Stimmungsmache für russische Kredite gekauft.

82. Zur europäischen Politik 1897—1914. Unveröffentlichte Dokumente. Im amtlichen Auftrage herausgegeben unter Leitung von Bernhard Schwertfeger. Bd. I—V. Berlin, Hobbing, 1919.

Bd. I: 1897—1904. Zweibund. Englisch-deutscher Gegensatz. Bd. V: Revancheidee. Belgische Gesandtschaftsberichte. Zur Entstehungsgeschichte des Zweibundes. — Noch von der alten Regierung herausgegeben. Akten des belgischen Außenministeriums entnommen und im Originaltext wiedergegeben. Vorausgeschickt sind jedem Band geschichtliche Zusammenfassungen in deutscher Sprache. Umfassender als die vom Auswärtigen Amt herausgegebenen „Belgischen Aktenstücke".

83. Hanotaux, Gabriel, Le partage de l'Afrique. Fachoda. Paris, Flammarion, 1909. XII, 356 p.
84. Lémonon, Ernest, L'Europe et la politique britannique (1882—1911). 2e éd. Paris, Alcan, 1912. X, 524 p.
Nicht ausgesprochen englandfreundlich.
85. Pages d'histoire. 1914—18. Troisième livre jaune français. L'alliance franco-russe. Paris, Imprimerie Nationale, 1918.
Enthält die Schriftstücke aus der Entstehungszeit des russisch-französischen Bündnisses, des Bündnisvertrages von 1892 und der Marinekonvention von 1912.
86. Tardieu, André, La France et les alliances. La Lutte pour l'équilibre. Paris, Alcan, 1909. III, 365 p.
Eine deutschfeindlich gefärbte Verteidigung der französischen Bündnispolitik.
87. Terrier, Auguste, et Charles Mourey, L'expansion française et la formation territoriale. Paris, Larose, 1910. VIII, 560 p.
Eine halbamtliche Darstellung der Entwicklung des westafrikanischen Kolonialreiches unter der dritten Republik.

5. Sozialismus und soziale Bewegung
Vgl. Nr. 6, 38, 72.

88. Acht, Anton, Der moderne französische Syndikalismus. Jena, Fischer, 1911. 185 S.
Darstellung der Bewegung auf Grund der Äußerungen und Schriften der Führer des Syndikalismus.
89. Blum, Léon, Les congrès ouvriers et socialistes français. Bd. I—II. Paris, Société nouv. de libr. et d'éd., 1901.
Bd. I: 1876—1885. Bd. II: 1886—1900. Verlauf der Verhandlungen, Entschließungen.
90. Challaye, Félicien, Revolutionärer Syndikalismus und reformistischer Syndikalismus. Autorisierte Übersetzung aus dem Französischen. Tübingen, Mohr, 1913. 95 S.
Tritt für den reformistischen gegen den revolutionären Syndikalismus ein.
91. Franck, Charles, Les Bourses du Travail et la Confédération du Travail. Paris, Giard et Brière, 1910. 517 p.
Verfasser gibt eine Geschichte der beiden Bewegungen. Er hält ihre wirtschaftliche und innerpolitische Tätigkeit für die französische Industrie und Landesverteidigung für verhängnisvoll.
92. Levasseur, Émile, Questions ouvrières et industrielles en France sous la Troisième République. Paris, Arthur Rousseau, 1907. LXXII, 968 p.
Behandelt die Entwicklung der französischen Industrie seit 1870, Verkehrsmittel, Handel, Industriebevölkerung, Fachunterricht, soziale Theorien, Arbeiterschutzgesetze, Löhne, Arbeiterorganisationen, Streiks, Invalidenversicherung.

93. Louis, Paul, Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Frankreich 1789—1912) [„Histoire du mouvement syndical en France", deutsch]. Stuttgart, Dietz, 1912. 317 S.

Berücksichtigt hauptsächlich die materielle Entwicklung. Verfasser ist überzeugter Syndikalist.

94. Louis, Paul, Geschichte des Sozialismus in Frankreich. Aus dem Französischen übertragen und mit Anmerkungen versehen von Herm. Wendel. Stuttgart, Dietz, 1908. VIII, 243 S.

Vom 18. Jahrhundert bis zum Fall Millerand (1898).

95 Louis, Paul, L'ouvrier devant l'État. Histoire comparée des lois du travail dans les deux mondes. Paris, Alcan, 1904. IV, 480 p.

96. Seilhac, Léon de, Les congrès ouvriers en France (1876—97). Paris, Colin, 1899. XIII, 364 p. Deuxième série (1893—1906). Création de la Confédération gén. du T. Paris, Lecoffre [o. J.]. 334 p.

Bericht der Tagungen mit dem Wortlaut der Entschließungen. Vom Standpunkt des reformistischen Syndikalismus.

97. Sorel, Albert, Réflexions sur la violence: „Mouvement socialiste", Januar—April 1906.

S. ist der Theoretiker der direkten Aktion.

98. Stammhammer, Joseph, Bibliographie des Sozialismus und Kommunismus. Bd. I—III. Jena, Fischer, 1893—1909.

Bd. I: Werke bis zum Abschluß des Jahres 1891. Bd. II: Nachträge und Ergänzungen bis 1898. Bd. III: Nachträge und Ergänzungen mit Sachregister für Bd. I—III.

99. Stammhammer, Joseph, Bibliographie der Sozialpolitik. Bd. I bis II. Jena, Fischer, 1896, 1912.

Bd. I: Buch-, Flugschriften- und Zeitschriftenliteratur bis 1894. Bd. II: Dieselbe von 1895—1911.

100. Weill, Georges, Histoire du mouvement social en France. 2e éd. Paris, Alcan, 1911. II, 531 p.

Geschichte des Sozialismus und der sozialen Bewegung vom zweiten Kaiserreich bis 1910. Wissenschaftlich referierend. Zahlreiche bibliographische Hinweise. Vgl. Nr. 101.

101. Weill, Georges, Die sozialistische Bewegung in Frankreich (1893 bis 1910); „Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung", 1. Heft 1910.

102. Zévaès, Alexandre, Histoire des partis socialistes en France publiée sous la direction de Al. Zévaès. Bd. I—XI. Paris, Marcel Rivière, 1911.

Bd. I: Bis zur Kommune. Bd. II: 1871—79. Bd. III: Die Guesdisten. Bd. IV: Die Possibilisten. Bd. V: Die Allemanisten. Bd. VI: Die Blanquisten. Bd. VII: Die sozialistische Einigung. Bd. VIII: Die unabhängigen Sozialisten. Bd. IX: Die Gewerkschaftsbewegung. Bd. X: Die Anarchisten. Bd. XI: Der Sozialismus im Jahre 1911. Chronikartige Darstellung vom Standpunkt des Kollektivismus.

6. Die radikale Republik

Vgl. Nr. 30, 37, 38, 69, 70, 72

103. Dutrait-Crozon, Henri, Précis de l'Affaire Dreyfus. Paris, Nouv. libraire nat., 1909. XVI, 812 p.
Enthält den ganzen Verlauf des Prozesses und eine Bibliographie. Verfasser ist Dreyfusgegner.
104. Friedrich, Julius K., Die Trennung von Staat und Kirche in Frankreich. Gießen, Töpelmann, 1907. 56 S.
(13) In Bd. II: Bericht über Trennung von Staat und Kirche in Frankreich (von Fardis und Prost) nebst Bibliographie.
105. Lagardère, Hubert, Die Entwicklung der politischen Parteien in Frankreich; „Zeitschrift für Politik", 5. Jahrgang, 1912.
106. Reinach, Joseph, Histoire de l'Affaire Dreyfus. Bd. [I]—VII. Paris, Édition de la Revue blanche, 1901—11.
Tritt für Dreyfus ein.
107. Schmidt, Richard, Die innere Lage Frankreichs beim Beginn und beim künftigen Ende des Krieges; „Zeitschrift für Politik", Jahrgang VIII, 1915.
Weist auf die Ohnmacht der offiziellen herrschenden Politiker hin und auf das Dasein der inoffiziellen, aber allein im Besitz der wirklichen Macht befindlichen Politiker, d. h. der Geldleute.
108. La Séparaton de l'Église et de l'État en France. Exposé et documents. Rome, Typ. S. C. de Propag. Fide, 1905. 273 p.
Amtliche Darstellung der Kurie.
109. Zola, Émile, Vérité. Paris, Fasquelle, 1903. 749 p.
Dichterische Einkleidung des Dreyfusprozesses und des Kampfes zwischen Kirche und Staat. Haßroman gegen die Kirche.

7. Marokko, Deutschland und die Entente cordiale

Vgl. Nr. 28, 29, 34, 43, 46, 78, 80, 84, 86.

110. Abkommen, Das deutsch-französische, vom 4. November 1911. Reichstag, II. Session 1909—11. Nr. 1137—41.
111. Affaires du Maroc 1901—1910 (Livre jaune), T. I—V. Paris, Imprimerie Nationale, 1910 (Ministère des affaires étrangères. Documents diplomatiques).
112. Aktenstücke über Marokko. Sept. 1906 bis April 1908 (Weißbuch). Berlin, Reichsdruckerei, 1908. XIV, 208 S.
113. Albin, Pierre, La Querelle franco-allemande. Le Coup d'Agadir. Origines et développement de la crise de 1911. Paris, Alcan, 1912. II, 396 p.
114. Aubert, Georges, La folie franco-allemande. Étude contemporaine. Paris, Flammarion, 1914. 284 p.
Tritt für eine Versöhnung der beiden Völker ein.
115. Bérard, Victor, La France et Guillaume II. 2e éd. Paris Colin, 1907. IX, 315 p.

Ausgesprochen deutschfeindlich. Wilhelm II. wird als Verbrecher bezeichnet. Die deutsche Weltpolitik gefährde den Frieden. Die Entente sei für Frankreich Lebensnotwendigkeit.

116. Bülow, Fürst von, Deutsche Politik. Berlin, Hobbing, 1917. XVI, 359 S.

Enthält eine Verteidigung der deutschen Marokkopolitik.

117. Claß, Heinrich, Marokko verloren? Ein Mahnruf in letzter Stunde. München, Lehmann, 1904.]

Flugschrift 17 des Alldeutschen Verbandes.

118. Diercks, Gustav, Die Marokkofrage und die Konferenz von Algeciras. Berlin, Georg Reimer, 1906. 248 S.

Vertritt den deutschen Regierungsstandpunkt. Die Geheimverträge sind nicht berücksichtigt.

(82) Bd. II: 1905—07. Marokkokrisis. König Eduard VII. Bd. III: 1908—11. Bosnische Krise. Agadir. Albanien.

119. Estournelles de Constant, Die französisch-deutsche Annäherung als Bedingung des Weltfriedens. Nebst einem Vorwort von Philipp Zorn. Berlin, Stilke, 1910. 74 S.

Übersetzung der auf Einladung des Zentralkomitees für eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich im April 1909 in Berlin gehaltenen Rede. Hält den bewaffneten Frieden für ein schweres Übel und die Ursache der allgemeinen Unsicherheit; sucht nach einem ehrlichen, offenen Ausgleich. Im Anhang: Stimmen französischer und deutscher Zeitungen über den Vortrag. Die Vorrede Zorns, der Vertreter Deutschlands auf der Friedenskonferenz im Haag war, schränkt die Ideen E.s etwas ein.

120. Hanotaux, Gabriel, La politique de l'équilibre. 1907—11. 2e éd. Paris, Plon, 1912. V, 449 p.

H. ist in diesem Buch noch kein unbedingter Anhänger des Bündnisses mit England.

121. Haessner, Max, Marokkos Handelsbeziehungen seit 1905 mit besonderer Berücksichtigung von Deutschland. Berlin, Siemenroth, 1912. 224 S.

Wertvoll wegen des reichhaltigen Materials zur Beurteilung der Wirtschaftsfragen.

122. Kampffmeyer, Georg, Die Grundlagen der Marokkofrage; „Zeitschrift für Politik", Bd. VIII, 1915.

Sachliche Darstellung der Grundlagen des Wirtschaftslebens und der deutschen und französischen wirtschaftlichen Tätigkeit in Marokko mit zahlreichen bibliographischen Anlagen.

123. Lanessan, J.-L. de, Histoire de l'Entente Cordiale franco-anglaise. Les Relations de la France et de l'Angleterre depuis le XVIe siècle jusqu'à nos jours. Paris, Alcan, 1916. XII, 310 p.

Verhältnismäßig nüchterne realpolitische Betrachtungen. Reden, Bankette usw. überwuchern leider das politisch bedeutsamste Kapitel über die Zeit von 1890—1915.

124. Niemeyer, Die Marokkofrage in völkerrechtlicher Beleuchtung; „Deutsche Juristenzeitung" vom 15. April 1906.
Teilt die Auffassung der Franzosen in der Auslegung der Madrider Konvention.

125. Nippold, Otfried, Der deutsche Chauvinismus. Stuttgart, Kohlhammer, 1913. VIII, 131 S.
Bringt Äußerungen der Presse, von Organisationen und Einzelpersonen. Ergebnis: Der Chauvinismus hat sich auch in Deutschland stark eingenistet. Verfasser ist Professor in Bern.

126. Pfeil, Joachim Graf von, Warum brauchen wir Marokko? München, Lehmann, 1904. 24 S.
Flugschrift 18 des Alldeutschen Verbandes. Verfasser ist der Ansicht, daß Deutschland Marokko aus völkischen, politischen und wirtschaftlichen Gründen braucht; darum: lange zu bei der Aufteilung.

127. Strupp, Karl, Urkunden zur Geschichte des Völkerrechts. I. Ergänzungsheft. A. Politische Dokumente zur Marokko-, Tripolis- und persischen Frage. B. Urkunden nichtpolitischen Inhalts, Schiedsgerichtsverträge. Gotha, Perthes, 1912. VIII, 106 S.
Enthält sämtliche Dokumente zur Marokkofrage im Originaltext.

128. Tardieu, André, La Conférence d'Algéciras. Histoire diplomatique de la crise marocaine. 15 janvier – 7 avril 1906. Paris, Alcan, 1907. III, 554 p.
Sehr ausführliche Darstellung vom amtlichen französischen Standpunkt mit Ausfällen gegen die deutsche Regierung und Diplomatie.

129. Tardieu, André, Fürst von Bülow. Autorisierte Übersetzung. Berlin, Hans Bondy, 1910. 336 S.
Der Fürst habe bisweilen überflüssige Konflikte hervorgerufen, sei aber stets vor ihren letzten Konsequenzen zurückgewichen, weil in ihm die politische Leidenschaft von dem Bewußtsein der menschlichen Pflichten und der Verehrung der Zivilisation gezügelt wurde.

130. Tardieu, André, Le mystère d'Agadir. 2e éd. Paris, Calmann-Levy [1912]. II, 618 p.,
Fortsetzung von Nr. 128. Sachlicher als dieses Werk. Steht dem deutsch-französischen Konsortium sympathisch gegenüber.

8. Der neue Geist

Vgl. Nr. 29, 43, 85, 114, 123.

131. „Asie Française". Paris.
Zeitschrift für die französische Expansion in der Levante. Man vergleiche besonders die Jahrgänge 1902—1913.

132. Beer, Max, L'Entente annexioniste. La Paix du „droit". Bern, Wyß, 1917. 348 p.
Eine der deutschen Werbeschriften aus der Kriegszeit. Behandelt die französische Propaganda zur Wiedererwerbung Elsaß-Lothringens, weist annexionistische Schriften nach.

133. Bocquillon, Émile, La crise du patriotisme à l'École. Paris, Vuibert et Nony, 1905. XXIII, 461 p.

Das Buch, hervorgegangen aus dem Kreise der „Union des instituteurs patriotes", wendet sich gegen die pazifistische Strömung in der Volksschullehrerschaft. Es gipfelt in einem Aufruf, die Schule von dem Internationalismus zu reinigen.

134. Boucher, Colonel Arthur. La France victorieuse dans la Guerre de demain. Éd. revue. Paris, Berger-Levrault, 1915. X, 93 p.

Sucht nachzuweisen, daß, wenn Frankreich von Deutschland angegriffen würde, die französischen Truppen die Deutschen über den Rhein zurückwerfen und Elsaß-Lothringen zurückgewinnen könnten.

135. Boucher, Colonel Arthur. L'Offensive contre L'Allemagne. Étude stratégique. Paris, Berger-Levrault, 1912. 70 p.

Der deutsche Angriff wird im künftigen Kriege bald von einer siegreichen französischen Offensive abgelöst werden. „Das französische Volk ist jetzt bereit, die Waffen zu ergreifen."

(82) Bd. IV: 1912—14. Kriegstreibereien und Kriegsrüstungen.

136. Flourens, Émile, La France conquise. Edouard VII et Clémenceau. Paris, Garnier [1906]. 180 p.

Gegen den politischen Einfluß Eduards VII. in Paris und die englandfreundliche Politik Delcassés und Clémenceaus, die nach ihm kein anderes Ergebnis haben kann, als daß Frankreich die Kosten eines Krieges auf sich nimmt und England davon Vorteile erntet.

137. Frankreichs Propaganda in Elsaß-Lothringen. Von X. [Umschlagtitel: Zehn Jahre Minenkrieg im Frieden. Ein neues Schuldbuch]. Bern, Wyß, 1918. 72 S.

Deutsche Werbeschrift aus der Kriegszeit. Befaßt sich hauptsächlich mit der agitatorischen Tätigkeit des Arztes Peter Bucher, der das Land aus „seiner traurigen Resignation herausreißen wollte und auf den Revanchekrieg hinarbeitete".

138. Hiltebrandt, Philipp. Der französische Imperialismus. Basel, Finckh, 1918. 55 S.

Vom 14. Jahrhundert bis zum Kriege von 1914. Der Chauvinismus und koloniale Imperialismus der dritten Republik. Vom deutschen Kriegsstandpunkt aus geschrieben.

139. Kühn, Joachim, Der Nationalismus im Leben der dritten Republik. Berlin, Gebr. Paetel, 1920. IX, 373 S.

Sammlung von Aufsätzen verschiedener Verfasser über den französischen Nationalismus im politischen Leben, im Denken der Vorkriegszeit, in der Freimaurerei, in der Kirche, Schule, Geschichtsschreibung, Dichtung, Militärliteratur, auf der Bühne. Die einzelnen Aufsätze sind an Wert ungleich, ihre Folgerungen sind nicht immer zwingend. Das Beste hat K. geschrieben.

140. Lagardère, Hubert, Die Krisis der herrschenden Partei Frankreichs; „Zeitschrift für Politik", VIII. Bd., 1915.

Sieht die Ursache der Krisis der radikalen Partei in dem Mangel von Führern, in der Unklarheit ihrer Ideen und in dem Gegensatz

zwischen der politischen Doktrin und der sozialen Zusammensetzung der Partei.

141. Maurras, Charles, Enquête sur la Monarchie 1900—09. Paris, Nouv. librairie nat., 1909. LVI, 564 p.

Nach ihm bedeutet die demokratische Republik völkische Auflösung, das Königtum dagegen inneren Frieden. Es komme nur darauf an, das Volk vor eine vollendete Tatsache zu stellen; die Geschichte werde immer nur von tatkräftigen Minderheiten gemacht. Eine Reihe von royalistischen Persönlichkeiten hat ihm Beiträge zu diesem Thema geliefert. M. ist einer der Führer des Neuroyalismus.

142. Maurras, Charles, Kiel et Tanger 1895—1905. La République française devant l'Europe. 3e éd. Paris, Nouv. librairie nat., 1910. XII, 347 p.

Verfasser will den Bankrott der republikanischen Regierungen in Frankreich beweisen und stellt ihre Unfähigkeit der Schnelligkeit entgegen, mit der im monarchischen Deutschland z. B. militärische Verbesserungen durchgeführt werden. Vgl. Nr. 141.

143. Mévil, André, La Paix est malade. Paris, Plon, 1914. XI, 258 p.

Das wenige Monate vor dem Kriege erschienene Buch ist dem Andenken Déroulèdes gewidmet. Verfasser macht der französischen Regierung den Vorwurf, Deutschland ständig nachzugeben. Sie muß kräftiger auftreten und zeigen, daß auch mal Ernst gemacht werden kann. Der Krieg bietet Frankreich viele günstige Möglichkeiten. Eine Verständigung mit Deutschland wäre schlimmer als eine Niederlage.

144. Rey, Étienne, La Renaissance de l'orgueil français. Paris, Grasset, 1912. 209 p.

Begrüßt das Wiedererwachen des kriegerischen Geistes in Frankreich, seines Optimismus und Willens zur Tat. Es könne der Möglichkeit eines Krieges ohne Furcht und Schwäche ins Auge sehen.

145. Rühlmann, Paul, Die französische Schule und der Weltkrieg. Leipzig, Quelle & Meyer, 1918. IV, 112 S.

Darstellung der gelungenen Versuche, die Volksschule in den Dienst der imperialistischen Politik zu stellen. Bringt viel Material aus Schulbüchern, auch Abbildungen. Im Auszuge enthalten in Nr. 139.

146. Schiemann, Theodor, Wie die Presse unserer Feinde den Krieg vorbereitet und erzwungen hat. Berlin, Reimer, 1919. 25 S.

Kurze Übersicht über kriegstreiberische Äußerungen der Ententepresse während des dem Kriege vorangehenden Jahrzehnts.

147. Schulte, Aloys, Frankreich und das linke Rheinufer. Stuttgart und Berlin, Deutsche Verlags-Anstalt, 1918. 364 S.

Von der Teilung des karolingischen Reichs bis zu den Kriegszielen 1914—18. Verfasser kommt zu dem Ergebnis, daß Frankreich unter allen Regierungsformen bestrebt gewesen ist, das historische Gebiet des alten Deutschen Reichs zu verkleinern und den Rhein zu gewinnen. Vor der Revolution geschrieben.

148. Schultze, Das französische Kapital in Rußland; „Finanz-Archiv", 1915, I.

149. Sembat, Marcel, Faites un Roi, si non faites la paix. Paris, Figuière [1913]. XIV, 278 p.

Man muß zwischen Königtum und Krieg einerseits und Friede und Republik andererseits wählen. Wer den Frieden will, muß nach anderen als den bisherigen Mitteln suchen und sich zu dem einzig wirksamen entschließen: aufrichtiges Bündnis mit Deutschland. Verfasser ist ein bekannter sozialistischer Führer.

150. Ülbelhör, M., Frankreichs finanzielle Oligarchie. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt, 1915. 38 S.

Stellt in sachlicher Weise dar, wie der neue Geist aus der ungebrochenen Kraft der jungen Generation entstand und wie die finanzielle Oligarchie, an sich friedliebend, durch politisch-finanzielle Machenschaften in das Fahrwasser des kriegerischen Imperialismus gedrängt wurde.

9. Die Katastrophe

[Solange nicht alle diplomatischen Archive geöffnet sind, wird eine lückenlose und vollkommen unparteiische Darstellung unmöglich sein. Zur diplomatischen Geschichte des Kriegsausbruches vgl. das ausführliche Schriftenverzeichnis in Nr. 167.]

151. Albin, Pierre, La guerre allemande. D'Agadir à Sarajevo (1911—14). Paris, Alcan, 1915. XV, 256 p.

Nach ihm ist die Ursache des Weltkrieges der deutsche Imperialismus. 1914 habe Deutschland einen Präventivkrieg entfesselt, dessen Kosten Frankreich tragen sollte.

152. Bergsträßer, Ludwig, Die diplomatischen Kämpfe vor Kriegsausbruch. Eine kritische Studie auf Grund der offiziellen Veröffentlichungen aller beteiligten Staaten. München-Berlin, Oldenbourg, 1915. 104 S.

153. Bernstein, Eduard, Die Internationale der Arbeiterklasse und der Krieg. Tübingen, Mohr, 1915. IV, 56 S.

Behandelt die Haltung der französischen Internationale bis zum Eintritt der Sozialisten in die Regierung. Weist sachlich abwägend die logischen Unmöglichkeiten nach, die der Krieg für die Internationale brachte.

154. (Blaubuch.) Great Britain and the European Crisis. Correspondence and Statesmans in the Parliament, together with an Introductory Narrative of Events. London, Wyman and Sons. XXVI, 102 p.

155. Denis, Ernest, La Guerre. Causes immédiates et lointaines. L'Intoxication d'un peuple. Le traité. 2e éd. Paris, Delagrave [1915]. XII, 356 p.

Führt den Kriegsausbruch auf den deutschen Größenwahn zurück. Deutschland wollte sich die Welt unterwerfen. Das Ziel Frankreichs muß die Zerstückelung und Ohnmacht Deutschlands sein.

156. Dokumente, Die deutschen, zum Kriegsausbruch. Vollständige Sammlung der von Karl Kautsky zusammengestellten amtlichen Akten-

stücke mit einigen Ergänzungen im Auftrage des Auswärtigen Amts ... herausgegeben von Graf Montgelas und Prof. Schücking. Teil I—IV. Charlottenburg, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, 1919.

I: 13. Juni bis 27. Juli 1914. II: 28. bis 31. Juli 1914. III: 31. Juli bis 3. August 1914. IV; 3. bis 5. August 1915 und Anhang (Bündnisverträge, Telephongespräche, Namenverzeichnis).

157. Fester, Richard, Die Internationale 1914—19. Halle, Niemeyer, 1919. 49 S.

„Der Internationalismus hat sich als eine Illusion erwiesen. Der Sozialpatriotismus der Ententesozialisten ist imperialistisch." Abgeschlossen Juli 1919.

158. (Gelbbuch.) Ministère des Affaires étrangères. Documents diplomatiques 1914. La Guerre européenne. Paris, Imprimerie Nationale, 1914. XIX, 216 p.

Vgl. dazu: Randglossen zum Französischen Gelbbuch. Gesammelte Gegenerklärungen und Kritiken. Berlin, Concordia, 1915. 56 S.

159. Grünberg, Karl, Die Internationale und der Weltkrieg. Materialien. 1. Abt.: Vor dem Kriege und während der ersten Kriegswochen. Leipzig, C. L. Hirschfeld, 1916. IV, 318 S.

Von den Beschlüssen der internationalen Kongresse (1867—1910) bis zum 9. August 1914. Wertvolle Stoffsammlungen: Zeitungsartikel, Aufrufe, Kundgebungen, Versammlungen.

160. Hiltebrandt, Philipp, Das europäische Verhängnis. Die Politik der Großmächte, ihr Wesen und ihre Folgen. Berlin, Paetel, 1919. VIII, 324 S.

Deutschland habe auf imperialistische Expansionspolitik verzichtet, Frankreich sie getrieben. Vgl. Nr. 138.

161. Hofer, Kuno, Die Keime des großen Krieges. Zürich, Schultheß, 1917. IV, 274 S.

Verfasser ist Schweizer. In Frankreich, das weder um Kolonien noch um Elsaß-Lothringen bereit gewesen wäre, seine volle Kraft und den Krieg einzusetzen, wuchere erst seit der Kriegserklärung der Revanchegedanke.

162. Hofer, Kuno, Der Ausbruch des großen Krieges. Mit Übersichtstafel. Zürich, Schultheß, 1919. XII, 227 S.

Verfasser weist nach, daß der Weltkrieg nicht unvermeidlich war, und stellt die Haltung der Staatsmänner und Diplomaten vom 24. Juli bis 1. August 1914 aktenmäßig fest. Aus den Dokumenten ließe sich nachweisen, daß Deutschland und Österreich-Ungarn am wenigsten zur Verhütung des Weltkrieges unternommen hätten. Enthält synoptische Tafeln von großer Übersichtlichkeit. Fortsetzung zu Nr. 161.

163. Kautsky, Karl, Wie der Weltkrieg entstand. Dargestellt nach dem Aktenmaterial des Auswärtigen Amts. Berlin, P. Cassierer, 1919. 182 S.

Vom extremsozialistischen Standpunkt. Vgl. dazu: Delbrück, Die Kautsky-Papiere in „Preußische Jahrbücher", Januar 1920.

164. Reinach, Joseph, Histoire de 12 jours (23 juillet — 3 août 1914). Origines diplomatiques de la Guerre de 1914—17. Paris, Alcan, 1917. 660 p.

Vom amtlichen französischen Standpunkt.

165. Rotbuch, Österreichisch-ungarisches. Diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges 1914. Volksausgabe. Abdruck der offiziellen Ausgabe mit einer Einleitung. Wien, Manz, 1915. X, 144 S.

166. Sauerbeck, Ernst, Die Großmachtpolitik der letzten Friedensjahre im Licht der belgischen Diplomatie (Geschichte der Einkreisung und Vorgeschichte des Weltkrieges). Eine kritische Zusammenstellung der Brüsseler Gesandtschaftsberichte mit einleitendem und verbindendem Text. Von einem Schweizer. 2. Aufl. Basel, Finckh, 1918.

Für den Verfasser geht aus den Aktenstücken hervor, daß England einen entscheidenden Anteil an der Entfesselung des Weltkrieges hat und daß es Frankreichs Kriegswillen gestärkt hat. Vgl. Nr. 82, Bd. V.

167. Sauerbeck, Ernst, Der Kriegsausbruch. Eine Darstellung von neutraler Seite an Hand des Aktenmaterials. Stuttgart und Berlin, Deutsche Verlags-Anstalt, 1919. XVI, 742 S.

Umfangreiche und gut dokumentierte Verteidigung des deutschen Standpunktes. Das Hauptgewicht liegt auf den Zeugnissen. Ausführliches Schriftenverzeichnis.

168. Sauerbeck, Ernst, Die Schuldfrage vom Standpunkt eines Schweizers. Bern, Semminger, [1919]. 100 S.

Sammlung von Aufsätzen. Das Ergebnis von Nr. 166 und 167 in gedrängter Form.

169. Stenographisches Protokoll der deutsch-französischen Verständigungskonferenz, abgehalten am 11. Mai 1913 zu Bern. Bern, Unionsdruck, 1913. 16 S.

170. (Weißbuch.) Aktenstücke zum Kriegsausbruch. Berlin [1915]. 78 S.

10. Frankreich im Kriege

Vgl. Nr. 29, 132, 155, 157.

171. Aulard, F. A., La Paix future, d'après la Révolution française et Kant. Paris, Colin, 1915. 32 p.

Schlägt Änderung der Reichsverfassung und Schaffung einer rheinischen Republik unter französischem Schutz vor.

172. Bérard, Victor, „L'Éternelle Allemagne". Paris, Colin, 1916. 345 p.

Der Krieg sei für Deutschland ein Raubzug. Der Deutsche sei ein Wilder; seine nationale Einheit sei nicht eine Errungenschaft der Kultur, wie bei den lateinischen Völkern, sondern nur ein Mittel, andere Völker zu unterjochen.

173. Curth-Wehberg, Der Wirtschaftskrieg. Die Maßnahmen und Bestrebungen des feindlichen Auslandes zur Bekämpfung des deutschen Handels und zur Förderung des eigenen Wirtschaftslebens. Herausgegeben vom Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Universität Kiel. 4. Abt.: Frankreich. Jena, Fischer, 1918. VIII, 474 S.

Behandelt, gestützt auf reiches Material, den Kampf gegen den deutschen wirtschaftlichen Einfluß in Frankreich und auf dem Weltmarkt, die rechtliche Behandlung Deutscher und deutschen Eigentums und die Entwicklung der französischen Volkswirtschaft während des Krieges. Bibliographischer Anhang.

174. Daudet, Léon, L'Avant-guerre. Études et documents sur l'espionnage juif-allemand en France depuis l'affaire Dreyfus. Nouv. éd. Paris, Nouv. libr. nat., 1914. XVI, 312 p.

Die erste Auflage erschien 1912. Verfasser will beweisen, daß Deutschland in Frankreich Spionage getrieben hat, um die Enteignung der Franzosen in Frankreich vorzubereiten und den militärischen Aufmarsch Frankreichs im Kriege zu sabotieren.

175. Daudet, Léon, Hors du joug allemand. Mesures d'après guerre. 8e mille. Paris, Nouv. librair. nat., 1915. 321 p.

Bezweckt eine nationale Gegenwirkung gegen den geistigen deutschen Einfluß und die deutsche Spionage in Frankreich. Man müsse für die Zukunft die deutsche Gefahr durch gesetzliche Erschwerung der Fremdenniederlassung verhindern.

176. Delaire, A., Au lendemain de la victoire. Le nouvel équilibre européen. Préface de M. Barrès. Paris, Nouv. libr. nat., 1916. XVI, 379 p.

Verlangt das linksrheinische Gebiet und einen Streifen auf dem rechten Ufer.

177. Dimier, Louis, La Guerre de 1914. Les Tronçons du serpent. Idée d'une dislocation de l'Empire allemand et d'une reconstitution des Allemagnes. Paris, Nouv. libr. nat., 1915. 137 p.

Schlägt die Zergliederung Deutschlands in viele kleine Staaten und seine Aufteilung an die Grenzmächte vor.

178. Dontenville, J., Après la Guerre. Les Allemagnes, la France, la Belgique et la Hollande. Paris, Floury, 1915. 55 p.

Zerstückelung Deutschlands, linkes Rheinufer an Frankreich.

179. Driault, Édouard, Les Traditions politiques de la France et les conditions de la paix. Paris, Alcan, 1916. 254 p.

Verlangt Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich.

180. Engerand, Fernand, L'Allemagne et le fer. Les Frontières lorraines et la force allemande. Paris, Perrin, 1916. XI, 309 p.

Verlangt die französische Grenze von 1790 und Neutralisierung des übrigen Rheinlandes.

181. Finot, Jean, Civilisés contre Allemands. Paris, Flammarion, 1915. 343 p.

Fordert das Verschwinden Deutschlands als schädlicher Kraft; nach diesem letzten Gericht könnten die Menschen ins Paradies eingehen. Kritikloses Pamphlet. Verfasser ist Herausgeber von „La Revue".

182. Flammarion, Camille, La mentalité allemande dans l'histoire. Paris, Flammarion [1915]. 15 p.

Stellt den grundsätzlichen Unterschied zwischen der deutschen Gesinnung, die 1914 ihren Wahnsinnsanfall bekommen habe, und der französischen

Gesinnung fest. „Man muß das Tier niederschlagen." Verfasser ist der bekannte Astronom.

183. Gedankenaustausch über die Beendigung des Krieges seitens deutscher und französischer Pazifisten. Mit Beiträgen von Fr. W. Förster, Alfred H. Fried, Quidde, d'Estournelles de Constant und Th. Ruyssen. Zürich, Orell Füßli [1916]. 77 S.

Sammlung von im Frühjahr 1916 in der „Neuen Züricher Zeitung" veröffentlichten Aufsätzen; ohne praktische Folgen.

184. Guerre, La, de 1914—15. Principaux ouvrages parus en France et en Suisse [1]. Macon, Protat [1916].

= Bulletin mensuel de la librairie française. Numéro spécial.

185. Günther, Adolf, Frankreich. Halle, Niemeyer, 1919. 55 S.

Entwicklung der inneren Politik und der Parteien Frankreichs während des Krieges. „Die Demokratie hat Möglichkeiten des zentralen Zusammenschlusses und der absoluten Unterordnung gefunden, die anderen Staatsformen fremd geblieben sind."

186. Hamon, Augustin, Der Sozialismus in Frankreich von 1914—1920. Wien, Neue Erde, 1920. 24 S.

Volkstümliche Darstellung vom sozialistischen Standpunkt. Verfasser betrachtet den Weltkrieg als Kampf zwischen dem Staatssozialismus (deutsche Sozialdemokratie) und dem föderalistischen und kommunistischen Sozialismus (Franzosen, Belgier); dieser werde siegen.

187. Handbuch der Politik. 3. Aufl. Berlin, Rothschild, 1920.

Bd. II: Der Weltkrieg (Die Gegensätze der Mächte vor dem Weltkrieg. Die Kriegführung. Der Wirtschaftskrieg. Weltherrschaftsfragen nach dem Kriege).

188. Hoetzsch, Otto, Der Krieg und die große Politik. Bd. I—III. Leipzig, Hirzel, 1917—18.

Bd. I: Bis zum Anschluß Bulgariens an die Zentralmächte. Bd. II: Bis zum Eintritt Rumäniens in den Krieg. Bd. III: Bis zum deutsch-russischen Waffenstillstand. Fortsetzung von Nr. 46. Ruhige, sachliche Darstellung mit weitem Gesichtsfeld.

189. Kahl, Die Pariser Wirtschaftskonferenz. Kiel, Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft.

Heft 13 der Veröffentlichungen des Instituts.

190. Kraus-Rödiger, Chronik der Friedensverhandlungen nebst einer Übersicht über die Diplomatie des Weltkrieges. Berlin, Vahlen & Engelmann, 1920. X, 155 S.

= Kommentar zum Friedensvertrage, herausgegeben von W. Schücking. Bd. I.

Chronik vom 28. Juni bis 10. September 1919 nebst genauen Quellennachweisen.

191. Launay, Louis de, France-Allemagne. Problèmes miniers, munitions, blocus, après-guerre. Paris, Colin, 1917. 279 p.

Will einen wichtigen Teil der deutschen Industrie zugunsten Frankreichs enteignen.

192. Maurras, Charles. Les Conditions de la victoire. [I—IV.] Paris, Nouv. libr. nat., 1916—18.
I: Juli bis November 1914. II: November 1914 bis Auguſt 1915. III: September bis Dezember 1915. IV: Januar bis Mai 1916. Sammlung von Kriegsaufſätzen aus der nationaliſtiſchen „Action Française".

193. Maxe, Jean (Pſeudonym), De Zimmerwald au bolchévisme ou le triomphe du marxisme pangermaniste. Paris, Bossard, 1920.

194. Morf, Hans. Demokratie und Krieg. Baſel, Buchdruckerei zum Basler Berichthaus, 1916. 150 S.
Behandelt das franzöſiſche Armeeſyſtem, den Kampf um die parlamentariſche Kontrolle, die Preſſezenſur, Wirtſchafts- und Sozialpolitiſches. Verfaſſer iſt Schweizer und will nachweiſen, daß auch die Demokratie die höchſte nationale Kraft entfalten kann.

195. Neiſſer, Karl, Politiſche Chronik der öſterreichiſch-ungariſchen Monarchie. Jahrgang I—VII. Wien, Druckerei der Wiener Zeitung, 1912—18.
In Bd. VII: Verhandlungen des Grafen Revertera mit dem franzöſiſchen Major Armand in der Schweiz; Brief Kaiſer Karls an den Prinzen Sixtus von Bourbon.

196. Pendant la Guerre. La Parti Socialiste, la guerre et la paix. Toutes les résolutions et tous les documents du Parti Socialiste, de juillet 1914 à fin 1917. Paris, L'Humanité, 1918.
Enthält die Antwort auf den holländiſch-ſkandinaviſchen Fragebogen, die Briefe an den Miniſterpräſidenten und alle anderen Kundgebungen der Partei bis zum 31. Dezember 1917.

197. Reclus, Onésime. L'Allemagne en morceaux. Paix draconienne. Paris, Attinger [1914]. 61 p.
Verlangt Aufteilung der Grenzgebiete und der Kolonien Deutſchlands, Abſtimmung im linksrheiniſchen Gebiet für Frankreich oder Neutralität, Zerſtückelung und militäriſche Ohnmacht des Reichs, phantaſtiſche Kriegskoſten unter Verpfändung der Eiſenbahnen und Kohlengruben.

198. Reclus, Onésime, Annexion de la rive gauche. Sa moralité, sa nécessité, ses avantages. Paris, Attinger [1915]. 80 p.
Verteidigt Frankreichs Anſprüche auf das linksrheiniſche Deutſchland.

199. Savarit, C.-M., La Grande Guerre. La Frontière du Rhin. Paris, Floury, 1915. 47 p.
Verlangt die Abtrennung des linksrheiniſchen Gebiets vom Reich.

200. Schwertfeger, Bernhard, Der „Tiger". Die Kriegsreden Georges Clémenceaus. Berlin, Deutſche Verlagsgeſellſchaft für Politik und Geſchichte, 1921.

201. Tinayre, Marcelle, La Veillée des Armes. Le départ, Août 1914. 19e éd. Paris, Calmann-Lévy [1915]. 291 p.
Roman aus den erſten Kriegstagen. Der Schluß von Kap. IX vorliegenden Buches iſt die Wiedergabe eines Romanabſchnittes.

202. Vorgeschichte des Waffenstillstandes. Amtliche Urkunden, herausgegeben im Auftrage des Reichsministeriums von der Reichskanzlei. Berlin, Hobbing, 1919. 186 S.
Enthält eine geschichtliche Übersicht und die Urkunden vom 14. August bis 11. November 1918.

203. Zeitschrift für Bücherfreunde. Leipzig, Seemann.
In den Kriegsjahrgängen Pariser Briefe von Otto Grautoff, in denen viele während des Krieges in Frankreich erschienene Bücher und Aufsätze besprochen werden. Vgl. auch: „Die Volksvergiftung in Frankreich" in Heft 11 des Jahrganges 1916.

11. Der französische Friede

Vgl. Nr. 139 (Triumph des Nationalismus), 190.

204. Bericht über die Tätigkeit der deutsch-österreichischen Friedensdelegation in St. Germain-en-Laye. Nr. 379 der Beilagen der konstituierenden Nationalversammlung. Bd. I—II. Wien, Deutsch-österreichische Staatsdruckerei, 1919.

205. Ein neues Zeitalter? Kritik am Völkerbundentwurf. Berlin, Deutsche Liga für Völkerbund, 1919.

206. Friedensvertrag, Der, nebst Ausführungsgesetzen. Unter Hervorhebung der abgeänderten Teile mit Inhaltsaufbau, Karten und Sachverzeichnissen. Berlin, Hobbing, 1921. VIII, 240 und 32 S.

207. Grauer, Die französischen Finanzen während der Kriegszeit; „Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik", III. Folge, 49. Bd.

208. Hartung, H., Die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung Frankreichs und der Krieg; „Bank-Archiv", XIV. Jahrg., 1914/15.
Hält Frankreich trotz der tiefen Wunden, die ihm der Krieg geschlagen hat, für fähig, seine wirtschaftlichen und finanziellen Leiden zu überwinden.

209. Kampf, Der, um den Rechtsfrieden. Die Urkunden der Friedensverhandlungen. Vollständiger Abdruck des amtlichen Weißbuchs. Mit den deutschen Gegenvorschlägen. Berlin, Engelmann, 1919. 295 S.
Enthält die Verhandlungen vom 18. April bis 3. Juni 1919, die französischen Texte auch in Übersetzung.

210. Lansing, Robert. Die Versailler Friedensverhandlungen. Berlin, Hobbing, 1921.

211. Materialien betreffend die Friedensverhandlungen. Amtlicher Text. Teil I—X. Charlottenburg, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, 1919.

212. Vogel, Emanuel Hugo, Die direkten Steuern in Frankreich. Nr. 9. Bd. 31,2—32,1.

213. Wehberg, Hans, Führer durch die Völkerbundliteratur. München, Callwey 1920]. 15 S.

4. Alphabetisches Namensverzeichnis

Alphons XII., König von Spanien 45.
d'Amade 159.
André 113.
Annam, König von 34. 45. 46.
Arabi-Pascha 61.
Armand 214.
Arnim, Graf 18. 19. 21. 23.
Augagneur 191.
Augusta, Kaiserin 18.

Babeuf 75.
Bakunin 79. 179.
Bannermann 145. 146.
Barclay 72. 74. 121.
Barrès 158. 160—162. 240. 241.
Barthou 101.
Bebel 180. 182.
Bert 28. 32.
Berteaux 113.
Berthelot 26.
Bethmann Hollweg 19. 190.
Bey von Tunis 36—39.
Bihourd 127.
Bismarck 8. 17—22. 35. 36. 53. 60. 67. 68. 117. 152.
Blanqui 5.
Blum 224.
Boisdeffre 70.
Bolo 199.
Boulanger 53—56. 261.
Bourderon 211.
Bourgeois 59. 196. 234.
Brazza 63.
Briand 86. 91. 112. 151. 196—198. 233—236. 264.
Brisson 50. 59. 101.
Broglie, Herzog von 15. 18.
Brousse 83.
Bülow, Fürst 73. 125. 127. 130. 135. 143. 147.

Caillaux 141. 199. 218.
Cairoli 37.
Cambon, Jules 136. 139. 140. 172.
Cambon, Paul 128, 173.
Caprivi 71.
Carnot 55. 261.
Castelnau 196.
Cavaignac 101.
Chamberlain 121.
Chambord, Graf von 11. 21.
Clémenceau 25. 37. 49. 53. 82. 90. 133. 141. 167. 190. 198. 199. 216. 225. 232. 262. 264. 265.
Combes 107—110. 112. 113. 196. 261.
Constans 69.
Crispi 17. 22. 147.

Daudet, Léon 201. 205.
Decazes, Herzog von 23.
Delafosse 133.
Delcassé 71—74. 111. 121. 125. 127. 133. 134. 147. 148. 157. 190. 195. 262.
Déroulède 102. 104. 161.
Deschanel 123. 134. 190. 232. 233. 265.
Don Carlos 23.
Doumergue 191.
Dreyfus 98. 99. 101. 102. 103. 261.
Driant 55.
Duclerc 43. 62.
Dufaure 17.
Duferrin 71.
Dupuy 59.

Eduard VII., König von England 121. 133. 144. 261—263.
Engels 77.
d'Eſtournelles 121.

Fallières 43. 133. 262.
Faure 101. 102. 261.
Favre, Jules 1. 2. 4. 7.
Ferry, Abel 197.
Ferry, Jules 1. 24. 27—32. 36—40. 43—50. 55. 60. 116. 152. 260.
Foch 236. 264.
Fourier 76.
Franz Ferdinand, Erzherzog 170. 264.
Freycinet 27. 29. 30. 40. 43. 52—54. 61. 69. 196. 260.
Friedrich, Kaiſerin 142.
Fürſtenberg, Prinz 231.

Gallifet 103.
Gambetta 1. 2. 10. 15—17. 19. 24. 27. 38—43. 61. 64. 108. 162. 260.
Georg V., König von England 169. 262. 264.
Gérard 159.
Gervais 69.
Gladſtone 62.
Goblet 52. 54.
Gohier 102.
Gontaut-Biron 18. 21. 23. 24.
Gortſchakow 20. 21. 23. 67.
Grévy 18. 24. 27. 40. 45. 53. 55. 56. 261.
Grey 71. 146. 169. 172—174. 263. 264.
Griffuelhes 180.
Guérin 103.
Guesde 80. 81. 187. 191.
Guibert, Biſchof 28.

Haldane, Lord 146.
Hanotaux 71. 123. 143.
Henry, Oberſt 101.
Herbette 68.
Herriot 159.
Hervé 86. 95. 181. 182. 186. 202.
Hohenlohe, Fürſt Chlodwig zu 18. 23. 68.
Hoskier 69.
Humbert, König von Italien 37. 147.

Ignatieff 68.
Iswolſki 71. 144. 262.
Jaurès 86. 108. 129. 130. 182. 183. 186. 187. 264.
Joffre 193. 194. 196. 204. 264.
Jonnart 214.

Karl, Kaiſer von Öſterreich 214.
Kerenſki 214.
Kiderlen-Wächter 138–140.
Kitchener 72.
Kokowzow 263.
Kühlmann 127.

Laboulaye 69.
Lancken, Freiherr von 138.
Lansdowne 128.
Lavigerie 110.
Lefèvre 235.
Leflô 23.
Leo XIII., Papſt 24. 28. 30. 33. 56. 110. 260. 261.
Leygues 233.
Lloyd George 237. 243.
Longuet 224.
Loubet 102. 107. 111. 121. 261.
Loucheur 236.

Mac Mahon 10. 11. 15—17. 20. 21. 23. 260.
Malvy 199.
Marchand 72.
Marſchall, Freiherr von 127.
Marx 77. 79. 178.
Maurras 160.
Méline 59. 98. 101.
Merrheim 211.
Mévil 164.
Miljukow 214.
Millerand 85. 86. 102—104. 165. 166. 191. 193. 222. 232. 233. 262. 263. 265.
Mohrenheim, Baron 70.

Napoleon I. 114.
Napoleon III. 1. 10. 20. 151.
Napoleon, Prinz Jérôme 24.
Napoleon, Prinz Viktor 24. 54.
Nikolaus, Großfürst und Zar 68. 72. 144. 262. 263.
Nivelle 264.

Obrutschew 70.

Paléologue 176.
Paris, Graf von 11. 21. 56.
du Paty de Clam 166.
Pelletan 82.
Périer 59. 70. 261.
Picard 7.
Pichon 136. 145.
Picquart 98.
Pius IX., Papst 21. 25. 260.
Pius X., Papst 111. 117. 261.
Poincaré 15. 101. 148. 150. 151. 167. 172—174. 176. 177. 191. 198. 214. 232—235. 240. 263. 264.
Proudhon 5. 77.

Rampolla 111.
Rappaport 224.
Revertera, Graf 214.
Ribot 59. 69. 74. 169.
Roberts 134. 262.
Rochebouet 17.
Rochefort 1.
Rolland 26. 185.
Rousseau, J. J. 3. 75.
Rouvier 52. 54. 57. 113. 127. 129. 133. 262.

Saint-René-Taillandier 126.
Saint-Simon 26. 76.
Saint-Vallier 24.
Salisbury 35. 36. 72.
Sarrail 194.
Schnäbele 53. 68. 261.
Schneider-Creusot 149.
Schön, von 172. 173.
Sembat 184. 187. 191.
Seydoux 236.
Simon 1. 141.
Simons 237.
Sixtus von Bourbon, Prinz 214.
Sfasonoff 262. 263.
Stanley 63.

Thiers 2. 3. 7. 10. 19. 21. 260.
Thomas 194.
Thyssen 161.

Vaillant 180. 181. 187.
Venizelos 214.
Viktor Emanuel, König von Italien 111. 147.
Viviani 86. 172. 174. 190. 191. 193 bis 196. 264.

Waddington 27. 29. 34. 35.
Waldeck-Rousseau 102. 103. 107. 261.
Weygand 230.
Wilhelm I., deutscher Kaiser 12. 23. 45.
Wilhelm II., deutscher Kaiser 110. 127. 141—144. 163. 190. 262. 263.
Wilson (Schwiegersohn Grévys) 54. 66.
Wilson, Präsident 216.
Wrangel 230.

Yvetot 94. 95.

Zola 98—100.

LIBRARY
APR
5
19
ONTARIO

BINDING SECT. MAY 30 1983

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

83